

die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben von Peer Pasternack
für das Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Redaktion: Daniel Hechler

Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg, Collegienstraße 62, D-06886 Wittenberg
<http://www.diehochschule.de>

Kontakt:

Redaktion: Tel. 03491/87 62 090, Fax: 03491/466 255;

eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Vertrieb: Tel. 03491/466 254, Fax: 03491/466 255, eMail: institut@hof.uni-halle.de

ISSN 1618-9671, ISBN 978-3-937573-48-9

Die Zeitschrift „die hochschule“ versteht sich als Ort für Debatten aller Fragen der Hochschulforschung sowie angrenzender Themen aus der Wissenschafts- und Bildungsforschung. Als Beihefte der „hochschule“ erscheinen die „HoF-Handreichungen“, die sich dem Transfer hochschulforscherischen Wissens in die Praxis der Hochschulentwicklung widmen.

Artikelmanuskripte werden elektronisch per eMail-Attachment erbeten. Ihr Umfang soll 25.000 Zeichen nicht überschreiten. Für Rezensionen beträgt der Maximalumfang 7.500 Zeichen. Weitere Autoren- und Rezensionshinweise finden sich auf der Homepage der Zeitschrift: <http://www.diehochschule.de> >> Redaktion.

Das Institut für Hochschulforschung (HoF), 1996 gegründet, ist ein An-Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (www.hof.uni-halle.de). Es hat seinen Sitz in der Stiftung Leucorea Wittenberg und wird geleitet von Peer Pasternack.

Als Beilage zu „die hochschule“ erscheint der „HoF-Berichterstatter“ mit aktuellen Nachrichten aus dem Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg. Daneben publiziert das Institut die „HoF-Arbeitsberichte“ (http://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof_arbeitsberichte.htm) und die Schriftenreihe „Hochschulforschung Halle-Wittenberg“ bei der Akademischen Verlagsanstalt Leipzig. Ein quartalsweise erscheinender eMail-Newsletter kann abonniert werden unter <http://lists.uni-halle.de/mailman/listinfo/hofnews>.

Coverabbildung: Sieghard Liebe: Schöna, Dezember 1984 (Ausschnitt). Entnommen dem Bildband: Sieghard Liebe, AnSprüche eines DDR-Jahrzehnts. Fotografien im Widerspruch zum Lösungsalltag, Centaurus Verlag, Freiburg 2011 m. frdl. Genehm. d. Verlags

Ein Vierteljahrhundert später Zur politischen Geschichte der DDR-Wissenschaft

Daniel Hechler, Peer Pasternack:

Unerschöpftes Thema. Das DDR-Wissenschaftssystem post mortem 6

Anita Krätzner-Ebert:

Der Mauerbau und die Universitäten der DDR 12

Elise Catrain:

Hochschule im Überwachungsstaat. Struktur und Aktivitäten des
Ministeriums für Staatssicherheit an der Karl-Marx-Universität
Leipzig (1968/69–1981) 24

Johannes Keil:

Militär(finanzökonomie) an der Universität. Eine Überlebensstrategie
der Wirtschaftswissenschaften der DDR-Humboldt-Universität 34

Thomas Klemm:

„Die ästhetische Bildung sozialistischer Persönlichkeiten“.
Institutionelle Verflechtungen der Kunstlehrausbildung
an den Hochschulen in der DDR 48

Peer Pasternack:

Soziologie im Industrieviertel. Arbeitssoziologische Forschung an
der Universität Halle-Wittenberg 1963–1989 62

Ulrich Wobus:

Das Institut Gatersleben 1943–1990. Eine außeruniversitäre
Forschungseinrichtung zwischen Selbstbestimmung und
politischer Lenkung 78

Marie Teitge, Ekkehardt Kumbier:
Medizinisches Publizieren als Politikum. Zur Entstehungsgeschichte
der Zeitschrift „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“
in der SBZ/DDR.....89

Krijn Thijs:
Die Dreiecksbeziehungen der Fachhistoriker. Überlegungen über
den Umbruch in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft.....101

Daniel Hechler, Peer Pasternack:
»... nicht uninteressanter als andere Dinge auch«. Zeitgeschichte
der ostdeutschen Hochschulen aus der Sicht ihrer Akteure114

FORUM

Ulrich Müller, Lukas Bischof:
Über die Grenzen des traditionellen Hochschulverständnisses.
Plädoyer für einen „erweiterten Hochschulbegriff“ 132

Gangolf Braband:
Ein günstiges Zeitfenster. Die Gründung der Universität Luxemburg
und der Einfluss internationaler Entwicklungen im Hochschulbereich144

PUBLIKATIONEN

Rezension: Jürgen Kaube: Im Reformhaus.
Zur Krise des Bildungssystems (*Daniel Hechler*)157

Peer Pasternack, Daniel Hechler, Tim Hutschenreuter:
Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen
in Ostdeutschland seit 1945.....161

Autorinnen & Autoren.....185

**Daniel Hechler
Peer Pasternack
(Hrsg.)**

Ein Vierteljahrhundert später

Zur politischen Geschichte der DDR-Wissenschaft

Unerschöpftes Thema

Das DDR-Wissenschaftssystem post mortem

Daniel Hechler
Peer Pasternack
Halle-Wittenberg

Seit mittlerweile 25 Jahren wird unter Bedingungen eines weitgehend freien Aktenzugangs und der Freiheit von Zensur die Nachkriegsgeschichte der ostdeutschen Wissenschaft analysiert und erinnert. Das geschieht in unterschiedlichen Kontexten und Formen: Zeitzeugen schreiben autobiografien, Zeithistorikerinnen und Sozialwissenschaftler betreiben Forschungs- und Dokumentationsprojekte, Promovierende legen Dissertationen vor, ostdeutsche Hochschulen und Forschungsinstitute arbeiten ihre eigene DDR-Geschichte auf. Entsprechend vielfältig sind die Zugangsweisen und Textsorten.

Die Zeitschrift „die hochschule“, wie sie seit 2002 heißt, hatte einst, 1991, als „hochschule ost“ begonnen. Im Mittelpunkt ihrer Berichterstattung standen in den 90er Jahren der Umbau des ostdeutschen Wissenschaftssystems und dessen Vorgeschichte, die Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung in der DDR.¹ Auch nach 2002 waren und sind diese Themen in der „die hochschule“ präsent: zum einen in Gestalt der gelegentlichen Rubrik „Geschichte“, zum anderen in der fortlaufenden bibliografischen Dokumentation „Wissenschaft & Hochschulen in Ostdeutschland seit 1945“.²

Letzteres ist ein bibliografisches Langzeitprojekt und wird seit 1992 betrieben. Es hat bisher rund 4.500 selbstständige Titel zum Thema nachweisen können – Monografien, Sammelbände, Themenhefte von Zeitschriften, unveröffentlicht gebliebene Graduierungsarbeiten, Ausstel-

¹ vgl. das Volltextarchiv unter <http://www.hof.uni-halle.de/journal/hso.htm> und das Gesamtinhaltsverzeichnis unter http://www.hof.uni-halle.de/journal/hefte/Gesamtinhalt_hso.pdf

² zusammengefasst in Peer Pasternack: Wissenschafts- und Hochschulgeschichte der SBZ, DDR und Ostdeutschlands 1945–2000. Annotierte Bibliografie der Buchveröffentlichungen 1990–2005, CD-ROM-Edition, unt. Mitarb. v. Daniel Hechler, Wittenberg/Berlin 2006. Die Dokumentation des weiteren Publikationsgeschehens zusammengefasst unter http://www.peer-pasternack.de/texte/dhs_biblio_fortsetzung.pdf

lungskataloge, Broschüren aller Art und Online-Publikationen³. Von diesen 4.500 selbstständigen Publikationen und Graduierungsarbeiten widmet sich zirka ein Viertel den Umgestaltungen der Wissenschaft in den ostdeutschen Ländern seit 1989, während drei Viertel, also rund 3.400 Titel, explizit DDR-wissenschafts- bzw. hochschulgeschichtlich fokussiert sind. Das heißt: Seit 1990 sind pro Jahr durchschnittlich 135 selbstständige Publikationen über das DDR-Wissenschafts- und Hochschulsystem erschienen. Statistisch ist das jeden dritten Tag ein neuer Titel. Wer all diese Veröffentlichungen intensiver zur Kenntnis nehmen wollte, hätte sich auf die Lektüre von etwa einer Million bedruckter Seiten einzustellen.

Verwunderlich ist diese Publikationsdynamik nicht. Zum einen fand sie innerhalb der DDR-Forschung und -Aufarbeitung statt, also eines Feldes, in dem auch insgesamt vergleichbar intensiv publiziert wird. Zum anderen weckt der Gegenstand Hochschule & Wissenschaft nicht nur Forschungsinteresse von außen, sondern verfügt auch über besonders viele Zeitzeugen – Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen –, die eine professionsbedingte Neigung zur Verschriftlichung und zum Publizieren haben. Entsprechend werden vielfältige Forschungsarbeiten durch eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Texten aus dem Erinnerungskontext ergänzt.

Letzteres verweist auch darauf, dass die erwähnten 3.400 Titel nun keineswegs ausnahmslos wissenschafts- oder hochschulgeschichtliche Studien sind. Vielmehr versammeln sie sehr unterschiedliche Textsorten: Dokumentationen zu hochschulpolitischen Entscheidungsstrukturen, statistische Dokumentationen, Analysen zu hochschul- und wissenschaftspolitischen Entscheidungsstrukturen, (Auto-)Biografien von Forschern und Wissenschaftsfunktionären sowie entweder herrschaftsanalytisch oder sozialgeschichtlich orientierte Untersuchungen, schließlich auch eine Reihe belletristischer Titel. Eine Gesamtdarstellung der DDR-Hochschul- bzw. Wissenschaftsgeschichte hingegen fehlt bislang. Vielmehr greifen die einzelnen Texte überwiegend sehr spezielle Themen auf.

Angesichts der großen Vielfalt der Themen und Zugänge können Interessierte mittlerweile auf ein ausdifferenziertes Literaturfeld zurückgreifen. Dessen Sortierung kann zahlreiche Unterscheidungen zu Grunde legen, etwa die nach methodischen Ansätzen oder erkenntnisleitenden Interessen; disziplingeschichtliche stehen neben institutionengeschichtlichen und diese wiederum neben wissenschaftssoziologischen Arbeiten. Es finden

³ Auf den Nachweis der unüberschaubaren Anzahl von Einzelaufsätzen wird verzichtet, da dies alle Beteiligten, Rechercheure wie Rezipienten, in die Überforderung treiben würde.

sich Fallstudien wie Gesamtdarstellungen, etwa von Disziplinen oder Institutionen, Arbeiten externer und interner Autorinnen und Autoren.

Zugleich aber lässt das Literaturfeld Probleme vor allem der Hochschulgeschichtsschreibung erkennen: Diese stellt ein Forschungsfeld da, das zumeist externer Impulse – etwa Jubiläen oder ein öffentliches Aufklärungsinteresse – bedarf, um größere Forschungsprojekte zu initiieren und auch eine gewisse externe Aufmerksamkeit zu erlangen. Der Grund dessen ist nicht zuletzt, dass Hochschulen nur bedingt zum wesentlichen Referenzpunkt ihrer akademischen Angehörigen werden. Vielmehr orientieren sich diese an ihrer jeweiligen Disziplin, die entsprechend auch den Fokus historischer Reflexionen darstellt. Aber auch die Reflexion der Disziplinengeschichte in der DDR bedarf – sieht man von autobiografischen Schriften ab – oftmals dieser externen Impulse.

Geht man davon aus, dass die Fortführung und Vermittlung wissenschaftlicher Ansätze wesentlich durch die akademische Sozialisation der Forschenden und Lehrenden geprägt wird, so kann es nur wenig überraschen, dass mit dem massiven Personalaustausch nach 1989 diese Bezüge – und damit zentrale Reflexionsimpulse – weitgehend gekappt bzw. aus dem akademischen Betrieb verdrängt wurden.

Zugleich aber weckt die Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte der DDR immer wieder Interesse bei seinerzeit an ihr Nichtbeteiligten, nicht zuletzt jüngeren WissenschaftlerInnen, was etwa die Vielzahl einschlägiger Dissertationen deutlich macht. Wie lebendig dieses Themenfeld auch 25 Jahre nach dem Ende der DDR-Wissenschaft ist, soll der Themenschwerpunkt dieses Heftes verdeutlichen. Dafür haben wir Autorinnen und Autoren von Untersuchungen, die in jüngerer Zeit zum Abschluss gelangt sind oder aber noch laufen, eingeladen, ihre (bisherigen) zentralen Ergebnisse zusammenzufassen. Der Themenschwerpunkt präsentiert mithin einen Querschnitt durch aktuelle Forschungen zur DDR-Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte, deren Themen nach wie vor nicht erschöpft sind.

Um das breite Feld der Forschungen zumindest in Ansätzen adäquat widerzuspiegeln, vereint das Schwerpunktheft Beiträge entlang dreier Sichtachsen: der politischen Struktureinbettung von Hochschulen, der politischen Geschichte einzelner Disziplinen sowie dem Nachleben der DDR-Wissenschaft nach 1989:

■ Der Blick auf die *politische Struktureinbettung* fokussiert zumeist auf die politischen Bemühungen in der DDR, die Hochschulen und deren Angehörige zu kontrollieren und zu instrumentalisieren. Im Zentrum dieser Untersuchungen steht mithin der Begriff der Repression, auf dessen

Kehrseite die (oftmals geringfügigen) Beharrungsversuche der Einrichtungen und von Wissenschaftlern sichtbar werden. Verdienstvoll sind diese Forschungen nicht nur, weil sie am Beispiel konkreter Ereignisse und Einrichtungen die Prozesse und Strukturen politischer Machtausübung sichtbar machen – hier am Beispiel der Folgen des Mauerbaus für die Hochschulen (Anita Krätzner-Ebert) und der MfS-Strukturen an der Karl-Marx-Universität in Leipzig (Elise Catrain). Sie bilden darüber hinaus auch – häufig gegen anderslautende Zeitzeugen-Erinnerungen – die Voraussetzung für eine objektivierte Einordnung von Resistenz und Widerstand sowie die würdigende Erinnerung seiner Träger.

Eine davon abweichende Perspektive eröffnet der Beitrag zur Militärfinanzökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin (Johannes Keil). Sichtbar wird hier die Strategie eines Faches, sein Überleben an der Hochschule zu sichern – eine Strategie, die zwar in ähnlicher Form auch in anderen politischen Kontexten verfolgt wird, aber dennoch deutlich von den Rahmenbedingungen in der DDR geprägt wurde: Als in den 1960er Jahren die Immatrikulation von Direktstudierenden für die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät unmöglich gemacht wurde, konnte sie durch die eigeninitiierte Einführung von Weiterbildungsangeboten für NVA-Finanzoffiziere ihr Fortbestehen sichern. Indem sie so die Professionalisierungsbemühungen der NVA bediente, konnte sie nicht nur einen starken Partner gewinnen, sondern sich auch Legitimität und Ressourcen sichern.

Dieses Beispiel zeigt, dass die – oftmals implizit mitgeführte – Annahme zu kurz greift, es handele sich bei Politik und Wissenschaft um zwei streng getrennte Bereiche, die ihre jeweilige Leistungsfähigkeit wesentlich aus dieser Trennung beziehen. Demnach hätten Eingriffe der Politik unweigerlich eine Deformation der Wissenschaft zur Folge, die dort entsprechend nur Abwehrreaktionen bzw. wissenschaftsextern motivierte Kooperationsbereitschaft erzeugen könnten. Alternativ zu dieser Beschreibung von Repression, Indienstnahme oder Missbrauch der Wissenschaft lassen sich Wissenschaft und Politik als gegenseitig mobilisierbare „Ressourcen für einander“ (Mitchell G. Ash) verstehen. Die Wissenschaft tritt hier gegenüber der Politik aus ihrer primär passiven Rolle heraus, erzeugt und nutzt gezielt Chancen, die durch politische Rahmenbedingungen möglich werden – seien es finanzielle Förderung, neue Karrierechancen oder auch Modernisierungsschübe.

■ Der Beitrag zur Militärfinanzökonomie wählt bereits einen Fokus, der auch die zentrale Orientierung der meisten Angehörigen von Wissenschaftseinrichtungen bildet: die (eigene) *Disziplin*. Entsprechend widmet

sich der wesentliche Teil der wissenschafts- und hochschulgeschichtlichen Texte der Geschichte einzelner Fächer. Steht dabei auch zumeist die inhaltliche Entwicklung des Faches im Vordergrund, so lässt sich diese kaum angemessen ohne Rekurs auf die politischen Kontexte rekonstruieren, etwa im Zusammenhang mit institutionellen und personellen Entscheidungen.

Um hier einen ausgewogenen Einblick in die Forschungen zur politischen Geschichte der Disziplinen präsentieren zu können, werden zwei Studien zu geistes- bzw. sozialwissenschaftlichen und zwei zu naturwissenschaftlichen Fächern vorgestellt. Beleuchtet finden sich auf der geistes- bzw. sozialwissenschaftlichen Seite die Entwicklung der Kunstpädagogik in der DDR (Thomas Klemm) und die Entwicklung der (arbeits-)soziologischen Forschung an der Universität Halle-Wittenberg (Peer Pasternack). Auf naturwissenschaftlicher Seite werden Ergebnisse zur politischen Geschichte der Genetik und Kulturpflanzenforschung in Gatersleben (Ulrich Wobus) und zur Entwicklung der DDR-Fachzeitschrift im Bereich der Psychiatrie und Neurologie präsentiert (Marie Teitge/Ekkehardt Kumbier).

■ Eine Geschichte der DDR-Wissenschaft müsste ohne die Beleuchtung ihres *Nachlebens nach 1989* unvollständig bleiben. Dabei stehen zumeist Fragen nach ihren wissenschaftlichen, personellen und institutionellen Fortwirkungen im vereinten Deutschland im Mittelpunkt. Zwei Fragestellungen finden in diesem Kontext kontinuierlich eine erhöhte Aufmerksamkeit: der Wissenschaftsumbau nach 1989 und die Auseinandersetzung der ostdeutschen Wissenschaftseinrichtungen mit ihrer Vorgeschichte im sozialistischen Staat.

Typischerweise sind beide Diskurse von einer gewissen Empörung getragen: Im Falle des Hochschulumbaus erinnern Zeitzeugen primär an erfahrene Gerechtigkeitsdefizite, die in der dominierenden Erzählung unterrepräsentiert sind, erscheint doch dort der Transfer bundesdeutscher Strukturen auf die ostdeutschen Einrichtungen als alternativlose und letztlich erfolgreiche Normalisierungsgeschichte. Ebenfalls vom Eindruck massiver Defizite ist die Thematisierung des Umgangs der ostdeutschen Wissenschaftseinrichtungen mit ihrer Vergangenheit getragen: Statt der vom wissenschaftliche Ethos gebotenen historischen Selbstreflexion würden sich diese der Verdrängung hingeben und ihre DDR-Geschichte vorzugsweise beschweigen.

Diese dichotomen Beschreibungen erfahren hier aus aktorszentrierter Perspektive eine Erweiterung. So analysiert der erste Beitrag (Krijn Thijs) den Umbau der Geschichtswissenschaften nach 1989 als Ergebnis

der ungleichen Interaktion zwischen drei Akteursgruppen – den arrivierten und den dissidenten DDR-Historikern sowie den westdeutschen Geschichtswissenschaftlern. Ausgehend von der empirischen Feststellung, dass ostdeutsche Hochschulen sich weniger durch die Abwesenheit historischer Selbstreflexion auszeichnen, aber dabei fehlende Kontinuität und unzureichende Popularisierungsbemühungen erkennen lassen, fragt der zweite Beitrag (Daniel Hechler/Peer Pasternack) nach den Gründen dieser Defizite. Dafür wird durch Interviews die Perspektive der Hochschulakteure selbst erhoben und dann in Relation zur Funktionsweise der Hochschulen gesetzt.

Der Mauerbau und die Universitäten der DDR

Anita Krätzner-Ebert
Berlin

Die Schriftstellerin Brigitte Reimann beschreibt in ihren Tagebüchern ihre Eindrücke von der Zeit nach dem Mauerbau. Sie beklagt die Hetzkampagnen in den Zeitungen, die Zwangsumsiedlungen, die „Ochsenkopf-Aktion“ und die repressiven Maßnahmen, die mit dem „Kampfauftrag der FDJ“ einhergingen:

„Überall ist man nervös und unzufrieden. Die Sprache der Zeitungen ist ekel-erregend (sie gibt sich aber als ‚die harte Sprache der Arbeiterklasse‘ aus); Leute, die an der Grenze wohnen, werden exmittiert; Antennen, die noch nach Westen gerichtet sind, werden von den Dächern gerissen und zertrampelt; Studenten, die das FDJ-Aufgebot nicht unterschreiben, werden geexert [...]. Es ist, um den Kopf zu verlieren und wir sind verbittert und unglücklich. Das ist nicht der Sozialismus, für den wir schreiben wollten“ (Reimann 2004: 213).

Dieser Eintrag ist Zeugnis der resignierten und verbitterten Stimmung im eingemauerten Staat, die nicht nur unter den Schriftstellern herrschte, sondern, wie sie andeutet, auch an den Universitäten.

Mauerbau und Universitäten als Forschungsproblem

Der Mauerbau stellt in der Geschichte der DDR ein kaum vergleichbares Ereignis dar – vor allem bezogen auf die Gesellschaft im SED-Staat. Die Teilung Deutschlands bestand zwar schon länger, aber trotz allem gab es bis dahin immer noch rege Beziehungen zwischen den Menschen in beiden deutschen Ländern, die nun jäh unterbrochen schienen. Die DDR-Forschung hat sich zwar mit den außen- und innenpolitischen Ursachen des Mauerbaus ausführlich beschäftigt, hat auch die Trennung über die Jahre beobachtet, aber der Detailblick auf die Zeit unmittelbar nach dem Mauerbau ist selten. Nur wenige Veröffentlichungen widmen sich den unmittelbaren Reaktionen der DDR-Bevölkerung jenseits spontaner Fluchten (Major 1999; ders. 2011: 129f.); insbesondere fehlen Studien zur Bevölkerung außerhalb Berlins.

Auch die Universitätsgeschichtsschreibung zur SBZ/DDR hat andere Schwerpunkte gesetzt. Die meisten Betrachtungen brechen im Jahr 1961 ab;¹ die Jubiläumsbände aus Leipzig, Jena und Berlin gehen darüber hinaus, können jedoch nur Schlaglichter werfen.² Wie aber haben die Angehörigen der Universitäten nach dem Mauerbau auf die veränderte Situation und auf die staatlichen Programme, die damit in Verbindung standen, reagiert, und welche Folgen hatte das für die Instanzen von Staat und Partei, für die Universitäten und deren Angehörige?

Um diese Fragen zu beantworten, eignet sich – auch vor dem Hintergrund der Überlieferungssituation – der Ansatz, einen kurzen Zeitraum auszuwählen und diesen universitätenvergleichend darzustellen, besonders gut:³

■ Die Anzahl der einzubeziehenden Hochschulen ist vergleichsweise überschaubar: 1961 gab es in der DDR die Humboldt-Universität Berlin, die Karl-Marx-Universität Leipzig, die Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die Friedrich-Schiller-Universität Jena, die Universität Rostock, daneben die Technische Universität Dresden, die erst im Oktober 1961 von einer Technischen Hochschule in eine Universität umbenannt wurde. Letztere bildete aufgrund ihrer technischen Ausrichtung einen Kontrast zu den Traditionsuniversitäten mit ihren klassischen Fakultäten.

■ Die Bestände des SED-Zentralkomitees (ZK), Abteilung Wissenschaften, des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen und des Zentralrats der FDJ im Bundesarchiv lassen sich zur Auswertung der Vorgaben und der unmittelbaren Maßnahmen nach den Grenzschließungen nutzen.

■ Die Überlieferungen in den Universitätsarchiven und die SED-Akten in den Staatsarchiven liefern das Material für die Auswertung der Reaktionen auf den Mauerbau an den Universitäten. Durch ein dichtes Berichtssystem der SED und der universitären Einrichtungen wurden vielfältigste Äußerungen festgehalten und auch mögliche Gegenmaßnahmen dokumentiert. Zugleich können die Akten des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) hinzugezogen werden. Einzig die personenbezogenen Unterlagen der Universitätsarchive – also die Matrikeln, Studenten- und Personalakten noch

¹ vgl. z.B. Malycha (2003); Gerstengarbe/Hennig (2009); Schuster (1999); Ernst (1997)

² Hehl et al. (2010); Hoßfeld (2007); Preuß (2007); Tenorth (2012)

³ Der Beitrag fußt auf meiner Dissertationsschrift, vgl. Krätzner (2014).

lebender Universitätsangehöriger – dürfen aus Datenschutzgründen nicht eingesehen werden.

■ Interviews mit zahlreichen Zeitzeugen haben die Quellengrundlage häufig dort ergänzt, wo die Überlieferung keinen Einblick in Ereignisse und Abläufe gab.

Durch diese Detailstudie konnte ein Bild von der Reaktion und Gegenreaktion der Universitätsangehörigen erarbeitet werden; dazu wurde eine Vergleichssystematik entwickelt. In diesem Zusammenhang wurden auch die Überlieferungslücken geklärt.

Politische Situation nach dem Mauerbau

Vor dem 13. August 1961 verließen viele gut ausgebildete Menschen aus politischen, wirtschaftlichen oder familiären Gründen die DDR. Universitätsangehörige bildeten davon eine nicht unerhebliche Gruppe. Vom Januar bis August 1961 z.B. flohen 215.000 Menschen in den Westen; davon 2.500 Studenten. Allein vom 1. Juli bis zum 12. August 1961 verließen 341 Universitätsmitarbeiter den SED-Staat. (Krätznert 2014: 30)

Die SED hatte trotz ihres „Sturms auf die Festung Wissenschaft“ noch nicht in allen Bereichen der Universitäten Fuß fassen können. In einigen Instituten und Fakultäten (z.B. in den klassischen Philologien oder in einigen Naturwissenschaften) hatten sich bis 1961 gar keine Parteigruppen gebildet; der Einfluss bestimmter bildungsbürgerlichen Professoren war in dieser Zeit noch recht hoch. Traditionelle Gremien (Fakultätsräte und Senate) wurden zwar durch die Senatsreformen von 1954 auch mit Parteikadern durchsetzt, die nach der Zweiten Hochschulreform auch Schlüsselpositionen, wie die Prorektorate für Gesellschaftswissenschaften und Studentenangelegenheiten einnahmen, letztendlich konnte aber die SED die universitären Strukturen nicht vollständig durchziehen.

Zeitgleich mit den Grenzsicherungen am 13. August setzte die SED umfangreiche Programme in Gang. Eines der wichtigsten Anliegen war die Durchsetzung des sogenannten „Kampfauftrags der FDJ“, der nicht zuletzt der Abwendung eines angeblich drohenden Krieges dienen sollte. Dieser Kampfauftrag bedeutete vor allem, dass sich alle Männer zwischen 18 und 23 Jahren zum Dienst an der Waffe verpflichten sollten. Davon waren die Studenten im besonderen Maße betroffen. Sie erkannten, dass dies der Beginn einer schleichenden Einführung der Wehrpflicht war, die dann im Schutze der Mauer am 24. Januar 1962 auch beschlossen wurde.

In der Bundesrepublik existierte die Wehrpflicht bereits seit 1956. Bis zur endgültigen Grenzschießung verzichtete die DDR auf deren Einführung, da sonst noch mehr Menschen das Land verlassen hätten. Von den Studentinnen wurde ein gleichwertiges Bekenntnis zum Staat abverlangt, sie sollten sich für eine Rotkreuz- oder Luftschutzausbildung verpflichten. Verbunden war der „Kampfauftrag der FDJ“ mit der sogenannten „Ochsenkopffaktion“, einer Aktion gegen den Empfang westlicher Sender. Im Herbst 1961 stiegen FDJ-Ordnungsgruppen auf die Dächer fremder Häuser, sägten nach Westen ausgerichtete Antennen ab und klebten den Betroffenen „Ochsenköpfe“ an die Türen (Ohse 2003: 31; Göbel 2011: 67).

Zudem setzte die SED eine Legitimierungskampagne in Gang. Wissenschaftler – und im Besonderen Dekane, Senatsmitglieder, Parteifunktionäre und Institutsleiter – waren gehalten, in Form von Zustimmungserklärungen positiv zum Mauerbau Stellung zu beziehen. Gleichzeitig sollten sie die sogenannte „Störfreimachung“ unterstützen – ein Programm, das die SED zu Beginn des Jahres 1961 beschlossen hatte, um sich von Importen aus dem Westen und speziell der Bundesrepublik unabhängig zu machen.

Auf Lehrbücher, Chemikalien, Apparaturen und Medikamente aus dem Westen sollten die Universitätsangehörigen nun verzichten oder nach Ersatz in den sozialistischen Ländern oder der DDR suchen – 1961 ein schier unlösbares Unterfangen. Zugleich sollten die Wissenschaftler nicht mehr auf westliche Tagungen fahren können, so dass der deutsch-deutsche Austausch in der Wissenschaft, der bisher rege bestanden hatte, unterbrochen wurde.

Am 17. September 1961 fanden in der DDR Kommunalwahlen statt. Die Parteiführung verlangte nicht nur in den Legitimierungskampagnen eine Unterstützung der Wahl; alle Universitätsangehörigen waren verpflichtet, auch wirklich an der Wahl teilzunehmen, die weder frei, geheim oder gleich war. Von den Wissenschaftlern verlangten die Universitätsleitungen zudem eine Zustimmung zur Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche in der Sowjetunion.

Die SED und das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen trieben die Funktionäre und Universitätsleitungen zu besonders hartem Vorgehen gegen sogenannte „Provokateure“ an, also gegen alle, die sich negativ zum Mauerbau, den Wahlen, zur Ochsenkopffaktion oder zum „Kampfauftrag“ äußerten sowie gegen die christlich gebunden Jugendlichen. Walter Ulbrichts äußerte vor dem Politbüro:

„Wir müssen sie herauslocken und feststellen, wo der Gegner sitzt. Ihr wißt das noch nicht. Die „Junge Gemeinde“ in Berlin gehört zu den ärgsten konter-

revolutionären Kräften. Heute beginnt gegen eine ihrer Gruppen ein Prozess in Berlin.⁴ Die ‚Junge Gemeinde‘ ist schlimmer als die jungen Sozialdemokraten. Sie arbeiten in den Häusern der Kirche. Von ihnen geht West-CDU-Propaganda aus. Sie sind Anhänger der NATO und des Klerikalismus. Sozialdemokratische Funktionäre sind oft feige, aber die von der ‚Jungen Gemeinde‘ sind fanatisch. Sie sterben für Gott und Adenauer und sind bereit, Verbrechen zu begehen.“⁵

Aus allen Vorgaben des ZK, Abteilung Wissenschaften und des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen wird deutlich, dass eine konsequente Verfolgung und Bestrafung Andersdenkender ausdrücklich gefordert wurde.

Die Reaktionen der Universitätsangehörigen

Die Reaktionen an den Universitäten zeigen, dass das Gros ihrer Angehörigen mit dem Mauerbau und den folgenden Maßnahmen nicht einverstanden war, da allen Beteiligten bewusst war, dass die Grenzschießungen ausschließlich zur Eindämmung der Republikflucht in Kraft gesetzt wurden. In jeder Gruppe – Funktionsträger, Wissenschaftler, Studenten – formierten sich Gegner. Das lag vor allem an den initiierten Zustimmungskampagnen, die oftmals Ablehnung provozierten und somit eher das Gegenteil ihrer intendierten Wirkung erreichten.

Es entstanden lange nicht so viele Zustimmungserklärungen, wie sie die SED gewünscht hatte. So versagten beispielsweise alle Dekane der Theologischen Fakultäten (außer in Berlin) ihre Unterschriften zu den Senatserklärungen. Passive Verweigerung war das häufigste Mittel, um den Unmut gegenüber der restriktiven Politik im Jahr 1961 auszudrücken. Viele Studenten unterzeichneten zunächst den „Kampfauftrag der FDJ“ nicht, ein Großteil der Wissenschaftler verfasste keine Zustimmungserklärungen, obwohl dies von ihnen verlangt wurde.

Viele jedoch resignierten oder fügten sich aus Angst vor den teilweise angedrohten Konsequenzen den Forderungen der SED. Nur wenige Personen unterstützen voll und ganz die Vorgaben und waren mit allen Beschlüssen einverstanden – das betraf vor allem Funktionsträger. Einige wenige Universitätsangehörige übten offenen Protest (dazu zählt zum Beispiel das Verlesen von Protestresolutionen), fertigten Flugblätter, traten in der Öffentlichkeit, bei Versammlungen oder Vorlesungen offen gegen den Mauerbau und die Maßnahmen auf, schrieben Parolen an Wände

⁴ Hier ist eine Gruppe Jugendlicher aus Strausberg gemeint, zu der auch Michael Garten-schläger gehörte. (Vgl. Klier 2009: 20ff.; Münkel 2011: 226ff.)

⁵ Rede Walter Ulbrichts vor dem Politbüro am 22. August 1961. BArch, DY 24/358, unpag.

oder Wandzeitungen oder verbrannten z.B., wie in Rostock geschehen, symbolisch den „Kampfauftrag der FDJ“.

Blankes Unverständnis herrschte unter den Wissenschaftlern hinsichtlich der „Störfreimachung“ und der Trennung der deutsch-deutschen Wissenschaftsbeziehungen. Das lag vor allem daran, dass die Forschung in der DDR in vielerlei Hinsicht von der Bundesrepublik abhängig war oder langjährige Forschungsverbindungen zerschnitten werden sollten. Eine dauerhafte Abspaltung vom Westen erschien in diesem Bereich schlicht unmöglich.

Das sah auch die SED-Führung ein – bereit 1963 wurde das Programm der sogenannten „Störfreimachung“ aufgegeben. Doch auch danach blieb der wissenschaftliche Austausch über die Grenze hinweg schwierig. Die Führungskader misstrauten ihren Wissenschaftlern und die Teilnahme an westlichen Tagungen sollte lediglich systemloyalen Kräften ermöglicht werden.

Studenten, die sich gegen den „Kampfauftrag der FDJ“, gegen den Mauerbau und die damit einhergehenden staatlichen Maßnahmen oder die Militarisierung wandten, kamen aus allen Studienfächern. Wenig überraschend ist, dass es in den „ideologienahen“ Fächern wie Geschichte, Philosophie, Jura oder Wirtschaftswissenschaften deutlich weniger systemkritische Studenten gab. Als besonders renitent erwiesen sich vor allem die Studierenden der Theologie, der Medizin und der Physik. Die Renitenz speiste sich vornehmlich aus weltanschaulichen und ethischen Vorbehalten gegenüber dem Wehrdienst, aber auch dem Sozialismus gegenüber. Zum anderen fanden sich eben in diesen Fächern viele sogenannte „bürgerliche“ Professoren, die entsprechend auf ihre Studenten wirken konnten.

Die Verbreitung von Ablehnung und Zustimmung zur Politik der SED nach dem Mauerbau war an allen Universitäten ähnlich. Es lässt sich weder eine Universität eruieren, die als besonders renitent gelten kann, noch eine, die besonders „zuverlässig“ im Sinne der SED war. Das widerspricht im Übrigen sehr stark dem Selbstbild der ehemaligen Universitätsangehörigen in Interviews und auch den bisherigen Feststellungen in der Forschung, was sich vor allem durch den fehlenden Vergleich mit den anderen Universitätstandorten begründen lässt.⁶

⁶ vgl. z.B. die Ausführungen von: von Hehl et al. (2010); Hofffeld (2007); Gerstengarbe/Hennig (2009)

Die Repressionsmaßnahmen

Unterschiede zwischen den Universitäten lassen sich hingegen sehr deutlich hinsichtlich der Steuerungspolitik der jeweiligen Universitätsleitungen feststellen. Zum Teil drohten sie offen den widerspenstigen Studenten und Wissenschaftlern mit repressiven Maßnahmen – vor allem, um Unterschriften zu erzwingen. Zudem statuierten sie einige Exempel, exmatrikulierten Studenten, entließen Wissenschaftler oder schlossen sie aus der Partei aus, um ein Klima der Angst zu verbreiten.⁷ Zugleich werden Unterschiede zwischen den Universitäten deutlich: Die Anzahl der repressiven Maßnahmen ist nicht allein durch die unterschiedlichen Hochschulgrößen erklärbar.

Tabelle 1: Disziplinarverfahren, Ausschlüsse und Verhaftungen von Studenten vom 13.8.1961 bis zum 28.1.1962

Universität	Studierendenzahl	Disziplinarverfahren	Ausschlüsse*	Verhaftungen
HU Berlin	10489	>20	>20	18
TH/TU Dresden	10281	>8	5	2
EMAU Greifswald	2877	≥15	≥15	11
MLU Halle	4608	>10	7	?
FSU Jena	4232	≥45	≥45	4
KMU Leipzig	9629	149	111	18
U Rostock	3864	29	28	1

* Exmatrikulationen und zeitweilige Ausschlüsse

Studenten wurden in der Regel härter bestraft als Wissenschaftler. Das lag vor allem daran, dass die Universitäten auf ihr wissenschaftliches Personal angewiesen waren – hatten sie doch in den Jahren und Monaten vor dem Mauerbau sehr viele durch Abwanderung verloren.

Exmatrikulationen waren die häufigsten Sanktionen für Verweigerung und ablehnendes Verhalten. Ob es jedoch reihenweise zu Disziplinarverfahren kam oder nicht, lag vor allem am zuständigen Leitungspersonal der jeweiligen Universitäten oder der SED-Bezirksleitungen. Auch das politische Klima an den Universitäten, zum Beispiel der Einfluss bestimm-

⁷ Die folgenden Zahlen beruhen auf der Auswertung des Statistischen Jahrbuchs der DDR von 1961 und 1962 und aller Archivalien, die aber ohne die vollständige Auswertung der Matrikeln, der Studenten- und Personalakten nur einen vorläufigen Stand abbilden (vgl. Krätzner 2014: 248ff.).

Tabelle 2: Disziplinarmaßnahmen gegen Wissenschaftler vom 13.8.1961 bis zum 28.1.1962

Universität	Entlassungen	vorzeitige Emeritierung
HU Berlin	–	–
TH/TU Dresden	7	–
EMAU Greifswald	2	–
MLU Halle	–	1
FSU Jena	3	1
KMU Leipzig	1	1
U Rostock	1	–

ter Wissenschaftler, war entscheidend, ob repressive Maßnahmen so umgesetzt wurden, wie es die ZK, Abteilung Wissenschaften, oder das Staatssekretariat verlangt hatten.

Deutlich erkennbar ist, dass die Universitäts- und Parteileitungen vor Ort selbst überrascht vom Mauerbau und den einsetzenden Kampagnen waren und die Situation einfach nicht unter Kontrolle bekamen, selbst wenn sie – wie in Leipzig geschehen – über 100 Studenten exmatrikulierten. Die Stimmung ließ sich nicht beeinflussen und die Universitätsangehörigen äußerten weiterhin ihren Unmut.

Die ZK, Abteilung Wissenschaften, und die Bezirksleitungen der SED reagierten auch darauf uneinheitlich, aber die Schuld wurde häufig den unteren Ebenen zugewiesen. Gleiches Verhalten der Universitätsparteilösungen hatte wiederum völlig unterschiedliche Auswirkungen. Einige Parteisekretäre suchten die Schuld bei bestimmten Grundorganisationen ihrer Partei, strukturierten diese um und verteilten Aufgabenbereiche neu. An drei der sieben Universitäten wurden im Zuge der Auseinandersetzungen die 1. Sekretäre der Universitätsparteilösungen abgelöst; in den unteren Ebenen waren es deutlich mehr: Es hagelte unter dem Vorwurf des „Sektierertums“ oder der „Kumpelei“ Parteistrafen.

Insgesamt aber bleibt auch hier – wie bei den Disziplinarmaßnahmen gegen die Studenten und Wissenschaftler – ein Eindruck reiner Willkür. Das heißt, absolut identisches Verhalten konnte im einen Fall zu Belobigungen, im anderen zur Ablösung aus der Funktion führen – Kritik- und Selbstkritikverfahren natürlich eingeschlossen.

Einige Universitätsangehörige wurden vom „Schild und Schwert der Partei“ – der Staatssicherheit – verhaftet und vor allem nach § 19 des Strafrechtsergänzungsgesetzes der DDR wegen „staatsgefährdender Propaganda und Hetze“ zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Auch hier lässt sich eine gewisse Willkür erkennen: Als an der Universität Rostock

offener Protest geübt wurde – der „Kampfauftrag der FDJ“ wurde von einer Studentengruppe verbrannt –, schaltete sich die Staatssicherheit nicht ein, obwohl sie von diesem Vorfall Kenntnis hatte. Hingegen nahm das MfS gelegentlich kleinere Formen des abweichenden Verhaltens zum Anlass für Verhaftungen, etwa als ein Student aus Dresden sich in einem persönlichen Brief an seine Schwester abfällig über den „Kampfauftrag“ äußerte.

Waren die Anlässe zur Verhaftung auch verschieden, so folgte die Argumentation zur Rechtfertigung der Verfolgung einem ähnlichem Muster. Dies ist in unmittelbarem Bezug zu den politischen Vorgaben zu sehen. Allen gerichtlich Angeklagten wurde vorgeworfen, dass sie – vor allem durch westlichen Medienkonsum beeinflusst – konterrevolutionäre Aktionen geplant hätten. An solchen Aktionen hätte insbesondere die vorgeblich in den westlichen Regierungen vertretenen Faschisten ein besonderes Interesse, da diese einen Krieg gegen die DDR provozieren wollten.⁸

Dieses Argumentationsmuster diente vor allem der Selbstlegitimierung der DDR-Führung. Durch die verurteilten Menschen schien nun bewiesen, dass die Bundesrepublik Kriegsabsichten hatte und deswegen die Mauer gebaut werden musste. Gleichzeitig erschien die „Ochsenkopffaktion“ als begründet, da die Westmedien die Bürger in der DDR zu konterrevolutionären Aktionen angestiftet hätten. In einigen Fällen versuchte die Staatssicherheit, aber teilweise auch schon die SED-Parteileitung, die Verhafteten selbst als Faschisten zu brandmarken, um deren Ausschaltung begründen zu können.

Fazit

Wie sind die Ergebnisse in die Universitätsgeschichtsschreibung einzuordnen? Trotz stalinistischem Terror, der Umgestaltung der Hochschulen, der Gegenprivilegierung nichtbürgerlicher Bewerber bei der Studienplatzvergabe und diversen Säuberungsaktionen (etwa gegen christliche Studenten) sah sich die SED-Führung nach dem Mauerbau auch an den Universitäten einer Welle von Ablehnung ihrer Politik gegenüber. Zudem fehlten ihr auch kurzfristig die Mittel, kritische Meinungen nachhaltig zu beeinflussen.

Deswegen versuchte die Staatmacht mittels einer nachträglichen Legitimierungskampagne, den Eindruck allgemeiner Zustimmung zu erwe-

⁸ Vgl. z.B. folgende Urteile: Urteil v. 25.02.1962. In: BStU, MfS, BV Dresden, AU 201/61, Bd. 2, Bl. 183–190; Urteil v. 14.11.1961. In: BStU, MfS, BV Rostock, AU 127/61, GA, Bd. 3, Bl. 162–171.

cken. Zugleich erzeugte man durch willkürliche Repressionsmaßnahmen ein Klima der Angst. Die Wirkung blieb nicht aus; viele Universitätsangehörige fügten sich und unterschrieben die gewünschten Stellungnahmen oder den „Kampfauftrag“. Aber die Meinungen der Universitätsangehörigen konnten die Funktionsträger damit nicht ändern. Viele lehnten weiterhin den Mauerbau ab, waren gegen die massive Aufrüstung und den Waffendienst.

Im Alltag schaffte es die SED, die Universitätsangehörigen halbwegs mundtot zu machen; doch bei bestimmten Anlässen konnte der Unmut wieder ausbrechen. Die Universitätsangehörigen waren sich aber auch darüber im Klaren, dass ihnen durch die Grenzschließung in Berlin nun im Konfliktfall nicht länger eine Flucht in den Westen als letzte Option zur Verfügung stand und sie somit der Willkür der SED auf Gedeih und Verderb ausgeliefert waren. Gerade deswegen ist es erstaunlich, wie offen teilweise trotzdem Protest geübt wurde.

Nichtsdestotrotz war die Flucht in den Westen auch unmittelbar nach dem Mauerbau noch die deutlichste Absage an die Politik der SED und nicht wenige wagten den Schritt unter Gefahr für ihr Lebens. 400 Universitätsangehörige der HU Berlin flüchteten von Mitte August bis Ende Dezember 1961 in den Westen, an der Karl-Marx-Universität Leipzig waren es 21 Menschen, darunter zehn Professoren und Dozenten, an der TU Dresden 19 Angehörige, von denen 17 Studenten waren (Krätznert 2014: 248f).

Die Universitäten der DDR waren 1961 ein Unruheherd; die Ablehnung des Mauerbaus, des „Kampfauftrags“ und der Vorgaben war deutlich spürbar. So sehr die SED-Führung auf repressive Maßnahmen zurückgriff, konnte sie dennoch in der zweiten Jahreshälfte 1961 nicht Herr der Lage werden und musste weitverbreitete Ablehnung und gelegentlich auch offene Proteste in Kauf nehmen. Diese fanden nicht zuletzt in der weitgehenden Autonomie einiger Bereiche und Institute einen Rückhalt. Entsprechend wurde sie mit der Dritten Hochschulreform 1968/69 weitestgehend beschnitten. Dabei wurden die Fakultäten und Institute aufgelöst und in Sektionen umgeformt. So ließen sich neue Verantwortliche einsetzen, die als systemloyal bekannt waren, während andere – „bürgerlich“ dominierte – Bereiche an den Rand gedrängt wurden (Lambrecht 2007).

Die Macht der SED-Führung erstreckte sich im Jahr 1961 noch lange nicht in alle Bereiche der Universitäten und konnte sich nur teilweise behaupten. Den Staat einzumauern war ein weiterer Schritt zur Disziplinierung seiner Bürger.

Literatur

- Ammer, Thomas (1994): Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik
- Ernst, Anna-Sabine (1997): „Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus“. Ärzte und medizinische Hochschullehrerschaft in der SBZ/DDR 1945–1961. Münster: Waxmann
- Fritsch, Werner/Werner Nöckel (2006): Vergebliche Hoffnung auf einen politischen Frühling. Opposition und Repression an der Universität Jena 1956–1968. Berlin: Verlag Jena
- Gerstengarbe, Sybille/Horst Hennig (1999): Opposition, Widerstand und Verfolgung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1945–1961. Eine Dokumentation. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag
- Göbel, Ann-Marie (2011): Krisen-PR im „Schatten der Mauer“. Der 13. August 1961 in den DDR-Zentralorganen, in: Anke Fiedler/Michael Meyen (Hg.), Fiktionen für das Volk. DDR-Zeitungen als PR-Instrument. S. 165–193. Berlin: LIT-Verlag
- Handschuck, Martin (2003): Auf dem Weg zur sozialistischen Hochschule. Die Universität Rostock in den Jahren 1945 bis 1955. Bremen: Edition Temmen
- Hehl, Ulrich von/Günter Heydemann/Klaus Fitschen/Fritz König (2010): Geschichte der Universität Leipzig. 1409–2009. Ausgabe in fünf Bänden. Band 3: Das zwanzigste Jahrhundert. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag
- Hoßfeld, Uwe/Tobias Kaiser/Heinz Mestrup (Hg.) (2007): Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945–1990). 2 Bände. Köln: Böhlau Verlag
- Jessen, Ralph (1999): Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Klier, Freya (2009): Michael Gartenschläger. Kampf gegen Mauer und Stacheldraht. Berlin: Bürgerbüro e.V.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha (2003): Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945–1961. Berlin: Christoph Links Verlag
- Krätzner, Anita (2014): Die Universitäten der DDR und der Mauerbau 1961. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag
- Krönig, Waldemar/Klaus-Dieter Müller (1994): Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ/DDR 1945–1961. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik
- Lambrecht, Wolfgang (2007): Wissenschaftspolitik zwischen Ideologie und Pragmatismus. Die III. Hochschulreform (1965–1971) am Beispiel der TH Karl-Marx-Stadt. Münster: Waxmann
- Major, Patrick (2011): Behind the Berlin Wall. East Germany and the Frontiers of Power. Oxford: Oxford University Press
- Major, Patrick (1999): Vor und nach dem 13. August 1961. Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Bau der Berliner Mauer, in: Archiv für Sozialgeschichte, Vol. 39, S. 325–354
- Malycha, Andreas (Hg.) (2003): Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945–1961. Leipzig: Akademische Verlagsanstalt
- Münkel, Daniela (Hg.) (2011): Die DDR im Blick der Stasi 1961. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Ohse, Marc-Dietrich (2003): Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961–1974). Berlin: Christoph Links Verlag

- Preuß, Franziska (2007): Die Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Mauerbau 1961. Reaktionen und Auswirkungen, in: Uwe Hoßfeld/Tobias Kaiser/Heinz Messtrup (Hg.), Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945–1990). 2 Bände. S. 239–266. Köln: Böhlau Verlag
- Reimann, Brigitte (2004): Ich bedaure nichts. Tagebücher 1955–1963. Berlin: Aufbau-Verlag
- Schuster, Ulrike (1999): Mut zum eigenen Denken? DDR-Studenten und Freie Deutsche Jugend 1961–1965. Berlin: Metropol-Verlag.
- Tenorth, Heinz-Elmar (Hg.) (2012): Geschichte der Universität Unter den Linden. Band 3: Sozialistisches Experiment und Erneuerung der Demokratie – Die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010. Berlin: Akademie Verlag.

Hochschule im Überwachungsstaat

Struktur und Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit an der Karl-Marx-Universität Leipzig (1968/69–1981)

Elise Catrain

Halle

Die Universität Leipzig feierte im Jahre 2009 ihr 600-jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlass wurde eine historische Kommission zur Erforschung der Geschichte der Alma Mater Lipsiensis seit ihrer Gründung 1409 gebildet. Ein Teil der Untersuchungen war der Geschichte der Leipziger Universität im Herr-

schaftssystem der SED-Diktatur (1949–1989) gewidmet.

Neben der Analyse der Steuerungsprozesse der Universität durch die Staatspartei stellte sich die Frage, in welchem Maße das Ministerium für Staatssicherheit Einfluss auf den universitären Alltag ausübte. Die universitäre Landschaft stellte einen sensiblen Bereich dar, u.a. weil Hochschullehrer bzw. Wissenschaftler aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit intensivere Kontakte zu Personen aus der Bundesrepublik als andere DDR-Bürger pflegten. Zudem erleichterten die Messen in Leipzig – trotz des dauerhaften Abgrenzungskurses der DDR-Staatspartei – auch fachlichen Austausch zwischen Ost und West.

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) sollte alle gesellschaftlichen Bereiche der DDR absichern, nicht zuletzt auch das Hochschulmilieu. Das MfS war nicht nur ein Geheimdienst und als solcher zuständig für Auslandsspionage, sondern auch eine Geheimpolizei, die ihre eigene Gesellschaft teilweise bis ins kleinste Detail überwachte. Die Universitäten bildeten die zukünftigen Leitungskader des SED-Staates aus und waren aus diesem Grund angehalten, die Parteilinie zu wahren. Zugleich waren sie auch ein Ort, der Möglichkeiten des Austausches unterschiedlicher Intensität zwischen Ost und West bot. Aus der Sicht von Staatssicherheit und der SED waren sie daher vor den Angriffen des „kapitalistischen Feindes“ nicht gefeit und bedurften besonderer Aufmerksamkeit.

Die Universität Leipzig war nach der Humboldt-Universität Berlin die zweitgrößte DDR-Universität. Jedoch liegt bis heute keine umfassende Untersuchung über die Struktur und die Aktivitäten des MfS an der Karl-Marx-Universität (KMU) vor. Nur zwei Studien widmen sich dieser The-

matik, in denen das Augenmerk vor allem auf den 1950er Jahren liegt (Heydemann 2008; Triebel 2008).

Dieser Artikel schließt einige Forschungslücken zur Rolle des MfS an der Karl-Marx-Universität.¹ Die Arbeit stützt sich hauptsächlich auf Quellenstudien in den Beständen des Leipziger Universitätsarchivs, des Sächsischen Staatsarchivs und des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Aufgrund der kolossalen Materialfülle wurde das Untersuchungsfeld auf die 1970er Jahre eingegrenzt. Dieses Jahrzehnt war von markanten Zäsuren umrahmt und geprägt. Zudem zeichnete sich zwischen 1967 und 1982 ein umfangreicher Ausbau des MfS aus ab, für den insbesondere die Einführung neuer Überwachungsmethoden der sogenannten „verdeckten“ Repression steht.

Der Beitrag gliedert sich in zwei Teile: In einem ersten Schritt wird die Universitätslandschaft der KMU im genannten Zeitraum umrissen. Anschließend wird auf die Struktur und die eingesetzten Mitteln des Ministeriums für Staatssicherheit zur Kontrolle und Überwachung der Leipziger Universität eingegangen.

1. Der politisch-ideologische Auftrag der Karl-Marx-Universität in den 1970er Jahren

Die Hochschulen nahmen eine besondere Stelle im politischen System der DDR ein, da sie als Kaderreservoir galten und Personen ausbildeten, die später die Parteilinie in jedem gesellschaftlichen Bereich des Landes vertreten und durchsetzen sollten. Zu diesem Zweck war die universitäre Landschaft mit der Umsetzung dreier Hochschulreformen (1946, 1951 und 1968/69) massiv verändert worden.

An der Leipziger Universität vollzogen sich seit ihrer Neueröffnung (1946) bis zur Durchführung der Dritten Hochschulreform (1968/1969) tiefgreifende Transformationsprozesse. In den 1970er Jahren war die Universität fast vollständig von der SED beherrscht, und Hochschuldozenten nahmen dabei eine besondere Stelle ein, da sie als Repräsentanten und Erzieher der Parteilinie zu fungieren hatten. Das Lehrpersonal der KMU sollte die Studenten nicht nur fachlich ausbilden, sondern sie zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ formen. Dieser politische Auftrag wurde durch die Dritte Hochschulreform tiefer verankert. Aus den Analysen der Leitungsebene der KMU und aus der Berichterstattung von Inoffiziellen Mitarbeitern geht jedoch ein differenziertes Bild hervor: Nicht alle Dozenten

¹ Der Text basiert auf Catrain (2013).

waren sich jenes Auftrages bewusst, manche unterschätzten ihn oder nahmen ihn nicht sehr ernst. Dann aber konnten sie von der Universitätsleitung zur Verantwortung gezogen werden.

Das Grundanliegen der Dritten Hochschulreform war politisch. Die SED verfolgte vor allem das Ziel, die Schlüsselpositionen bzw. die Leitungspositionen mit zuverlässigen Kadern zu besetzen und den Anteil an sogenannten „Arbeiter- und Bauernkindern“ unter den Studierenden zu erhöhen. Die Reform galt als „Beitrag zur Klassenseinwanderung zwischen der sozialistischen DDR und dem imperialistischen Deutschland“.² Sie erfolgte in ständiger Rücksprache mit der SED-Kreisleitung, in welcher der Rektor ständige Rechenschaft gegenüber den Funktionären der Kreisleitung abzulegen hatte.

Die Dritte Hochschulreform war außerdem eine Studienreform, die man als Verschulung des Universitätssystems bezeichnen kann und den Freiraum der Studierenden einschränkte. Der Erwerb politischen Wissens wurde wichtiger als die Aneignung von Fachwissen. Zudem waren die Studenten zahlreichen Anforderungen ausgesetzt, etwa der Beteiligung an der militärischen Ausbildung und an Sommerkursen, die sich belastend auf ihr Fachstudium auswirkten.

Dennoch kam die politisch-ideologische Erziehung der Studenten oftmals nur schleppend voran. Symptom dafür war bspw. die kontinuierlich niedrige Teilnahmequote an den Seminaren für Marxismus-Leninismus (ML). Insgesamt dürfte der Anspruch der SED, die Studenten zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ heranzubilden, nur sehr bedingt realisiert worden sein. So lässt sich etwa feststellen, dass an einigen Sektionen kaum über die politische Situation diskutiert wurde. Grund dafür war einerseits das fehlende Interesse der Studenten für die politische Lage, andererseits ließen die Anforderungen in Studium, Praktika und Prüfungen die obligatorischen ML-Seminare lediglich als zusätzliche Last erscheinen.

In Leipzig wurden im Zuge der Dritten Hochschulreform mit der Gründung von 16 Sektionen die jahrhundertlang bestehenden Fakultäten aufgelöst. Hervorbringen sollte diese strukturelle Veränderung „eine sozialistische Gemeinschaft von Hochschullehrern, wissenschaftlichen Mitarbeitern, Studenten, Arbeitern und Angestellten, die durch wissenschaftlichen Spitzenleistungen das Ansehen der Wissenschaft der DDR ständig erhöhen“.³

² Horst Möhle, Protokoll der Kreisparteiaktivtagung am 10. Juli 1968 der Kreisparteiorganisation der KMU, 12.07.1968, StA-L, 21132 SED-Kreisleitung KMU, IV/B/14/044, Bl. 16.

³ StA-L, 21132 SED-Kreisleitung KMU, IV/B/14/095, S. 64.

Die Ergebnisse der Reform an der KMU in den 1970er Jahren erzeugen einen ernüchternden Eindruck. Struktur und Alltag der Universität waren durch das Fehlen wissenschaftlicher Autonomie und eine allgegenwärtige Politisierung geprägt, sodass jeglicher Wunsch nach Veränderung, die nicht dem Programm der ideologischen Propaganda entsprach, umgehend zunichte gemacht wurde. Die SED- und MfS-Unterlagen bestätigen und unterstreichen den Eindruck, dass gegen kritische Stimmen systematisch vorgegangen wurde. Die Umstrukturierung der Universität Leipzig und die feste Verankerung der SED an dieser bildeten essentielle Voraussetzungen dafür, dass sich das MfS an der Universität etablieren konnte.

2. Struktur und Entwicklung der Überwachung an der KMU

2.1. Das Hochschulreferat der Staatssicherheit

Dass die Kontrolle der Hochschulen einen Schwerpunkt in der Arbeit des Staatssicherheitsdienstes darstellte, wird in einer Dienstanweisung aus dem Jahre 1968 deutlich:⁴ Zum einen stellte das MfS fest, dass die politische Erziehung von Studenten und Lehrkräften noch ungenügend sei. Zum anderen sah die Staatssicherheit das Hochschulsystem systematisch durch das „kapitalistische Ausland“ bedroht. Dem sei mit Abschottung zu begegnen.

Im Zusammenhang mit der Dritten Hochschulreform übte das MfS an der KMU eine begleitende Kontrollfunktion aus. In einem ersten Schritt sammelte es Informationen über die Entwicklung und den Stand der Reform. Zweitens galt es als Priorität, herauszufinden, ob sich Stimmen gegen die Reform an der Universität verbreiteten und inwieweit der sogenannte „kapitalistische Feind“ darauf Einfluss nahm. Drittens überprüfte die Stasi, ob die leitenden Stellen der Universität hinreichend durch zuverlässige Kader wie auch durch Inoffizielle Mitarbeiter (IM) besetzt waren. In diesem Prozess spielte die Informationsbeschaffung durch IM in Form von Wochenberichten eine entscheidende Rolle, da sie dem MfS ermöglichten, einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen zu bekommen.

Die Leipziger Bezirksverwaltung des MfS – im speziellen ihre Abteilung XX, zuständig für die Überwachung von Kunst, Kirche und Kultur –

⁴ „Durchführungsanweisung Nr. 1 zur Dienstanweisung Nr. 4/66 des Ministers für Staatssicherheit“ in: BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. XX 00285, Bd. 4, Bl. 4-19.

verfügte in den 1970er Jahren über ein massiv ausgebautes Hochschulreferat. In diesem Referat XX/3 waren im Durchschnitt acht hauptamtliche Mitarbeiter zur „Bearbeitung und Aufklärung“ der KMU eingesetzt. Durchschnittlich fünf Mitarbeiter eines weiteren Referates (XX/1) waren für die Kontrolle des medizinischen Bereichs der KMU eingesetzt, da dieser innerhalb der Universität eine relativ selbstständige Einheit darstellte.

Die Offiziere des Referats hatten sich bezüglich ihres Arbeitsschwerpunkts weitergebildet, sodass dessen Tätigkeit zunehmend durch Professionalität und Systematik gekennzeichnet war. Die Überwachung der Universität richtete sich vorwiegend auf Studenten, insbesondere auf ausländische Studenten, und auf Wissenschaftler, die den Reiskaderstatus besaßen.

2.2. Die Inoffiziellen Mitarbeiter

Strukturell hatte sich das MfS an der Universität in den 1970er Jahren so weit aufgebaut, dass eine flächendeckende Überwachung möglich wurde. Dafür stützte sich das Referat XX/3 auf ein weit gespanntes Netz von Inoffiziellen Mitarbeitern, die sich hinsichtlich ihrer Funktion und ihres Aufgabenspektrums unterschieden. Die IM – vom MfS selbst als „Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind“⁵ definiert – nahmen eine zentrale Stelle innerhalb der Kontroll- und Steuerungsprozesse der Universität ein. Für die 1970er Jahre kann eine Zahl von 91 IM an KMU angenommen werden.⁶

Das Hauptmotiv für eine inoffizielle Zusammenarbeit mit dem MfS war die sogenannte „politische Überzeugung“ (bei 70 % der untersuchten Fälle) (Catrain 2013). Dieser vom MfS verwendete Begriff war breit gefächert. Beim Motiv der politischen Überzeugung ist eher davon auszugehen, dass es sich um eine Art Anpassungshaltungen gegenüber dem Regime handelte.

Die Aufgaben der IM an der Karl-Marx-Universität umfassten ein breites Spektrum:

- die Absicherung von konspirativen Wohnungen beziehungsweise Räumen der Universität;

⁵ Richtlinie Nr. 1/79 „für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit (GMS)“, in: BStU, ZA, MfS-BdL, Dok. Nr. 003278.

⁶ Genaue Zahlen liegen für den behandelten Zeitraum in den Akten nicht vor, was eine systematische Erfassung nicht ermöglicht. Die Studie basiert auf einer Aktenstudie von 91 IM-Vorgängen.

- die Beschaffung von Material (hierbei handelte es sich vorwiegend um IM aus der Leitungsebene der Universität);
- die Weitergabe von Informationen über einzelne Sektionen;
- die „Aufklärung“ von Mitarbeitern der KMU, speziell Reisekadern;
- die Weitergabe von Informationen über den Verlauf von Auslandsreisen sowie
- der Einsatz auf den Messen zur Informationsbeschaffung u.a. über Teilnehmer aus der Universität und ihre Kontakte zu westdeutschen Teilnehmern.

Das MfS unterteilte sein IM-Netz in sieben verschiedenen Kategorien. Vom „Allround-IM“ bis zum „Experten-IM“ war jeder Informant entsprechend seiner Position und seines Einflussbereichs an der Universität dem MfS dienlich. Besonders die Zusammenarbeit mit IM in Schlüsselpositionen war von höchster Relevanz. Desweiteren tritt bei den Recherchen eine besondere Kategorie von IM hervor: die Hauptamtlichen Inoffiziellen Mitarbeiter (HIM).

Fünf HIM wurden in den 1970er Jahren an der Karl-Marx-Universität eingesetzt. Ihre Arbeit bestand vor allem in der Überwachung und Überprüfung von Reisekadern und zeichnete sich durch eine rigorose Systematik aus. Es waren professionelle IM, die eine monatliche Vergütung für ihre Aktivitäten vom MfS bekamen. Sie arbeiteten unter falscher Identität und gaben sich bei der Befragung von Universitätsangehörigen als Mitarbeiter des MfI oder der Volkspolizei aus. Zudem besaßen sie ein Arbeitszimmer an der KMU. Der HIM „Ralf“ verfasste beispielsweise im behandelten Zeitraum über 1.000 Ermittlungsberichte über Angehörige der Universität, insbesondere über Reisekader der Bereiche Medizin und Physik. Nicht nur die fachliche Entwicklung des jeweiligen Reisekaders wurde dabei eingeschätzt, sondern auch die politische Einstellung beurteilt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass es dem Referat XX/3 durch ihre inoffiziellen Kräfte gelang, Einfluss auf das alltägliche Leben der Karl-Marx-Universität auszuüben. Vergleichbar mit einer Spinne, die ihr Netz webt, war es dem MfS gelungen, über ein vielfältiges und umfangreiches Repertoire an Informanten zu verfügen, die in jedem Fachbereich eingesetzt wurden. Nichtsdestotrotz blieb die weitere Suche und die Anwerbung von IM ein fortdauernder Schwerpunkt der Arbeit des Referats.

2.3. *Offizielle Informationsquellen*

Die regelmäßige Kommunikation zwischen Offizieren und Mitarbeitern der Leitungsebene der Universität sowie mit Sektionsdirektoren und Parteisekretären wird in der Forschung oft unterschätzt. Jedoch erwiesen sie sich im Überwachungsprozess der KMU als genauso wesentlich wie die Beziehung zu den Inoffiziellen Mitarbeitern (Kowalczyk 2013). Diese Kontakte konnten sich auf einen kurzen Zeitraum beschränken oder sich über Jahre bzw. Jahrzehnte erstrecken und von verschiedener Intensität sein. Schwierig bleibt, den Verlauf dieses Austausches zu rekonstruieren, da dafür im Vergleich zur Anleitung und Berichterstattung von IM in der Regel keine umfangreichen Akten angelegt wurden. Nichtsdestotrotz ist ersichtlich, dass die offiziellen Kontakte für das MfS von fundamentaler Bedeutung waren, um universitätsinterne Entscheidungen zu beeinflussen.

Die Grenzen zwischen offizieller und inoffizieller Zusammenarbeit konnten dabei fließend sein. Angehörige der KMU konnten als sogenannte Kontaktpersonen fungieren, sofern das MfS auf eine Anwerbung für eine inoffizielle Tätigkeit verzichtet hatte, da diese beispielsweise Führungspositionen innerhalb der Partei innehatten. Für die Staatssicherheit galt als Vorschrift, dass eine IM-Anwerbung nicht mehr in Frage kam, sobald ein SED-Mitglied eine höhere Funktion ausübte. Ebenso konnte das MfS zunächst offizielle Kontakte zu einem Mitarbeiter der Universität pflegen, bevor dieser für eine inoffizielle Mitarbeit gewonnen wurde.

Durch den regen offiziellen Austausch konnte das Referat XX/3 vor allem an universitätsinterne Unterlagen gelangen. Desweiteren ermöglichten dem MfS die offiziellen Kontakte, Entscheidungen auf der Ebene der Universität indirekt zu beeinflussen, etwa hinsichtlich der Genehmigung bzw. des Verbots von Auslandsreisen von Wissenschaftlern.

Der Austausch von Universitätsverantwortlichen mit hauptamtlichen MfS-Mitarbeitern scheint sich mit einer gewissen Normalität abgespielt zu haben. Insgesamt erweisen sich die offiziellen Kontakte des MfS an der Universität aber als eine Grauzone. Universitätsangehörige in Leitungsfunktionen waren verpflichtet, Gespräche mit der Geheimpolizei zu führen. Die Zusammenarbeit mit dem MfS wurde aber auch oftmals als selbstverständlich angesehen. Der Hauptunterschied zu einem inoffiziellen Austausch bestand freilich allein darin, dass der offizielle sich nicht geheim abspielte. Zumeist überschritten sich die Inhalte der Informationsüberlieferung, d.h. dass die offiziellen Quellen des MfS oftmals ähnliche Werturteile über überwachte Universitätsangehörige wie die inoffiziellen Quellen fällten.

2.4. Die „operative Bearbeitung“

In den 1970er Jahren verfügte das MfS über ein umfangreiches Repertoire an Überwachungsmöglichkeiten, um verdächtige Personen „operativ“ zu bearbeiten. Bei mehr als der Hälfte der untersuchten Fälle war der Verdacht auf „Republikflucht“ Grund für die Einleitung eines Operativen Vorganges. Dies war damit an der Karl-Marx-Universität der häufigste Grund – der Weggang von Wissenschaftlern blieb auch nach dem Mauerbau ein dauerhaftes Problem. Ein zweiter wichtiger Grund bestand in der Verbreitung sogenannter „staatsfeindlicher Hetze“. Oftmals standen die beiden „Delikte“ im Zusammenhang.

Bei der abschließenden Bearbeitung von Operativen Vorgängen an der Karl-Marx-Universität lassen die Recherchen drei typische Verläufe erkennen. So wurden die Operativen Vorgänge

- durch Verhaftung bzw. Inhaftierung beendet, oder
- es griffen Maßnahmen auf der Universitätsebene wie Ausschlüsse bzw. Exmatrikulationen, was dem MfS ermöglichte, auf die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens zu verzichten, oder
- sie mussten aufgrund fehlender Ermittlungsergebnisse abgeschlossen werden.

Die späten 1960er und die 1970er Jahre waren sowohl von innen- als auch außenpolitischen Umbrüchen geprägt, die sich als Bewährungsproben für das MfS erwiesen. Dieser Zeitraum ist durch die Verbesserung der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR gekennzeichnet. Aufgrund der – wenn auch sehr eingeschränkten – Neuentwicklung eines deutsch-deutschen Austausches wurde der Überwachungsapparat ausgebaut.

Zudem lösten Ereignisse wie der Prager Frühling (1968) und seine Niederschlagung durch Truppen des Warschauer Paktes oder die Solidarnosc-Bewegung in Polen (1980–1981) zahlreiche Diskussionen an der Karl-Marx-Universität aus. Einen organisierten Protest hat es jedoch an der Universität nicht gegeben, vielmehr blieb es bei isolierten Reaktionen. Während 1968 einige Universitätsangehörige aufgrund ihres non-konformen Verhaltens von der Universität entfernt und aus der SED ausgeschlossen wurden, scheinen die Ereignisse um die polnische Streikbewegung weniger Resonanz erzeugt und somit auch weniger Repressionen provoziert zu haben.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Repressalien im Jahre 1968 als Warnung gegolten haben und dass gleiche Erfahrungen 1981 vermieden werden sollten. Der Umgang des MfS bzw. der SED mit kriti-

schen Stimmen im Zusammenhang mit diesen zwei politischen Krisen stützt die These, dass die Formierung eines Protestes an der Universität in den 1970er Jahren kaum möglich war.

Schließlich zielte die Überwachung von Studenten verstärkt auf die ausländischen Studenten ab, da aus Sicht des MfS bzw. der SED ein bestimmtes Image der DDR nach außen bewahrt werden sollte. Zum einen sollten die ausländischen Studenten mit kritischen Stimmen in der DDR nicht in Berührung kommen, um kein negatives Bild in ihrem Heimatland zu vertreten. Zum anderen sollten sie ein bestimmtes Bild der DDR im Sinne der Völkerfreundschaft nach Außen nach ihrem Aufenthalt vermitteln. Auslöser dieses besonderen Augenmerks in der Arbeit des MfS war die gewachsene Anzahl von ausländischen Studierenden an der Universität, insbesondere am Herder-Institut. Zudem schätzte das MfS die ausländischen Studierenden als ein Sicherheitsrisiko ein.

Im Referat XX/3 waren zwei von den acht hauptamtlichen Mitarbeitern mit dem „Schwerpunktbereich ausländische Studenten“ u.a. betraut. Es handelte sich dabei um Offiziere, die sich speziell mit den Besonderheiten dieser Zielgruppe vertraut gemacht hatten. Auch bei der Überwachung ausländischer Studierender nutzte das MfS die beiden Wege der Informationsbeschaffung: Einerseits ermöglichte der Rückgriff auf IM eine umfangreiche Kontrolle bis hinein ins Privatleben an den Wohnheimen. Andererseits nutzte das Referat XX/3 ihre offiziellen Kontakte zu Universitätsangehörigen in Schlüsselpositionen, um ihr Bild zu vervollständigen.

3. Schlussbetrachtungen

Das Ministerium für Staatssicherheit und speziell das Referat XX/3 besaß in den 1970er Jahren keine Allmacht über die Leipziger Universität. Es handelte sich vielmehr um ein Zusammenspiel von Maßnahmen auf der Leitungsebene der KMU und der geschickten Beeinflussung seitens des MfS durch den Einsatz von IM und Rücksprache mit offiziellen Kontaktpersonen. Man kann demnach von einer indirekten Repression sprechen, die das MfS an der Universität ausübte. Dies stellte einen deutlichen Unterschied zu den 1950er Jahren dar, in denen offene und gewalttätige Repression vom MfS ausgeübt wurde.

Ein Großteil der Arbeit des Referats XX/3 war in den 1970er Jahren „vorbeugend“, d.h. es handelte sich vorwiegend um eine präventive Tätigkeit. Es steht fest, dass das MfS akribisch nach jeder Information und jedem Detail suchte, die eine potenzielle Gefährdung der Politik der SED darstellten. Nach aktuellem Quellenstand ist jedoch davon auszugehen,

dass die Staatssicherheit oftmals die enorme Informationsmenge nicht verarbeiten konnte. Für die meisten Fälle der „operativen Bearbeitung“ stellte sich heraus, dass es für das MfS gar **nicht** notwendig war, eine Verhaftung von verdächtigen Universitätsangehörigen vorzunehmen, da Maßnahmen innerhalb der Universität und ausgehend von der Leitungsebene ausreichend waren, um nonkonformes Verhalten auszuschalten.

Diese Studie bezieht sich jedoch ‚nur‘ auf die 1970er Jahre. Aus diesem Grund besteht weiterer Forschungsbedarf. 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution wäre es z.B. unerlässlich zu untersuchen, inwieweit sich Hochschullehrer und Studenten an den Montagsdemonstrationen in Leipzig beteiligt haben. Zu erwarten ist nach den beschriebenen Entwicklungen und Umstrukturierungen der 1970er Jahre, die renitentes Potential formal und praktisch untergruben, dass die Karl-Marx-Universität während des Umbruchs 1989/90 keine treibende Kraft des Protests war – und vor allem keine solche sein konnte.

Literatur

- Catrain, Elise (2013): Hochschule im Überwachungsstaat. Struktur und Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit an der Karl-Marx-Universität Leipzig (1968/69–1981), Leipzig.
- Heydemann, Günther (2008): Die Pervertierung weltlicher Herrschaft: Anfänge geheimdienstlicher Überwachung der Universität Leipzig durch K 5 und MfS in den 1950er Jahren, in: Michael Beyer (Hg.): Christlicher Glaube und weltliche Herrschaft. Zum Gedenken an Günther Wartenberg, Leipzig, S. 275–286.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha (2013): Stasi konkret. Überwachen und Repression in der DDR, München.
- Triebel, Bertram (2008): „Wir führen den Kampf, aber wir führen ihn ungenügend“. Aktivitäten des MfS an der Universität Leipzig zwischen 1955 und 1957. Strukturen, Akteure und die Praxis der Überwachung an der Medizinischen Fakultät und am Physikalischen und Theoretisch-Physikalischen Institut, Historisches Seminar, Universität Leipzig (unveröffentlichte Magisterarbeit).

Militär(finanzökonomie) an der Universität

Eine Überlebensstrategie der Wirtschaftswissenschaften der DDR-Humboldt-Universität

Johannes Keil
Berlin

Während des Kalten Kriegs verschleierten beide Militärblöcke ihre Verteidigungsausgaben, um der Gegenseite in der Phase des Wettrüstens nicht offen zu legen, über welches reales militärisches Potential sie verfügen. Diese Verschleierungstaktik erzeugte in der DDR allerdings auch armeerinternen Probleme,

da nur ein kleiner, zumeist schlecht ausgebildeter Personenkreis innerhalb der Nationalen Volksarmee (NVA) die Finanzen verantwortete. Um den ständig steigenden Ausgaben Herr zu werden, aber auch um Mittel effizienter einzusetzen, wählte die NVA einen ungewöhnlichen Weg: Die Qualifikation der Mitarbeiter der Finanzverwaltung der sonst sehr abgeschotteten NVA sollte durch eine *zivile* Bildungseinrichtung verbessert werden: die Fakultät/Sektion für Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU).

Eine solche Zusammenarbeit mit der NVA kam der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät Anfang der sechziger Jahre gerade recht, da nach mehreren Jahren ohne Immatrikulationen ins Direktstudium eine Schließung bzw. Verlagerung des akademischen Betriebs an die neu gegründete Hochschule für Planökonomie zu befürchten stand. Im Verbund mit starken Partnern wie der NVA versuchte die Fakultät ihre Existenz durch spezialisierte Weiterbildungsangebote zu sichern, von denen die Ausbildung im Fach *Militärfinanzökonomie* das wohl sensibelste Beispiel war.

Anfänge und Etablierung des HU-Lehrangebots für die NVA-Finanzverwaltung werden im Folgenden rekonstruiert. Auf der Grundlage der Beschreibung des institutionellen Rahmens und den Motivationen beider Seiten werden Handlungsspielräume der Akteure im ansonsten sehr reglementierten tertiären Sektor der DDR sichtbar, die bislang unbeleuchtet geblieben sind.¹

¹ In der Literatur finden sich nur einzelne Verweise auf den Ausbildungsgang (z.B. Kopenhagen/Mehl/Schäfer 2006: 186). Die Forschungsliteratur hat die Ausbildung zum Finanzof-

Boizenburger Kommandeurstagung

Um die Verpflichtungen, die aus dem Warschauer Pakt für die DDR entstanden waren, besser erfüllen zu können, musste dem rationelleren und sparsameren Umgang mit den zur Verfügung gestellten Mitteln ein grundlegend höherer Stellenwert in der Nationalen Volksarmee beigegeben werden.² Daher fand Anfang 1963 eine spezielle Kommandeurstagung in Boizenburg (Uckermark) zu dem Generalthema „Sparsamkeit und Effektivitätssteigerung in der Nationalen Volksarmee“ statt.³

Der Minister für Nationale Verteidigung, Heinz Hoffmann, verlangte von den Finanzorganen in der NVA stärkere Einflussnahme auf die ökonomischen Prozessabläufe von der Planaufstellung bis zur Finanzkontrolle. Dazu sollten die vorhandenen Mitarbeiter in der Finanzverwaltung höher qualifiziert und in Zukunft akademisch gebildetes Nachwuchspersonal herangezogen werden. Eine Zusammenfassung der Aussagen des Ministers wurde als ‚Vertrauliche Verschlussache‘ veröffentlicht:

„Wie Genosse N.S. Chruschtschow in einer Unterhaltung mit unserer Militärdelegation in Moskau sagte, wird der Imperialismus nicht von uns Militärs, sondern in allererster Linie auf ökonomischem Gebiet geschlagen ... Nur durch eine der westdeutschen kapitalistischen Wirtschaft überlegene Arbeitsproduktivität und ein höheres Niveau der Produktion schaffen wir die Garantien des Sieges des Sozialismus und des Friedens in ganz Deutschland.“ (Hoffmann 1963: 2)

Daraus folgte *Hoffmann*, „dass in der militärischen Führungs- und Leitungstätigkeit aller Ebenen die ökonomischen Belange und Möglichkeiten mehr als bisher berücksichtigt werden“ (ebd.: 3) müssten. Diese Schlussfolgerung bezog sich vorwiegend auf die fachliche Qualifikation der Mitarbeiter der Finanzorgane der Nationalen Volksarmee, die verbessert werden sollte. Denn vor 1960 gab es in der Finanzverwaltung der Nationalen Volksarmee nur einen oder zwei Armeeangehörige mit einem Hochschulabschluss (je nach Quelle: Tappert 1969: 218 oder ebd.: Anlage S. 2). Es war also dringend notwendig geworden, wenigstens eine Grundqualifizierung auf dem Finanzgebiet in der NVA einzurichten. Dazu schreibt Tappert (ebd.: 65):

fizier an der HU bislang unbeachtet gelassen (vgl. z.B. Jordan 2001; Häffner 2004; Froh/Wenzke 2000: 17ff.).

² Eine ausführliche Darstellung der NVA als Bündnispartner im Warschauer Pakt findet sich bei Keil (2014: 209-217).

³ Gespräch mit Prof. Joachim Stephan, langjähriger Leiter des Bereichs Militärfinanzökonomie an der HU, 19.5.2010

„In der Zeit von 1956 bis 1962 wurden von der Schule der Rückwärtigen Dienste der Nationalen Volksarmee die ersten Offizierschüler und Offiziershörer zu Finanzwirtschaftlern qualifiziert. Die Ausbildung war zunächst eng begrenzt auf die Belange der Streitkräfte, wobei die militärische Ausbildung gegenüber der fachlichen Ausbildung im Vordergrund stand. Eine umfassende finanzökonomische Ausbildung erfolgte erst nach 1958. Um jedoch den hohen Bedarf an ausgebildeten Kadern in dieser Zeit annähernd befriedigen zu können, wurden am 1.12.1955 von der Fachschule für Finanzwirtschaft in Gotha 50 Absolventen in den Finanzdienst der Nationalen Volksarmee übernommen und zu Offizieren ernannt. Dennoch blieb auch in dieser Zeit die Qualifikation der auf dem Finanzgebiet tätigen Mitarbeiter hinter den zu lösenden Aufgaben insgesamt zurück.“

Ein besonderes Augenmerk verdienen die hier genannten Daten: Obwohl die Nationale Volksarmee laut Gesetz erst im März 1956 gegründet wurde, fand schon am 1.12.1955 die Ernennung der ersten Finanzoffiziere statt, die von der Finanzfachschule Gotha kamen. Offensichtlich begannen auch diese Mitarbeiter ihren Dienst schon in der Kasernierten Volkspolizei.

Externat für Finanzoffiziere

Um zu einem Hochschulabschluss für die Offiziere zu kommen, hatte die NVA-Verwaltung Finanzen mehrere Varianten diskutiert, z.B. die Einrichtung eines entsprechenden Zusatzsemesters für die zivilen Studenten mit dem Berufsziel *Finanzoffizier*. Das Ministerium für Nationale Verteidigung entschied sich vor allem deshalb für die HU, weil es ein anerkanntes, mit einem Diplom abschließendes Studium an einer Universität mit hohem internationalem Ansehen sein sollte. Für die HU sprach auch die kurze Entfernung zwischen dem Sitz des Ministeriums für Nationale Verteidigung in Strausberg bei Berlin und dem Sitz der HU in Berlin-Mitte, was die direkte Einflussnahme des Verteidigungsministeriums erleichtern sollte. Letztendlich waren auch Kostengründe für eine Zusammenarbeit mit der HU maßgeblich, da hier bereits ein auf dem Gebiet der Finanzwissenschaft etabliertes Lehrangebot zur Verfügung stand und somit nicht neu geschaffen werden musste.⁴

Grundlage für den Beginn der Ausbildung war eine Vereinbarung zwischen dem Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen mit dem Ministerium für Nationale Verteidigung. Auf dieser Basis erging eine Weisung des Staatssekretariats an den Dekan der Wirtschaftswissen-

⁴ Gespräch mit Prof. Joachim Stephan am 19.5.2010

schaftlichen Fakultät, das Wissensgebiet Militärfinanzökonomie aufzubauen.

Der Leiter der aufzubauenden Abteilung Militärfinanzökonomie war ein zum Offizier ernannter bisheriger wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Finanzwesen. Dieser war zunächst fachlich dem Direktor des Instituts für Finanzwesen unterstellt. Nachdem sich das Gebiet zu einem selbstständigen Bereich entwickelt hatte, ging die fachliche Unterstellung an den Direktor der Sektion Wirtschaftswissenschaften über. Militärisch unterstellt war der Leiter der Militärfinanzökonomie dem Chef der Verwaltung Finanzökonomie beim Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR. Grundlage dafür war ein Beschluss⁵ des Ministerrats der DDR über die Einrichtung und Aufgaben der Abteilungen in den Staats- und Wirtschaftsorganen der DDR.⁶

Wie fest entschlossen sich die Partei- und Staatsführung zeigte, der Universität diesen Auftrag zu übertragen, zeigt sich im Schriftwechsel zwischen Verteidigungsminister und dem Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Der Minister weist darauf hin, dass er bereits durch den Leiter der Finanzrevision der NVA in seinem Interesse „bestärkt“ worden sei, die Qualifizierung von Finanzoffizieren mit dem Ziel der Ablegung des Examens als Diplom-Ökonom an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin vorzunehmen.⁷

Dass die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät gegenüber diesem Anliegen nicht abgeneigt war, zeigt sich im Antwortschreiben des Dekans, in dem bereits sechs Tage danach mitgeteilt wurde, „daß wir diese Aufgabe übernehmen“.⁸ Die Fakultät betrachtete die Übernahme dieser Ausbildungsaufgabe als eine Chance, sich auf dem Gebiet der Finanzwissenschaft weiter zu profilieren.⁹ Nur vor diesem Hintergrund versteht sich die ‚Konzentrationsempfehlung‘ des Dekans im Antwortschreiben, denn die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät hatte Anfang der sechziger Jahre zeitweise keine neuen Martikel eingeschrieben und sah sich daher existentiell bedroht durch die Gründung der staats- und parteinahen Hoch-

⁵ Dieser Beschluss war eine interne Verschlussache, zu der in der Regel nur ein kleiner und ausgewählter Personenkreis Zugang besaß.

⁶ Gespräch mit Prof. Joachim Stephan am 19.5.2010

⁷ HU-Archiv, 1582, S. 28; siehe Brief des Ministers für Nationale Verteidigung vom 14.6.1963 an den Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät Prof. Dr. Hans Arnold.

⁸ HU-Archiv, 1582, S. 29; siehe Brief des Dekans der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät Prof. Dr. Hans Arnold vom 20.6.1963

⁹ Gespräch mit Prof. Joachim Stephan am 19.5.2010

schule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst im Jahre 1954 (vgl. Alich 2010: 5; Hesse/Rischbieter/Laura 2010: 268f.):

„Ich würde empfehlen, das Präsidium des Ministerrates von den Ergebnissen unserer Verhandlungen zu unterrichten und dort im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Vorlage über die finanzökonomische Ausbildung zu erwirken, dass die Ausbildung von Offizieren auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften (Finanzen) in der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zu Berlin konzentriert wird – analog der Regelung des Medizinstudiums in Greifswald.“¹⁰

In der Folge wurde die erste Form eines akademischen Bildungsangebots für Angehörige der NVA-Finanzverwaltung von der HU eingerichtet: das Externat. Dabei handelte es sich um Veranstaltungsformen, die außerhalb der Räumlichkeiten der Universität stattfanden, bei denen jedoch die Teilnehmer am externen Veranstaltungsort untergebracht waren. In einer solchen Veranstaltungsform wurden in den Jahren 1963 und 1964 etwa 20 leitende Offiziere aus der Verwaltung Finanzökonomie des Ministeriums für Nationale Verteidigung betreut.

Es gab umfangreiche Vorlesungen, Seminare und Kolloquien zu allen in einer Diplomprüfung zu absolvierenden Fächern mit dem Schwerpunkt Finanzen, um möglichst rasch vertieftes und anwendungsbereites Wissen zu vermitteln. Da diese Externen bereits über einen Fachschulabschluss verfügten und jahrelange Finanzpraxis vorweisen konnten, wurde die Form des Externats mit Intensivkursen gewählt. Im Diplomverfahren mussten sie sich den gleichen Fächern und Bedingungen wie die Direkt- und Fernstudenten stellen sowie eine Diplomarbeit anfertigen.

Von den 20 Bewerbern bestanden 19 die Prüfung im vorgegebenen Zeitraum, einer musste zur Nachprüfung in einem Hauptfach antreten und beendete ein Jahr später sein Externat. Gewisse Vorbehalte prinzipieller Art in der Fakultät gegen das gesetzlich mögliche Externat wurden durch die Leistungen der Teilnehmer gegenstandslos.¹¹

Dass es bei den Leistungsanforderungen keine Abstriche gab, zeigt auch ein eher ungewöhnlicher Vorgang im Jahre 1966. Ein höherer Offizier, der während einer Staatsexamensklausur „unerlaubte Hilfsmittel“ benutzt hatte, wurde durch die Aufsicht von der Klausur ausgeschlossen. Da er eine spätere Chance bei der Nachprüfung nicht erfolgreich nutzte, wurde er vom Studium ausgeschlossen.¹²

¹⁰ HU-Archiv, 1582, S. 29; siehe Brief des Dekans der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, Prof. Dr. Hans Arnold vom 20.6.1963

¹¹ Gespräch mit Prof. Joachim Stephan am 19.5.2010

¹² HU-Archiv, WIWI 1582, S. 21, Brief des Dekans vom 18.08.1966 an den betreffenden Externatsstudenten

Kombiniertes Studium

Nachdem sich die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät als zivile Einrichtung für die Aus- und Weiterbildung von Militärangehörigen als geeignet erwiesen hatte, begann man Ende 1964 mit dem *Kombinierten Studium Finanzoffiziere*.¹³ Grundlage dieser Studienform war eine Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Nationale Verteidigung und dem Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen mit einem bestätigten Studienplan (vgl. HU-Berlin 1967: 222f.).

Dieser Studienform war eine spezielle Form eigen, denn obwohl es konzeptionell als Fernstudium angelegt war, wurde ein besonders hoher Anteil der Lehre an der Universität durchgeführt. Voraussetzung für die Zulassung war neben einem Abschluss an der Finanzfachschule Gotha oder einer anderen Form der Hochschulreife auch eine Delegation durch die militärische Dienststelle. Zudem mussten die Bewerber erste Erfahrungen in der Praxis der Finanzorgane der NVA vorweisen.

Besonders war auch die Studienzeit, die von den sonst im Fernstudium üblichen fünf Jahren aufgrund der Studienvoraussetzungen auf vier Jahre verkürzt wurde. Inhaltlich gliederte sich das Studium in eine Grund- und eine Fachstudienphase sowie ein weiteres Semester, das für die Anfertigung der Diplomarbeit eingeräumt wurde. Das Studium endete mit dem ersten akademischen Grad *Diplom-Wirtschaftler*.

Für die Teilnahme an den Präsenzveranstaltungen – je Semestermonat drei Tage und pro Semester ein 14-tägiger Intensivkurs – erhielten die Studierenden, die formell an der HU immatrikuliert wurden, eine Freistellung von Seiten der NVA. Da es sich bei den Teilnehmern an diesem kombinierten Studium um bereits aktive Offiziere handelte, konnte die HU 1964 und 1965 nur jeweils 50 Mitarbeiter aus dem Finanzapparat der NVA immatrikulieren, da ansonsten zu viele Finanzoffiziere aus dem täglichen Militärdienst zeitweilig ausgeschieden wären. In den Folgejahren immatrikulierte man nur alle zwei Jahre ein Kontingent von 50 Studierenden. In den „Zwischenjahren“ nahmen Offiziere aus den Planungs- und Beschaffungsorganen sowie aus dem Baubereich der NVA die Gelegenheit eines kombinierten Studiums nach einem entsprechend modifizierten Studienplan wahr.

¹³ Eine allgemeine gesetzliche Grundlage für diese Studienform war 1961 eingeführt worden: vgl. GBl. der DDR, Teil II, 1961, Nr. 41, S. 269; Anlage Nr. 2: Zur Verordnung über Arbeitszeiten und Erholungsurlaub vom 29.06.1961 betreffend Freistellung von der Arbeit für die Teilnehmer am Fern-, Abend- sowie am kombinierten Studium an Hoch- und Fachschulen.

Nachdem sich diese Studienform einen guten Ruf erworben hatte, nahmen auch geeignete Kader aus dem Ministerium des Inneren, der Zollverwaltung der DDR, der Zivilverteidigung der DDR und der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) an diesen Studiengängen teil. Formell waren diese Immatrikulationen relativ leicht zu realisieren, da in der DDR ein erheblicher Teil der Zivilbeschäftigten der angeführten Institutionen verwaltungsmässig der Nationalen Volksarmee zugeordnet war und sie somit als NVA-Angehörige galten.

Durch das Externat und auch durch das kombinierte Studium sollte zunächst dem Nachholbedarf an Qualifizierungen von Finanzoffizieren entsprochen werden. In der Folgezeit wurde im Ministerium für Nationale Verteidigung überlegt, wie man langfristig den Bedarf an Hochschulabsolventen auf dem Gebiet Militärfinanzen sichern könnte. Man entschied sich aus Kostengründen wieder für die zivile HU, da absehbar war, dass langfristig die gesamte finanzwissenschaftliche Ausbildung in der DDR an der HU konzentriert werden sollte.¹⁴

Direktstudium Militärfinanzökonomie

Nach Auswertung der bisher an der HU gesammelten Erfahrungen begann im Wintersemester 1969 ein Direktstudium Finanzen für Offiziersbewerber der Nationalen Volksarmee. Diese jährlich 30 Studenten wurden als Teil des Gesamtkontingents für Finanzstudenten geführt, die an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät immatrikuliert werden konnten.

Es handelte sich um Berufsoffiziersbewerber (BOB), die sich in der Regel bereits kurz nach dem Abitur verpflichtet hatten, nach Abschluss einer akademischen Ausbildung als Berufsoffiziere in der Nationalen Volksarmee zu dienen. Diese Abiturienten wurden durch die Wehrbezirkskommandos geworben. Jedoch überstiegen meist die Bewerberzahlen das genehmigte Studentenkontingent, weshalb eine Eignungsprüfung eingeführt wurde, die an der Sektion Rückwärtige Dienste an der Offiziershochschule für Landstreitkräfte in Löbau/Zittau gemeinsam mit dem Bereich Militärfinanzökonomie der HU durchgeführt wurde. Attraktiv war der Studiengang sicherlich auch dadurch, dass den Studierenden der Grundwehrdienst in der NVA erlassen wurde und ihnen über das allen Studenten gewährte Grundstipendium hinaus ein Sonderstipendium in Höhe von 80,- Mark gezahlt wurde.

¹⁴ Gespräch mit Prof. Joachim Stephan am 19.5.2010

Nachdem die Bewerber ihre Bestätigung als Berufsoffiziersbewerber erhalten hatten, mussten sie ein berufspraktisches Jahr in der Wirtschaft absolvieren, was als weitere Voraussetzung für die Zulassung zur Universität galt. Dieses Praktikum musste in dem Drei-Schicht-Betrieb VEB Deutsches Hydrierwerk Rodleben (DHW) absolviert werden und schloss dort mit dem Zeugnis als Facharbeiter für chemische Produktion ab. Dieser Einsatzort wurde gewählt, da die Praktikanten durch ihr Abitur über gute naturwissenschaftliche Kenntnisse verfügten. Die offizielle Begründung für ein solches berufliches Praktikum war, dass die Offiziersbewerber Kenntnis von der Rolle der Arbeiterklasse in der materiellen Produktion erwerben sollten und dabei Verantwortung und Formen des Umgangs in ihren späteren Truppenteilen erlernen sollten.

Zugleich sollte das Praktikum auch ermöglichen, das ‚gesellschaftliche Verhalten‘ der Bewerber zu überprüfen. Nach erfolgreicher Prüfung sollte das Jahr genutzt werden, um die Offiziersbewerber auf den Eintritt in die SED vorzubereiten, denn dieser war seit den sechziger Jahren Voraussetzung für eine Karriere als Offiziere der NVA. In Ausnahmefällen war die Mitgliedschaft in einer der Parteien der Nationalen Front möglich. Außerdem konnte durch die Teilnahme am Praktikum auch offiziell erklärt werden, dass alle jungen Finanzoffiziere „aus der Arbeiterklasse kommen“ (vgl. Middell 2012: 365).

Grundsätzlich besuchten diese Studierenden alle Lehrveranstaltungen im Grund- und Fachstudium der Fachrichtung Finanzen. Der Studienplan gliedert sich im wesentlichen dem des Direktstudiums in der Fachrichtung Finanzwirtschaft; die Militärfinanzökonomie war eine Spezialisierungsrichtung in der Endphase des Studiums. So heißt es im Studienplan vom Februar 1969:

„Das Studium für Nachwuchskader des Finanzdienstes der Nationalen Volksarmee analog dem allgemeinen Direktstudium in der Fachrichtung Finanzökonomie gliedert sich in ein zweijähriges Grund- und ein zweijähriges Fachstudium. Das Grundstudium für Nachwuchskader des Finanzdienstes der Nationalen Volksarmee ist mit Ausnahme der Regeln der militärischen Ausbildung und der Praktika vom Inhalt und Ablauf identisch mit dem allgemeinen Direktstudium an der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität.“¹⁵

Erst im letzten Studienjahr, in dem sich die ‚zivilen‘ Direktstudenten in einem Spezialgebiet der Finanzwissenschaften weiter zu qualifizieren hatten, fand eine besondere Spezialisierung für die Studierenden in der

¹⁵ HU-Archiv, Nr. 1656, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Der Direktor (unpaginiert)

Militärfinanzökonomie statt. Diese Spezialisierung im Direktstudium sah inhaltlich folgende Themengebiete vor:¹⁶

- Theorie der Militärfinanzökonomie – die aktive Rolle der Finanzen bei der Realisierung der Aufgaben der NVA,
- Haushaltswirtschaft in der NVA,
- Finanzielle Versorgung und Entlohnung der Zivilbeschäftigten in der NVA,
- Finanzkontrolle in der NVA,
- Preisarbeit und Preiskontrolle in der NVA und
- Schadenbearbeitung und Versicherungsschutz in der NVA.

So hatten die Militärfinanzstudenten alle Abschluss- und Hauptprüfungen des „zivilen“ Finanzstudiums zu absolvieren mit Ausnahme der Sprachenausbildung, die nur im Fach Russisch erfolgte, denn Russisch war die Kommandosprache in den Vereinten Streitkräften des Warschauer Vertrages. In Russisch wurde auch die Sprachkundigenprüfung auf dem Niveau II b verlangt, während die Sprachausbildung im „zivilen Studium“ eine niedrigere Klassifizierung ermöglichte. Die höheren Anforderungen in der russischen Sprache wurden auch damit begründet, dass für Militärfinanzstudenten eine zweite Fremdsprache entfiel.¹⁷

Zusätzlich gegenüber den anderen Studierenden hatten die Offiziersbewerber in der Grundstudienphase ein Lehrfach „Militärisches Grundlagenwissen“ zu absolvieren, das von Dozenten der Offiziershochschule für Landstreitkräfte durchgeführt wurde. Ferner gab es das zusätzliche Lehrfach Militärökonomie im Umfang von 60 Stunden, das von Gastdozenten der Militärakademie Dresden bestritten wurde und folgende Themenbereiche umfasste:¹⁸

- Gegenstand der marxistisch-leninistischen Militärökonomie,
- Wesen und Grundsätze der Militarisation in Westdeutschland, kriegswirtschaftliche Konzeptionen der westdeutschen Regierung,
- Grundsatzprobleme und Hauptaufgaben der ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung im Sozialismus und
- Ökonomie in den Streitkräften.

Dazu gab es noch die Spezialvorlesung „Die Wehrverwaltung der BRD und die Finanzierung der Bundeswehr“ im Umfang von 30 Stunden im

¹⁶ Gespräch mit Prof. Joachim Stephan am 19.5.2010

¹⁷ Gespräch mit Prof. Joachim Stephan am 19.5.2010

¹⁸ HU-Archiv, WIWI 1582, S. 2

siebten Semester. Hinzu kamen spezielle Seminare im Rahmen des Abfassens der Diplomarbeit.¹⁹

Im Laufe des Studiums fanden drei sechswöchige Praktika in Dienststellen der NVA statt. Nach dem ersten Studienjahr erfolgte das bei allen wirtschaftswissenschaftlichen Studienformen übliche Betriebspraktikum, für die Studierenden der Militärfinanzökonomie allerdings dergestalt, dass sie die Offiziersschule für Rückwärtigen Dienst in Zittau besuchten, wo erste ‚Verhaltensregeln‘ in der Armee vermittelt wurden. Die theoretische Grundlage hierfür bildete die genannte spezielle Vorlesung im ersten Studienjahr über militärisches Grundlagenwissen. Nach dem zweiten Studienjahr wurde an Stelle des für alle Studierenden an Hochschulen sonst üblichen Zivilverteidigungslagers (vgl. Jordan 2001: 111ff.) ein Einsatz in einer militärischen Einheit (nicht Ökonomie) durchgeführt. Im Verlauf des dritten und vierten Studienjahres fanden Truppenpraktika in Finanzökonomischen Organen der NVA statt.

Während all dieser Praktika waren die Offiziersbewerber Armeeingehörige und erhielten auch einen erhöhten Sold. Nach dem Abschluss des Hochschulstudiums und dem Erwerb des Diploms erfolgte durch das Wehrkreiskommando Berlin die Einberufung der Berufsoffiziersbewerber als Offiziersschüler im vierten Studienjahr an die Offiziershochschule der Landstreitkräfte *Ernst Thälmann* in Zittau für fünf Wochen zur militärischen Ausbildung, die mit der Ernennung zum Leutnant der NVA abschloss.

Weiterbildung für Absolventen der Militärfinanzenökonomie

In den Jahren 1956 bis 1968 nahm die Zahl der Finanzoffiziere mit Fach- und Hochschulabschluss in der NVA erheblich zu und betrug 1968 beachtliche 93,5 Prozent an der Gesamtzahl der Finanzoffiziere. Während sich die Zahl der Mitarbeiter mit Fachschulabschluss von 34 im Jahr 1956 auf 317 im Jahr 1968 beinahe verzehnfachte, stieg die Zahl mit Hochschulabschluss im gleichen Zeitraum von 2 auf 43 (Tappert 1969: Anlage S. 2).

Für die inzwischen größere Anzahl von Hochschulabsolventen der Finanzökonomie in der NVA fand ab Mitte der siebziger Jahre eine systematische Weiterbildung wiederum unter Federführung der Wirtschaftswissenschaftlichen Sektion der HU statt. Auch Gastdozenten aus dem Außenministerium, dem Außenhandelsministerium, dem Ministerium der

¹⁹ HU-Archiv, Nr. 1656, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Anhang zum Studienplan (unpaginiert)

Finanzen, der Staatsbank der DDR, dem Finanzökonomischen Forschungsinstitut und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED wurden in diese Veranstaltungen einbezogen. Diese obligatorische Weiterbildung fand grundsätzlich alle vier Jahre statt. Es wurde in der Regel ein einwöchiges Kurssystem gewählt.

Die Themenpalette war sehr breit angelegt und entsprach der jeweiligen wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzung von Partei und Regierung. Im Mittelpunkt standen meist die Versuche der SED-Parteiführung, durch ständig veränderte Planungsmethoden den Niedergang der DDR-Wirtschaft aufzuhalten, und die Frage, welche Schlussfolgerungen aus den veränderten Planungsmethoden für die Ökonomie in der Nationalen Volksarmee zu ziehen seien. Auch neuere Forschungsergebnisse des Bereichs Militärfinanzökonomie wurden in der Weiterbildung vorgestellt und diskutiert.²⁰

Aber nicht nur DDR-relevante Themen wurden behandelt. So gab es Mitte der achtziger Jahre einen Weiterbildungskurs für Führungskader der Verwaltung der Finanzökonomie der NVA, der sich vorrangig mit der Wirtschaftspolitik der westlichen Länder und den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet beschäftigte. Zu den Themen gehörten u.a.:

- Rüstungspolitik der USA und Auswirkungen auf den Haushalt,
- die Rolle der Zentralbanken in den westlichen Ländern bei der Regulierung der Wirtschaft,
- das kapitalistische internationale Währungssystem und dessen Krisen,
- Kompensationsgeschäfte der DDR mit westlichen Ländern und
- die „Gestattungsproduktion“ in der DDR-Wirtschaft zur Verbesserung des Angebots mit hochwertigen Konsumgütern.²¹

Auch diese Themen zeigen, dass die Leitung der Finanzverwaltung der NVA bemüht war, in der Weiterbildung Themen auszuwählen, die den „Gesichtskreis“ der Finanzoffiziere erweiterte.

Im Jahre 1989 hatte der Bereich Militärfinanzökonomie an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät einen Personalbestand von vier Offizieren (alle habilitiert) und fünf zivilen Mitarbeitern, die zum Teil promoviert waren. Die Offiziere hatten ein Arbeitsverhältnis mit der Nationalen Volksarmee; sie waren zur Lehrtätigkeit an die Universität abkomman-

²⁰ Gespräch mit Prof. Erwin Rohde, Leiter des damaligen Bereichs Internationale Finanzen, 19.1.2010

²¹ Gespräch mit Prof. Erwin Rohde am 19.1.2010

diert. Die zivilen Mitarbeiter hatten ein Arbeitsverhältnis mit der Universität zu den dort geltenden Tarifen. Die Gehälter bekamen alle Mitarbeiter des Wissenschaftsbereichs Militärfinanzökonomie von der Haushaltsabteilung der Universität. Am Jahresende wurde dieser Betrag der Universität dann vom Ministerium der Finanzen überwiesen.

Im Finanzministerium gab es – wie in allen Ministerien und zentralen Dienststellen – eine „Erste Abteilung“, die alle Ausgaben und Einnahmen des Verteidigungshaushalts zusammenfasste. So wurden auch die Personalausgaben des Bereichs Militärfinanzökonomie Bestandteil des Verteidigungshaushalts. Die erstatteten Ausgaben machten jedoch nur einen Teil der tatsächlichen Aufwendungen für die Aus- und Weiterbildung von Militärfinanzoffizieren aus, da z.B. Kosten für Räume und eines Teils der an der Sektion allgemein üblichen Ausgaben für Lehrmittel nicht beglichen wurden.²²

Resümee

Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät konnte bei der Einführung der innovativen Weiterbildung für NVA-Finanzoffiziere auf die Erfahrungen mit anderen spezialisierten Weiterbildungsangeboten an der Fakultät bauen. Diese waren eigeninitiativ eingeführt worden, um den akademischen Betrieb an der Fakultät aufrecht zu erhalten, nachdem ab Anfang der sechziger Jahre an der Fakultät keine Studierenden mehr ins Direktstudium immatrikuliert werden konnten. Somit ist die Einrichtung der Ausbildung für Finanzoffiziere an der HU als weiteres Beispiel zu verstehen, wie es der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät gelang, im Verbund mit der NVA als ‚starkem Partner‘ eine zu befürchtende Schließung bzw. Verlagerung der Fakultät an die Hochschule für Ökonomie zu verhindern. Die NVA trug mit der Zusammenarbeit mit der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der HU dem Bemühen Rechnung, das Qualifikationsniveau in der NVA-Finanzrevision zu steigern, da Planung und Koordination des Militäretats zuvor nur unzureichend funktioniert hatte.

Die Zusammenarbeit konnte schnell etabliert werden, da an der HU eine umfangreiche wirtschaftswissenschaftliche Fakultät/Sektion mit dem Spezialgebiet Finanzen zur Verfügung stand und somit zunächst nur ein geringer zusätzlicher Aufwand auf Seiten der Universität entstand. Das Bildungsangebot für die NVA beschränkte sich zunächst auf ein Externatsstudium, in dem leitende Finanzoffiziere ab 1963/64 das Diplom er-

²² Gespräch mit Prof. Joachim Stephan am 19.5.2010

warben. Zerstreut werden konnten fakultätsinterne Vorbehalte gegenüber den Studierenden der NVA und gegenüber der Studienform des Externats durch die Anwendung der Leistungskriterien, die auch für Studierende im Direktstudium galten.

Eine besondere Art des Fernstudiums konnte in der Folgezeit eingeführt werden: das sogenannte kombinierte Studium, welches vier Jahre dauerte. Dieses Veranstaltungsformat richtete sich an Finanzoffiziere, die über eine Fachschulausbildung und mehrjährige Truppenpraxis verfügten. Die Teilnehmer kombinierten ihre reguläre Berufstätigkeit mit dem Studium, für das sie zeitweise freigestellt wurden. Schließlich führte man ab 1969 ein vierjähriges Direktstudium für zukünftige NVA-Finanzoffiziere ein. Für die Absolventen wurde wiederum eine organisierte Weiterbildung an der HU angeboten.

Die Studierenden im Direktstudium Militärfinanzökonomie waren zunächst keine Angehörigen der NVA und hatten somit während des laufenden Semesters keinerlei militärtechnische Ausbildung oder andere militärische Verpflichtungen. Diese hatten sie nur während der Praktika, wo sie als „zeitweilige“ NVA-Angehörige auch einen Extrasold erhielten. Erst nach mehreren berufsorientierenden Praktika und dem Abschluss des Universitätsstudiums Militärfinanzökonomie wurden die Absolventen als Leutnant bei der NVA angestellt.

Mit dieser Struktur unterscheidet sich das Fach Militärfinanzökonomie deutlich vom Vorgehen in der Bundesrepublik. Dort begann man zwar erst sehr viel später mit einer Teil-Akademisierung der Streitkräfte, jedoch wurden hierfür eigens militärische Hochschulen gegründet und oftmals Parallelstrukturen zu bereits bestehenden Studienangeboten geschaffen. Ob diese strukturelle Trennung zwischen zivilem und militärischem Hochschulsektor heute – in Zeiten knapper Kassen – noch zeitgemäß ist respektive ob Zusammenlegungen nicht sogar Synergieeffekten erzeugen könnten, diese Fragen sollten vorbehaltlos diskutiert werden.

Literatur

- Alisch, Steffen (2010): Die Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst (HiÖ) – eine wirtschaftswissenschaftliche Kadenschmiede der SED, Berlin: Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin, Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat 44/2010.
- Froh, Klaus/Wenzke, Rüdiger (2000): Die Generale und Admirale der NVA. Ein biographisches Handbuch, Berlin: Christoph Links Verlag.
- Haffner, Klaus Jürgen (2004): „Die Einheit von Geist und Macht“ – Qualifikations- und Selektionsstrukturen in HVA, KVP und NVA von 1949 bis 1973/74, Dissertation, Universität der Bundeswehr Hamburg – Fachbereich Pädagogik, Hamburg.

- Hesse, Jan-Otmar/Rischbieter, Laura Julia (2010): Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin nach 1945, in: Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.): Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Selbstbehauptung einer Vision, Berlin: Akademie Verlag, 255–275.
- Hoffmann, Heinz (1963): Die Beschlüsse des VI. Parteitagess setzen neue Maßstäbe für die Arbeit auf ökonomischem Gebiet in der Nationalen Volksarmee, in: Zeitschrift für Militärwissenschaft, Nr. 6, 3–11.
- Jordan, Carlo (2001): Kadenschmiede Humboldt-Universität zu Berlin. Aufbegehren, Säuberung und Militarisierung 1945–1989, 1. Auflage, Berlin: Christoph Links Verlag.
- Keil, Johannes (2014): Und der Zukunft zugewandt? Die Weiterbildung an der Humboldt-Universität zu Berlin 1945–1989.
- Kopenhagen, Wilfried/Mehl, Hans/Schäfer, Knut (2006): Die NVA. Land-, Luft- und Seestreitkräfte, Stuttgart: Motorbuchverlag.
- Middell, Matthias (2012): Die Humboldt-Universität im DDR-Wissenschaftssystem, in: Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.): Geschichte der Universität Unter den Linden. Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie – die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010, Band 3, Berlin: Akademie Verlag, 251–435.
- Tappert, Heinz (1969): Probleme der Weiterentwicklung der Finanzkontrolle in der NVA, Dissertation, Humboldt-Universität zu Berlin, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Berlin.

„Die ästhetische Bildung sozialistischer Persönlichkeiten“

Institutionelle Verflechtungen der Kunstlehrerausbildung an den Hochschulen in der DDR

Thomas Klemm
Leipzig

Die Kunsterziehung in der DDR war eine programmatisch höchst komplex wie auch vielfältig gedachte Disziplin; eine Materie, die eher einem Netz als einem Strang glich und verschiedene institutionelle sowie individuelle Anforderungen, Ambitionen und Positionierungen umfasste. Dies zeigt sich auch bei dem

nur auf den ersten Blick eindeutigen Verhältnis zwischen der akademischen Disziplin der Kunsterziehung und den staatlichen Institutionen, die ihren Anspruch anmeldeten, auf die ideologische Ausrichtung des Faches Einfluß zu nehmen.

Ich möchte im Folgenden den Grad der Verflechtung zwischen beiden Seiten skizzieren und darlegen, welche Institutionen ein Interesse daran hatten, Vorgaben und Anforderungen an die Disziplin und ihre Inhalte zu formulieren und welche Durchsetzungsmechanismen dabei zum Einsatz kamen. Dabei wird deutlich, wie häufig die artikulierten Anforderungen und Ansprüche mit den tatsächlichen Gegebenheiten kollidierten, sei es aus gewachsenen institutionellen Verschränkungen oder aus zu ambitionierten und an den Realitäten von akademischen Logiken vorbeigeleiteten Anforderungen heraus.

Divergenz der Anforderungen

Der politische und ideologische Einfluss, der auf die Disziplin ausgeübt wurde und durch den sie in ihren Grundzügen geprägt werden sollte, war keineswegs stringent und geradlinig. Es versuchten zahlreiche Institutionen, die Kunsterziehung auf ihre jeweiligen Ziele auszurichten und für sich zu instrumentalisieren. Die Frage nach dem Charakter der Kunsterziehung in der DDR ist damit auch immer die Frage nach den Zielen der verschiedenen Bereiche und Akteure, die auf die Disziplin einwirkten.

Und eben diese Ziele unterschieden sich mitunter maßgeblich voneinander, allein deshalb, weil sie unterschiedliche Schwerpunkte vertraten.

So wollte z.B. das Ministerium für Kultur kunstpädagogisches Handeln zur Verfestigung des sozialistischen Realismus als kunstpolitische Doktrin in der Gesellschaft einsetzen, während es dem Ministerium für Volksbildung um die Erziehung einer allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeit ging, die über die Kunst die Wahrheit ihrer Lebensumstände erkennt – die historische Wahrheit im Sinne des Historischen Materialismus wohlgermerkt, nicht die realsozialistische.¹

Der Topos „Kunsterziehung“ als Fachbezeichnung – nur für die Grundschule gab es das Fach Zeichnen – enthielt bereits das wortgewordene Versprechen, die mit der Kunstvermittlung einhergehende Persönlichkeitsprägung und -lenkung von Anfang an in den Mittelpunkt allen Handelns zu stellen. In diese Richtung wird, ausgerichtet an den Anforderungen an die sozialistische Gegenwartskunst, auch der Anspruch des Staates an die Kunstpädagogik formuliert:

„Ästhetische Erziehung ist auf ihrer höchsten Entwicklungsstufe Erziehung zu den Künsten. [...] Die sozialistische Kunst formt Vorbilder gesellschaftlich notwendiger Verhaltensweisen, sie modelliert Möglichkeiten sozialistischer Lebensbewältigung [...]. Sie trägt in wachsendem Maße bei zur Herausbildung der sozialistischen Ideologie und Lebensweise.“ (FSU Jena 1973: 19)

Der sozialistische denkende und handelnde Mensch war demnach das Ziel der Bemühungen jeder gesellschaftlichen Arbeit, er sollte das Ergebnis eines alle Bereiche umfassenden, allgemeinen Volkserziehungsprogramms bilden. Entsprechend war die Ganzheitlichkeit des Erziehungsspekts eines der wesentlichen Merkmale der Kunsterziehung.

Die „Ästhetische Erziehung“ wird damit zu einem Teil der Kultur- und Bildungspolitik, die von der Einheit von Parteilichkeit, künstlerischer Wahrheit und Volksverbundenheit ausgeht. Sie umfasst dabei nahezu alle Teile der Gesellschaft; es findet sich kaum ein Bereich, der nicht von ästhetischer Erziehung durchdrungen sein sollte und zur Formung einer sozialistischen Persönlichkeit hätte führen sollen. In diesem Sinne kann man denn auch die grundsätzliche Aufgabe der Kunsterziehung formulieren.

Genauso unmissverständlich wurden auch die grundsätzlichen Anforderungen an die sozialistischen Kunstpädagogen benannt, wie bspw. in einem Dokument zur Gründung der Sektion Kulturwissenschaften und Germanistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig vom Oktober 1968:

¹ Was hier nur kurz skizziert werden kann, findet sich ausführlich beschrieben in Klemm (2012).

„Die wesentlichste Aufgabe des Kunsterziehers ist die sozialistische Persönlichkeits- und Bewusstseinsbildung durch Erziehung zu künstlerischer Tätigkeit und zur Kunstrezeption. Bestimmende Komponenten des Absolventenbildes sind Theorie und Methodik des Kunstunterrichtes, künstlerisch-praktische Tätigkeit, Kunstwissenschaft und Kulturwissenschaft. Im engen Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des kulturellen Lebens unseres Volkes nimmt die Bedeutung der außerschulischen musisch-erzieherischen und kulturpolitischen Wirksamkeit des Absolventen zu.“²

Die Kunsterziehung stellt seit jeher ein Gravitationszentrum dar, in dem künstlerisches Schaffen (damit verbunden auch kunstwissenschaftliches Arbeiten) und pädagogisches Handeln mit den staatlichen Anforderungen der Kunst-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik aufeinandertreffen. Im Unterschied zu anderen Fächern, die in das Curriculum der Polytechnischen Oberschulen (POS) der DDR aufgenommen wurden, hoben sich die Fächer Musik- und Kunsterziehung insofern ab, als sie nicht nur eine Synthese von Fachwissenschaft und Schulbildung bewerkstelligen mussten. Vielmehr musste in ihnen auch die produktive künstlerische Komponente Eingang finden. Für die Kunsterziehung bedeutete dies eine Amalgamierung von künstlerischer Praxis, Kunstwissenschaft und Pädagogik.

Gerade die Einbeziehung der künstlerisch-praktischen Komponente wurde zu einem maßgeblichen Merkmal der Kunsterziehung in der DDR. Durch die offizielle Orientierung der akademischen und schulischen Kunsterziehung am alltäglichen „realistischen“ Kunstschaffen in der DDR und der damit untrennbar verbundenen kunstwissenschaftlich-agitatorischen Untermauerung wurden auch politische Implikationen zu einem maßgeblichen Merkmal der Kunsterziehung. Zugleich ergaben sich damit institutionelle Querverbindungen, die allein in ihrer Quantität über jene der nichtmusischen Fächer weit hinausgingen. Mit ihren Fragestellungen nach der Prozesshaftigkeit in der bildenden Kunst, nach Gestaltungsgrundlagen oder Formensprachen, viel mehr aber noch mit den in sie gesetzten Erwartungen an ideologischer Wirkmächtigkeit, war dann auch die Schnittmenge der Kunstpädagogik mit dem Forschungsbereich der Kunstwissenschaft unübersehbar.

Mehr noch: Wie in einer Definition des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen zu lesen ist, sollte sich die Kunsterziehung als ein Teilbereich der Kunstwissenschaft verstanden wissen:

„Die Kunstwissenschaft ist eine Disziplin der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften. In dialektischer Einheit von Geschichte, Theorie

² Universitätsarchiv Leipzig, R. 389, Bd. 2, Dokumente zur Gründung der Sektion Kulturwissenschaft und Germanistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig, 30. 10. 1968.

und Kritik sowie der Kunsterziehung erschließt sie die Werke der deutschen und ausländischen bildenden Kunst, Architektur und angewandten Kunst vom Mittelalter bis zur Gegenwart, die als gestaltete Umwelt und als Museumsbesitz an der ästhetischen Bildung sozialistischer Persönlichkeiten teilhaben. Zu ihrem Gegenstand gehören die gesellschaftlichen Prozesse, die mit der Schaffung, Verbreitung und Aufnahme dieser Werke verbunden sind.“³

Das wiederum bedeutet, dass sämtliche inhaltliche Ausrichtungen, politischen und ideologischen Strategien sowie ministerialen Imperative, die an die Kunstwissenschaft gerichtet wurden, auch ohne Abstriche für die Kunsterziehung zu gelten hatten. Und damit verbunden war, dass alle Institutionen, die entweder die Ergebnisse der allgemeinen Kunstwissenschaft in ihre Arbeit aufzunehmen hatten oder aber eigene Anforderungen an kunstwissenschaftliche Arbeit und Forschung adressierten, damit gleichzeitig die Kunsterziehung mit im Blickfeld haben mussten.

Staatliche Einrichtungen und künstlerische Institutionen

Unter den Institutionen, die ihre Anforderungen an den Kunstunterricht in den Schulen und an kunstpädagogische Forschung und Lehre formulierten oder zu Kooperationen mit kunstpädagogischen Akteuren und Institutionen angehalten waren, können zwei grundsätzliche Gruppen unterschieden werden: Zum einen die eher weisungsgebenden Institutionen wie Ministerien und die jeweils angeschlossenen Forschungseinrichtungen und parteinahen Einrichtungen; zum anderen Fachverbände und kulturell-künstlerisch ausgerichtete Institutionen jeglicher Art, die im Rahmen des allgemeinen Volksbildungsauftrages kunstpädagogisches Handeln in ihre Arbeit aufzunehmen hatten.

Politische Institutionen

Eine der einflussreichsten Institutionen, die für sich die Deutungshoheit über Inhalte der Kunsterziehung beanspruchte, war das Ministerium für Volksbildung der DDR. Es erarbeitete bildungspolitische Vorgaben, die zunächst im bildungspolitischen Bereich vorgestellt und bestätigt wurden, vorzugsweise auf den Pädagogischen Kongressen der DDR. Die Bandbreite dabei war groß und erstreckte sich von den bildungspolitischen Grundlagen-Entscheidungen bis hin zu detaillierten Vorgaben wie Lehrplan- oder Lehrmittelentwicklung.

³ Bundesarchiv Berlin, SAPMO, DY 30 / 7472, Konzeption zur Entwicklung der Kunstwissenschaft im Bereich des Hoch- und Fachschulwesens der DDR, Berlin, April 1974, fol. 3.

Die Grundsatzentscheidungen wurden vorab von den Parteitagern der SED beschlossen, wodurch sie ihre Legitimation und unangefochtene Gültigkeit gewannen. Mit der Gründung der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) im Jahr 1970 schuf sich das Ministerium für Volksbildung eines seiner mächtigsten Instrumente zur Durchsetzung seiner Interessen auf allen dafür relevanten Ebenen.⁴ Die Akademie fungierte als direkte Nachfolgeinstitution des seit 1949 bestehenden Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Ihre nominelle Hauptaufgabe bestand in der Sicherung der bildungspolitischen Hegemonie der SED im zentralistisch strukturierten Herrschaftssystem der DDR. Das Primat bildungspolitischer und ministerieller Entscheidungen vor pädagogisch-wissenschaftlicher Forschung wurde durch die Gründung der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften in feste Formen gegossen. In den Zuständigkeitsbereich der APW fiel zudem – gemeinsam mit dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen – die Berufung der Zentralen Fachkommission für Kunsterziehung.

Solche Fachkommissionen waren für nahezu alle Unterrichtsfächer an den Schulen eingerichtet worden. Sie unterstanden gleichermaßen dem Ministerium für Fach- und Hochschulwesen sowie der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften bzw. dem Ministerium für Volksbildung. Ihre Hauptaufgabe bestand in der Ausarbeitung der Lehrpläne, der Durchsetzung der grundsätzlichen politischen Ausrichtung der Disziplin in Forschung und Lehre sowie in der Evaluierung des wissenschaftlichen Nachwuchses hinsichtlich seiner inhaltlichen Ergebnisse im Forschungsbetrieb. Die paritätische Zuständigkeit zweier Ministerien mit verschiedenen Zielen für ein und dasselbe Gremium legte den Grundstein für häufige Interessenkollisionen, unklare Zuständigkeiten und unsystematische Erfolgskontrollen, was wiederum die akademischen Akteure in den Fachkommissionen nutzen konnten, ihre eigenen Vorstellungen bei anfänglichen Widersprüchen zu bewahren und in verschiedenen Graden auch durchzusetzen.

Als eine weitere Institution, die Anforderungen an die Kunsterziehung formulierte, trat die Akademie für Gesellschaftswissenschaften auf. Zunächst als Institut gegründet, 1976 zur Akademie nobilitiert, galt sie nicht nur als einer der wichtigsten gesellschaftswissenschaftlichen Forschungs-

⁴ Eine umfassende Analyse zu Aufbau und Funktionsweise der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften liefert Malycha (2009). Er geht unter anderem der Frage nach, ob bei der Abhängigkeit der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR (APW) vom Ministerium für Volksbildung der DDR eine selbstständige Forschung möglich gewesen ist – und tatsächlich findet er Ansätze von wissenschaftlichem Meinungsstreit, von disziplinären Konflikten und Auseinandersetzungen in der Theoriebildung.

stätten in der DDR; vielmehr wurde sie zur grundlegenden Beratungsinstanz für das Politbüro des ZK der SED und besaß damit eine Schlüssel-funktion im Prozess der theoretischen Begründung und Rechtfertigung der Politik der SED. Für die Kunsterziehung spielte die Akademie die Rolle des ideologischen Katalysators: Gesamtgesellschaftliche Fragen und Probleme wurden hier direkt in kunstpädagogische Fragestellungen übersetzt. Eine der zentralen Forderungen an die politische Arbeit der Kunsterzieher der DDR bestand beispielsweise in dem Ruf nach einer Intensivierung der ideologisch-weltanschaulichen Bildung und Erziehung, besonders auch der kommunistischen Erziehung der Jugend unter der Voraussetzung des Klassengegensatzes und der deutschen Teilung.

1974 forderte dementsprechend das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen mit Nachdruck:

„In allen Wissenschaftsdisziplinen muss die Auseinandersetzung mit nicht-marxistischen und bürgerlichen Positionen bzw. Konzeptionen einen höheren Stellenwert erhalten. Dabei sind die Hauptrichtungen der Auseinandersetzung deutlich sichtbar zu machen. Das darf nicht als Forderung an einige Spezialisten angesehen werden, sondern ist stärker als immanenter Bestandteil von Forschung, Lehre, Publizistik, Propaganda zu entwickeln.“⁵

Mit derlei Programmatik wird ein weiterer Aspekt der politischen Agenda für die Kunstpädagogik offenbar: Die sozialistische Persönlichkeit sollte am Ende nicht weniger leisten können als die Verteidigung und Bestätigung dieses Bildungsziels vor dem ideologischen Gegner: vor der „kapitalistisch-imperialistischen Ausbeutergesellschaft“ im Allgemeinen, vor der „westdeutschen reaktionären Propaganda“ im Besonderen. Das bedeutete am Ende aber auch, dass der Grad der Beeinflussung jeweils abhängig von der deutschland- und weltpolitischen Großwetterlage war.

Einerseits finden sich starke ideologische Imperative in Krisensituationen wie um den 17. Juni 1953, nach den Aufständen in Ungarn, dem Mauerbau, dem Prager Frühling oder der Ausweisung des Liedermachers Wolf Biermann. Andererseits zeigen sich wenn nicht Liberalisierungstendenzen, so doch eine weniger harte ideologisch-politische Gangart am Ende der 1950er Jahre, als die ostdeutsche Wirtschaft erste Wachstumserfolge verzeichnen konnte, in der Schlussphase der Ulbricht-Ära, in welcher versucht wurde, eine gewisse Emanzipation gegenüber der Sowjetunion zu erreichen, nach dem Machtwechsel zu Honecker und der außenpolitischen Positionierung durch die UNO-Vollmitgliedschaft oder in den Zeiten der ersten Abrüstungsgespräche zwischen der UdSSR und den

⁵ Bundesarchiv Berlin, SAPMO, DY 30 / 7472, Konzeption zur Entwicklung der Kunstwissenschaft im Bereich des Hoch- und Fachschulwesens der DDR, Berlin, April 1974, fol. 4.

Vereinigten Staaten.⁶ All diese Ereignisse forderten politische und ideologische Geschmeidigkeit seitens der SED-Führung, die mal mit Härte, mal mit Gelassenheit reagierte, je nachdem, wie sie zwischen selbstbewusster Außendarstellung und innenpolitischer Machtstabilisierung abwog.

Diese Entscheidungen wurden dann, um nun den Bogen zu den staatlichen Institutionen wieder zu schließen, durch Partei und Ministerrat getroffen, umgesetzt und an die einzelnen gesellschaftlichen Bereiche adressiert. Dabei war nicht immer eindeutig, ob die Forderungen beispielsweise des Ministeriums für Kultur denen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vor- oder nachgeordnet waren (wenn es bspw. um die Aktivitäten ostdeutscher Kunstpädagogen in internationalen Organisationen ging⁷), was zu erheblichen Reibungsverlusten führte und institutionelle Rangeleien verursachte. Für die Kunstpädagogen (wie für alle anderen Teile der Gesellschaft natürlich auch) hieß das, ein Sensorium für den Wandel des politischen Kurses zu entwickeln und sich ansonsten mit der Unberechenbarkeit des institutionellen Gefüges abzufinden.

Fachliche und künstlerische Institutionen

Waren nun Ministerien und parteinahe Forschungseinrichtungen der Bereich der Institutionen, der Vorgaben an kunstpädagogisches Handeln richtete, umschloss ein zweiter Bereich jene Institutionen, die sich durch ihren genuin künstlerischen oder kulturpolitischen Arbeitsgegenstand auszeichneten und an der Kunstvermittlung im Sinne der ideologischen Leitsätze entweder interessiert waren oder zur Mitarbeit angehalten wurden. Das Spektrum dieser Institutionen ist sehr weit und erstreckt sich

⁶ Der Rhythmus von Härte und Liberalisierungstendenzen in der Staatspolitik ist nur wenig umstritten; er lässt sich in Standardwerken einfach verfolgen, vgl. bspw. Weber (2000) oder Mählert (2009).

⁷ In der Fachcommunity legendär sind die weltweit veranstalteten Kongresse der International Society for Education through Art (INSEA) in den 1970er und 1980er Jahren, auf denen der Leipziger Professor für Geschichte und Theorie der Gestaltung Günther Regel einen engagierten und viele Jahre währenden fachlichen Meinungsstreit mit dem Hamburger Professor für Kunstpädagogik Gunther Otto austrug, der Regel große Meriten in der versammelten Kollegenschaft einbrachte und damit die Position der DDR auf internationalem Terrain deutlich steigerte. Was für die Außendarstellung ein Erfolg war, machte dem Ministerium für Volksbildung stark zu schaffen, da Regel dadurch nach einem Parteiausschluss und kurzzeitigem Lehrverbot vor wortwörtlich aller Welt eine Bühne geboten wurde, auf der er sich eloquent bewegen konnte und damit auch seine Position in der DDR – unabhängig von seiner „politischen Unzuverlässigkeit“ – erheblich stärken konnte. Mehr dazu und zur INSEA im allgemeinen in Klemm (2012: 347-410).

von den Jugendorganisationen (der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ und der Freien Deutschen Jugend) über die Akademie der Künste der DDR, den Verband der bildenden Künstler der DDR bis zu verschiedenen Berufsverbände mit künstlerischem oder gestalterischem Hintergrund wie dem Bund der Architekten der DDR.

Hinsichtlich der Kunsterziehung kamen zumeist Austauschprozesse und Beeinflussungen auf der Ebene von zeitlich begrenzten Arbeits- und Kooperationsvereinbarungen in Gang; häufig wurden in den Institutionen auch spezielle Arbeitsgruppen für Kunsterziehung eingerichtet, die einen dauerhaften Austausch ermöglichen sollten. Diese Institutionen setzten keine politische Grundlinie für die Kunsterziehung durch, sondern waren mitunter aus eigenen Stücken, öfter aber allein auf politische Weisung hin verantwortlich für eine Integration kunstpädagogischer Inhalte in ihre jeweils eigenen Arbeitsbereiche, um damit die Kunst- und Bildungspolitik der DDR so vielfältig wie möglich durchzusetzen.

Bei dem überwiegenden Teil dieser Kooperationen übte die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften die Vermittlungs- und Leitfunktionen aus, die maßgeblich auf die sozialistische Persönlichkeitsprägung durch ästhetische Erziehung ausgerichtet waren. Als inhaltliche Schwerpunkte für institutionenübergreifende Kooperationen formulierte die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften vier Hauptaspekte:

- „• Die Herausbildung der gesellschaftlichen Aktivität,
- Probleme bei der weltanschaulichen und moralischen Erziehung,
- Entwicklung der Verantwortung für die bewusste Lernhaltung und kommunistische Arbeitseinstellung sowie die
- Auseinandersetzung mit der Bildungspolitik und der Manipulierung der Jugend in der BRD.“⁸

Als Partner des Ministeriums für Volksbildung bei der flächendeckenden Durchsetzung kunsterzieherischer Inhalte spielten die im Verband der bildenden Künstler der DDR (VBK) organisierten Kunstschaffenden eine maßgebliche Rolle. Daher wies die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften auch dem Künstlerverband die dauerhafte Aufgabe zu, die – in den Worten der Volksbildungsministerin Margot Honecker – „breite Entwicklung der niveaувollen künstlerischen Selbsttätigkeit der Kinder und Jugendlichen“⁹ zu fördern.

Auch die in der Akademie der Künste der DDR (AdK) tätigen Künstler wurden für die Erziehung der sozialistischen Schülerpersönlichkeit in

⁸ Archiv DIPF / BBF, APW, DF 9644, Verträge mit zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen 1976–1980, Arbeitsprotokoll 1979–1980, fol. 2.

⁹ SAAdK / AdK-O, ZAA, Präsidium, 508, Plenartagung 27.5.71.

die Pflicht genommen. Konkrete Forderungen kamen auch hier vom Ministerium für Volksbildung: Es erwartete von der Akademie beispielsweise Unterstützung und Anleitung für Werkinterpretationen der Gegenwartskunst oder für die Erberezption, für Lehrerbildung, Lehrplanentwicklung und Lehrplanbegutachtung.

Die Zusammenarbeit der Institutionen war vertraglich geregelt. Obwohl wiederholt die tatsächliche Interaktion als unbefriedigend kritisiert wurden (unzureichende Leitungskompetenzen, fehlende Zwischenkontrollen sowie Arbeitsüberlastung), änderte sich an der Ordnung der Arbeitsbeziehungen kaum etwas. Die Stabilität der Konstellation erwuchs einerseits aus fehlender Energie und Alternativen. Fast schien es, als seien die Vertragspartner überfordert von den übermäßigen Anforderungen, alles und jedes in „sozialistischer Gemeinschaftsarbeit“ miteinander zu vernetzen, so dass sich bald niemand um die Ausfüllung der Kooperationsbeziehungen bemühte.

Andererseits resultierte sie auf der Beharrlichkeit im Ministerium für Volksbildung und der APW (die mitunter einer kritischen Haltung erwachsen konnte¹⁰). Zum Beispiel hielt das Ministerium für Volksbildung bis weit in die 1980er Jahre an dem Primat des sozialistischen Realismus fest, während sich die bildenden Kunst schon längst jenseits der starren Auslegung des sozialistischen Realismus bewegte. Selbst der Wandel in den Begrifflichkeiten – von „Kunst des Sozialismus“ zu „Kunst im Sozialismus“, der in gewisser Weise eine Verschiebung der leitenden Prinzipien manifestiert – wird in der Vorgabepolitik des Ministeriums so gut wie gar nicht widerspiegelt.

Staatliche Anforderungen an die Disziplin

Die staatlichen Gremien und Institutionen, die sich an der Diskussion um die Ausgestaltung und Weiterentwicklung der kunst- und kulturpolitischen Wirkungsmechanismen der Kunsterziehung beteiligten, versuchten eine Kunst-, Kultur- und Bildungspolitik durchzusetzen, die sich auf drei Kernaspekte zurückführen lässt. In der Vorstellung der staatlichen Akteure sollte Kunstpädagogik darauf abzielen, erstens den sozialistischen Realismus als singuläres ästhetisches Konzept durchzusetzen; zweitens eine nationale Identität durch die Aneignung des kulturellen Erbes zu befördern und drittens zur Erziehung der Bevölkerung (insbesondere der

¹⁰ Die Vertragstexte sind einem Maße ideologisch aufgeladen, teils offensichtlich repetitiv in der Formulierung, dass sie sarkastisch wirken, wobei die Wiederholung auch dazu dienen konnte, geschützt eine neuhumanistische Bildung anzusprechen.

Schuljugend) zu einer sozialistischen Persönlichkeit beizutragen, die in der Vorstellung eines sozialistischen Menschen mündete.

Bemerkenswert dabei ist, dass dieser ideologische Dreiklang ohne größere Veränderung über die gesamte Zeit der DDR stabil blieb, dass sich jedoch das Instrumentarium, mit dem er gespielt wurde und die Tonhöhe – das heißt: die jeweilige Wertigkeit und inhaltliche Füllung – durchaus ändern konnte. Am wichtigsten aber: So gut wie keine der Forderungen konnte über längere Zeit mit der gesellschaftlichen Realität mithalten; die Ansprüche an die Disziplin wurden zum großen Teil im luftleeren Raum adressiert.

Das Primat des Sozialistischen Realismus

Dass über die gesamte Zeit ostdeutscher Kunst- und Kulturpolitik zu keiner Zeit ein Konsens darüber bestand, welche Gestaltungsprinzipien genau dem Sozialistischen Realismus entsprechen, stellte für Kunstpädagogen und Künstler wie auch für Kulturfunktionäre in der DDR wohl eines der gravierendsten Probleme in ihrer Arbeit dar. Oft rettete man sich hier mit dem Stilbegriff, der an dieser Stelle jedoch nicht greift. Vielmehr muss der sozialistische Realismus als ideologischer Ansatz zur Um- und Durchsetzung einer marxistisch geprägten sozialistischen Kulturpolitik betrachtet werden: An die Stelle einer Reflektion über einen Stil sozialistisch-realistischer Kunst tritt demnach eine Beschreibung der Kunst, wie sie dem ästhetischen Konzept des sozialistischen Realismus gemäß wäre.

Die mit einer Vielzahl von Werten verbundene Ästhetik des sozialistischen Realismus ist immer im Einklang mit der Gesellschaft zu verorten und ihre ideologische Aussage muss letztendlich in Übereinstimmung mit dem Marxismus-Leninismus stehen. Das ästhetische Konzept des Sozialistischen Realismus ist daher immer parteiisch und erfüllt immer einen zuvorderst didaktischen Zweck (vgl. Röhrle 2003: 99 f.). Eben diese Parteilichkeit und der didaktische Ansatz waren Ursache dafür, den sozialistischen Realismus zur konzeptionellen Grundlage nicht nur der Kunst in der DDR, sondern auch der kunstpädagogischen Konzeption werden zu lassen. Dies hatte zwangsläufig zur Folge, dass sich die inhaltlichen Fundamente der Kunsterziehung synchron zum Wandel der Auseinandersetzung um das ideologische Konzept des sozialistischen Realismus anpassen mussten.

Spätestens Ende der 1970er Jahre jedoch konnte das Konzept des Sozialistischen Realismus in seiner ursprünglichen Form mit der künstlerischen Praxis nicht mehr mithalten. Es wurde zwar offiziell nie aufgegeben, in der künstlerischen Praxis jedoch wurden immer häufiger Formen

gefunden, diesen Alleingültigkeitsanspruch zu unterlaufen. An dieser Stelle war die Kunsterziehung von der Kunstentwicklung in der DDR abgekoppelt: Wenn sich auch die Kulturpolitik mit diesen ‚Aufweichungstendenzen‘ arrangierte und sie zu kanalisieren versuchte, so blieb doch die Bildungspolitik bis zum Ende der DDR starr und unflexibel dem Dogma des Sozialistischen Realismus verhaftet.

Erbe-Rezeption und Kunsterziehung

Mit der Formulierung eines „kulturellen“ oder „humanistischen Erbes“ etablierte die Kulturpolitik der DDR eine sprachliche Formel für ein Konzept, mit dem präsozialistische künstlerische Arbeiten nicht nur integriert, sondern ideologisiert werden konnten. Aus dem Fundus des kulturellen Erbes sollte das Beste herausdestilliert werden, um es auf die fortgeschrittene Kultur des Sozialismus zu übertragen. Zum einen wurde die Kunstgeschichte im Sinne des historischen Materialismus interpretiert: Sie bewege sich auf immer höher entwickelte Stufen hin, deren Ausgang unweigerlich im sozialistischen Realismus angelegt sei.

Zum anderen wollte man die Kunst der vorsozialistischen Zeit nicht der Bundesrepublik überlassen, weshalb es notwendig war, in der Kunsterziehung auch den ‚richtigen‘ Umgang mit den überlieferten Kunstwerken zu lehren und diese in den sozialistischen Kontext einzuordnen. Einer westdeutsche Übernahme der Deutungshoheit über die Kunst vor 1945 sollte auf jeden Fall entgegengewirkt werden, womit sich auch eine zunehmende Erweiterung des akademischen Curriculums durch den Teilbereich Kunstbetrachtung erklärt: Kunsthistorisches Grundwissen und Werkkunde wurden immer mehr Teil des Unterrichts in der Schule wie auch in der akademischen Ausbildung zukünftiger Lehrer und außerschulischer Kunstpädagogen.

Die Strategien im Umgang mit dem „humanistischen“ bzw. „kulturellen Erbe“ der DDR waren eng verbunden mit dem Alleingültigkeitsanspruch des sozialistischen Realismus. Aus dem humanistischen Erbe heraus sollten sich die Grundlagen einer realistischen Gestaltungsweise ableiten, die ihrerseits wiederum festlegt, welche Werke der Kunstgeschichte in den Kanon aufgenommen oder anderenfalls der *damnatio memoriae* anheimgestellt werden. Daher war es nur folgerichtig, dass die Vermittlung des klassischen bzw. des humanistischen Kulturerbes zu einem grundlegenden Bestandteil der Kunsterziehung in der DDR ausgebaut werden sollte. Tatsächlich wurde die Debatte um das künstlerische Erbe in der DDR eher in den Bereichen der Germanistik und Literatur ausgetragen; die akademische Kunstpädagogik eröffnete kaum nennenswerte

Diskurse, die der Frage nach der Erberezeption neue Impulse verliehen hätten.

Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit

Die „allseitig entwickelte sozialistische Persönlichkeit“ galt als das grundsätzliche Ziel von Bildung und Erziehung in der DDR. Diese angestrebte Form des Menschseins zeichnete sich aus durch

„revolutionäres Kämpfertum, durch hohes sozialistisches Bewußtsein, durch die volle Entfaltung ihrer produktiven und intellektuellen, ihrer künstlerischen und physischen Beziehungen und Betätigungsweisen und durch eine dadurch mögliche reiche Individualität“ (Döbert 1996: 8).

Dieses Ziel sollte durch die vielschichtige Zusammenführung verschiedener gesellschaftlicher und individueller Eigenschaften erreicht werden. Am Ende entstand jedoch kaum mehr als ein normativer Katalog von anzuerziehenden Persönlichkeitseigenschaften.

Das wohl interessanteste Beispiel für derart volkserzieherische Maßnahmen ist der sogenannte „Bitterfelder Weg“, ein von einer Kulturkonferenz im Industriestandort Bitterfeld im Jahr 1959 ausgehendes Programm, mit dem die Arbeiter in der Industrie der DDR durch künstlerische Betätigung zu einem breiteren Horizont im Sinne einer stark kulturell beeinflussten sozialistischen Lebensweise geführt werden sollten. Damit erfuhr der Anspruch der künstlerischen Volkserziehung eine bemerkenswerte Ausweitung: Die Parolen sprachen von der nun zu erringenden „Einheit von Kunst und Leben“ sowie der Überwindung der „Kluft zwischen Kunst und Volk“. Noch Ende der 1960er Jahre, als der „Bitterfelder Weg“ bereits weit davon entfernt war, sich als tragfähiges Konzept durchzusetzen, wurde er als Maßstab genommen, die sozialistische Persönlichkeitsentwicklung im Bereich der Kunstwissenschaften voranzutreiben. Der spezifische Beitrag der Kunsterziehung im Projekt der Persönlichkeitsentwicklung im Sozialismus sollte zunehmend geschärft und auf jene drei Haupteigenschaften ausgerichtet werden, die den sozialistischen Menschen auszeichnen: eine sozialistische Allgemeinbildung, ein marxistisch-leninistisches Weltverständnis sowie schöpferische Verhaltenseigenschaften.

Doch spätestens Mitte der 1970er Jahre war das Scheitern dieser Vorgabe nicht mehr zu übersehen. Die verstärkte Ausrichtung der Kunst an der Realpolitik der DDR, die seit dem Machtantritt Honeckers das gesellschaftliche Leben dominieren sollte, war nicht nur der Auslöser einer intensiveren Forderung nach sozialistischer Charakterprägung, sondern gleichzeitig auch deren Fallstrick. Sieghard Gillen (2002: 306 ff.) identifi-

ziert die Orientierung am Realen als Ursache für die Unvereinbarkeit vom persönlichkeitsbildenden Utopien und Realpolitik. In der bildenden Kunst spiegelt sich diese Dissonanz häufig und detailreich: Im Genre des Arbeiterportraits wandelt sich der kämpferische zum widersprüchlichen und mehrschichtigen Charakter, die „Leipziger Schule“ wendet sich mit rätselhaft verklausulierten und nachdenklichen Gegenwartsdarstellungen an ihr Publikum, religiöse Motive finden Eingang in das ehemals hermetische Konzept des sozialistischen Realismus.

Ungeachtet dessen bleibt die offizielle Forderung nach der „Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit“ bis zum Ende der DDR fester Bestandteil ostdeutscher Bildungspolitik, ohne dabei nennenswert neue Strategien zu dessen Durchsetzung anzubieten, geschweige denn eine Auseinandersetzung mit der Realität des sozialistischen Alltags zu führen.

Fazit

Bei allen drei Tönen des hier skizzierten Vorgabe-Dreiklangs scheiterte die Kunsterziehung nicht nur, sie hatte vielmehr nie die Chance, den politischen Anforderungen gerecht zu werden. Weder konnte sie in der DDR den Sozialistischen Realismus als alleinige Grundlage der Kunst durchsetzen, noch vermochte sie es – von einzelnen Vorzeigeprojekten wie der Dürer-Ehrung 1971 abgesehen – die identitätsstiftenden Potentiale vorsozialistischer Kunst in der Bildung flächendeckend zu verankern, und auch die Herausbildung der Sozialistischen Persönlichkeit kollidierte mit Realpolitik und Alltag. Dennoch erzeugt die akademische Kunstpädagogik der DDR in ihren Teildisziplinen bis heute einigen Nachhall: So konnte etwa das Konzept der kunstgemäßen Auseinandersetzung mit der Kunst und ihrer Position im gesellschaftlichen Gesamtprozeß, das über viele Jahre am Leipziger Lehrstuhl für Theorie und Geschichte der Gestaltung erarbeitet und erprobt wurde, bis heute Eingang in das universitäre Curriculum finden. Die dazu in Konkurrenz stehenden, ebenfalls mit enormen Zeit- und Personalaufwand betriebenen Studien der Kunsterzieher an der HU Berlin über die „Strukturbereiche der künstlerischen Gestaltung“ – wie beispielweise Bildraum, Bildkomposition oder Bildfarbe – wurden ebenfalls in der zeitgenössischen Debatte ersthaft und kontrovers diskutiert. Es ist also keineswegs so, daß es lediglich eine Geschichte des Misserfolgs zu erzählen gäbe – auch wenn die institutionellen und politischen Vorgaben weit verfehlt wurden.

Literatur

- Döbert, Hans (1996): Das Bildungssystem der DDR in Stichworten. Inhaltliche und administrative Sachverhalte und ihre Rechtsgrundlagen, Berlin.
- FSU Jena, Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Rektor (Hg.) (1973): Ästhetische Erziehung und sozialistische Universität, Konferenz der Sektion Literatur- und Kunstwissenschaft, 27.–29.11.1972, Jena.
- Gillen, Eckhart (2002): „Schwierigkeiten beim Suchen der Wahrheit“. Bernhard Heising im Konflikt zwischen verordnetem ‚Antifaschismus‘ und der Auseinandersetzung mit seinem Kriegstrauma. Eine Studie zur Problematik der antifaschistischen und sozialistischen Kunst der SBZ / DDR 1945–1989, (Diss.), Berlin.
- Klemm, Thomas (2012): Keinen Tag ohne Linie? Die kunst- und gestaltungstheoretische Forschung in der DDR zwischen Professionalisierung und Politisierung (1960er bis 1980er Jahre), München.
- Mählert, Ulrich (2009): Kleine Geschichte der DDR, München.
- Malycha, Andreas (2009): Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR 1970–1990. Zur Geschichte einer Wissenschaftsinstitution im Kontext staatlicher Bildungspolitik, Leipzig.
- Röhl, Boris (2003): Kunsttheorie des Naturalismus und Realismus. Historische Entwicklung, Terminologie und Definitionen, Hildesheim.
- Weber, Hermann (2000): Geschichte der DDR, München.

Soziologie im Industrieviertel

Arbeitssoziologische Forschung an der
Universität Halle-Wittenberg 1963–1989

Peer Pasternack
Halle-Wittenberg

Im Mai 1989 erschien in der DDR-Fachzeitschrift „Sozialistische Arbeitswissenschaft“ ein Artikel zum Alltag in den Betrieben, der bemerkenswert wenig beschönigte: „Ständige Plankorrekturen, Hektik, schlechte Arbeitsorganisation und damit ungenügende Effektivität widersprechen dem Bedürfnis, ge-

sellschaftlich Nützliches und Sinnvolles zu tun“ – einerseits. Andererseits: „Das Bedürfnis nach ... einem angestrebten Wohlstand wird von einer bestimmten Zahl von Werktätigen aller Beschäftigtengruppen gegenwärtig durch eine mäßige Arbeitsleistung weitgehend befriedigt.“ Zu beachten ist hier der Hinweis auf „alle Beschäftigtengruppen“, was heißt: Mäßige Arbeitsleistungen fanden sich sowohl unter Arbeitern und Angestellten als auch Leitern.

Und weiter: Adäquater Mehrverdienst für Mehrleistung „ist nicht nur eine Frage der abstrakten Einkommensrealisierung ... Teure Unterhaltungselektronik schöpft zwar Kaufkraft ab, entspricht aber nur den Konsumvorstellungen eines Teils der Bevölkerung.“ Auch verbauten kleinliche Reglementierungen im Arbeitsalltag „häufig die Möglichkeiten, die in Eigeninitiative und Selbstentscheidung liegen“.

Beachtenswert ist, dass auf die sonst üblichen sprachlichen Euphemismen „noch nicht immer“ oder „mitunter“ zugunsten eines „häufig“ verzichtet wird. „Es gibt unter sehr hochqualifizierten Kadern häufig Beschwerden darüber, daß ihr Freiraum für leistungsorientiertes Verhalten zu gering ist.“ „Als hemmende Faktoren ... erweisen sich Mängel im Leitungsstil, die Arbeit mit generalisierenden Auflagen, wo situationsgebundene Entscheidungen sinnvoller wären.“

Auch die Prognose der operativen Folgen lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: So würden sich „auf längere Sicht ... Hochmotivierte in mittelmäßig Motivierte verwandeln“. Nicht zuletzt findet sich auch eine Spur Sarkasmus: Richtig sei es, „wenn sich Leiter ... mehr Gedanken um die Individualität ihrer Mitarbeiter machen würden“. Dafür gebe es

durchaus auch entsprechende Beispiele, „aber es ist bezeichnend, daß dafür der Begriff ‚unkonventionell‘ verwendet wird“ (Stollberg 1989: 365–367).

Der Autor des Artikels, Rudhard Stollberg, war seit 1965 Leiter des Wissenschaftsbereichs Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU).

1. Institutionalisation

Stollberg war, wie alle DDR-Soziologen der Gründergeneration, disziplinärer Seiteneinsteiger. Dies war dem Umstand geschuldet, dass es in den 50er Jahren nahezu keine Soziologie im ostdeutschen Wissenschaftsbetrieb gegeben hatte (vgl. Sparschuh/Koch 1997). Allerdings brachte Stollberg fachliche Voraussetzungen mit, die ihn für den vorgesehenen Schwerpunkt der halleschen Soziologie – Arbeits- und Industriesoziologie – durchaus prädestinierten.

Er hatte 1951 bis 1954 Lehrer für Politische Ökonomie in Halle studiert. Im Bereich Politische Ökonomie der MLU war er 1957 mit einer Arbeit zur „Auseinandersetzung um die 40-Stunden-Woche in Westdeutschland“ (Stollberg 1957) promoviert worden. Der Lehrstuhl, an dem er tätig war, bearbeitete als Schwerpunktthema „Die Herausbildung des sozialistischen Systems der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit (sozialistische Gemeinschaftsarbeit)“.¹ Stollberg realisierte dort Forschungsprojekte zum „Lebensstandard in beiden Teilen Deutschlands“, zu „Problemen der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit“ und zur „Herausbildung des Systems der sozialistischen Organisation und der gesellschaftlichen Arbeit“.²

Die Gründung des Wissenschaftsbereichs Soziologie im Jahre 1965 war Teil der verwickelten Geschichte der Soziologie in der DDR. Nach dem Kriegsende hatte es in Halle von 1947 und 1949 bereits ein Institut für Soziologie gegeben. Dessen Direktor war Max Gustav Lange. „Institut“ allerdings klingt angesichts der Ausstattung ein wenig zu ambitioniert: Die Einrichtung hatte nach dem Stellenplan der Universität neben

¹ [Rudhard] Stollberg: [Entwurf zum] Studienjahresabschlußbericht 1959/60 des Institutes für politische Ökonomie, o.O. o.J., S. 4, Nachlass WB Soziologie: Studium/Lehre

² Rudhard Stollberg: Disposition zum Thema: Wie entwickelt sich der Lebensstandard in beiden Teilen Deutschlands?, 25.05.1956; ders.: Studienjahresabschlußbericht 1959/60 des Institutes für politische Ökonomie, o.O. o.J., S. 6f.; ders.: [Entwurf zum] Studienjahresabschlußbericht 1959/60 des Institutes für politische Ökonomie, o.O. o.J., S. 9, alle in: Nachlass WB Soziologie: Forschung

der Professur lediglich eine Planstelle für einen wissenschaftliche Assistenten.

Langes Spezialgebiete waren der Marxismus, die Geschichte und Soziologie der Arbeiterbewegung, Wissenssoziologie, Staatssoziologie und die soziologische Methodik. Vor allem aber befasste er sich in seiner halbeschen Zeit mit bildungssoziologischen Fragen (vgl. Lange 2007). Dies wurde auch dadurch gefördert, dass er zugleich Chefredakteur der Ost-Berliner Zeitschrift „pädagogik“ war. Bereits 1949 wechselte er an die Pädagogische Hochschule Potsdam (und 1951 nach West-Berlin). (Vgl. Pasternack et al. 2013).

Ab 1950 verebten nicht nur in Halle, sondern in der gesamten DDR soziologische Lehrveranstaltungen, Publikationsvorhaben und Untersuchungsaktivitäten. Die zeittypischen Umstände arbeiteten dem zu: kulturpolitisch die Objektivismus- und Formalismusdebatte, kognitiv die bestimmenden Theorie- und Ideologietraditionen der kommunistischen Arbeiterbewegung, personell die „arg begrenzten kadermäßigen Bedingungen jener Jahre“, vergangenheits- und gesellschaftspolitisch die „den Faschismus zum großen Teil tolerierende, zum Teil aktiv unterstützende, beim gesellschaftlichen Neubeginn sich weitreichend abstinente verhaltende bürgerliche Soziologie“ (Steiner 1988: 238f.). Soziologie galt als bürgerliche Lehre kapitalistischer Sozialtechnologien.

Eine wirkliche Institutionalisierung des Faches gelang, wie an anderen Hochschulen in der DDR, erst 1963. In diesem Jahr wurde an der MLU eine „Kommission für konkret-soziologische Forschung“ gegründet, die 1965 dann zur „Soziologischen Abteilung“, schließlich zum „Wissenschaftsbereich Soziologie“ an der Sektion Wirtschaftswissenschaften aufgewertet wurde. Dessen inhaltliche Schwerpunkte lagen in der Arbeits- und Industriesoziologie.

Das politische Interesse an soziologischer Forschung resultierte vor allem aus dem Wunsch, gesellschaftliche Optimierungsvorhaben auf rationale Grundlagen zu stellen. 1963 hatte der VI. Parteitag der SED das „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (NÖSPL) beschlossen. Damit waren unter anderem zwei Disziplinen die Türen in das System der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften geöffnet worden, die bis dahin als bürgerliche Lehren verpönt waren: der Kybernetik und der Soziologie (Laitko 2006: 521).

1976 startete an der MLU ein eigenständiger Diplomstudiengang, wobei im jährlichen Wechsel mit der Karl-Marx-Universität Leipzig immatrikuliert wurde. Damit war Halle einer von drei Standorten, an denen in der DDR Soziologen und Soziologinnen ausgebildet wurden (der dritte

Ort war die Humboldt-Universität zu Berlin; überdies gab es an der Universität Rostock ein Nebenfachstudium Soziologie).³

Der Hallesche Wissenschaftsbereich Soziologie arbeitete stark im Modus einer Ressortforschungseinrichtung. Er realisierte permanente Begleitforschung für Politik und Industrie, und die politisch abgeforderten Arbeitsprogramme führten zu einer Situation fortwährender Auftragsforschung.⁴ Durchgehend waren diese Aktivitäten auf den systemischen Kontext der DDR bezogen. Politisch wurden vor allem Beiträge zur Optimierung von Arbeitsprozessen in der Industrie erwartet. Wissenschaftlich kreiste die Forschung der Einrichtung um ein Thema: das Verhältnis der Menschen zur Arbeit,⁵ und zwar systemspezifisch vor allem das *sozialistische* Verhältnis zur Arbeit (Stollberg 1988). Dabei wurde insbesondere der kollektive Charakter der Arbeit als Quelle individueller Anerkennung betrachtet – dies vorzugsweise im Kontrast zur einsamen Hausarbeit von Frauen.⁶

Das Forschungsprogramm wurde durch zahlreiche Projekte in den Bereichen Arbeits-, Industrie- und Berufssoziologie (AIBS) untersetzt. Arbeitsmotivation, Schichtarbeit, Arbeitsverhalten oder das „kulturell-technische Niveau der Werktätigen“ waren entsprechende Forschungsthemen. (Vgl. Pasternack/Zierold 2013; Fischer et al. 2013: 24-31)

Eine kritische Funktion nahm diese soziologische Forschung gemäß ihres Kontextes und Auftrags nur systemimmanent wahr (wie es, nebenbei, für die meiste Normalwissenschaft sozialwissenschaftlicher Provenienz in allen Gesellschaften gilt). Entgegen heutiger Absurditätswahrnehmungen folgte dies einer spezifischen Rationalität: Die DDR und ihre Gesellschaftswissenschaften sahen sich als Vollstrecker eines historischen Gesetzes, wonach die Befreiung von Ausbeutung die unabweisbare Aufgabe der Gegenwart darstellte. Da dieses Gesetz – im eigentlichen eine teleologische Annahme – selbst wissenschaftlich hergeleitet war, konnte Forschung jenseits dieses Rahmen nur als irrational erscheinen und war daher nicht weiter zu verfolgen. Dem historischen Gesetz, die Epoche der Ausbeutungsfreiheit zu entfalten, war demnach – so die all-

³ vgl. zur Leipziger Soziologie Koop (2009), zur Berliner Wollmann (2010) und zur Rostocker Soziologie Hall/Münzner (2007) sowie Voigt (2007)

⁴ „Die Forschungsarbeit ist, soweit möglich, als Vertragsforschung zu betreiben“ (Soziologische Abteilung: Arbeitskonzeption, Halle, 11.5.1965, S. 2, Nachlass WB Soziologie: Forschung)

⁵ Interview Prof. Rudhard Stollberg, 10.1.2012

⁶ vgl. Soziologische Abteilung: Arbeitskonzeption, Halle, 11.5.1965, S. 2, Nachlass WB Soziologie: Forschung

gemein herrschende Überzeugung – auch im wissenschaftlichen Handeln zu entsprechen.

2. Empirie und Ideologie

Gesellschaftswissenschaftliche Texte, die in der DDR entstanden, pflegten meist einen Stil sprachlicher Entschärfung jener Informationen, die politisch beunruhigend waren oder hätten sein können. Vor diesem Hintergrund wirkt der eingangs zitierte Artikel von Rudhard Stollberg wie ein Fanal der Frustration. Er verdeutlicht aber zunächst vor allem eines: Die Arbeiten des halleschen Wissenschaftsbereiches drangen durchaus zu wesentlichen Schwächen der wirtschaftlichen und sozialen Organisation der DDR-Gesellschaft vor.

Fortwährend konfliktbehaftet waren z.B. über die Jahre hin die sozialen Auswirkungen der Schichtarbeit. Dass die MLU-Soziologen in dieser Hinsicht nicht völlig pflegeleicht waren, nahm man auch in der westdeutschen DDR-Forschung wahr: „Der Hallenser Arbeitssoziologe Rudhard Stollberg blieb der *einzigste*, der ... grundsätzliche Kritik an der Schichtarbeit wagte.“ (Voigt 1986: 160, Herv. i. Orig.)

Selbst nach Zurechtweisung durch die SED sei Stollberg bei seiner Auffassung geblieben, als er in der FDJ-Wochenzeitung „Forum“ formulierte: „Die Orientierung heute und erst recht in der Perspektive lautet doch: nicht mehr Leute, sondern mehr Maschinen in die Nachtarbeit zu schicken“ (ebd.: 161; Zitat: Stollberg 1978: 5). Bereits die – 1978 von Stollberg gestellte – Frage, „ob der Schichtrhythmus eine ‚notwendige Abweichung vom Normalen‘ darstelle und ‚so bald wie möglich zurückzudrängen‘ sei, ... ist eine Ausnahme und wird in der DDR im allgemeinen tabuisiert“ (Voigt 1986: 136).

Auch Ingrid Hölzler, lange Jahre Wissenschaftlerin am WB Soziologie, halte sich „mit der Kritik in keiner Weise zurück“. Sie schreibe, dass die Desynchronisation des Lebensrhythmus „die soziale Kommunikation des Schichtarbeiters reduzieren“ kann, und dass sich möglicherweise negative Konsequenzen für die Ehe des Schichtarbeiters „auch aus der erhöhten physischen und psychischen Belastung“ ergeben (ebd.: 160; Zitate: Hölzler 1976: 3, 7).

An Ideologie mangelt es den Schriften der Halleschen Arbeitssoziologie bei all dem keineswegs:

„Der Arbeiter im Sozialismus ist ... von vorneherein in der Position des Eigentümers und geht damit ein anderes Verhältnis zur Arbeit ein [als der Arbeiter im Kapitalismus, P.P.]. Hier wird er objektiv Planender und Leitender, nicht nur Ausführender von Arbeitsaufgaben. Er wird objektiv zum Beherr-

scher und Gestalter der technologischen und sozialen Bedingungen der Arbeit“ (Stollberg 1988: 61).

Aufschlussreich sind die Schriften aus der Halleschen Soziologie immer dort, wo die Empirie ihr Recht verteidigt. Zwar galt entsprechend der Ideologie zunächst: „Das sozialistische Verhältnis zur Arbeit definieren wir ... als Verhältnis ..., das sich mit dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft als historisch neue Qualität des Verhaltens ... entwickelt“ (ebd.: 77).

Empirisch jedoch ergab sich: Auch das sozialistische Verhältnis zur Arbeit ist zunächst „das praktische ... Verhalten des Menschen zur Arbeit überhaupt“ (ebd.) und wird lediglich sekundär durch die politische und gesellschaftliche Ordnung bestimmt. „Sozialistisch“ war es nur soweit, wie die im doppelten Sinne staatseigentümlichen Produktionsverhältnisse spezifische Rahmenbedingungen erzeugten und Erfordernisse produzierten: verbreitete Frauenbeschäftigung, Kollektivitätsorientierung, Improvisationstalent, Vetomacht der Arbeitenden.

2.1. *Textlektüren gegen den Strich*

Die Forschungsergebnisse des Wissenschaftsbereichs heute zu lesen und angemessen einzuordnen, verlangt häufig ausgeprägte Decodierungsfertigkeiten. Dies spiegelt die Umstände und Schwierigkeiten empirischer Forschung in der DDR wider. Der politisch formulierte Auftrag war, handlungsrelevantes Wissen zu erzeugen. Um diesem zu entsprechen, mussten reale Probleme herausgearbeitet werden. Das kollidierte aber mit einer gleichzeitigen politischen Vorliebe: Diese galt einer sozialistischen Gesellschaftswissenschaft, die vor allem darlegte, dass Probleme bereits überwunden seien.

Um diese Spannungen im Umgang mit Problemen zu handhaben und Veröffentlichungschancen zu sichern, mussten die Ergebnisse soziologischer Forschung in einer verklausulierten Sprache vorgelegt werden. Gelingt es, diese zu entschlüsseln, gewinnen die Texte plötzlich aufschlussreichen Informationsgehalt. Die Schlüssel zur Deutung sind dreierlei:

■ Zum ersten war es im offiziellen – politischen wie wissenschaftlichen Sprachgebrauch – der DDR üblich geworden, möglichst nicht Probleme, sondern Lösungen zu benennen. Wo auf Problembenennungen verzichtet wird, ist der Leser daher genötigt, aus der vorgeschlagenen Lösung das zugrundeliegende Problem herauszupräparieren. Umgekehrt ist dort, wo lediglich etwas beschrieben und auf eine Lösungsbenennung verzichtet wird, ein bislang ungelöstes Problem zu vermuten. Dieses musste aber

von den Autoren kaschiert werden, da bereits der Verzicht auf einen Lösungsvorschlag Renitenzverdacht erzeugen konnte.

■ Zum zweiten mussten verklausulierte Problembenennungen ebenso wie Lösungsvorschläge immer zum politischen Grundverständnis des Sozialismus passen. Danach oblag der Arbeiterklasse die historische Mission, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung durchzusetzen. Was diesem Grundverständnis nicht entsprach, wurde nicht veröffentlicht. Also entsprach alles Veröffentlichte diesem Grundverständnis.

■ Zum dritten gab es verklausulierende Sprachregelungen. So wurden etwa die Formulierungen „immer mehr“ und „noch besser“ benutzt, um negativ bewertete Sachverhalte in positive Nachrichten umzuformulieren. In der Regel lassen sich beide Ausdrücke getrost in ihrer Umkehrung lesen, um dem Gemeinten nahezukommen. Auch die häufige Vokabel „Weiterentwicklung“ ist als Defizitmarkierung zu lesen: Wo ein Anliegen „weiterzuentwickeln“ war, dort war es bislang ignoriert worden. Die Beschreibung, dass man einer Sache noch „nicht voll gerecht“ werde, wiederum war eine typische DDR-gesellschaftswissenschaftliche Umschreibung für: wurde bisher komplett verfehlt. Wenn dann doch einmal nicht darauf verzichtet werden konnte, gesellschaftliche Probleme explizit zu thematisieren, dann waren diese Probleme nicht bisher unbearbeitet (wie es meist die zutreffende Beschreibung gewesen wäre), sondern „nunmehr herangereift“ – also genau in diesem Augenblick aufzugreifen.

Eine derart informierte Lektüre offenbart, dass die hallesche Arbeitssoziologie – im Rahmen ihrer generellen Systemgebundenheit – durchaus kritische Potenziale entfaltete. 1982 wurde etwa, die bisherigen Forschungen des Wissenschaftsbereichs seit 1965 resümierend, formuliert:

„Anhand des Vergleichs von empirischen Untersuchungsergebnissen aus den Jahren 1967 und 1977 wird anschaulich, daß die Herausbildung sozialistischer Einstellungen und Verhaltensweisen im Arbeitsprozeß kompliziert und widersprüchlich ist.“ (Herter 1982: 19)

Das klingt zunächst wenig substantiell. Doch decodierend wird man den Satz in zwei Aussagen übersetzen dürfen: Innerhalb der zurückliegenden 15 Jahre habe sich hinsichtlich der Herausbildung sozialistischer Einstellungen und Verhaltensweisen im Arbeitsprozess wenig getan. Und: Die auf Funktionärebene vorherrschenden mechanistischen Vorstellungen – Volkseigentum führe zu Eigentümermentalität und diese zu entsprechendem Arbeitsverhalten – seien realitätsfern. Beides waren im DDR-Kontext brisante Informationen. Ein anderes Beispiel:

„... soziologische Forschungsergebnisse ... zeigen, daß sich nicht alle Werk­ tätigen als Eigentümer der Produktionsmittel verhalten, was insbesondere in der Arbeitsdisziplin zum Ausdruck kommt“ (Stollberg 1989a: 417).

Darin steckt eine zweistufige Botschaft: Würde der Ausdruck „nicht alle Werk­ tätigen“ für „einige wenige Werk­ tätige“ stehen, dann wäre es in dem Text nicht erwähnenswert gewesen – denn die sozialistischen Ge­ sellschaftswissenschaften sollten sich vor allem mit den entwicklungsent­ scheidenden Sachverhalten und nicht mit Randphänomenen befassen. Da­ her: Der Ausdruck „nicht alle Werk­ tätigen“ war ein Euphemismus für et­ was Gemeintes, das sich zwischen „viele Werk­ tätige“ und „die meisten Werk­ tätigen“ bewegt – und wurde von jedem Eingeweihten seinerzeit auch so gelesen.

Wenn aber viele oder die meisten Werk­ tätigen keine Eigentümermen­ talität in Bezug auf das vermeintliche Volkseigentum entfalteten, dann heißt das im Klartext: Die hallesche Arbeitssoziologie informierte hier die Politik, die ihre offizielle Identität wesentlich aus der vollzogenen Umwälzung der Eigentumsverhältnisse bezog, darüber, dass ein zentraler Legitimationsgrund des Systems bei der vorgeblich herrschenden Arbei­ terklasse bislang nicht angekommen sei. Dies zeige sich in deren Verhal­ ten, das durch allgegenwärtige Schlamperei in den Betrieben gekenn­ zeichnet sei – sprachlich verklausuliert zu: „was ... in der Arbeitsdiszi­ plin zum Ausdruck kommt“. Gemeint war das Gegenteil von Arbeitsdis­ ziplin, nämlich unzulängliche Arbeitsdisziplin. Oder:

„Die verstärkte Ausrichtung auf außerhalb der Berufsarbeit liegende Lebens­ bereiche (Familie, Freizeit) ... muß angesichts des Postulats, daß die Arbeit das ‚Herzstück‘ der sozialistischen Lebensweise ist, ... aufmerksam verfolgt ... werden.“ (Herter 1982: 20)

Mit anderen Worten: Auch hier entspräche die Realentwicklung kaum den ideologischen Erwartungen. 1984 wurde als „Arbeitshypothese“ ex­ trahiert,

„daß auf den gesamten Verlauf des Prozesses der Einführung neuer Techno­ logien stärker als die Technik mit ihren veränderten Arbeitsinhalten und -bedin­ gungen das *soziale Klima* des Betriebes oder Betriebsbereiches wirkt. Ver­ trauensvolle Beziehungen zwischen den Werk­ tätigen und Leitern aller Ebenen, eine gute Arbeit der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, erweisen sich für die Entwicklung sozialistischer Arbeitseinstellungen als bedeutsamer im Vergleich mit den technischen Gegebenheiten“.⁷

⁷ 5. Arbeitssoziologische Konferenz 1984. Zusammenfassende Schlussfolgerungen aus dem Referat von Prof. Dr. sc. R. Stollberg, Halle/S., Oktober 1984, Nachlass WB Soziologie: Forschung

Was auf den ersten Blick wenig spektakulär wirkt, formuliert einen Konflikt, der in den Schriften des Wissenschaftsbereichs immer wieder thematisiert wurde – und also offenbar immer wieder thematisierungsbedürftig war: den Konflikt zwischen Technokraten, die allein auf die effektivitätssteigernde Wirkung neuer Technik setzten, und soziologisch informierten (häufig gewiss auch: sozialtechnologisch motivierten) Akteuren, die dem handelnden Menschen die Priorität vor der Technik einräumten.

Als praktische Schlussfolgerungen aus solchen Untersuchungsergebnissen wurden 1982 u.a. formuliert:

„weitere Gestaltung progressiver Arbeitsinhalte und -bedingungen unter stärkerer Berücksichtigung der subjektiven Voraussetzungen der Werktätigen; Anstreben von Kontinuität und Dauerhaftigkeit in der Entwicklung eines sozialistischen Arbeitsklimas bzw. einer sozialistischen Kollektivatmosphäre und Ausschalten von Hektik, Formalismus, Zahlenhascherei und Kampagnenarbeit; Heben der Autorität der staatlichen Leiter, insbesondere in den unmittelbaren Produktionsbereichen, zur Verwirklichung einer strafferen Ordnung, Sicherheit und Disziplin im Arbeitsprozeß sowie mehr Unduldsamkeit gegenüber Disziplinverstößen“ (Herter 1982: 20).

Auch dieser Passage lassen sich decodierend einige wichtige Informationen entnehmen: Die Arbeitsprozesse seien jenseits der individuellen Voraussetzungen derjenigen, die sie gestalten müssen, organisiert. Diskontinuität, gepaart mit Formalismus und Zahlenfetischismus, kennzeichneten die Betriebsabläufe. Die Autorität der betrieblichen Leitungsebenen lasse zu wünschen übrig. Die Arbeitsprozesse würden erheblich durch fehlendes Engagement der Arbeitenden gestört.

Angesichts dessen kann es nicht verwundern, dass die Ergebnisse der Forschungsarbeit fortwährend zu Konflikten führten.⁸ Empirische Sozialforschung zu betreiben blieb über die Jahrzehnte hin ein misstrauisch beäugtes Geschäft. Die grundsätzliche Übereinstimmung der Halleschen Soziologen mit dem gesellschaftlichen Ziel- und Normensystem bot dabei keinen hinreichenden Schutz vor politischen Kollisionen.

Vielmehr war es gerade dann, wenn der politisch formulierte Forschungsauftrag wissenschaftlich ernst genommen wurde, unvermeidlich, dass es auch zu politisch unerwünschten Ergebnissen kam: Die Arbeitsprozesse und Arbeitsorganisation in der DDR waren über das normale Maß industrialisierter Arbeit hinaus problembehaftet. Dafür sorgte schon allein die Anlagenbasis der DDR-Wirtschaft. Sie war zu großen Teilen veraltet, dadurch extrem arbeitskraftintensiv und in dieser Hinsicht wenig ressourcenschonend. Hinzu traten die systembedingten Koordinationsprobleme und unzulängliche Anreizstrukturen.

⁸ Interview Prof. Ingrid Hölzler, 26.8.2011

Eine Arbeits-, Industrie- und Betriebssoziologie, die sich unter solchen Bedingungen der Optimierung entsprechender Strukturen und Prozesse widmen sollte, musste bei deren empirischer Aufklärung zwangsläufig auf dringend lösungsbedürftige Probleme stoßen. Sodann kam sie nicht umhin, diese auch zu formulieren, wenn sie ihre Lösungsvorschläge plausibilisieren wollte.

2.2. *Die Bahro-Gutachten-Krise 1977*

Zwar gilt zunächst systemübergreifend und ist auch aus der Gegenwart bekannt, dass politisch formulierte Forschungsaufträge und wissenschaftliche Forschungsergebnisse häufig miteinander kollidieren. Spezifisch für autoritäre Regime sind hingegen die Durchgriffsmöglichkeiten, um mit politisch unerwünschten Resultaten empirischer Analysen umzugehen. An einem Punkt, der zudem eine eher nebensächliche Aktivität betraf, wurde dieser Konflikt besonders sichtbar und führte für die hallesche Soziologie zu einer krisenhaften Zuspitzung. Der Vorgang, um den es geht, erhielt seine Brisanz durch die zeitgeschichtliche Rolle seiner Hauptperson: Rudolf Bahro.

1975 schloss Bahro als externer Doktorand an der Technischen Hochschule Leuna-Merseburg seine Dissertationsschrift ab. Ihr Titel lautete „Voraussetzungen und Maßstäbe der Arbeitsgestaltung für wissenschaftlich ausgebildete Kader im industriellen Reproduktionsprozeß der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Eine theoretische Studie über die Freisetzung der subjektiven Antriebe zu schöpferischer wissenschaftlicher Arbeit im sozialistischen Industriebetrieb“.⁹ Das Thema der Untersuchung lässt es naheliegend erscheinen, dass Rudhard Stollberg um ein Zweitgutachten gebeten wurde.

Am 18. Juni 1976 zeichnete Stollberg sein Gutachten ab. Die Arbeit sei „außerordentlich anregend, und es ließe sich eine Vielzahl kluger Gedanken anführen, denen man zustimmen kann und die Anlaß zu weiteren Überlegungen geben“. „Ein Vorzug der Arbeit ist ihr Reichtum an neuen [Gedanken], die Tatsache, daß der Autor sich nicht an Klischees klammert“.

⁹ Die Arbeit erschien drei Jahre später in der Bundesrepublik unter dem Titel „Plädoyer für schöpferische Initiative. Zur Kritik von Arbeitsbedingungen im real existierenden Sozialismus“ (Bahro 1980), nachdem Bahro mit ihr bei Oskar Negt an der Universität Hannover promoviert worden war.

mert, daß er parteilich vorgeht, kritisch analysiert und scharf pointiert.“
Prädikat: cum laude.¹⁰

Eine Zeitlang passierte nichts. Dann wurde Bahro inhaftiert, nachdem in Westdeutschland sein Buch „Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus“ (Bahro 1977) erschienen war. Nun geriet auch Stollberg in Schwierigkeiten. Fünfzehn Monate nach dem Gutachten war das MfS auf den Vorgang aufmerksam (gemacht) geworden. Es berichtete in einer „Information“, dass Rudhard Stollberg auf einer Parteigruppenversammlung des WB Soziologie eine Erklärung folgenden Inhalts abgegeben habe:

„Die Versuche des Klassegegners, seinen ideologischen Einfluß in den sozialistischen Ländern geltend zu machen, haben sich verstärkt. Dabei kommen verfeinerte, äußerst raffinierte und variable Methoden zur Anwendung. In zunehmendem Maße ... ist das Bemühen des Klassegegners spürbar, die sozialistische Ideologie von innen her auszuhöhlen, indem er versucht, in die marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften einzudringen und diese mit bürgerlichem Gedankengut zu durchdringen. Ein konkretes Beispiel habe Rudolf Bahro geliefert [...]. Bahro habe es verstanden, durch geschickte und verlausulierte Abfassung seiner Schrift selbst die beauftragten Gutachter zu täuschen. [...] Daran anknüpfend forderte Prof. Stollberg die Angehörigen des WB Soziologie zu erhöhter revolutionärer Wachsamkeit auf.“¹¹

Allerdings war das alles offenbar nicht sehr überzeugend vorgetragen worden. Jedenfalls schätzte das MfS ein: „Wie schon aus anderen Fällen bekannt, nahm Prof. Stollberg keine selbstkritische und parteimäßige Haltung ein.“ Vielmehr sei sein ganzes Auftreten gekünstelt gewesen und habe den Eindruck erweckt, „daß er die dargelegte Erklärung nur deshalb abgegeben hat, um seine eigenen Fehler zu bemänteln. || Seine Darlegungen ließen jede eigene konsequente und parteiliche Haltung vermissen.“¹²

Im Umfeld Stollbergs scheint es keine eindeutige Distanzierungsumosphäre gegeben zu haben, wie das MfS mehrfach und problematisierend anmerkte. In der Sektion Wirtschaftswissenschaften hätten „nicht al-

¹⁰ Rudhard Stollberg: Gutachten zur Dissertation A des Dipl.-Phil. Rudolf Bahro, Halle/S., 18.6.1976, LHA LSA Abt. Merseburg, Bestand P 523 Rudolf Bahro 1971/72, 1977, Mappe V/6/31/114.

¹¹ Abteilung XV [des MfS]: Information zu einer Argumentation betreffend den Feind Rudolf Bahro und das unparteiliche Verhalten des Prof. Stollberg, Halle, 21.9.1977, S. 1, BStU: MfS BV Halle XX ZMA Nr. 1151, BStU-Nr. 0044-0045, S. 1f.

¹² ebd., S. 2

le Wissenschaftler zum Verhalten Stollbergs eine klare und parteiliche Position“.¹³

Unter den „leitenden Genossen der Sektion Marxismus-Leninismus“ der MLU dagegen wurde die „Erwartung“ formuliert, dass die Angelegenheit „gründlich untersucht und mit politischer Konsequenz geklärt wird“. Eine gewisse Unzufriedenheit der Kollegen aus der marxistisch-leninistischen Nachbarsektion mit dem Bereich Soziologie scheint sich in dem ergänzenden Satz zu artikulieren: „Dabei müßte aber auch sehr kritisch die gesamte bisherige Entwicklung von Prof. S. sowie die Situation in seinem Verantwortungsbereich Beachtung finden.“¹⁴

Es folgte ein Parteiverfahren gegen Stollberg, und dem MfS schien Stollberg andauernd als unsicherer Kantonist zu gelten. Er müsse „als potentiell gefährdete Person des Gegners eingeschätzt werden“ – also, jenseits der MfS-Sprache ausgedrückt, als Person, die Gefahr läuft, sich zum Gegner der DDR zu entwickeln. Daher sei erwirkt worden, „daß der St. aus dem ständigen Auslandskaderstamm des MfH¹⁵ herausgelöst wurde“. Stollberg verlor also – zeitweilig – seinen Status als (West-)Auslandsreisekader. Überdies „wurde ein verstärkter IM/GMS-Einsatz ... eingeleitet“.¹⁶

Insgesamt wird man in dem ganzen Vorgang zweierlei erblicken können: Einerseits unterlief Stollberg eine – freilich ehrenwerte – politische Fehleinschätzung bei der Begutachtung der Bahro-Dissertation. Diese mag daraus resultiert haben, dass er als empirischer Sozialforscher einen realistischen Blick auf die Zustände in den DDR-Betrieben gewonnen hatte, der ihm die Darstellungen Bahros als plausibel erscheinen ließ. Das wäre dann ein Beleg dafür, dass, wer auf eigenständiges Denken nicht gänzlich verzichtete, nahezu zwangsläufig auch in Konflikte mit den politischen Instanzen der DDR geraten konnte.

Andererseits unterlief dem MfS eine bemerkenswerte Fehleinschätzung der Persönlichkeit Stollbergs hinsichtlich seiner Gefährdung, sich zum Feind der DDR zu entwickeln. Stollberg war, ausweislich seiner gesamten Arbeit, mit dem DDR-Sozialismus hochidentifiziert – und gerade

¹³ Abteilung XV [des MfS]: Information. Gutachten im Promotionsverfahren Bahro durch Prof. Dr. R. Stollberg, Leiter des Wissenschaftsbereiches Soziologie der MLU Halle, Halle (S), 20.9.1977, S. 2, BStU: MfS BV Halle XX ZMA Nr. 1151, BStU-Nr. 0039-0040

¹⁴ Abteilung XV [des MfS]: Information. Verhalten von Prof. Stollberg in der Angelegenheit des Feindes Bahro, Halle, 20.9.1977, S. 1f., BStU: MfS BV Halle XX ZMA Nr. 1151, BStU-Nr. 0041-0042

¹⁵ Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen

¹⁶ wie Fn. 14; IM=Inoffizieller Mitarbeiter, GMS=Gesellschaftlicher Mitarbeiter Sicherheit – beides Kategorien inoffizieller Mitarbeiter des MfS

deshalb mitunter deutlich unzufrieden mit den Zuständen in den Betrieben des Landes – bzw. in den Worten des MfS: „Wie schon aus anderen Fällen bekannt, nahm Prof. Stollberg keine selbstkritische und parteimäßige Haltung ein.“¹⁷ (Vgl. ausführlicher Pasternack 2013)

3. **Nachwirkungen?**

Nach dem Verlust ihres systemischen Entstehungs- und Verwertungskontextes hatten die Forschungsergebnisse der halleschen Soziologen nur geringe Nachwirkungen. Die Originalveröffentlichungen sind bislang kaum zur Aufhellung der DDR-Gesellschaftsgeschichte herangezogen worden. Das dürfte zu einem Teil in der hermetischen Sprache begründet sein. Diese macht die in den Katakomben der Bibliotheksmagazine lagernden Texte zu einer voraussetzungsreichen Lektüre, was die Decodierungsfertigkeiten der heutigen Rezipienten betrifft.

Zu einem anderen Teil dürfte der Grund darin liegen, dass Halle kein Zentrum der DDR-Soziologie war. Soweit Veröffentlichungen der DDR-Soziologie als Quellen zur Deutung des versunkenen Systems genutzt werden, wird eher auf Beiträge aus den Einrichtungen in Ost-Berlin (Soziologie-Institute der AdW und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften) oder Leipzig (Zentralinstitut für Jugendforschung, Institut für Marktforschung und WB Soziologie der Karl-Marx-Universität) zugegriffen.¹⁸

Hinzu tritt, dass die Hallesche Arbeitssoziologie vor allem empirisch orientiert war und eher theorieentlastet arbeitete. Zu den interessanteren Kontroversen etwa zum Arbeitsbegriff oder zur Entfremdungsdebatte kamen die Beiträge aus vornehmlich philosophischen Instituten, insbesondere in Berlin, weniger aus der Arbeitssoziologie in Halle, aber ebenso nicht aus dem Zentralen Forschungsinstitut für Arbeit (ZFA) Dresden. Hierin zeigte sich auch eine Besonderheit soziologischen Arbeitens in der DDR: Eine Allgemeine Soziologie oder soziologische Gesellschaftstheorie gab es so nicht, da deren Gegenstände in der Systematik der Wissenschaften dem Historischen Materialismus als einer Teildisziplin der marxistisch-leninistischen Philosophie zugewiesen waren.

¹⁷ Abteilung XV [des MfS]: Information zu einer Argumentation betreffend den Feind Rudolf Bahro und das unparteiliche Verhalten des Prof. Stollberg, Halle, 21.9.1977, S. 2, BStU: MfS BV Halle XX ZMA Nr. 1151, BStU-Nr. 0044-0045

¹⁸ zu retrospektiven Gesamtbilanzierungen der DDR-Soziologie vgl. Peter (1991), Jaufmann et al. (1992), Soziologie und empirische Sozialforschung in der DDR (1992), Bertram (1997)

Schließlich kommt auch in Bezug auf die hallesche Arbeitssoziologie zum Zuge, dass es eine Diskrepanz zwischen der nachträglichen Selbstwahrnehmung soziologischer DDR-Zeitzeugen als kritisch und ihrer Fremdeinschätzung als konformistisch gibt (Sparschuh 2005: 7). Indes verfehlt hierbei keine der beiden Seiten ihren Betrachtungsgegenstand vollständig. Den Unterschied macht die Perspektive und das, was dabei jeweils abgeblendet wird: „die ehemaligen Akteure sehen, was sie *gemacht* haben, und Außenstehende das, was *unterblieb*“ (Fischer 2011: 70). Wird das zusammenschaltet, dann lautet der resümierende Befund zur Halleschen Arbeitssoziologie: „materialreich und ideologisch durchtränkt“, dabei mit letzterem – halbironisch formuliert – „das Erkenntnisinteresse reflektierend“ (Neuberger 1990: 124).

Insgesamt wurde in den DDR-Jahrzehnten der soziologischen Forschung an der MLU, wie auch andernorts, schlechterdings Paradoxes abverlangt. Es sollten sowohl Beiträge zur Optimierung gesellschaftlicher Prozesse erbracht als auch politische Maximen und Beschlüsse wissenschaftlich bestätigt werden. Die Maximen und Beschlüsse bauten auf Wunschbildern der gesellschaftlichen Realität auf, die durch empirische Arbeit notwendig irritiert werden mussten, da sich die Realität typischerweise Wunschbildern nicht vollständig fügt.

Mit der empirischen Erforschung der sozialistischen Wirklichkeit konnte damit ein politisches Gefahrenpotenzial entstehen: „Es war die Ambivalenz, einerseits zur Herrschaftsrationalisierung beizutragen und andererseits mit dieser ‚harten Empirie‘ über das Potential zu verfügen, ideologisch demaskierend zu wirken, also Delegitimierung zu betreiben.“ (Koop 2009: 855)

Die wissenschaftliche Umsetzung des politischen Auftrags musste mit der Doktrin in Konflikte geraten, weil weder Erkenntnisweise noch Untersuchungsgegenstand, weder die wissenschaftliche noch die industrielle Rationalität sich ohne weiteres in diese Doktrin einfügen ließen.

Literatur

- Bahro, Rudolf (1977): Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Europäische Verlagsanstalt, Köln/Frankfurt a.M.
- Bahro, Rudolf (1980): Plädoyer für schöpferische Initiative. Zur Kritik von Arbeitsbedingungen im real existierenden Sozialismus, Bund-Verlag, Köln.
- Bertram, Hans (Hg.) (1997): Soziologie und Soziologen im Übergang. Beiträge zur Transformation der außeruniversitären soziologischen Forschung in Ostdeutschland, Leske + Budrich, Opladen.
- Fischer, Christin (2011): Soziologische Lehre und Studium in der DDR. zwischen politischer Staatsideologie und wissenschaftlicher Gesellschaftsaufklärung. untersucht am Beispiel der Martin-Luther-Universität, Diplomarbeit, Martin-Luther-

- Universität Halle-Wittenberg, Philosophische Fakultät I: Sozialwissenschaften und historische Kulturwissenschaften, Halle (Saale), unveröff.
- Fischer, Christin/Peer Pasternack/Henning Schulze/Steffen Zierold (2013): Soziologie an der Universität Halle-Wittenberg. Dokumentation zum Zeitraum 1945–1992, Anhang zu: Peer Pasternack/Reinhold Sackmann (Hg.), Vier Anläufe: Soziologie an der Universität Halle-Wittenberg. Bausteine zur lokalen Biografie des Fachs vom Ende des 19. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts, Halle (Saale) 2013, 52 S.; URL http://www.sociologie.uni-halle.de/publikationen/vier-anlaufe/anhang_buch.pdf
- Hall, Christian/Daniel Münzner (2007): Die Begründung der Soziologie an der Universität Rostock, in: Kersten Krüger (Hg.), Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Teil 1, Universität Rostock, Rostock, S. 316–319.
- Herter, Detlev (1982): Arbeit und Beruf als Gegenstand soziologischer Forschungen, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg/Gesellschaftswissenschaftliche Reihe 4/1982, S. 19–29.
- Hözlner, Ingrid (1976): Soziale Probleme der Schichtarbeiter und ihre Berücksichtigung in der Stadtplanung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wissenschaftsbereich Soziologie, Halle/S., unveröff.
- Jaufmann, Dieter/Ernst Kistler/Klaus Meier/Karl-Heinz Strech (Hg.) (1992): Empirische Sozialforschung im vereinten Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven, Campus Verlag, Frankfurt a.M./New York.
- Koop, Dieter (2009): Soziologie, in: Ulrich von Hehl/Uwe John/Manfred Rudersdorf (Hg.), Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009. Band 4: Fakultäten, Institute, Zentrale Einrichtungen. 1. Halbband, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2009, S. 846–858.
- Laitko, Hubert (2006): Produktivkraftentwicklung und Wissenschaft in der DDR, in: Clemens Burrichter/Detlef Nakath/Gerd R. Richter (Hg.), Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Geschichte – Staat – Politik. Ein Handbuch, Berlin, S. 475–540.
- Lange, Max Gustav (2007): Zur Grundlegung der Erziehungswissenschaft. Texte zur soziologischen Begründung der Pädagogik 1946–1950, hrsg. von Wolfgang Eichler und Horst Sladek, Verlag Peter Lang, Frankfurt/M.
- Neuberger, Oswald (1990): Zur Selbstverstümmelung eines Autors aus Anlaß der Wende. Bemerkungen zum Aufsatz von Rudhard Stollberg, in: D. von Eckardstein/O. Neuberger/Chr. Scholz/H. Wächter/W. Weber/R. Wunderer (Hg.), Personalwirtschaftliche Probleme in DDR-Betrieben (=Zeitschrift für Personalforschung Sonderheft 1990), Rainer Hampp Verlag, Mering, S. 124–128.
- Pasternack, Peer (2013): Politik und Soziologie in der DDR. Eine exemplarische Kulmination in der akademischen Provinz: Die Hallesche Bahro-Affäre 1977, in: Initial 1/2014, S. 106–118.
- Pasternack, Peer/Susann Böhme/Annelie Dorn/Steffen Zierold (2013): Zweiter Anlauf zur Institutionalisierung: Das Institut für Soziologie und Max Gustav Lange, in: Peer Pasternack/Reinhold Sackmann (Hg.), Vier Anläufe: Soziologie an der Universität Halle-Wittenberg. Bausteine zur lokalen Biografie des Fachs vom Ende des 19. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts, Halle (Saale), S. 92–104.
- Pasternack, Peer/Reinhold Sackmann (Hg.) (2013): Vier Anläufe: Soziologie an der Universität Halle-Wittenberg. Bausteine zur lokalen Biografie des Fachs vom Ende des 19. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2013.
- Pasternack, Peer/Steffen Zierold (2013): Themen und Projekte, in: Peer Pasternack/Reinhold Sackmann (Hg.), Vier Anläufe: Soziologie an der Universität Halle-

- Wittenberg. Bausteine zur lokalen Biografie des Fachs vom Ende des 19. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts, Halle (Saale), S. 168–177.
- Peter, Lothar (1991): Dogma oder Wissenschaft? Marxistisch-leninistische Soziologie und staatssozialistisches System in der DDR, Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V., Frankfurt a.M.
- Soziologie und empirische Sozialforschung in der DDR. Eine kritische Bilanz (=Berliner Journal für Soziologie 3-4/1992), Akademie Verlag, Berlin 1992.
- Sparschuh, Vera (2005): Von Karl Mannheim zur DDR-Soziologie. Generationendynamik in der Wissenschaft, Krämer-Verlag, Hamburg.
- Sparschuh, Vera/Ute Koch (1997): Sozialismus und Soziologie. Die Gründergeneration der DDR-Soziologie. Versuch einer Konturierung, Leske + Budrich, Opladen.
- Steiner, Helmut (1988): Zur Soziologie des Neubeginns nach 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1988. Theoretische Grundprobleme der Erforschung der Lebensweise im Sozialismus, Akademie-Verlag, Berlin [DDR], S. 228–241.
- Stollberg, Rudhard (1957): Die Auseinandersetzung um die 40-Stunden-Woche in Westdeutschland, Dissertation, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle/S., unveröff.
- Stollberg, Rudhard (Interview) (1978): Schichtfamilien, in: Forum 2/1978, S. 5.
- Stollberg, Rudhard (1988): Soziologie der Arbeit, Verlag Die Wirtschaft, Berlin [DDR].
- Stollberg, Rudhard (1989): Leistung und Bedürfnisbefriedigung, in: Sozialistische Arbeitswissenschaft 5/1989, S. 364–367.
- Stollberg, Rudhard (1989a): Arbeitssoziologie und Weiterbildung von Leitern, in: Sozialistische Arbeitswissenschaft 6/1989, S. 413–418.
- Stollberg, Rudhard (1990): Arbeitseinstellungen und Arbeitszufriedenheit bei Produktionsarbeitern der DDR, in: D. von Eckardstein/O. Neuberger/Chr. Scholz/H. Wächter/W. Weber/R. Wunderer (Hg.), Personalwirtschaftliche Probleme in DDR-Betrieben (=Zeitschrift für Personalforschung Sonderheft 1990), Rainer Hampp Verlag, Mering, S. 117–123.
- Voigt, Dieter (1986): Schichtarbeit und Sozialsystem. Zur Darstellung, Entwicklung und Bewertung der Arbeitszeitorganisation in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Studienverlag Dr. Norbert Brockmeyer, Bochum.
- Voigt, Peter (2007): Zeitzeugenbericht von Prof. Dr. Peter Voigt am 12. Januar 2007, in: Kersten Krüger (Hg.), Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Teil 1, Universität Rostock, Rostock, S. 322–348.
- Wollmann, Hellmut (2010): Soziologie an der Humboldt-Universität unter dem SED-Regime und in der „Wende“, in: Heinz-Elmar Tenorth (Hg.), Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Band 6: Praxis ihrer Disziplinen. Selbstbehauptung einer Vision, Akademie Verlag, Berlin, S. 233–254.

Das Institut Gatersleben 1943–1990

Eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung zwischen Selbstbestimmung und politischer Lenkung¹

Ulrich Wobus
Gatersleben/Weinböhla

Am westlichen Rand der Magdeburger Börde, nahe Quedlinburg, liegt am Fluss Selke das Dorf Gatersleben. Es beherbergt seit 1945 ein großes, international anerkanntes Forschungsinstitut, dessen zentrale Aufgabe die Bearbeitung von Problemen der modernen Biologie in der Grundlagen- und Anwendungsforschung vorrangig am Objekt Kulturpflanze ist.

Gründung im Dritten Reich

Während in Stalingrad die deutsche Wehrmacht ihre große und – wie sich herausstellen sollte – entscheidende Niederlage erlitten hatte, wurde in Wien im Rahmen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung von Wissenschaft und Forschung (KWG) ein „Institut für Kulturpflanzenforschung“ gegründet. Die Idee zur Gründung eines solchen Instituts innerhalb der KWG ging allerdings noch auf die Vorkriegszeit zurück.

Dass die Umsetzung eines solchen Plans selbst in Kriegszeiten noch politische Unterstützung fand, war nicht zuletzt eine Folge der Erfahrungen aus dem 1. Weltkrieg, in dem bekanntlich die Ernährung von Heer und Bevölkerung nicht gewährleistet werden konnte. Nicht zuletzt dieser Hintergrund ermöglichte es der KWG nach der Überwindung vieler Hürden noch 1943 dieses Institut für Kulturpflanzenforschung mit Hans Stubbe als Direktor in bzw. nahe Wien auf dem Tuttenhof zu gründen.²

¹ Der vorliegende Aufsatz basiert auf Müntz/Wobus (2012). Dieses Buch bietet eine beschreibende, stark auf die wissenschaftlichen Entwicklungen orientierte Darstellung. Ergänzende Gedanken wurden zudem einem institutsinternen publizierten Vortrag entnommen (Wobus 2013).

² Den politisch bereits auffällig gewordenen Hans Stubbe – er war 1936 aus politischen Gründen aus dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Züchtungsforschung Müncheberg entfernt worden – als Direktor durchzusetzen, war ein besonderer Kraftakt vornehmlich von Fritz von Wettstein. Von Wettstein gehörte zu den führenden Persönlichkeiten der KWG und war ein besonderer Förderer des neuen Instituts.

Aufgabe des Instituts war, laut einer damaligen Pressemeldung, „Kulturpflanzen zu erforschen und nach Möglichkeit bessere Sorten zu züchten.“ (so zit. in Diesener 2002: 176) Zudem wurden zeitnahe politische Argumente zur Förderung der Institutsgründung herangezogen, etwa die Entwicklung und Nutzung neuer Hochleistungssorten für den nach dem berrückigten Generalplan Ost in Teilen Polens und der Sowjetunion nach Vertreibung bzw. Liquidierung der heimischen Bevölkerung zu entwickelnden ‚Lebensraum im Osten‘ (Maier 2008). Inwieweit als kriegswichtig erklärte Projekte den Gründungsvorgang förderten, bleibt dagegen offen (Diesener 2002).

Doch bereits 1944 zerstörten alliierte Luftangriffe die Versuche im Tuttenhof, und im November 1944 bzw. im April 1945 erfolgte die Verlagerung von Material und Mitarbeitern in den Harz in die Nähe von Quedlinburg, einem Weltgeltung besitzenden Zentrum der deutschen Pflanzenzüchtung und Saatgutwirtschaft.

Institutsaufbau im Nachkriegsdeutschland in Gatersleben

Die Nachkriegszeit brachte für den Aufbau des Instituts, wie es sich Hans Stubbe vorstellte, besondere Herausforderungen. Er wollte nicht irgendein, sondern ein Spitzeninstitut schaffen, nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Vergleich. Begünstigt durch seine Vorkriegskontakte mit sowjetischen, nun in der Roten Armee dienenden Kollegen knüpfte Stubbe schnell Kontakte zur sowjetischen Militäradministratur, und bereits Ende 1945 wurde ihm die über 500 Hektar große Domäne Gatersleben nahe Quedlinburg als Institutssitz zugewiesen.

Organisatorisch gehörte das im repräsentativen, alten Gutshaus untergebrachte Institut zunächst zur Universität in Halle, wo Stubbe zum Ordinarius für Genetik berufen wurde und 1947 die Landwirtschaftliche Fakultät gründete. Als Forschungsthemen für sein Gaterslebener Institut nannte Stubbe gegenüber der Universität die bereits für die KWG zur Institutsgründung ausgearbeiteten Themen der interdisziplinären Kulturpflanzenforschung mit Schwerpunkt Sammlung, Erhaltung und allseitige Bearbeitung von Wild- und Primitivformen der Nutzpflanzen sowie experimentelle Mutationsforschung, auch als Basis neuer Zuchtmethoden. Eine unmittelbare Sortenentwicklung im Institut selbst, wie in oben zitierter Pressemeldung zur Institutsgründung 1943 genannt, erfolgte jedoch weder in Wien noch später in Gatersleben.

Für seine Pläne und die beginnende Aufbauarbeit fand Hans Stubbe Unterstützung im Rahmen des Möglichen bei Landesverwaltung und sowjetischer Militäradministratur. Auch die neue Staatsmacht wusste,

dass der Neuaufbau von Forschung und Lehre im Land zunächst ganz von Persönlichkeiten abhing, die vom Lehr- und Forschungsbetrieb Vorkriegsdeutschlands geprägt waren.

Das Institut als Teil der Deutschen Akademie der Wissenschaften bis zur Akademiereform

Am 1. April 1948 wurde das Institut der nach sowjetischem Vorbild aufgebauten Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DAW) zugeordnet. Unter dem Dach der DAW lebte auch, wie in der Vergangenheit, eine Gelehrtenengesellschaft fort, in erster Linie aber war die DAW Dachorganisation für eine Gemeinschaft außeruniversitärer Forschungsinstitute. Jetzt konnte Hans Stubbe (1970: 33) zielgerichtet mit der Verwirklichung seiner Vision einer „Vereinigung der großen botanischen Disziplinen zur Durchführung von Erkundungsforschung, zielgerichteter Grundlagenforschung und angewandter Forschung, vornehmlich im Bereich der Kulturpflanzen“ beginnen.

Aufzubauen waren zunächst vier große, weitgehend selbstständige Abteilungen: „Genetik und Cytologie“, „Systematik und Sortiment“, „Physikalische Physiologie“ und „Chemische Physiologie“. Da das alte Gutshaus für eine solche Struktur keinen Raum bot, wurde auf freiem Feld am Ortsrand von Gatersleben mit dem Aufbau eines völlig neuen Institutskomplexes begonnen. Bis in die frühen 1960er Jahre entstand ein großzügiges Institut mit fünf, meist mehrflügeligen Gebäuden für die vier wissenschaftlichen Abteilungen und die Verwaltung. Die flachen, langgestreckten Gebäude mit ebenfalls flachwinkligen Dächern passen sich gut in die weite Ackerlandschaft ein. Sie sind umgeben von Versuchsfeldern und parkartigen Anlagen, die heute den Namen Landschaftsgarten verdienen (Wobus/Menzel 2008).

Mit den politischen Rahmenbedingungen musste und konnte sich Hans Stubbe arrangieren, zumal in der Ära Ulbricht „der Stellenwert von Forschung für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft“ hoch eingeschätzt wurde. Man setzte „verstärkt auf die wissenschaftlich-technische Revolution als Motor der ökonomischen Entwicklung“ (Mayntz 1998: 464). Dank seines Renommées als Wissenschaftler, seiner Vorkriegsbeziehungen zu Kollegen in der Sowjetunion und seines volkswirtschaftlich enorm wichtigen Arbeitsgebietes, aber auch aufgrund seiner Hinneigung zu linken gesellschaftspolitischen Vorstellungen konnte Stubbe gerade in den Aufbaujahren sehr viel erreichen, nicht nur für das Institut selbst, sondern auch für die Mitarbeiter (Bau einer größeren Wohnsiedlung mit Ein- und Mehrfamilienhäusern) und den Ort Gatersle-

ben, der zum „Kulturzentrum auf dem Lande“ ausgebaut wurde – auch wenn nicht alle Planungen realisiert werden konnten.

Doch dieser Aufbau gelang nur unter enormer Kraftanstrengung und ständigem Kampf um Geld und Material. So nutzte Stubbe 1953 den an ihn ergangenen Ruf zum Direktor eines Max-Planck-Instituts für Genetik als Druckmittel, um bei Partei- und Staatschef Walter Ulbricht ganz persönlich die notwendigen und ihm bislang verweigerten Investitionsmittel für den Aufbau seiner eigenen Abteilung in Gatersleben genehmigt zu bekommen.³

Dieses Beispiel zeigt besonders deutlich, dass die erreichten Erfolge durchaus auch bestimmten inhärenten Eigenschaften des politischen Systems der DDR geschuldet waren. So genügte es, die politischen Entscheidungsträger von einer Sache zu überzeugen, um diese durchzusetzen. Auch erwies sich die zentralistische Leitung vieler Prozesse als vorteilhaft, zumindest solange sie aus der Wissenschaft heraus hinreichend beeinflussbar waren. Unter solchen Voraussetzungen gelang es auch, im Rahmen der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (DAL) unter Stubbes Leitung als deren Präsident eine moderne, breit angelegte agrarwissenschaftliche Forschung vergleichsweise schnell zu realisieren.⁴

Über die Jahre wurde jedoch die politische Einflussnahme immer stärker und die einstigen Vorteile wandelten sich zum Nachteil, so dass Hans Stubbe am Ende seines Arbeitslebens 1972 resigniert feststellen musste: Es ist „manchmal traurig, eine solche Summe von Kraft und Energie ohne Rücksicht auf meine eigene wissenschaftliche Arbeit und Gesundheit eingesetzt zu haben, um nun zu sehen, dass manches vergeblich war.“ Und er fügt hinzu: „Es ist schade, dass ich meist keine Gelegenheit mehr habe, an entscheidender Stelle meine Sorgen auszusprechen und neue Wege zur Vermeidung von Fehlern zu weisen.“⁵ Bei Walter Ulbricht hatte er diese Gelegenheit, bei Ulbrichts Nachfolger Erich Honecker nicht mehr.

Trotz der schwierigen Bedingungen wurde im Institut Spitzenforschung betrieben, über die das 2012 erschienene Buch zur Institutsge-
schichte detailliert Auskunft gibt (Müntz/Wobus 2012). Aber schon früh

³ Es ist bezeichnend für Hans Stubbe, dass der Gebäudekomplex „Genetik“ für seine eigene Abteilung als letzte der vier großen Abteilungsbauten entstand.

⁴ Die DAL wurde 1951 unter starker Mitwirkung von Hans Stubbe und mit ihm als Präsident gegründet und vereinigte eine Reihe agrarwissenschaftlicher Institute. Stubbes eigenes Institut in Gatersleben aber blieb in der DAW (dazu siehe unten).

⁵ aus einem Brief vom 14.04.1972 an Max Steenbeck, Vorsitzender des DDR-Forschungsrates, so zit. in: Käding (1999: 161).

begannen Entwicklungen, die Grenzen setzten. Erstens wurden ab den 1950er Jahren mit ständig steigender Geschwindigkeit Experimentalgenetik, Biochemie und experimentelle Physiologie abhängig von überwiegend im „Westen“ verlaufenden technologischen Entwicklungen, von Geräten und Biochemikalien, deren Beschaffung an die Bewilligung der knappen Devisen seitens des Staates gebunden war. Zweitens musste sich die Genetik in der DDR aus weitgehend politischen Gründen mit den Lehren Lyssenkos auseinandersetzen⁶, was viel Zeit und Ressourcen kostete (siehe unten). Und drittens wurden als Folge des Kalten Krieges die deutsch-deutschen Kontakte und die Kontakte mit der westlichen Wissenschaftswelt mehr und mehr eingeschränkt.

Es sollte aber erwähnt werden, dass sich die Gaterslebener Situation im Vergleich doch noch positiv von der anderer Institute unterschied; insbesondere die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften und die Universitäten wurden viel stärker reglementiert. Nach Laitko (2010: 148) erreichte Stubbe, „dass Gatersleben in den 1950er und 1960er Jahren – also auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges – immer eine Art gesamtdeutsches Institut geblieben ist. Das war in der DDR zu jener Zeit auch für Akademieinstitute nicht selbstverständlich, sondern eine seltene Ausnahme“.

Der besondere Status des Gaterslebener Instituts (und in gewissem Maße der DAW insgesamt) wird auch dadurch unterstrichen, dass das an der Universität Potsdam wirkende Akademiemitglied Wolfgang Müller-Stoll mit Arbeitsgruppe formal dem Gaterslebener Institut angegliedert wurde (bei Verbleib in Potsdam), nachdem Müller-Stoll nach Kritik am Mauerbau von der dortigen Universität verwiesen worden war.

Als Gesamtbild ergibt sich, dass in Gatersleben und weiteren Instituten insbesondere der Akademie der Wissenschaften in den 1950er und mit zunehmenden Einschränkungen auch noch in den 1960er Jahren starke, noch in der Vorkriegszeit geprägte Wissenschaftlerpersönlichkeiten die Forschungsthemen in ihren Instituten weitestgehend selbst bestimmten. Die für eine erfolgreiche Arbeit ebenso wichtige Personalpolitik lag in Gatersleben zunächst noch ganz in den Händen des Direktors, doch musste bereits Mitte 1953 ein „Kaderleiter“ (damals und auch später stets ein Mitglied der SED) eingestellt werden, der die Personalpolitik zu über-

⁶ Aber auch aus wissenschaftlichen Gründen mussten die Ergebnisse bzw. Behauptungen der Lyssenko-Schule widerlegt werden. Allerdings wären die umfangreichen Experimente ohne den politischen Hintergrund wahrscheinlich nicht oder in viel geringerem Umfang durchgeführt worden.

wachen hatte. Inwieweit dieser Personalentscheidungen von Hans Stubbe beeinflusst hat, bleibt ungeklärt.

Widerstand gegen die Lyssenko-Doktrin

Bereits in der Sowjetunion der 1930er Jahre hatte der Pflanzenzüchter Trofim D. Lyssenko unter Stalin großen politischen Einfluss gewonnen, indem er versprach, mit neuen Züchtungsverfahren (sehr verkürzt: „der Vererbung umweltinduzierter Eigenschaften“) und dem Kampf gegen die „formale Genetik“, den „Mendelismus-Morganismus“, die Misere der sowjetischen Landwirtschaft zu beenden.⁷ Darüber hinaus wurden die Auseinandersetzungen bald auf ideologische Grundsatzfragen ausgedehnt. Die „Lyssenko-Doktrin“ war auch staatliches Leitbild in der frühen DDR, stieß aber auf starken Widerstand bei führenden Genetikern und Naturwissenschaftlern, allen voran Hans Stubbe.

In aufwendigen Versuchsserien konnten er und seine Mitarbeiter in Gatersleben die Lyssenko'sche Agrobiologie als pseudowissenschaftlich und schlechthin unwahr widerlegen und durch persönliche Einflussnahme auf Politiker bis hin zu Walter Ulbricht dauerhafte Schäden für die biologischen Wissenschaften, wie sie in der Sowjetunion und allen anderen Ostblockstaaten kennzeichnend waren, verhindern.⁸ Im Unterschied zu den meisten anderen biologischen Instituten der Ostblockstaaten war die Forschung auf dem Gebiet der Genetik und die Publikation der Ergebnisse des Gaterslebener Instituts in internationalen Zeitschriften nie unterbrochen. Die hier nur angedeutete und bereits vielschichtig analysierte Lyssenkoismus-Problematik (vgl. u.a. Laitko 2010, Böhme 1999, Höxtermann 2000) liefert ein gutes Beispiel für die oben genannten Wirkungsmöglichkeiten herausragender Wissenschaftler in der DDR der Ulbricht-Ära. Ob im geschilderten Fall die Persönlichkeit Stubbes, die wissenschaftliche Widerlegung der Lyssenko-Thesen, die ausgebliebene Wir-

⁷ Diese war jedoch vornehmlich Folge der Zwangskollektivierung und ‚Entkulakisierung‘ (Bauernliquidierung).

⁸ Ideologiegetriebene Einschränkungen der Forschungsfreiheit gehören allerdings nicht nur der Vergangenheit an; davon ist das Institut auch gegenwärtig betroffen. Die Forschungsarbeiten mit gentechnisch veränderten Pflanzen und besonders zu deren möglicher Nutzung werden, weitab von jeder rationalen Begründung, in vielfacher Weise eingeschränkt und behindert. Nicht nur das Institut, sondern der Forschungsstandort Deutschland insgesamt wird so auf diesem wichtigen Zukunftsfeld ausgebremst. Das erinnert in einigen Aspekten fatal an die Ausgrenzung der Mendelschen Genetik durch den Lyssenkoismus. Inzwischen werden auch die negativen Folgen der heutigen Ideologisierung einzelner Wissenschaftsbereiche immer mehr spürbar, auch im Institut und auf dem Campus Gatersleben.

kung der neuen Agrobiologie in der sowjetischen Landwirtschaft oder ein gewisser Eigenwille Ulbrichts (Wessel 2001) den Ausschlag dafür gaben, Stubbe gewähren zu lassen, bleibt offen. Es mag das Gemisch dieser Faktoren gewesen sein.

Und Hans Stubbe lieferte ein weiteres Beispiel dafür, dass es zumindest bis zum Mauerbau 1961 für international anerkannte Wissenschaftlerpersönlichkeiten ohne Parteizugehörigkeit möglich war, dem Druck der Parteiführung zu widerstehen. Es gelang ihm, wiederholte Versuche der Staatsführung abzuwenden, das Gaterslebener Institut aus der Deutschen Akademie der Wissenschaften herauszulösen und in die Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften einzugliedern, die kaum Grundlagenforschung ermöglichte und in viel stärkerem Maße politischen Einflüssen ausgesetzt war.

Das Institut und die Akademiereform⁹

Der Wechsel in der Institutsleitung zu Beginn des Jahres 1969 von Hans Stubbe zu Helmut Böhme fiel (a) mit einer grundlegenden Änderung der Wissenschaftspolitik in der DDR und (b) mit einem Aufbruch der biologischen Wissenschaften ins molekularbiologische Zeitalter zusammen. Die 1968 begonnene Akademiereform leitete „einen erneuten Versuch von Partei und Staat ein, die wissenschaftliche Forschung stärker zu lenken, nun weniger über Ideologisierung als unter Betonung der ‚auftragsgebundenen Forschung‘ und ihrer ‚aufgabenbezogenen Finanzierung‘, also durch verstärkte Einforderung des Anwendungsbezugs“ (Kocka 1998: 438).

Dennoch gab es „vor allem in den Natur- und Technikwissenschaften ... viel Raum zur relativ autonomen Selbststeuerung der Wissenschaftler“ (ebd.: 455). Dieser Raum wurde in Gatersleben breit genutzt, denn die damalige Führungsriege – genannt seien, neben Helmut Böhme, Rigomar Rieger, Jörg Schöneich und Martin Zacharias, alles unmittelbare Stubbeschüler – war auf die Neuerungen gut vorbereitet. Man hatte führend an der „Prognose zur Entwicklung der Biologischen Forschung in der DDR für den Zeitraum 1970 bis 1980“ mitgearbeitet. Diese bildete die Grundlage für die Initiierung anwendungsorientierter Großprojekte, die staatlicherseits vorrangig mit den stets knappen Ressourcen bedacht wurden, teilweise über eingebundene Wirtschaftspartner.

⁹ vgl. hierzu Böhme/Diesener (2005)

In diesen Großprojekten wurde ein Szenarium der Forschungsorganisation umgesetzt, wie es in der bundesrepublikanischen Forschungslandschaft erst nach 2000 umfassender wirksam werden sollte und gegenwärtig die Forschungsförderung bestimmt, durchaus auch unter Einforderung eines stärkeren Anwendungsbezuges und einer schnelleren Umsetzung von Ergebnissen der Grundlagenforschung in die wirtschaftliche Nutzung.

Die neuen politischen und wissenschaftspolitischen Weichenstellungen drückten sich nicht zuletzt in der Änderung des Institutsnamens aus. Das Institut für Kulturpflanzenforschung wurde zum *Zentralinstitut für Genetik und Kulturpflanzenforschung*, womit zwei Dinge verdeutlicht wurden: Man trug (a) der verheißungsvollen Entwicklung der Molekulargenetik Rechnung – Gatersleben hatte jetzt auch die Funktion eines DDR-Zentrums für Genetik zu erfüllen – und betonte (b) mit dem Status eines Zentralinstituts die Schwerpunktbildung im Rahmen einer zentral gesteuerten Forschung.

Die erwähnten Großforschungsprojekte wurden etabliert und die entsprechenden bürokratischen Strukturen entwickelt. Das sollte nicht zuletzt der Effizienzsteigerung und der Redundanzvermeidung dienen. Auch wenn vieles, wie stets bei Großprojekten, nicht so funktionierte wie erhofft, wurden doch zahlreiche Kooperationen angestoßen und Ressourcen konzentriert. So konnten durchaus auch international beachtete Ergebnisse erzielt werden. Es ist hervorzuheben, dass das Institut seine schon bei der Institutsgründung formulierten zentralen Forschungslinien – jetzt neu spezifiziert – beibehielt. Das war einerseits Ausdruck einer erfolgreichen Institutsstrategie, andererseits auch Folge einer von Anbeginn zumindest langfristig auf Anwendung ausgerichteten Forschung. Vier Schwerpunkte wurden konzipiert:

- Mutationsgenetik,
- Aufbau einer somatischen, pflanzlichen Zellgenetik,
- physiologisch-biochemische Grundlagen der pflanzlichen Stoffproduktion und
- genetisch-taxonomische Grundlagen der Kulturpflanzenzüchtung nebst Bereitstellung von Ausgangsmaterial durch die Genbank, die damals noch treffender Kulturpflanzenweltsortiment genannt wurde.

Diese Schwerpunkte waren nicht mehr nur an Kulturpflanzen orientiert, sondern reichten bis in medizinisch relevante Forschungsfelder (wie z.B. Entwicklungsbiologie der Säuger und Aufbau des Mutagenitätstestlabors). Entsprechend wurden Forschungs- und Arbeitsgruppen in themenorientierten wissenschaftlichen Bereichen und methodenorientierten

Querschnittsbereichen neu gruppiert. Es galt das Prinzip der Einzelleitung,¹⁰ doch ließ sich der Direktor kollektiv beraten. Das war unter Hans Stubbe nicht wesentlich anders gewesen, nur nahmen jetzt an den Leitungssitzungen auch der Parteisekretär der SED¹¹, der Vorsitzende der Institutsgewerkschaftsleitung und der Leiter des neu gebildeten Wissenschaftlichen Sekretariats teil.

Mit der neu konzipierten strategischen Ausrichtung gelang es, praktisch die gesamte Forschungskapazität in bevorzugt geförderte Großprojekte einzubringen, allein 70 Prozent in den Forschungsverbund MOGEVUS, das Akronym für „Molekulare Grundlagen der Entwicklungs-, Vererbungs- und Steuerungsprozesse“. Diese Großprojekte hatten zwar stets ein angewandtes Ziel, dessen Erreichung setzte aber ein hohes Maß an Grundlagenforschung voraus. Zudem war bei einer ganzen Reihe von Teilprojekten dem Kenner durchaus klar, dass es ganz primär um Grundlagenforschung ging, der aber das Etikett „Anwendungsforschung“ angeheftet worden war.

Eine den Weltstand bestimmende Forschung, wie offiziell immer gefordert, war jedoch nicht möglich, zum einen aufgrund der ökonomischen Probleme, zum anderen aufgrund einer mit den Jahren immer stärker demotivierend wirkenden Personalpolitik, die vielen Wissenschaftlern keine Entwicklungsmöglichkeiten einräumte. Trotz dieser massiven Einschränkungen konnte im Institut Gatersleben auf den genannten Schwerpunktgebieten ein Niveau gehalten werden, das mit der Änderung der Rahmenbedingungen 1990 einen unmittelbaren Anschluss an die neuesten internationalen Entwicklungen ermöglichte.

Abschließend betrachtet war die Akademie-Forschung in den grundlagenorientierten Naturwissenschaften, wie für Gatersleben dargestellt, nicht durchgehend politisch bestimmt, auch wenn der generelle Druck in Richtung Anwendungsforschung groß war und es ideologische Einflüsse gab. Wenn es den Leitern gelang, die Forschungen ihrer Einrichtung großen, staatspolitischen Zielvorgaben zuzuordnen, bestanden im Detail beträchtliche Gestaltungsspielräume. Die Partei- und Staatsführung setzte wohl weniger auf direkte Eingriffe in den Wissenschaftsprozess, als – im Zeitverlauf ständig zunehmend – auf die Durchsetzung der Vergabe von Lei-

¹⁰ Auf Lenin zurückgehendes Prinzip des demokratischen Zentralismus, nachdem in einem streng hierarchischen System der Leiter die absolute Entscheidungskompetenz und Weisungsbefugnis besitzt, aber auch die volle persönliche Verantwortung trägt.

¹¹ Er diente der Wahrnehmung der führenden Rolle der SED auch in der DAW, die 1972 in Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) umbenannt wurde.

tungspositionen an Wissenschaftler, die als „linientreu“ eingestuft wurden, d.h. meist Mitglieder der SED waren.

Dieses Prinzip wurde im Gaterslebener Institut besonders deutlich, als 1983 der Wunschkandidat der SED-Bezirksleitung Halle, Dieter Mettin, den erkrankten Institutsdirektor Helmut Böhme ablöste. Unter Mettins Führung wurden bis 1988 fast alle wichtigen Leitungspositionen mit sorgfältig ausgewählten Kadern besetzt und das Primat der Politik gegenüber der Wissenschaft konsequent durchgesetzt – das war in dieser Weise ein Novum für Gatersleben. Neue wissenschaftliche und wissenschaftsstrategische Impulse blieben dagegen aus. Wie tiefgreifend der personalpolitische Einfluss insbesondere der Staatssicherheit wirklich war, wurde erst nach 1990 durch Freigabe der persönlichen Kaderakten und durch Einsichtsmöglichkeiten in die Stasi-Unterlagen deutlich.

Die geschilderten Umstände erleichterten 1989 die Ablösung von Dieter Mettin als Direktor (von ihm selbst zum 31. Dezember erbeten) durch den im Spätherbst 1989 demokratisch gewählten wissenschaftlichen Rat des Instituts und ermöglichten einen schnellen Neuanfang. Nach einer kurzen Übergangsphase wurde Klaus Müntz im Frühjahr 1990 zum Direktor berufen. Unter seiner Leitung gelang ein, im Vergleich mit den meisten anderen DDR-Instituten, fließender und wissenschaftlich weitgehend verlustfreier Übergang in die neue Zeit, zunächst als Institut für Genetik und Kulturpflanzenforschung, ab 1992 als Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK)¹² mit Ulrich Wobus und ab 2007 mit Andreas Graner als Direktor. „Unter den zahlreichen wissenschaftlichen Instituten der AdW der DDR war Gatersleben das einzige, das das Ende des ostdeutschen Staates als Ganzes überstand“ (Laitko 2010: 158).

Literatur

- Böhme, Helmut (1999): Einige Bemerkungen zu wissenschaftspolitischen Aspekten genetischer Forschungen der fünfziger Jahre in der DDR im Zusammenhang mit der LYSENKO-Problematik, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 29, S. 55–79
- Böhme Helmut/Diesener Gerald (2005) Kulturpflanzenforschung und Genetik in Gatersleben in den Jahren der Akademiereform, in: Clemens Burricher/Gerald Diesener (Hg.), Reformzeiten und Wissenschaft (Beiträge zur DDR-Wissenschaftsgeschichte Reihe B/Band 2), Leipzig, S. 43–69
- Diesener, Gerald (2002): Kulturpflanzenforschung und Pflanzengenetik in Gatersleben von der Mitte der vierziger bis zum Ende der sechziger Jahre – Entwicklungen,

¹² seit 2006 Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) Gatersleben

- Konstellationen, Probleme, in: Clemens Burrichter/Gerald Diesener (Hg.), Auf dem Weg zur „Produktivkraft Wissenschaft“, Leipzig, S. 165–211
- Höxtermann, Ekkehard (2000): „Klassenbiologen“ und „Formalgenetiker“ – Zur Rezeption Lysenkos unter den Biologen in der DDR, in: *Acta Historica Leopoldina* 36, S. 273–300
- Käding, Edda (1999): Engagement und Verantwortung. Hans Stubbe. Genetiker und Züchtungsforscher. Eine Biographie (ZALF-Bericht Nr. 36), Müncheberg
- Kocka, Jürgen (1998) Wissenschaft und Politik in der DDR., in: Kocka, Jürgen/Renate Mayntz (Hg.) Wissenschaft und Wiedervereinigung. Akademie-Verlag, Berlin, S. 435–459
- Laitko, Hubert (2010): Hans Stubbe und das politische System der DDR, in: Ilse Jahn/Andreas Wessel (Hg.), Für eine Philosophie der Biologie – For a Philosophy of Biology. Festschrift 75th Birthday Rolf Löther, München, S. 127–168
- Maier, Rudolf (2008): Vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Kulturpflanzenforschung im Vivarium (Wien) und am Tuttenhof bei Korneuburg (Niederösterreich) zum Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung in Gatersleben (BRD), in: *Schriften des Vereins zur Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse in Wien* 142, S. 43–82
- Mayntz, Renate (1998): Die Folgen der Politik für die Wissenschaft in der DDR, in: Jürgen Kocka/Renate Mayntz (Hg.), Wissenschaft und Wiedervereinigung, Berlin, S. 461–483
- Müntz, Klaus/Ulrich Wobus (2012): Das Institut Gatersleben und seine Geschichte. Genetik und Kulturpflanzenforschung in drei politischen Systemen, Heidelberg.
- Stubbe, Hans (1970): Das Institut für Kulturpflanzenforschung Gatersleben 1943–1968, in: *Kulturpflanze, Beiheft* 6, S. 29–52
- Wessel, Harald (2001) Wie Walter Ulbricht einmal sogar Stalin hereinlegte, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6.9.2001, S. 44
- Wobus, Ulrich (2013): 70 Jahre Institut Gatersleben – eine Forschungseinrichtung im Spiegel der Zeit, *IPK-Journal* 22, S. 22–28
- Wobus, Ulrich/Katrin Menzel (Hg.) (2008): Das Leibniz-Institut Gatersleben – ein Ort der Wissenschaft als Landschaftsgarten und Kunstraum, Gatersleben

Medizinisches Publizieren als Politikum

Zur Entstehungsgeschichte der Zeitschrift „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“ in der SBZ/DDR

Marie Teitge
Ekkehardt Kumbier
Berlin / Rostock

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) die Neugründung von Fachzeitschriften vorangetrieben, um sich gegenüber den anderen Besatzungsmächten zu profilieren. Im Gegensatz zu den westlichen Besatzungszonen gab es in der SBZ für den Fachbereich der Psychiatrie und Neurologie kein eigenes Publikationsorgan. Dort existierten die Zeitschriften „Der Nervenarzt“ und „Fortschritte der Neurologie, Psychiatrie und ihrer Grenzgebiete“, die nach kriegsbedingter Unterbrechung wieder regelmäßig erschienen.

Um eine konkurrenzfähige Zeitschrift ins Leben zu rufen, entstand 1949 die Fachzeitschrift „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“, die über den gesamten Zeitraum des Bestehens der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) existierte und die einzige für diese Fachbereiche blieb.¹ Sie fungierte ab 1960 auch als Mitteilungsorgan der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie und ab 1961 der Gesellschaft für ärztliche Psychotherapie in der DDR. Von Beginn an zeigte sich die politische Verflechtung u.a. in der personellen Auswahl von Herausgebern und Redaktionsleitern sowie der engen Verzahnung zwischen der Fachgesellschaft und der Schriftleitung der Fachzeitschrift. Im Folgenden wird die Entstehungsgeschichte der Zeitschrift unter Berücksichtigung der politischen Rahmenbedingungen betrachtet.

¹ siehe zur Geschichte dieser Fachzeitschrift ausführlich Teitge (2013) und Teitge/Kumbier (2015)

Die Vorbereitungen und der Beginn

Der erste Herausgeber der neu zu gründenden Fachzeitschrift sollte der international bekannte Psychiater und Neurologe Karl Bonhoeffer² (1868–1948) werden. Er verstarb jedoch kurz vor Erscheinen der ersten Ausgabe. Gemeinsam mit Bonhoeffer hatte sich auch Wladimir Lindenberg³ (1902–1997) für die Etablierung einer Fachzeitschrift für Psychiatrie und Neurologie auf dem Gebiet der SBZ eingesetzt (Haaß 2002, Kasack 1987).

Jede zur Neuerscheinung geplante Zeitschrift musste durch die SMAD genehmigt werden.⁴ Die Befugnis, eine solche Zeitschriftenlizenz zu beantragen, oblag allerdings nur denjenigen Verlagen, die selbst den Vorgang der Lizenzierung durchlaufen oder aber zumindest beantragt hatten. Im Rahmen des Lizenzierungsvorgangs wurden die wesentlichen Vorarbeiten von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung (DVV) geleistet, während die eigentliche Vergabe der Zeitschriften- und Verlagslizenzen durch die Verwaltung für Propaganda der SMAD erfolgte (Jütte 1999).

Angesichts der besonderen Schwierigkeiten in den Zeiten des Umbruchs und Neubeginns schlossen sich einige medizinisch ausgerichtete Verleger auf dem Gebiet der SBZ zu einer „Arbeitsgemeinschaft medizinischer Verlage“ (AG med. Verlage)⁵ zusammen. Diese wurde zu Beginn des Jahres 1946 durch die SMAD lizenziert. Zu den fünf Gründerverla-

² Bonhoeffer leitete von 1912 bis zu seiner Emeritierung 1938 die Psychiatrische und Nervenkllinik der Berliner Charité und wurde dort 1946 als ordentlicher Professor reaktiviert (Neumärker 2008).

³ Der in Moskau geborene Deutschrusse hatte in Bonn Medizin studiert, war danach dort u.a. am Institut für klinische Psychologie tätig und betreute eine Station für Hirnverletzte (Kasack 1987). Auf Grund des Paragraphen 175 wurde Lindenberg 1936 verhaftet, im Konzentrationslager von Neustrom interniert und die Approbation entzogen (BA R 55/ 20907: Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (1933–45): Abteilung Zeitschriftenpresse: Grundsatzfragen der Stellung des Redakteurs Wladimir Lindenberg). 1945 wurden Lindenberg von den alliierten Streitkräften Approbation und Doktorgrad wieder zuerkannt (Borchard 1999). Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) wollte ihn für die neu geschaffene Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen gewinnen.

⁴ SMAD-Befehl Nr. 19, 2. August 1945: Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit der Verlage und Druckereien; SMAD-Befehl Nr. 90, 17. April 1947: Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften, Büchern, Broschüren, Plakaten und anderen Drucksachen in der SBZ

⁵ Zum Zeitschriftenwesen in der DDR und insbesondere der „Macht der Institutionen“ während der Zuständigkeit der SBZ vgl. Holzweißig (1999) und Jütte (1999). In „Das Schicksal der DDR-Verlage – Die Privatisierung und ihre Konsequenzen“ stellt Links (2010) u.a. die Geschichte der Verlage während des Bestehens der DDR dar.

gen gehörten Johann Ambrosius Barth (Leipzig), Dr. Werner Saenger (Berlin), Theodor Steinkopff (Dresden), Georg Thieme (Leipzig) und der Verlag Deutsches Hygiene-Museum GmbH (Dresden). Der Salomon Hirzel Verlag (Leipzig) war der Verlagsgemeinschaft innerhalb des ersten Vierteljahres des Bestehens beigetreten, nachdem zuvor auch der Verlag Gustav Fischer (Jena) hinzugekommen war.⁶ Die neu zu gründende Zeitschrift sollte in dem in Leipzig ansässigen Hirzel Verlag angesiedelt werden. Dieser reichte im März 1947 den Lizenzantrag bei der AG med. Verlage ein, über die der Kontakt zur SMAD hergestellt wurde.⁷

Das Bestreben seitens der SMAD, neue medizinische Fachzeitschriften zu etablieren, lässt sich anhand der Akten aus der Deutschen Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen (DZVG) nachvollziehen. In einem Bericht der AG med. Verlage vom 31. Januar 1947 wurden die medizinischen Zeitschriften in den verschiedenen Zonen mit den jeweiligen Auflagenzahlen zusammengestellt und festgehalten, dass

„nach Lage der Dinge [...] der Vorsprung der medizinischen Zeitschriften in der amerikanischen Zone nur aufgeholt werden [kann, d. V.], wenn

- a) die Auflagen der bereits bestehenden medizinischen Zeitschriften in dem von uns vorgeschlagenen Umfang erhöht werden,
- b) neue Zeitschriftenlizenzen für weitere Fachgebiete der Medizin ohne Zeitverlust erteilt werden,
- c) die Gesamtproduktion dieser Zeitschriften durch regelmässige Papierzuweisungen sichergestellt wird.“⁸

Tatsächlich sah es zunächst danach aus, dass die Lizenz für die neue Zeitschrift rasch erteilt werden würde. Bereits einen Monat nach Antragstellung meldete die AG med. Verlage an Lindenberg, dass die hauptverantwortlichen Redakteure einen sogenannten „Politischen Fragebogen“ beantworten sollten.⁹ Die Einstufung dieser persönlichen Angaben als unbedenklich im Sinne des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 war eine der Voraussetzungen für die Erteilung einer Druckgenehmigung (Jütte 1999). Während aber Verleger und spätere Herausgeber intensiv an

⁶ Bundesarchiv Berlin DQ 1/6: Deutsche Zentralverwaltung für Gesundheitswesen (1945–48), Hauptverwaltung Gesundheitswesen der Deutschen Wirtschaftskommission (1948–49), Ministerium für Gesundheitswesen (1949): Arbeitsgemeinschaft medizinischer Verlage (1946–48)

⁷ Bundesarchiv Berlin DQ 1/308: Deutsche Zentralverwaltung für Gesundheitswesen (1945–48), Hauptverwaltung Gesundheitswesen der Deutschen Wirtschaftskommission (1948–49), Ministerium für Gesundheitswesen (1949): Zeitschrift für Psychiatrie, Neurologie und klinische Psychologie

⁸ Bundesarchiv Berlin DQ 1/6, Bl. 82

⁹ Bundesarchiv Berlin DQ 1/308

den Vorbereitungen der ersten Hefte arbeiteten, wurde die Ausgabe der Lizenz durch die SMAD mit der Begründung aufgeschoben, dass die vorhandene Mangelversorgung auf dem Papiermarkt ein monatliches Erscheinen der Zeitschrift unmöglich mache.

Auch durch Lindenberg und Bonhoeffer unternommene Versuche, in persönlichen Gesprächen mit den zuständigen Majoren der Pressestelle der SMAD eine Sonderlizenz zu erwirken, schlugen fehl. Man teilte ihnen mit, dass fünf andere zur Lizenzierung eingereichte Zeitschriften mit gleicher Dringlichkeit zu bearbeiten seien.¹⁰ Für die Verantwortlichen der neu zu gründenden Zeitschrift war jedoch ein zeitnahes Erscheinen notwendig: Man wollte sich frühzeitig, am besten vor Wieder- bzw. Neuerscheinen anderer Zeitschriften auf dem Gebiet der Psychiatrie und Neurologie, etablieren. Es wurde „von vornherein [angestrebt], mit einem größeren namhaften Mitarbeiterstab“ aufzutreten, so dass man „die Konkurrenz mit dem ‘Nervenarzt’ nicht zu scheuen“ hatte.¹¹ Zu diesem Zweck sollten namhafte Fachleute aus den westlichen Besatzungszonen für die Schriftleitung gewonnen werden.

Der Versuch, Viktor von Weizsäcker (1886–1957) zu gewinnen, schlug fehl. Weizsäcker begründete seine Ablehnung mit der Übergabe seiner Verantwortlichkeit als Klinikleiter an Paul Vogel (1900–1979) und verwies auf diesen. Vogel erklärte sich grundsätzlich zur Mitarbeit bereit, lehnte aber aufgrund zahlreicher anderer Verpflichtungen ab, Aufgaben in der Redaktion zu übernehmen.¹² Der Posten des westlichen Schriftleiters blieb letztendlich unbesetzt.

Lindenberg baute darüber hinaus zahlreiche Verbindungen zu Fachkollegen in allen Besatzungszonen auf, um sie als Autoren zu gewinnen. Er erhielt einen großen Rücklauf von Artikeln, so dass sich vor Erscheinen der ersten Ausgabe bereits Material für mehr als vier Hefte angesammelt hatte. Gleichzeitig musste er befürchten, dass das Interesse der potentiellen Autorenschaft deutlich zurückginge, wenn sich die Herausgabe der Zeitschrift immer weiter verzögern würde. Der Verlag sorgte sich vor allem darum, die schon bis November 1947 gemeldeten 1.400 Abonnenten zu verlieren.¹³

Zu weiteren Verzögerungen kam es durch die Lizenz betreffende Änderungsünsche, die in einer Abwandlung des zuvor eingereichten Titels sowie der Benennung eines weiteren Chefredakteurs bestanden. Alexand-

¹⁰ Ebd.

¹¹ Ebd., Bl. 337

¹² Bundesarchiv Berlin DQ 1/308

¹³ Ebd.

er Mette (1897–1985), der zu diesem Zeitpunkt auch Chefredakteur der Zeitschrift „Das Deutsche Gesundheitswesen“ war, wurde Ende 1948 an Stelle Lindenbergs eingesetzt.¹⁴ Die Gründe dafür sind nicht bekannt.

Fast zwei Jahre nach dem Einreichen des Lizenzantrags erschienen im Januar 1949 die ersten beiden Hefte der Zeitschrift. Die Zeitschrift wurde fortan im monatlichen Turnus herausgegeben. Bis 1990 musste jährlich eine erneute Genehmigung eingeholt werden, wobei die von der SMAD erteilten Lizenzen in der DDR ihre Gültigkeit verloren. Zwei Jahre nach der Staatsgründung wurden 1951 sämtliche in der SBZ vergebenen Lizenzen eingezogen, überprüft und in reduzierter Zahl vom nun zuständigen Amt für Literatur und Verlagswesen neu erteilt (Jütte 1999). Nach Inkrafttreten der „Verordnung über die Herausgabe und Herstellung aller periodisch erscheinenden Presseerzeugnisse“ (1963) wurde die Lizenz für „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“ durch das Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates ausgegeben (Gesetzblatt 1962).

Die Auswahl der Herausgeber und die Gründung eines Redaktionskollegiums

Alexander Mette, seit 1946 stellvertretender Landesdirektor des Landesgesundheitsamtes Thüringen,¹⁵ übernahm die Herausgeberschaft der Zeitschrift. Mette bekleidete zahlreiche politische Ämter: 1950 wurde er Mitglied der Volkskammer der DDR, 1956 Leiter der Hauptabteilung Wissenschaft im Ministerium für Gesundheitswesen (MfG), von 1958 bis 1963 war er Mitglied des Zentralkomitees (ZK) der SED. Zudem war er als Vorstandsmitglied in der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie der DDR und in der Gesellschaft für ärztliche Psychotherapie der DDR aktiv.

Der Nervenarzt und Psychoanalytiker Mette hatte sich von der Psychoanalyse Sigmund Freuds (1856–1939) ab- und den von politischer Seite propagierten Konzepten Pawlows zugewandt¹⁶ (Bernhardt/Lockot

¹⁴ Bundesarchiv Berlin DQ 1/36: Deutsche Zentralverwaltung für Gesundheitswesen (1945–48), Hauptverwaltung Gesundheitswesen der Deutschen Wirtschaftskommission (1948–49), Ministerium für Gesundheitswesen (1949): Veröffentlichungen in Fachzeitschriften und –büchern, Schriftwechsel über Themen und Genehmigungen, Bl. 365

¹⁵ BStU, MfS, AIM, Nr. 2180/91. A. Mette.

¹⁶ Mette wie auch Müller-Hegemann propagierten den sogenannten Pawlowismus. In den 1950er Jahren sollten sich Wissenschaft und Lehre stärker am sowjetischen Vorbild orientieren. Die Werke Pawlows wurden einseitig ausgelegt und die Errungenschaften der sowjetischen Psychiatrie und Neurologie herausgestellt (vgl. auch Busse 1998).

2000). Mette bekannte sich zu diesem einseitig ausgerichteten Psychiatrieverständnis nicht nur in seiner Funktion als Mitglied der Staatlichen Pawlow-Kommission, sondern sorgte als Herausgeber auch entscheidend für die einseitige Rezeption der Lehre Iwan Petrowitsch Pawlows (1849–1936) in der Fachzeitschrift – zumindest im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens. Dass dieses Vorgehen den Erwartungen der zuständigen politischen Instanzen entsprach, zeigt ein Dokument des Ministeriums für Gesundheitswesen aus dem Jahre 1958. Dort wurde vermerkt:

„In ‚Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie‘ ist eine ideologische Auseinandersetzung mit der Psychiatrie und medizinischen Psychologie der kapitalistischen Länder begonnen und unter Einreichung recht zahlreicher Artikel aus der UdSSR und den Volksdemokratien weiterentwickelt worden.“¹⁷

Im Jahre 1959 wurde das Herausgebergremium um Karl Leonhard¹⁸ (1904–1988) und Diefried Müller-Hegemann (1910–1989) erweitert, begründet mit dem zunehmendem Arbeitsaufkommen in der Redaktion (Leonhard et al. 1959). Den Posten des Schriftleiters übernahm Müller-Hegemann. Mette gehörte der Redaktion noch bis zu seinem Ruhestand 1967 an. Wie Mette hatte auch Müller-Hegemann¹⁹ zahlreiche Funktionen in Politik und Wissenschaft inne. Zeitweise war er Leiter der Hauptabteilung Wissenschaft im Ministerium für Gesundheitswesen und von 1952 bis 1954 Bezirkstagsabgeordneter in Leipzig sowie Mitglied der SED-Kreisleitung Leipzig.²⁰ 1957 erhielt er das Ordinariat für Psychiatrie und Neurologie der Universitätsnervenklinik Leipzig, das er bis 1964 innehatte (Wendt 1970). Aus der Redaktion der Zeitschrift „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“ schied Müller-Hegemann aus, nachdem er 1971 die DDR verlassen hatte.²¹

¹⁷ BA DQ 1/22942: Deutsche Zentralverwaltung für Gesundheitswesen (1945–48), Hauptverwaltung Gesundheitswesen der Deutschen Wirtschaftskommission (1948–49), Ministerium für Gesundheitswesen (1949); Kontingentierung wissenschaftlicher Literatur aus Westdeutschland und anderen westlichen Ländern, Bl. 13

¹⁸ Leonhard war 1955 einem Ruf in die DDR an die Nervenklinik der neu gegründeten Medizinischen Akademie Erfurt gefolgt. 1957 wurde er an die Universitätsnervenklinik der Berliner Charité berufen, deren Direktor er bis zu seiner Emeritierung 1970 war. Bis 1969 fungierte er als Vorsitzender der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie in der DDR, und auch in der Gesellschaft für ärztliche Psychotherapie war er Mitglied des Vorstandes (vgl. Neumärker 2008).

¹⁹ Müller-Hegemann war außerdem Mitbegründer der Gesellschaft für ärztliche Psychotherapie in der DDR und wurde deren erster Vorsitzender. Zudem war er Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie in der DDR (Steinberg / Weber 2011).

²⁰ BStU, MfS, AP, Nr. 33.192/92. D. Müller-Hegemann

²¹ Ebd.

Im gleichen Jahr hatte eine Konferenz in der Sonderschule des ZK der SED in Brandenburg stattgefunden, an der auch alle der SED angehörigen Professoren und Lehrstuhlinhaber der Fachbereiche Psychiatrie und Neurologie²² teilnahmen. Anlass für die Einberufung der Konferenz waren „ernste Mängel, insbesondere in der Weiterentwicklung der ideologischen Grundlagen des psychiatrischen Fachgebietes in der DDR“, die das Politbüro in seiner Analyse über die Situation im Gesundheitswesen festgestellt hatte.

Im Zentrum der Kritik standen dabei die „Arbeit der wissenschaftlichen Leitung [...], der Gesellschaft für Neurologie und Psychiatrie und insbesondere wiederum deren Vorstand sowie die Herausgeber [...] der Fachzeitschrift“. Den führenden Fachvertretern wurde eine „mangelnde marxistisch-leninistische Fundierung der Forschung“ vorgeworfen. Außerdem hätten sie „idealistische Konzepte verbreitet sowie eine ‘gesamtdeutsche Psychiatrie’ ohne Nationalstolz“ vertreten (Süß 1998: 323–327). Besonders hart wurde Müller-Hegemann angegriffen. Wenige Monate später verließ er die DDR und beschrieb die Vorgänge um die stattgehabte Konferenz retrospektiv als Auftakt neuerlicher „staatliche[r] Ideologisierung“.²³

Nachdem Müller-Hegemann aus der Redaktion ausgeschieden war, wurden die Neuausrichtung und die damit einhergehende politisch motivierte Umstrukturierung der Redaktion vorangetrieben. Eine Arbeitsgruppe, der u.a. der Leiter des Generalsekretariats der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften beim Ministerium für Gesundheitswesen, Lothar Rohland (geb. 1929), angehörte, hatte eine Konzeption zur inhaltlichen Orientierung, Gestaltung und Redaktion der Zeitschrift erarbeitet. In dieser heißt es u.a., dass die

„inhaltliche Gestaltung und redaktionelle Leitung geeignet sein [muss], einen wesentlichen Beitrag zur Diskussion und Klärung wichtiger Grundfragen des Fachgebietes in der DDR zu leisten und hierdurch insbesondere durch die Behandlung ideologischer Grundfragen des Faches zu seiner ideologischen Weiterentwicklung beizutragen.“²⁴

Zudem wurde festgelegt, dass die Redaktion zukünftig unter Leitung eines Chefredakteurs steht, dem vier Stellvertreter für die Bereiche Psychi-

²² Nähere Angaben dazu finden sich in Süß (1998), die sich auf einen IM-Bericht über eine „Konferenz zu Fragen der ideologischen Situation in den Fachgebieten Psychiatrie/Neurologie und Psychologie“ bezieht.

²³ BStU, MfS, AP, Nr. 33.192/92, Bl. 83

²⁴ Historisches Archiv des Asklepios Fachklinikums Brandenburg: HAB, 02.3/054, Zeitschrift „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“, Schriftwechsel Dr. Siegfried Schirmer 1967–1972, unpag.

atrie, Neurologie, Kinderneurologie und -psychiatrie sowie Psychotherapie und der Redaktionssekretär zur Seite stehen. Zu Beginn des Jahres 1972 wurde ein Redaktionskollegium gegründet, dem Heinz A. F. Schulze (1922–2015) als Chefredakteur vorstand.²⁵ Leonhard als bisheriger Herausgeber war von nun an Mitglied des Redaktionskollegiums. Das galt auch für die Vorsitzenden der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie der DDR, Helmut Rennert (1920–1994), und der Gesellschaft für ärztliche Psychotherapie der DDR, Christa Kohler (1928–2004) (Leonhard et al. 1972). Kohler und Schulze hatten bereits der erwähnten Arbeitsgruppe angehört.

Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund der zuvor genannten politischen Vorgaben zu sehen. Der Koordinierungsrat der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR war bestrebt, die Verzahnung zwischen der jeweiligen Fachgesellschaft und der Fachzeitschrift auszubauen (Rohland/Spaar 1973). Der neue Chefredakteur Schulze hatte nach seiner Ausbildung am Institut für Hirnforschung bei Oskar (1870–1959) und Cécile (1875–1962) Vogt die Abteilung für klinische Neuroanatomie und Gehirnpathologie an der Charité aufgebaut und geleitet. 1964 trat er in die SED ein und gehörte der Abteilungsparteiorganisation (APO) der SED-Leitung der Nervenlinik der Charité an.²⁶ 1971 wurde Schulze Vorsitzender der Berliner Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie, ab 1974 leitete er die DDR-Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie (Anonymous 1975). Nach Karl Seidels (geb. 1930) Ausscheiden übernahm er 1978 das Direktorat der Nervenlinik der Charité (Anonymous 1978). 1979 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden der Gesellschaft für Neuropathologie gewählt (Anonymous 1979).

Für die Zeitschrift „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“ erfüllte Schulze damit alle Voraussetzungen, den „Anforderungen an ein hohes fachliches und ideologisches Niveau“ mittels einer „strafef[n] Leitung durch die Chefredakteure sowie eine[r] kontinuierliche[n] Beratung und Unterstützung durch die medizinisch-wissenschaftlichen Fachgesellschaften“ gerecht zu werden (Matthes et al. 1981: 274), wie sie

²⁵ Bis 1971 fand sich auf dem Deckblatt der Zeitschrift noch der Hinweis auf die Mitwirkung zahlreicher Fachvertreter, darunter auch westdeutscher. Diese waren häufig ehemalige Mitarbeiter Karl Bonhoeffers: Walter Betzendahl (Kiel), Heinrich Scheller (Würzburg), Heinrich Christel Roggenbau (Wiesbaden), aber auch die in der DDR verbliebenen Johannes Suckow (Dresden), Hanns Schwarz (Greifswald) und Müller-Hegemann (Leipzig). Es liegt nahe, dass mit dem Ausscheiden Müller-Hegemanns hier aus o.g. Gründen ein Bruch vollzogen wurde, so dass sie nicht mehr erwähnt wurden.

²⁶ BStU, MfS, AIM, Nr. 8249/87, Teil I. H.A.F. Schulze

in der Rahmenordnung für die Arbeit der Redaktionskollegien vom 21.12.1976 gefordert wurden.

Die Fachzeitschrift an der Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft

Letztlich stellt sich die Frage, welche Möglichkeiten dem Staat zur Verfügung standen, an der Schnittstelle von Politik und Wissenschaft einzuwirken. Hier muss zunächst grundsätzlich zwischen einer fachlichen und einer (öffentlichen) gesellschaftlichen Ebene unterschieden werden, auf denen über bestimmte Themen diskutiert oder eben nicht diskutiert werden konnte (Teitge/Kumbier 2015). Themen wie die Suizidforschung z.B. unterlagen staatlicherseits erheblichen Beschränkungen, was vor allem die Veröffentlichung der Ergebnisse betraf.²⁷ An der Schnittstelle beider Ebenen wachten die Herausgeber über die Einhaltung der politischen Vorgaben, wobei hier vor allem den Fachgesellschaften eine wichtige Rolle zukam. Mit dem Erstarken des Führungsanspruchs der SED nach der Staatsgründung 1949 war eine Neuausrichtung der Wissenschaft propagiert worden, die auf dem Boden des Marxismus-Leninismus etabliert werden sollte (Malycha 2005).

Für die erste Dekade des Erscheinens der Zeitschrift zeigt sich das insbesondere in der Propagierung des Pawlowismus, der seinen Höhepunkt in den 1950er Jahren hatte (vgl. hierzu Busse 1998). Pawlows Lehre wurde instrumentalisiert, indem sie mit den Anschauungen des dialektischen Materialismus in einen inhaltlichen Zusammenhang gestellt wurde und damit zur Verbreitung und Akzeptanz der Anschauungen des Marxismus-Leninismus beitragen sollte. Die Ausgestaltung der DDR nach sowjetischem Vorbild war eines der erklärten Ziele des III. Parteitags der SED im Jahre 1950. In Bezug auf die Wissenschaftsgemeinschaft bedeutete dies eine Ausrichtung, bei der den „Errungenschaften der Sowjetwissenschaften“ im besonderen Maße Rechnung getragen werden sollte (Ernst 1997). Dass Mette dieser Aufgabe nachkam, lässt sich anhand der Veröffentlichungspraxis in der Fachzeitschrift nachweisen (Teitge/Kumbier 2015).

²⁷ Zur medizinischen Suizidforschung in der DDR und der Tabuisierungspolitik der DDR siehe Grashoff (2006). Hier wird auch das Beispiel eines Manuskriptes von Helmut F. Späte (geb. 1936) erwähnt, das 1980 in der „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“ abgelehnt worden war, da es konkrete Angaben zur Suizidhäufigkeit enthielt, und dessen Veröffentlichung deshalb auch in anderen Fachzeitschriften unterbunden wurde.

Das sukzessive Abklingen der Pawlow-Diskussion in der UdSSR nach Stalins Tod 1953 lässt sich verzögert auch für die Zeitschrift „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“ nachweisen. Zudem bemühten sich die Herausgeber insbesondere in den ersten Jahren des Bestehens der Zeitschrift, den politisch gewünschten Wissenschaftsdialog mit ihren sowjetischen Kollegen zu intensivieren. Bereits 1949 erschienen Zusammenfassungen der Artikel auch in russischer Sprache (Teitge 2013). Der ebenfalls staatlicherseits geäußerte Anspruch, vorwiegend auf die Erkenntnisse von Wissenschaftlern aus den sozialistischen Ländern und insbesondere der Sowjetunion zurückzugreifen, lässt sich nach Auswertung der in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträgen und der dort zitierten Literatur über den gesamten Zeitraum des Erscheinens aber nicht erkennen (Teitge/Kumbier 2015).

Resümee

Nach dem Zweiten Weltkrieg wollten sich die neuen Machthaber in der SBZ auch in der Wissenschaft gegenüber den anderen Besatzungsmächten profilieren. Nach der Neugründung war die Zeitschrift „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“ die einzige für den Fachbereich der Psychiatrie und Neurologie in der DDR und sollte in Konkurrenz zu westdeutschen stehen. Ihr Wirkungskreis blieb jedoch weitgehend auf die DDR beschränkt.

In der personellen Auswahl der Herausgeber und Redaktionsleiter wird die politische Einflussnahme deutlich, die durch eine enge Verzahnung zwischen der Fachgesellschaft für Psychiatrie und Neurologie und der Schriftleitung der Fachzeitschrift gewährleistet werden sollte und schließlich in die Gründung eines Redaktionskollegiums mündete. Die für die Fachzeitschrift hauptverantwortlichen Redakteure agierten dabei an der Schnittstelle von Politik und Wissenschaft. In den 1950er Jahren zeigt sich die Einflussnahme seitens des Staates und der Partei auf die inhaltliche Ausrichtung der Fachbeiträge am Beispiel des Pawlowismus, der in einem direkten Zusammenhang mit dem dialektischen Materialismus gebracht und als Erklärungsansatz für alle Naturwissenschaften angewandt werden sollte.

Gemessen am Publikationsaufkommen in „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“ ist die Durchschlagskraft ideologisch besetzter Inhalte allerdings als vorübergehendes Phänomen in den 1950er Jahren einzustufen. Auf der anderen Seite unterlagen bestimmte Themen wie die Suizidforschung erheblichen Beschränkungen. Da die hohe Suizidrate in der DDR der marxistisch-leninistischen Ideologie widersprach,

wurden entsprechende Statistiken seit 1963 nicht mehr veröffentlicht und deren Geheimhaltung in den 1970er Jahren nochmals verschärft (Grashoff 2006).

Literatur

- Anonymous (1975): Mitteilungen der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie der DDR. Psychiatr Neurol Med Psychol (Leipz) 27:500–501
- Anonymous (1979): Redaktion: Mitteilungen der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie der DDR. Psychiat Neurol Med Psychol (Leipz) 31:319
- Anonymous (1978): Redaktion: Personalia. Psychiat Neurol Med Psychol (Leipz) 30:690
- Bernhardt, Heike / Lockot, Regine (Hrsg.) (2000): Mit ohne Freud - Zur Geschichte der Psychoanalyse in Ostdeutschland. Psychosozial-Verlag, Gießen
- Borchard, Klaus (1999): Opfer nationalsozialistischen Unrechts an der Universität Bonn : Gedenkstunde anlässlich der 60. Wiederkehr der Reichspogromnacht. Bouvier, Bonn
- Busse, Stefan (1998): „Von der Sowjetwissenschaft lernen“: Pawlowismus und Psychologie. Psychol Geschichte 8:150–173
- Ernst, Anna-Sabine (1997): „Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus“: Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945–1961. Waxmann, Münster New York München
- Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 24, 19. April 1962: Verordnung über die Herausgabe und Herstellung aller periodisch erscheinenden Presseerzeugnisse vom 12. April 1962.
- Grashoff, Udo (2006): „In einem Anfall von Depression ...“. Selbsttötungen in der DDR. Ch. Links, Berlin
- Haaß, Karl (2002): Anmerkungen zu Wladimir Lindenberg's fachwissenschaftlichen Veröffentlichungen. In: Kapp, Dietrich / Lindenberg, Wladimir / Wladimir-Lindenberg-Gesellschaft (Hrsg.), Festschrift zum 100. Geburtstag von Wladimir Lindenberg am 16. Mai 2002. Wladimir-Lindenberg-Ges., Berlin, S. 61–62
- Holzweißig, Gunter (1999): Kaum Freiräume, aber Pannen: Zeitschriften unter Kuratel von Partei und Staat. In: Barck, Simone (Hrsg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“: Zeitschriften in der DDR. Links, Berlin, S. 535–539
- Jütte, Bettina (1999): Lizenzen und Listen: Grundlagen staatlicher Zeitschriftenpolitik in der SBZ. In: Barck, Simone (Hrsg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“: Zeitschriften in der DDR. Links, Berlin, S. 560–568
- Kasack, Wolfgang (1987): Schicksal und Gestaltung: Leben und Werk Wladimir Lindenberg's. Reinhardt, München Basel
- Leonhard, Karl / Mette, Alexander / Müller-Hegemann, Dietfried (1959): Erklärung der Herausgeber. Psychiat Neurol Med Psychol (Leipz) 11:289
- Leonhard, Karl / Schulze, Heinz A. F. / Rennert, Helmut et al. (1972): An unsere Autoren, Abonnenten und Leser. Psychiat Neurol Med Psychol (Leipz) 24: ohne Seitenzahl
- Links, Christoph (2010): Das Schicksal der DDR-Verlage: die Privatisierung und ihre Konsequenzen. Links, Berlin
- Malycha, Andreas (2005): Wissenschaft und Politik in der DDR 1945 bis 1990. Ansätze zu einer Gesamtsicht. In: Burrichter, Clemens / Diesener, Gerald (Hrsg) Reformzeiten und Wissenschaft. Akademische Verlagsanstalt Leipzig, S. 181–205

- Matthes, Theodor / Spaar, Horst / Rohland, Lothar (1981): Die medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR : Geschichte – Funktion – Aufgaben. Verlag Volk und Gesundheit, Berlin
- Neumärker, Klaus-Jürgen (2008) Karl Leonhard (1904–1988): Psychiater und Neurologe an der Charité in Berlin. *Nervenheilkunde* 27:327–333
- Rohland, Lothar / Spaar, Horst (1973): Die medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR: Geschichte, Funktion und Aufgaben. Verlag Volk und Gesundheit, Berlin
- Steinberg, Holger / Weber, Matthias M. (2011): Vermischung von Politik und Wissenschaft in der DDR. Die Untersuchung der Todesfälle an der Leipziger Neurologisch-Psychiatrischen Universitätsklinik unter Müller-Hegemann 1963. *Fortschr Neurol Psychiatr* 79:561–569
- Süß, Sonja (1998): Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR. Ch. Links Verlag, Berlin
- Teitge, Marie (2013): Die Nervenheilkunde in der DDR im Spiegel der Zeitschrift „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“ (1949–90). Rostock, Univ., Med. Fak., Diss.
- Teitge, Marie / Kumbier, Ekkehardt (2015): Zur Geschichte der DDR-Fachzeitschrift Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie (1949–1990). *Nervenarzt* 86:614-23
- Wendt, Harro (1970): Herrn Prof. Dr. Müller-Hegemann zum 60. Geburtstag. *Psychiat Neurol Med Psychol (Leipzig)* 22:240

Die Dreiecksbeziehungen der Fachhistoriker

Über den Umbruch in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft

Krijn Thijs
Amsterdam

Dass es sich bei den stürmischen Entwicklungen im Herbst 1989 um „historische“ Ereignisse handelte, war auch vor 25 Jahren allen Zeitgenossen klar. Doch auch für die Historiker barg der in Echtzeit erlebte Umbruch erhebliche Herausforderungen. In den Jahren 1989 und 1990 nahm die deutsche Geschichte

eine Richtung, die kaum ein Geschichtsschreiber – und wohl auch sonst niemand – in Ost und West vorher für möglich gehalten hatte. Damit wurden ihre bisherigen Erzählungen der deutschen Vergangenheit – post-nationaler Staat hüben; sozialistische Nation drüben – radikal in Frage gestellt. Bei den Historikern löste daraufhin die Aufgabe, das Erbe der DDR-Wissenschaft in der vereinigten Republik aufgehen zu lassen, eine ungewohnt tiefe und andauernde Kontroverse aus. Darin waren bis Mitte der 1990er Jahre unterschiedliche Streitfragen in einem komplexen Gewirr verflochten.

Es ging bei diesen Auseinandersetzungen zunächst um die praktische Herausforderung der „Abwicklung“ staatssozialistischer Forschungseinrichtungen sowie um die Möglichkeiten, Grenzen und Bedingungen für die Überleitung der zahlreichen ostdeutschen Historiker in bundesdeutsche Strukturen. Gestritten wurde um die angemessenen Kriterien einer fachlichen Evaluierung der DDR-Historiographie, um Aufgaben und Personalbesetzung neuer akademischer Einrichtungen und vor allem um die politischen, moralischen und personellen Aspekte des Geschäftsbetriebes.

Der Konflikt konfrontierte die bundesdeutsche Disziplin – bei aller Freude und Euphorie über die friedliche Revolution – auch mit den unermuteten Herausforderungen des Diktaturerbes: Stasi-Akten, „Wendehälsen“, gebrochenen Biographien und grundsätzlichen Fragen von fachlicher und menschlicher Glaubwürdigkeit. Kaum vereinbar schienen dabei die Welten der ehemaligen staatssozialistischen Historiker, ihrer ostdeutschen, bürgerbewegten Kritiker und der westdeutschen Fachkollegen. In umstrittenen Evaluierungs- und Abwicklungsverfahren verschwand

binnen weniger Jahre die gesamte Struktur der DDR-Geschichtswissenschaft aus dem deutschen akademischen Leben.

Wie blickt man etwa 25 Jahre später auf diese Ereignisse zurück? Die Literatur darüber ist bis heute sehr fragmentiert und unübersichtlich: Sie besteht fast ausschließlich aus zeitgenössischen Beiträgen, Streitschriften und Dokumentationen sowie aus späteren Rückblicken von damals Beteiligten. Die verfügbaren Titel sind fast allesamt im Schatten der Ereignisse verfasst. Darstellungen der direkten Umbruchsjahre in der Geschichtswissenschaft blieben somit lange Zeit an die jeweils eigenen Erfahrungsräume der Autoren gebunden und fügten sich nicht zu einer Gesamtschau zusammen.

Um diese Situation zu überwinden, stellt dieser Aufsatz zunächst die scheinbar unvereinbaren Erfahrungswelten der zentralen Akteure näher vor. Es geht dabei um drei deutlich unterscheidbare Teilgemeinschaften, die in sich wiederum sehr heterogen waren: die etablierten DDR-Historiker, die ‚jungen Wilden‘ des Unabhängigen Historikerverbandes (UHV) und die im Osten neu auftretenden bundesdeutschen Kollegen. In einem zweiten Schritt plädiert der Artikel dafür, diese Historikermilieus aufeinander zu beziehen, um zu einem besseren Verständnis der umstrittenen Ereignisse von Kontroverse, Evaluierung und „Abwicklung“ zu kommen.

I. Die etablierten DDR-Historiker

Kaum erforscht sind bislang die oft internen Diskussionen und Erneuerungsversuche der etablierten DDR-Historiker, die in Akademien und Universitäten die Umbruchereignisse des Jahres 1989 miterlebten und teilweise auch mitgestalteten. Bis die politische und damit auch geschichtswissenschaftliche Ordnung Ende 1989 völlig zusammenbrach, bedeutete die Zeitenwende dem Einen den hoffnungsvollen Durchbruch der DDR-Perestroika, dem Anderen das gefürchtete Ende des DDR-Sozialismus. Die ostdeutschen Geschichtsschreiber brauchten Zeit, sich zu orientieren, doch Zeit war kaum vorhanden im Herbst der großen Beschleunigungen.

In einem bisher kollektiv-hierarchisch organisierten Land, wo Initiativen „von unten“ nicht nur unerwünscht, sondern auch nicht gelernt worden waren, schauten viele Historiker mit zunehmender Verzweiflung auf die leitenden Organisationen, wo sich die führenden Genossen aber ausschwiegen. Erst im November, etwa nach der großen Demonstration am Alexanderplatz, folgten einige institutionelle Erklärungen.

Das mächtige, aber innerlich zerrissene Institut für Marxismus-Leninismus gab eine Verlautbarung heraus, die, vorerst rein deklamatorisch,

seine bisherige Praxis radikal verabschiedete: „Der Geschichtsforschung darf nicht die Aufgabe gestellt sein, vorgegebene politische Wertungen zu legitimieren.“ (zit. n. Weber 1990: 371) Am Akademieinstitut für Geschichte in Ost-Berlin veröffentlichte die Direktion ausgerechnet am 9. November eine „Positionierung“, die „das klare Wort der Historiker“ verlangte. Es gehe „um die Perspektive des Sozialismus“ und um „die Entscheidung, ob wir wirklich eine Wende wollen oder nur Ballast abwerfen.“ Es fielen nun unübliche Begriffe und Formulierungen: „Magd der Politik“, „weiße Flecken“, „Zensur“ und „die halbe Wahrheit ist immer zugleich auch eine Unwahrheit“ (zit. n. Eckert u.a. 1992: 152-159).

Die sozialistischen Zeithistoriker waren vom Auseinanderfallen der DDR besonders betroffen, hatten sie doch den Sozialismus in ihren wissenschaftlichen Arbeiten stets zum Schlusspunkt der Geschichte gekürt. Im Dezember 1989 organisierten sie ein erstes kritisches Kolloquium zu den bis dahin tabuisierten Krisen in der DDR-Geschichte. Sehr viel öffentliches Interesse fand die wissenschaftliche Veranstaltung zwar nicht, doch für die sozialistischen Zeithistoriker wurde der Workshop zum Austragungsort einer sehr emotional geführten Debatte zwischen den verschiedenen Strömungen. Der Initiator des Veranstaltung widmete deren rasch herausgegebene Dokumentation der Herbstrevolution („Sie hat es ermöglicht, benötigt, hervorgebracht.“) und verwies auf das „beim Kolloquium auch explizite und von manchem gestandenen Historiker ebenso bewegt wie bewegend vorgetragene Eingeständnis von Irrtum, Versäumnis und Schuld“ (Černý 1990: 9).

An den historischen Sektionen der Akademie der Wissenschaften liefen im Winter 1989/90 verschiedene Versuche, die zum Erliegen gekommene Forschungsarbeit wiederaufzunehmen, ins Leere – sie wichen immer stärker Fragen nach persönlicher Integrität und Glaubwürdigkeit. Führende Historiker beklagten den „großen Tempoverlust und enormen Nachholbedarf“ in ihrem Fach und riefen auf, endlich die Zurückhaltung aufzugeben. So gaben Ende 1989 „die Historiker zu Fragen unserer Zeit“ keine Antworten – sie suchten diese vielmehr selbst (Berliner Zeitung, 21/22.10.1989).

Im Fach gab es seit dem Beginn des Jahrs 1990 teilweise heftige Auseinandersetzungen um die künftige Erneuerung, um Aufgaben und Strategien, an denen meist neue Verantwortliche vor einem unsicheren, offenen Zukunftshorizont arbeiteten. Häufig wurden (und werden bis heute) diese Bemühungen im Lichte der Revolution und Wiedervereinigung pauschal als „zu wenig und zu spät“ abqualifiziert. Ein solch rasches Urteil übergeht jedoch die internen Entwicklungen der auseinanderfallenden ost-

deutschen Geschichtswissenschaft und verliert diese damit als Forschungsgegenstand aus dem Blick.

Mögen auch die DDR-Historiker mit ihren Versuchen zur Selbsterneuerung aufgrund der späteren „Abwicklungen“ weitgehend gescheitert sein, so trugen doch ihre Haltungen und Praktiken zum Verlauf der fachlichen Umbruchsgeschichte erheblich bei. Dabei ist ihr weitgehender Ausschluss aus dem bundesdeutschen Fach bislang nie hinreichend erklärt worden (Berger 2003; Sabrow 2003; Röhr 2012). Die Frage müsste den Blick viel stärker als bisher auf das direkte und offene Zusammenspiel mit den anderen beiden Teilgemeinschaften im Fach lenken, auf die gegenseitigen Interpretationen, Projektionen und Verhaltensweisen sowie auf die Hoffnungen und Ängste der direkten Umbruchszeit.

II. Die unabhängigen Nachwuchshistoriker

In deutlicher Distanz zur amtlichen und parteidominierten Staatsgeschichtsschreibung formierte sich im Umbruch 1989 eine alternative Gruppe von Nachwuchshistorikern in der DDR. Die ‚jungen Wilden‘, wie sie oft genannt wurden, waren während ihres Studiums in der DDR durch diverse Disziplinarmaßnahmen geregelt worden und hatten sich danach in unterschiedlichster Weise mit dem fachlichen Alltag in der Diktatur arrangiert. Diese um etwa 1950 Geborenen erlebten und gestalteten den Aufbruch von 1989 ganz bewusst mit und feierten ihn als eine Befreiung, die nun auch in der Geschichtswissenschaft zu vollziehen war. Davon kündete der „Aufruf zur Bildung einer Arbeitsgruppe unabhängiger Historiker“ der jüngeren Berufshistoriker Armin Mitter und Stefan Wolle, den sie am 10. Januar 1990 in der Akademie der Wissenschaften aushängten. Die Sprache unterschied sich radikal von allem bis dahin Üblichen:

„Auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften [der DDR] herrscht eine erschreckende Situation. Jahrzehntlang erstickte ein ungenießbarer Brei aus Lügen und Halbwahrheiten jede freie geistige Regung. Scholastische Albernheiten und abgestandene Gemeinplätze wurden als ‚einzig wissenschaftliche Weltanschauung‘ ausgegeben. Pseudowissenschaftler schwangen sich auf den Richterstuhl marxistischer Allwissenheit und diffamierten in dümmlicher Arroganz ganze Epochen der modernen Geistesgeschichte.“ (zit. n. Eckert u.a. 1994: 22–23)

Als Grundlage für alles Elend benannten Mitter und Wolle nichts weniger als „die moralische und intellektuelle Degeneration vieler Historiker.“ Diese seien an „ihrer eigenen Verlogenheit moralisch und geistig zerbrochen. Wer sich jahrelang in die eigene Tasche lügt, verliert die Fähigkeit,

einfach und klar zu denken (...) Was sich auszahlte, war die rechte Gesinnung und natürlich das richtige Parteibuch.“ Im Umkehrschluss nahmen sich die beiden Autoren davon uns und appellierten an diejenigen, „die dem widerstanden haben“

Fünf Tage nach diesem Aufruf erstürmten Demonstranten die Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in der Berliner Normannenstraße. Es entstanden Bürgerkomitees, um den Komplex zu sichern. Wolle und Mitter hatten die hier entstehende Aufgabe in ihrem Aufruf bereits antizipiert und wurden am 17. Januar tatsächlich zur Fachberatung in die Arbeitsgruppe Sicherheit des Runden Tisches gebeten. Sie gehörten zu den ersten Historikern, die die Stasiarchive betraten, waren 1990 prägend an Enthüllung der Arbeitsweise des Geheimdienstes beteiligt und an der Entstehung der späteren Behörde für Stasi-Unterlagen.

Wolle und Mitter erlebten diese Wochen wie im Rausch und im „Gefühl des Triumphes“ (Wolle 1998: 24), zumal sie kurz vor den Märzwahlen 1990 eine erste Quellendokumentation aus den Stasiarchiven herausbrachten und damit einen Coup landeten. Das Bändchen enthielt 55 Stasiberichte aus dem Jahre 1989 und war das erste verfügbare Buch mit höchst brisanten Quellentexten der zerfallenden Herrschaft (Mitter/Wolle 1990). Juristisch nicht ganz geklärt und unter enormen Zeitdruck produziert, wurde es kurz vor den ersten freien Wahlen in der DDR zum Bestseller. Der Erfolg verknüpfte auf aufregende und harmonische Weise fachliche wie persönliche Anliegen. Noch zehn Jahre später erinnert sich Wolle voller Begeisterung an die Entstehungsgeschichte des Buches:

„Noch lange bevor es ein Stasi-Unterlagengesetz gab, haben wir den ewigen Bedenkträgern wichtige Akten förmlich unter dem Hintern weggezogen, unter der Jacke verborgen in eine nahe gelegene Wohnung geschafft und dort mit Freunden die ganze Nacht lang in den Computer getippt. So konnte der Oppositionsverlag BasisDruck bereits Anfang März 1990 einen ersten Dokumentenband über das MfS unter dem Titel ‚Ich liebe Euch doch alle‘ veröffentlichten.

Schon am ersten Tage wurden mehrere zehntausend Exemplare von der Palette weg auf der Straße verkauft. In kurzen Abständen wurden die Pappkartons voller Geld, das keiner mehr zählen konnte, in die Verlagsräume getragen und dort auf ein großes Laken gekippt. Das Geld sollte dem Aufbau der Infrastruktur der Opposition dienen. Zum ersten Mal fühlten wir uns als Historiker wichtig.“ (Wolle 2000)

Diese engagierte Geschichtsschreibung im Kontext der Revolution vermittelte ihren Protagonisten die Erfahrung einer fachlichen Neugeburt: Adrenalin, Spannung, Erfolg, Improvisation und Relevanz – all das war eine ganz andere Welt als die der dünnen amtlichen Geschichtsschreibung an staatssozialistischen Universitäten und Akademien. Während Wolle

und Mitter in der Normannenstraße saßen und sich mit Stasiakten, Wen-de-Politikern und Bürgerkomitees herumschlugen, übten sich ihre bisherigen Chefs in zögernder interner Erneuerung der sozialistischen Historiographie.

Ab 1990 vereinte der Unabhängige Historiker-Verband (UHV) eine kleine Gemeinschaft engagierter Historiker, die radikal mit dem Gewesenen brachen und ihre alten Lehrer aus dem Amt drängen wollten. Beflügelt von den revolutionären Umwälzungen traten sie mit der weitreichenden Ambition an, Wahrheit und Lüge beim Namen zu nennen, die in der Diktatur beschädigte geschichtswissenschaftliche Disziplin auch moralisch zu rehabilitieren und deren totalitäre Verstrickungen aufzuarbeiten. Sie pflegten einen polarisierenden Diskussionsstil, der den westdeutschen Historikern wegen seines Antitotalitarismus gefiel, sie aber zugleich wegen seiner moralisch-personalisierenden Aufladung beunruhigte und herausforderte.

III. Historiker der Bundesrepublik

Die meisten Historiker der Bundesrepublik traf der Untergang der DDR unvorbereitet. Sie beobachteten – wie einer von ihnen schrieb – das Ende der Diktatur zunächst „als Lehrstück [...] vom scheinbaren Trocknen aus, aber doch nah genug, um sich selbst wiederzuerkennen“ (Esch 1990). Das Tempo und überhaupt das Unerhörte der Entwicklungen wurden bald selbst zur Chiffre. Doch die Rolle als bloßer Beobachter erwies sich als trügerisch.

Zum einen ging es auch für westdeutsche Historiker schon bald um ihre Geschichte, ihren Staat und ihre (politische) Identität. Fragen nach der Verfassung des künftigen Deutschlands, nach früheren deutschen Einheitsstaaten und nach der Signatur des 20. Jahrhunderts bewegten viele Historiker (Wengst 1992). Zum anderen aber sollte der plötzliche Nahkontakt mit den ostdeutschen Vertretern der eigenen Disziplin die westdeutsche Zunft anders treffen als erwartet. In der wegbrechenden DDR appellierten die zerstrittenen Professoren und „Unabhängigen“ bald beide an ihre westdeutschen Kollegen. Diese sollten schlichten, evaluieren, integrieren und Entscheidungen treffen – sich jedenfalls engagieren. Einige von ihnen nahmen diese Herausforderung in den neuen Bundesländern an. Dies sollte ihre Welt stark verändern – persönlich wie professionell.

Tatsächlich war manchem westdeutschen Historiker das hektische Vereinigungsjahr etwas unheimlich. Als Beispiel dafür kann Jürgen Kocka dienen, der sich ab dem Frühsommer 1990 vor allem in seiner Funktion als Mitglied des Wissenschaftsrates sehr im Osten engagierte.

Er gehörte zu jenen bundesdeutschen Intellektuellen, die vor allem Warnungen aussprachen. Westbindung und Abschied von der deutschen Nation gehörten für ihn zu den Essentials seiner politischen wie historischen Orientierung, und diese wurden nun von der Rückkehr derselben Nation offensichtlich bedroht.

Wenn Kocka im April 1990 schrieb, „dass die DDR deutscher geblieben ist als die Bundesrepublik“, so konnte das nicht als Kompliment, sondern nur als Grund zur Sorge gemeint sein (Kocka 1995: 31). Aus seiner Feder klangen 1992 auch Sätze wie „die Zukunft ist offener geworden“ eher unheilvoll: „Man ist gespannt und fühlt sich auf dünnem Eis.“ So barg das Ende des Ost-West-Konflikts für Kocka, der „zwischen Befürchtung und Faszination“ schwankte, auch große Risiken. So öffne „sich das Möglichkeitsspektrum auch im Inneren neu, meist nicht zum Besseren hin.“ (Kocka 1995: 135)

Das heimliche Motto des wahren Bundesrepublikaners lautete 1990 also „Keine Experimente!“. Dies gipfelte im Oktober 1990 in dem eindringlichen Appell an das vereinigte Deutschland, nur „keine neue[n] Sonderwege“ einzuschlagen und der Warnung: „Jedes Stück Entwestlichung wäre als Preis für die Einheit zu hoch.“ (Kocka 1990)

So stand auch für aufmerksame Westdeutsche 1990 vieles auf dem Spiel. Auch wenn Kockas Empfindungen in dieser Intensität gewiss nicht repräsentativ für die gesamte Zunft sein dürften, folgenreich waren solche Orientierungen allemal. Denn sie sollten zu einer sehr strikten Haltung gegenüber der fremden, anderen Welt der DDR führen, die Kocka mit vielen Kollegen bald gutachtend betrat.

Dabei betraf es durchaus auch seine eigene Lebensleistung – wenn auch, anders als die der zu Evaluierenden, aus einer Position der Stärke und ohne Existenzsorgen. Dennoch legten bundesdeutsche Historiker wie Kocka eine defensive Grundhaltung an den Tag, und dies erzeugte auch bei den engagierten unter ihnen Ungeduld und Misstrauen gegenüber den Eigenheiten der DDR – und ihrer Historiographie.

Klarer als je zuvor mussten westdeutsche Historiker nicht nur behaupten, freier, demokratischer und wissenschaftlicher zu arbeiten als ihre Rivalen hinter der Mauer. Vielmehr musste diese Behauptung jetzt in einer asymmetrischen, aber gemeinsamen Praxis auch erhärtet werden. In dieser unübersichtlichen und angespannten Lage war bald wenig Gelegenheit für Freude und Zuversicht. Jürgen Kocka, der im Wissenschaftsrat rasch entsprechende Erfahrungen machte, sprach schon vor dem 3. Oktober 1990 von einer „Vereinigungskrise“ und sah die kommende Integrationsaufgabe vor allem als eine „Last, an deren Abarbeitung wir [Westdeutsche] uns beteiligen müssen.“ (Rübsaat 1990) In der Tat: Mit etwas

Verspätung sollte die Begegnung mit dem Innenleben der ostdeutschen Zunft auch grundlegend auf das bundesdeutsche Fach und Fachverständnis zurückschlagen.

IV. Der Umbruch als Interaktionsgeschichte

Eine Herausforderung für neue Forschungen zu diesem kontroversen Thema wäre es, die Situation der deutschen Geschichtswissenschaft im Umbruch zunächst einmal als offenes Zusammenspiel zwischen diesen verschiedenen Historikergruppen zu verstehen, als dynamisches und asymmetrisches Beziehungsverhältnis zwischen sich fremd gewordenen und einander misstrauenden Fachtraditionen. Überall forderten die neuartigen Nahbegegnungen mit „anderen“ Historikern zu Neupositionierungen, Selbstbefragungen, Abgrenzungen und auch sprachlichen Neuschöpfungen („Abwicklung“) heraus, bis der unglaubliche Zeitdruck der zweiten Jahreshälfte 1990 dann allen Bewegungsraum einengte. Machtfragen spielten in dieser Interaktionsgeschichte eine zentrale Rolle; sie waren aber zwingend mit Zeitdiagnosen und Prognosen in einer für alle Seiten sehr offenen Umbruchsituation sowie mit Reflektionen von Wissenschaftsverständnis und Fachethos verflochten.

Anders als viele der vorliegenden Darstellungen und Bilanzierungen zum Thema, die häufig einer erfahrungsgesättigten, aber einseitigen Akteursperspektive verhaftet bleiben, könnte ein solcher relationaler Ansatz alle beteiligten Gruppen gleichermaßen in den Blick nehmen. Sie alle waren als Akteure mit höchst verschiedenen Machtpotenzialen an dieser offenen Interaktionsgeschichte beteiligt und erst ihre Projektionen, Kalkulationen, Selbst- und Fremdbilder, In- und Exklusionspraktiken, Zukunftsprognosen und Gegenwartshandlungen führten zu den ebenso folgenreichen wie oft improvisierten Evaluierungs- und Abwicklungsereignissen der Jahre 1990 und 1991.

1990 traten die Historiker aus Ost und West in neuartige Interaktionen ein. Herausgefordert wurden sie dabei durch divergierende Wahrnehmungen, schwierige Annäherungsversuche sowie durch latente und manifeste Konflikte, Befürchtungen und Missverständnisse. So saßen im Februar 1990 – während die beiden deutschen Regierungen über eine Währungsunion verhandelten – in Ost-Berlin die sozialistischen Zeithistoriker zusammen und hielten als eine der drängenden Fragen zu den Mannheimer ‚DDRologen‘ fest: „Wie halten wir es fortan mit [Hermann] Weber, [Dietrich] Staritz u.a. ‚Fachkollegen‘ drüben? Ist die ‚Auseinandersetzung‘ beendet? Mit Waffenstillstand oder Kapitulation?“ (zit. n. Thijs 2015)

Offen war diese Frage zu dieser Zeit natürlich längst nicht mehr. Die neue und drückende Nähe westdeutscher Historiker, deren Gnade sich mancher Ostkollege ausgeliefert sah und auf deren Eingreifen manch anderer hoffte, überschattete im Osten bald alle Selbstfindungsprozesse. Zugleich waren Westreisen und Westkontakte die Pfründe der ersten Jahreshälfte 1990. An der Ost-Berliner Akademie wurden eifrig und hochkontrovers neue Forschungsprojekte entworfen, kaum eines ohne Kooperationsverbindungen mit westdeutschen Kollegen – und kaum eines mit dauerhaftem Erfolg. Die Historiker-Gesellschaft der DDR versuchte mit dem bundesdeutschen Verband der Historiker Deutschlands (VHD) ins Gespräch zu kommen und – vergeblich – auch zu bleiben (vgl. spiegelbildlich: Cornelißen 2013; Röhr 2012).

Zu den im Entstehen begriffenen Unabhängigen gab es unterdessen ein eisiges Verhältnis. Dabei waren die Zustände für ostdeutsche Akademiker selbst sehr unübersichtlich. Von einer durchgreifenden Koordinierung im untergehenden Staat konnte keine Rede sein, lediglich die Verteidigung gegen Pauschalvorwürfe von Unabhängigen und Westdeutschen sorgte für instinktive Solidarisierungen.

Zu einem ungleichen Dreiecksverhältnis wurde die Situation endgültig mit der Gründung des UHV. Diese fand am 21. April 1990 in einer Gaststätte nahe dem Alexanderplatz statt, dem sogenannten „Fresswürfel“, wo etwa hundert oppositionelle und interessierte Historiker emotionale Referate von Wolle und Mitter hörte, die wie immer höhnisch über ihre Vorgesetzten herzogen. Anschließend beschloss man eine Satzung, in der „die Befreiung der historischen Wissenschaft von jeder ideologischen Bevormundung“ sowie „Theorie- und Methodenpluralismus“ an erster Stelle standen (Eckert u.a. 1994: 24-26).

Zur Beobachtung war mit Günter Vogler auch der neue Vorsitzende der verhassten Historiker-Gesellschaft gekommen. Von den Unabhängigen wurde es als Triumph gefeiert, dass dieser in der Pause genug gesehen hatte und schweigend verschwand. Wichtiger waren ohnehin diejenigen, die Anwesenden aus dem Westen: die Presse, ein Fernsehteam und drei Vertreter des VHD-Vorstandes, darunter der Vorsitzende Wolfgang Mommsen. Diese verbanden den Termin mit einem anderen verbandsdiplomatischen Treffen in Ost-Berlin: Bereits am Vortag hatten sie mit einer Delegation eben jener offiziellen Historikergesellschaft – so geht die Anekdote – „bei gehäkelten Deckchen und Cognac“ die Zukunftsverhältnisse beider Verbände diskutiert (Cornelißen 2013: 193). So befand sich der VHD, seinerseits noch auf Positionssuche, bereits zwischen den Ost-Berliner Fronten und wurde von beiden Seiten beansprucht.

Die meisten bundesdeutschen Fachleute empfanden solche Kontakte als Besuche einer fremden Welt, die es zu entschlüsseln und in eigene Wahrnehmungskategorien zu übersetzen galt. „Erneuerung“ war das Zauberwort jener Tage und davon konnten die westdeutschen Historiker im Osten nur wenig erkennen. Lediglich die Kampfsprache des UHV verstand man, das jedoch zumeist nicht ohne ein gewisses Unbehagen. Als im Hochsommer 1990 die Einheit näher rückte und klar wurde, dass die geschichtswissenschaftlichen Einrichtungen der DDR recht bald zur eigenen Forschungslandschaft gehören würden, wuchsen im Westen die Spannung und die Nervosität.

Die wenigen Informationskanäle in den Osten transportierten widersprüchliche Nachrichten. Der wachsende Handlungsdruck machte die westliche Unwissenheit selbst zum Gesprächsthema. Man „tappe im Dunkeln“, notierte Mommsen irritiert (Cornelißen 2013: 189), und sein VHD-Vorstandskollege Winfried Schulze verzeichnete im Juli lauter „Ungewißheiten“, „Unübersichtlichkeit“ und „begrenzte Informationen“ über die internen Dinge im DDR-Fach (Schulze 1990). Immer wieder wurde über die wahren und kaum vorstellbaren Mitarbeiterzahlen der ostdeutschen Akademie-Institute gerätselt, über ihre „wirkliche“ Leistungsfähigkeit und über die Taktiken, Verschwörungen und Strategien der SED-Historiker.

Es blühten in der Wendezeit ohnehin die wildesten Gerüchte über Seilschaften, Schätze und Pfründe – die Geschichtswissenschaft bildete hier keine Ausnahme. Überall kursierten Stasigerüchte, unsichere Westdeutsche und ungeduldige Ostdeutsche malten gespenstische Szenarien. Der UHV bezeichnete das DDR-Fach als eine „vielköpfige Hydra“, die nun, unter Regie der Bundesdeutschen, bis zum letzten Kopf enthauptet werden sollte (Eckert u.a. 1994: 36). Aber im allgemeinen Chaos wurde bisweilen sogar der UHV im Westen als eine heimtückische Tarnorganisation „alter Kader“ missverstanden (Eckert u.a. 1994: 13). Regimekritiker heizten das Feuer an: „Es ist gar nicht zu überblicken, wie viele Kuckuckseier in das Nest der deutschen Geschichtswissenschaft gelegt werden, wenn jetzt Hunderte und Aberhunderte von Marxismus-Leninismus-Leuten als Historiker auftreten.“ (Blaschke 1990: 206)

Solche grobschlächlige Deutungsfiguren fielen bei zentralen bundesdeutschen Historikern auf fruchtbaren Boden, als das Tempo, die Ratlosigkeit und der Orientierungsdruck im Spätsommer 1990 wuchsen. Bewegung in ihrem Sinne erkannten sie im Ostfach jedenfalls nicht. Nach dem Eindruck des einen „witterten“ die „alten Kader“ im August 1990 „wieder Morgenluft“; ein anderer sprach von „Betonköpfen“, und ein Dritter vermutete ein „Weiterfunktionieren des alten Kadavergehorsams“,

um die Reformbestrebungen zu blockieren und „gerade die originellen, von der Parteilinie abweichenden Historiker herabzusetzen.“ (Cornelißen 2013: 190–195)

Man befürchtete Sabotage, wenn nicht breit abgewickelt werde: „alte Hackfolgen existieren weiter“ (Meier 1990: 259). Solche hilflosen Metaphern bezeugten vor allem, wie fremd, abstrakt und auch bedrohlich die innere Welt der DDR-Historiographie vielen Westdeutschen im Umbruchsjahr blieb. Sie reduzierten die Komplexität in der Regel mit der allgemeinen, auch moralisch aufgeladenen Unterscheidung zwischen „belasteten“ Professoren und bedrohtem Nachwuchs. In dieser Situation der Überforderung gewann das Szenario an Plausibilität, die ostdeutschen historiographischen Strukturen von Grund auf neu aufzubauen und deshalb mit der Demontage zu beginnen.

V. Fazit

Nach vier Jahrzehnten der Teilung, in denen beide Geschichtswissenschaften weit auseinandergewachsen waren, trafen ost- und westdeutsche Historiker in völlig neuen Verhältnissen aufeinander. Auch wenn die Unterscheidung von ‚Siegern‘ und ‚Besiegten‘ der Geschichte scheinbar klar war, blieb die konkrete Situation unübersichtlich. Alle suchten nach Halt und Orientierung, sowohl für die Herausforderungen der Gegenwart als auch für den Umgang miteinander.

Mit der Etablierung einer kleinen, aber wortstarken und konfrontationshungrigen Gruppe „unabhängiger Historiker“ in der DDR entstand eine Dreieckskonstellation, in der sich die zerstrittenen etablierten und die dissidenten Fachleute an ihre Kollegen im Westen wandten. Diese wurden in die Pflicht genommen, wobei die meisten durchaus bemüht waren, eine bestimmte fachhistorische „Substanz“ in der wegbrechenden DDR zu bewahren.

Es dauerte bis zum Historikertag in Bochum Ende September 1990, bis sich diese neue Begegnungsgeschichte zu ihrem dramatischen Höhepunkt steigerte (Bericht 1991; Thijs 2015), um anschließend in fachliche Evaluierungen und umfassende Abwicklungen zu münden. Damit war das Resultat dieser Begegnungen, dass die institutionalisierte DDR-Historiographie fast völlig verschwand.

Überzeugende Erklärungen für diesen Verlauf der Umbruchszeit im Fach lassen sich, so scheint es, vor allem in der allseitigen Orientierungssuche insbesondere des Jahres 1990 finden – gleichviel, ob es um westliche „Berührungängste“ (W. Mommsen) vor der fremden und bedrohlichen Welt des Staatssozialismus ging oder um östliche Einschätzungen

und Prognosen im Umgang mit der künftigen „Westdominanz“ (Röhr) im eigenen Fach. Es handelt sich in vielen Hinsichten um eine unsichere Begegnungsgeschichte in dynamischen Umbruchsjahren, wo fachliche wie persönliche Handlungen für kurze Zeit eng verschmolzen.

Literatur

- Berger, Stefan (2003): Former GDR Historians in the Reunified Germany: An Alternative Historical Culture and Its Attempts to Come to Terms with the GDR Past, *Journal of Contemporary History*, Vol. 38, Heft 1, S. 63–83.
- Bericht (1991): Bericht über die 38. Versammlung deutscher Historiker in Bochum, 26.–29. September 1990. Stuttgart: Klett.
- Blaschke, Karlheinz (1990): SED-Historiker nach langem Schweigen kräftig in die Wende, in: Eckert (Hg.): *Krise – Umbruch – Neubeginn*, S. 201–210.
- Černý, Jochen (1990) (Hg.): *Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte*, Leipzig/Jena/Berlin: Urania.
- Cornelißen, Christoph (2013): ‚Vereinigungs-Historikertag‘ in Bochum. Zur Rolle des Verbandes der Historiker Deutschlands (VHD) in den Jahren 1989–1991, *GWU*, Vol. 64, Heft 3/4, S. 187–202.
- Eckert, Rainer/Ilko-Sascha Kowalczyk/Isolde Stark (1994) (Hg.): *Hure oder Muse. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes*, Berlin: GSF
- Eckert, Rainer/Wolfgang Küttler/Gustav Seeber (1992) (Hg.): *Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/1990*, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Esch, Arnold (1990): *Geschichte im Entstehen*, in: Wengst (Hg.): *Historiker betrachten Deutschland*, S. 17–32.
- Kocka, Jürgen (1990): *Nur keine neue Sonderwege. Jedes Stück Entwestlichung wäre als Preis für die Einheit zu hoch*, in: Wengst (Hg.): *Historiker betrachten Deutschland*, S. 184–192.
- Kocka, Jürgen (1995): *Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart*, Göttingen: Vandenhoeck.
- Meier, Christian (1990): *Im Zweifel lieber Abwickeln*, in: Eckert (Hg.): *Krise – Umbruch – Neubeginn*, S. 258–261.
- Mitter, Armin/Stefan Wolle (1990): *„Ich liebe euch doch alle...“ Befehle und Lageberichte des MfS. Januar–November 1989*, Berlin: Basisdruck.
- Mommsen, Wolfgang (1992): *Unerfüllte Erwartungen*, *Die Zeit*, 25.9.1992.
- Röhr, Werner 2012: *Abwicklung. Das Ende der Geschichtswissenschaft der DDR. I: Analyse einer Zerstörung*, Berlin: Organon.
- Rübsaat, H. (1990) (Zusammenstellung): *Die Lage der Geschichtswissenschaft in der DDR*, *NDR Forum* 4, 17.10.1990, NDR Schallarchiv F826949, min 53.30.
- Sabrow, Martin (2003): *Die Historikerdebatte über den Umbruch von 1989*, in: Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht (Hg.): *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen nach 1945*, München: Beck, S. 114–137.
- Schulze, Winfried (1990): *Das traurigste Los aber traf die Geschichtswissenschaft. Die DDR-Geschichtswissenschaft nach der ‚deutschen Revolution‘*, in: Eckert (Hg.): *Krise – Umbruch – Neubeginn*, S. 213–227.
- Thijs, Krijn (2015): *Gebrochene Geschichte. Lebenserfahrung und Historikerbegegnungen nach 1989*, in: Franka Maubach/Christina Morina (Hg.): *Das 20. Jahrhundert*

- dert erzählen: Zeiterfahrung und Zeiterforschung im geteilten Deutschland, Göttingen: Wallstein (im Erscheinen).
- Weber, Hermann (1990): ‚Weiße Flecken‘ in der DDR-Geschichtsschreibung, in: Eckert (Hg.), Krise – Umbruch – Neubeginn, S. 369–391.
- Wengst, Udo (1992) (Hg.): Historiker betrachten Deutschland. Beiträge zum Vereinigungsprozeß und zur Hauptstadtdiskussion, Bonn/Berlin: Bouvier.
- Wolle, Stefan (1998): Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Berlin: Links.
- Wolle, Stefan (2000): Wir sind das Ärgernis. Warum aus dem UHV auch im Westen nichts werden konnte, Die Welt online, 27.9.2000.

»... nicht uninteressanter als andere Dinge auch«

Zeitgeschichte der ostdeutschen Hochschulen aus der Sicht ihrer Akteure

Daniel Hechler
Peer Pasternack
Halle-Wittenberg

Die Geschichte des Umgang mit der NS-Vergangenheit der westdeutschen Hochschulen ist bekannt: Zunächst bescheinigten sich diese in den Nachkriegsjahren, wesentlich unbeschädigt durch die Jahre der nationalsozialistischen Diktatur gekommen zu sein; etabliert wurde dementsprechend ein Narrativ

der akademischen Selbstbehauptung gegen das von außen gekommene nationalsozialistische Übel.¹ Nur wenige, besonders kompromittierte Wissenschaftler wurden nach Kriegsende dauerhaft aus dem akademischen Betrieb ausgeschlossen. Daher regte sich erst infolge eines Generationswechsels seit den 1960er Jahren Widerstand gegen die Beschönigungen.

Historische Forschungen dokumentierten dann nicht nur die institutionelle und wissenschaftliche Einbindung der Hochschulen in den Nationalsozialismus; ebenso zeigten sie – oftmals mit einem moralisch aufgeladenen Enthüllungsgestus – deren Verdrängung in den Nachkriegsjahren auf.² Die sich damit formierende kathartische Geschichtskultur bezog sich zumeist implizit auf ein überzeitliches Ethos der Wissenschaften und zielte auf die Anerkennung und Annahme der historischen Verantwortung.

In einer dritten, gegenwärtigen Phase stehen weit weniger die Fragen der Bewährung oder des Versagens, der Selbstbehauptung oder der Verstrickungen akademischer Eliten im Vordergrund. Der Fokus liegt nun auf Fragen nach den inneren und äußeren Funktionsmechanismen der universitären Anpassung in der nationalsozialistischen Diktatur, nach der

¹ siehe z.B. Studienausschuss für Hochschulreform: Gutachten zur Hochschulreform (»Blaues Gutachen«) 1948, dok. in: Rolf Neuhaus (Hg.), Dokumente zur Hochschulreform 1945-1959, Wiesbaden 1961, S. 289-368

² siehe etwa Rolf Seeliger (Hg.): Braune Universität. Deutsche Hochschullehrer gestern und heute. Eine Dokumentation, unt. Mitarb. v. Dieter Schoner und Hellmut Haasis, 6 Bde., München 1964-1968

Kompatibilität von deutscher Universität mit den Zielen und Normen des Nationalsozialismus.³

Im Vergleich dazu sind die Ausgangsbedingungen einer zeitgeschichtlichen Selbstbefragung der ostdeutschen Hochschulen hinsichtlich ihrer SBZ/DDR-Vergangenheit radikal verschieden: Drei Hochschulreformen hatten deutliche Spuren in der Hochschulstruktur hinterlassen. Die bürgerlichen Akademiker waren – mit deutlichen Unterschieden zwischen den Einzeldisziplinen – sukzessive durch Angehörige der eigens ausgebildeten sozialistischen Intelligenz ersetzt worden. Während sich die Rückkehr der westdeutschen Hochschullehrerschaft in die Scientific Community nach 1945 ohne tiefgreifende Änderungen vollzog, wurde nach dem Zusammenbruch der DDR das sozialistische Wissenschaftssystem abgewickelt. Parallel zum Institutionen- erfolgte ein Personaltransfer von West nach Ost, der einen radikalen Elitenaustausch im Hochschulbereich bewirkte.⁴

Ebenso verschieden zur Nachkriegszeit sind die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen die zeitgeschichtliche Selbstbefragung der Hochschulen zu ihrer DDR-Vergangenheit stattfindet. Statt des kommunikativen Beschweigens nach 1945 setzte bereits während des Umbruchs 1989/90 eine massive öffentliche Abrechnung mit dem sozialistischen Staat ein. Zugleich erfolgten erste Schritte, um eine umfassende Geschichtsaufarbeitung zu gewährleisten. So wurden in den folgenden Jahre mittels Justiz, Lustration, öffentlicher ritueller Aufklärung sowie Öffnung der Akten des sozialistischen Systems für wissenschaftliche, publizistische und individuelle Nachforschungen alle vier möglichen Wege der Geschichtsaufarbeitung besritten.⁵

Trotz – oder gerade wegen – dieser deutlich besseren hochschulinternen und -externen Ausgangsbedingungen sehen sich die ostdeutschen Hochschulen wiederholt dem Vorwurf ausgesetzt, sich nur unzureichend mit der eigenen Zeitgeschichte auseinanderzusetzen.⁶ Als zentrale Ursa-

³ Martin Sabrow: Die deutsche Universität im Nationalsozialismus, in: Christoph Cornelißen/Carsten Mish (Hg.), Die Universität an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus, Essen 2009, S. 379–402, S. 379f.

⁴ Peer Pasternack: Wissenschaftspersonal als Transformationsproblem. Resümee eines unverdauten Vorgangs, in: Petra Boden/Frank-Rutger Hausmann (Hg.), Evaluationskultur als Streitkultur, Bielefeld 2005, S. 494–509

⁵ Timothy Garton Ash: Vier Wege zur Wahrheit. Machen wir es richtig? Wie machen es die anderen? Eine Zwischenbilanz, in: Die Zeit, 2.10.1997, http://www.zeit.de/1997/41/Vier_Wege_zur_Wahrheit (15.3.2011)

⁶ zuletzt: Rainer Eckert: Politische Repression, Opposition und Widerstand an ostdeutschen Universitäten unter der kommunistischen Diktatur. Erfolge und Defizite ihrer Erforschung, in: Tobias Kaiser/Heinz Mestrup (Hg.), Politische Verfolgung an der Friedrich-Schiller-

chen dafür werden meist drei ausgemacht: eine »gegenrevolutionäre« Rolle der Hochschulen im Herbst 1989, die sich im Beschweigen der eigenen Zeitgeschichte fortsetze; die Furcht vor negativer Außenwahrnehmung der Hochschule, wenn die Zeitgeschichte Schatten auf deren aktuelles Image werfen könnte; schließlich wahlweise ein Zuwenig oder Zuviel an überkommener ostdeutscher Belegschaft.

Die Defizitdiagnosen ziehen als Bewertungsmaßstab oftmals den heute, d.h. nach über 50 Jahren erreichten Stand der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus heran. Vor allem aber beruhen sie typischerweise nicht auf empirischen Bestandsaufnahmen. Eine genauere Prüfung der pauschalen Bewertungen dessen, was die ostdeutschen Hochschulen zur zeitgeschichtlichen Selbstaufklärung unternehmen, ergibt jedoch ein weit heterogeneres Bild.⁷

Nicht Inaktivität oder generelles Desinteresse sind als zentrale Probleme der ostdeutschen Hochschulen zu notieren, wenn es um die Bearbeitung ihrer eigenen Zeitgeschichte geht. Festzuhalten ist eher, dass einmal erreichte Intensitäten und Niveaus der Befassung nicht intern standardsetzend wirken. Trotz eines recht hohen Forschungsstands sind daher an den ostdeutschen Hochschulen vor allem zwei Unzulänglichkeiten zu beobachten: Diskontinuität in der Reflexion der eigenen Zeitgeschichte sowie defizitäre Popularisierungsanstrengen. Daraus wiederum resultiert nicht zuletzt eine geringe Verankerung der Forschungsergebnisse im Gedächtnis der Hochschulen.

Möchte man sich nun diesen sichtbaren Problemlagen nicht über den Rekurs auf ein überzeitliches Wissenschaftsethos oder den pathologisierenden Diskurs der Verdrängung erklären, dann ist zweierlei notwendig: Zunächst muss die Perspektive der Hochschulakteure selbst erhoben und einbezogen werden, um diese dann in Relation zur Funktionsweise der Hochschulen zu setzen.

Um die Akteursperspektive zu erschließen, werden im folgenden 24 leitfadengestützte Experteninterviews, die an insgesamt elf ostdeutschen Hochschulen geführt wurden, in einer Querschnittsanalyse ausgewertet. Die Interviewpartner waren in den letzten Jahren in herausgehobenen

Universität Jena von 1945 bis 1989. Wissenschaftliche Studien und persönliche Reflexionen zur Vergangenheitsklärung, Berlin 2012, S. 63–85; Ilko-Sascha Kowalczyk: Die Hochschulen und die Revolution 1989/90. Ein Tagungsbeitrag und seine Folgen, in: Benjamin Schröder/Jochen Staadt (Hg.), Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR, Frankfurt a.M. 2011, S. 365–408

⁷ vgl. Daniel Hechler/Peer Pasternack: Traditionsbildung, Forschung und Arbeit am Image. Die ostdeutschen Hochschulen im Umgang mit ihrer Zeitgeschichte, Leipzig 2013

Rollen – als Rektoren, Pressesprecher oder Historiker – an hochschulzeitgeschichtlichen Aktivitäten ihrer Hochschulen beteiligt.⁸

1. Außenbeziehungen: Hochschulen und Öffentlichkeit

Bereits ein erster Überblick über typische Äußerungen der Akteure lässt erkennen, dass gerade die jeweilige Funktion innerhalb der Hochschule deutlich die Einschätzungen bestimmt: Die Hochschulleitungen setzen andere Prioritäten als Geschichtsprofessoren; die Öffentlichkeitsarbeit wird mit Problemlagen konfrontiert, die von denen der Archivare abweichen.

Für Hochschulleitungen und Öffentlichkeitsarbeiter etwa stellt im Rahmen ihrer weitgespannten Aufgaben die Zeitgeschichte der Hochschule lediglich einen untergeordneten Aspekt dar. Sie tritt nur dann ins Blickfeld, wenn sie höchst gegenwärtige Herausforderungen oder Probleme erzeugt – oder sich als deren Lösung anbietet. Für die Zeitgeschichte der Hochschulen gilt das vor allem für zweierlei Ereignisse: zum einen Jubiläen, die mit Darstellungschancen, aber auch -zwängen verbunden sind; zum anderen Skandalisierungen bzw. Konflikte, die neben Image-schäden vor allem Opportunitätskosten verursachen.

Dabei eröffnen Jubiläen, neben Gelegenheiten zur positiven Selbstdarstellung, auch Interaktionschancen zwischen den Hochschulmitgliedern, die z.B. deren Geschichtsbewusstsein stärken können. Hingegen sind zeitgeschichtsgebundene Skandalisierungen vor allem eines: störend. Die Hochschulleitungen müssen dann auf externe Prioritätensetzungen reagieren; Pressestellen verlieren die Fähigkeit zum autonomen Agenda Setting; zudem drohen relevante Organisationsbeziehungen zusätzlichen Belastungsproben ausgesetzt zu werden – seien es die zur Öffentlichkeit oder etwa zu Ministerien.

Vor diesem Hintergrund einer lediglich punktuellen Relevanz wird es verständlich, dass die Hochschulleitungen wie die Öffentlichkeitsarbeiter zu hochschulzeitgeschichtlichen Fragestellungen nur bedingt auskunftsfähig sind. Oder genauer: Sie sind auskunftsfähig in deutlicher Abhängigkeit von zeitlicher Nähe zu Jubiläen, grundlegenden Entscheidungen für oder gegen eine traditionsbezogene Imagebildung sowie wiederholter ex-

⁸ Die Interviews wurden vom 18.8. bis 1.9.2010 und vom 1.6. bis 26.9.2011 geführt. Die Auswertung geschieht anonymisiert. Die beruflichen Funktionen der Interviewpartner werden durch die gewählte Verschlüsselung angezeigt. Dabei steht **H** für Historiker/in, **HL** für Hochschulleitung, **ÖA** für Öffentlichkeitsarbeit.

terner oder interner Problematisierungen mit zeitgeschichtlichen Bezügen.

An den Fachhochschulen finden, so diese überhaupt ihre Geschichte thematisieren, Geschichtsbezüge nahezu ausschließlich im Kontext von Traditionsbildung statt. Diese steht im Dienste der Imagebildung bzw. der Generierung öffentlicher Aufmerksamkeit und erfolgt wesentlich über die Inszenierung von Hochschuljubiläen. Am Beginn steht in diesen Fällen eine recht pragmatische und dezidiert gegenwartsbezogene Marketingorientierung.

So stellt der Rektor einer Fachhochschule (HL2) einen direkten Bezug zwischen Traditionsbildung und Marketing her: Letzteres sei wesentlich Auslöser und Ergebnis der wissenschaftlichen Erschließung von Archivbeständen. Der Impuls zum Rekurs auf die Tradition habe aus der Unsicherheit über die Fortführung der Einrichtung resultiert, die während des Hochschulumbaus zu Beginn der 1990er Jahre herrschte: *»Für uns war ja in der Zeit während der Wende ganz entscheidend, schnell den Bezug zur praxisorientierten Ausbildung herzustellen«* – und damit zu eben jenem Aspekt, der dann als Grundlage der Traditionsbildung identifiziert wurde. Mit diesen strategischen Gebrauch der Geschichte, der vornehmlich auf die Steigerung der Studierendenzahlen zielt, habe die Hochschule *»schon Marketing-Strategie betrieben, da haben andere noch nicht daran gedacht«*.

Der Ausweis der Dignität der eigenen Traditionslinie erfolgt dabei wesentlich über erfolgreiche Absolventen, die vor 1933 an der Hochschule studiert hatten: *»Wir haben ständig am Image zu arbeiten, und da haben wir natürlich besonders unsere guten [historischen] Persönlichkeiten in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt und das eben nachgewiesen, dass die bei uns studiert haben.«* Aus dieser Fokussierung auf erfolgreiche Absolventen, aber auch auf eine frühere Internationalität und innovative Praxisorientierung resultiert freilich ein Abblenden der jüngeren Zeitgeschichte: *»Die Diktaturen müssen wir aussparen. Dort konnte die Hochschule nichts machen«*, das sich zur Traditionsbildung eignet.

Der Traditionsbezug fungiert hier wesentlich als Nachweis der eigenen Leistungsfähigkeit. Daraus resultiert, dass zwei Jahrzehnte nach der Eingliederung in das bundesdeutsche Bildungssystem allmählich eine Erweiterung der Selbstdarstellung auf erfolgreiche Absolventen dieser Jahrgänge möglich wird – nicht zuletzt, um nicht *»auf dieser Stufe der Nostalgie«* zu verharren. Dennoch werden auch künftig im Fünf-Jahres-Rhythmus die Hochschuljubiläen gefeiert werden. Auch hier ist eine klar strategische Ausrichtung erkennbar: Dient die traditionsbezogene Selbstdarstellung der Markenbildung, so wird diese in den Jubiläumsfeierlichkeiten erlebbar und festigt – so jedenfalls die Erwartung – die dauerhafte Bindung an die Hochschule.

Einen ähnlichen marketingorientierten Gebrauch der Geschichte lässt auch eine andere Fachhochschule (HL3) erkennen, so wenn der Zweck von Jubiläen

thematisiert wird, die nicht die konventionelle Teilbarkeit durch 25 aufweisen: »Da haben einige gesagt, das ist kein richtiges Jubiläum. Aber das war damals so eine Situation, da haben wir gesagt, es muss ein Ereignis her, das die Hochschule in den Fokus der Öffentlichkeit rückt.« Auch hier werden jubiläumsbegleitend in vergleichsweise hoher Frequenz hochschulzeitgeschichtliche Publikationen erstellt. Allerdings kann für deren inhaltliche Gestaltung nur in geringem Maße auf hochschulinterne Ressourcen zurückgegriffen werden. Daher müssen externe Historiker eingekauft oder ehemalige Hochschulangehörige ehrenamtlich verpflichtet werden.

Insbesondere aus dem Engagement letzterer resultieren gelegentlich interne Diskussionen über die Gewichtung einzelner Ereignisse. Diese Debatten um die angemessene Deutung der Geschichte (»interne Querelen«) werden meist nicht in den Publikationen abgebildet. Eher kommt es vor, dass über die angemessene Darstellung ambivalenter Sachverhalte oder Leistungen durch die Leitung entschieden wird.⁹ Diese folgt dann der Maßgabe, eine »Darstellung der Geschichte zu finden, die von der Mehrheit der Kollegen auch akzeptiert wird«. Die Publikationen zur Hochschulgeschichte zielen neben den Hochschulangehörigen vor allem auf die »Außendarstellung der Hochschule, in die Region hinein, in die Wirtschaft usw.«. Entsprechend wird die Geschichte der Hochschule weitgehend als Erfolgsnarrativ konzipiert: »Welche Erfolge hat die Hochschule geleistet, was war der Weg der Hochschule, wo waren die Schwierigkeiten, was hat sie auf dem Weg nach oben besonders ausgezeichnet.«

Marketingorientierung wird indes nicht nur durch Fachhochschulleitungen artikuliert, schließlich bildet auch für die universitäre Öffentlichkeitsarbeit die Sicherung des Organisationserfolgs das zentrale Bezugsproblem. Als institutionelle Sicherungsstrategien erweisen sich nicht nur Erfolge in den Kernbereichen Forschung und Lehre, sondern auch historische Legitimationsmuster.

Der Mitarbeiter einer Universitätszeitschrift konstatiert: »Unter dem Stichwort Hochschulgeschichte machen wir relativ viel ... Da gilt eigentlich immer ideell die Überschrift ‚Innovation kommt aus Tradition‘ – danach suchen wir auch aus, was wir inhaltlich machen – ... Das ist das, was uns als Redakteuren ... so immer im Hinterkopf schwebt.« Vorgestellt werden zum Beispiel frühere renommierte Wissenschaftler der Universität, »und das bringt natürlich auch Imagevorteile ... Es wird ja auch von der Uni bezahlt.« (ÖA1)

Die universitäre Presse- und Öffentlichkeitsarbeit muss weit stärker als die der Fachhochschulen pluralistische Ansprüche berücksichtigen, stehen doch hier Marketingerwägungen, Zeitzeugenerinnerungen und geschichtswissenschaftliche Reflexionen oftmals in weit stärkeren Maße in

⁹ Diese fehlende Ambiguitätstoleranz ist keineswegs ein Spezifikum der Fachhochschulen, sondern zumeist Resultat unzureichenden Deutungswissens. Dieses findet sich auch an Universitäten. So berichtet ein Historiker, dass man etwa in den Naturwissenschaften oftmals auf die Nennung herausragender Wissenschaftler verzichte, wenn diese als eindeutig politisch belastet gelten (H9).

Spannung zueinander. Entsprechend ist der universitäre Umgang mit der eigenen Geschichte sehr viel deutlicher durch geschichtswissenschaftliche Autorität und ethische Erwägungen geprägt. Gleichwohl weisen auch dort weniger geschichtspolitische Fragen den Rekursen auf die eigene Geschichte ihren Platz an als vielmehr das Interesse an der Darstellung gegenwärtiger Leistungen.

Zum Verhältnis von Hochschulgeschichte und -gegenwart im Hochschulalltag hält der Pressesprecher einer Traditionsuniversität mit Blick auf die hochschulinternen Adressaten prägnant fest: *»Universitätsgeschichte ist an sich kein spannendes Thema für eine breite Öffentlichkeit. Wenn ich das Heft [das Universitätsjournal] verkaufen müsste, würde ich vermutlich ... auf dem Titel sehr, sehr selten die Universitätsgeschichte nehmen, weil diese nur eine begrenzte, überschaubare Klientel hat. Man muss die Leute hier auf anderen Wegen ansprechen. ... Die Identität der Universität ist historisch, auch über das Logo. ... Die meisten wissen schon das Gründungsdatum ..., aber eine Identität ergibt sich aus dem, was man aktuell lebt. Das ist für die Leute viel wichtiger, entsprechend auch aktuelle Lehr- und Forschungsfragen ... Aktuelle Berichterstattung über Lehre, Forschung und Kultur – also die drei Säulen der Universität – stehen daher im Vordergrund.«* (ÖA4)

Insgesamt lässt sich zwar unter Mitarbeitern der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eine hohe Sensibilität für zeitgeschichtliche Problemlagen ausmachen. Diese ist allerdings mit dem Bewusstsein gepaart, dass dabei nur in Ausnahmefällen Reputation zu gewinnen ist, jedoch Imageschäden möglich sind. Gerade bei heiklen Themen tritt die Medienlogik in Kraft, die – etwa im Hinblick auf die Wahrnehmung einer kritischen Diskussionskultur – der Logik der Wissenschaft deutlich entgegengesetzt ist.

Bedauernd verweist etwa ein Mitarbeiter einer Pressestelle darauf, dass gerade die aktive Teilnahme an zeitgeschichtlichen Debatten Symptom eines – unter dem Blickwinkel der universitären Außenwirkung – unzulänglichen Skandalmanagements darstellen kann: *»An manchen Stellen hat bei uns die Krisenkommunikation nicht geklappt, der Rektor war für entsprechende Ratschläge nicht sehr empfänglich, an manchen Stellen wäre es sicher klüger gewesen zu schweigen ... Man muss da nicht auf jedes Podium, wenn gerade wieder Ruhe eingekehrt ist. Das wäre besser gewesen. Aber das ist wahrscheinlich immer so, wenn der Chef nicht auf die Kommunikationsexperten hört. In der Sache aber ist die Universität immer korrekt vorgegangen, sie hat die Debatte nie angeheizt, sondern wollte vielmehr, dass Ruhe einkehrt.«* (ÖA3)

Während jedoch offene Diskussionen ebenso wie die Langfristigkeit wissenschaftlicher Reflexionsprozesse der universitären Öffentlichkeitsarbeit Sorgen bereiten, können die Ergebnisse zeitgeschichtlicher Forschungen durchaus helfen, aufkommende Debatten in ihrem Sinne zu beeinflussen: Mit dem Verweis auf solche Ergebnisse lassen sich skandalisierte zeitgeschichtliche Sachverhalte als im wesentlichen bekannt darstellen. Dies

kann dann auf Grund des Mangels an schuldhaftem Versagen der Hochschule die negative mediale Resonanz begrenzen.

Ohne die wissenschaftliche und geschichtspolitische Dimension zu reduzieren, betont ein Universitätspressesprecher die Dämpfung des zeitgeschichtlichen Skandalisierungspotenzials als positiven Effekt umfassender Forschung: *Solche Skandalisierungen »sind mediale Dinge, die wir aushalten müssen und dank der guten Vorarbeit inzwischen auch aushalten können. ... Das ist aber eine Sache, die erst später als Erkenntnis kam, dass das auch eine positive Entwicklung war«.* Wenn heute über zeitgeschichtliche Schattenseiten berichtet werde, *»dann habe ich eigentlich keine große Angst, dass sich die Leute darauf stürzen werden, ... denn das ist alles schon mal durch«.* (ÖA4)

Forschungsergebnisse erzeugen jedoch nicht nur eine gewisse Gelassenheit bezüglich der eigenen Zeitgeschichte. Zwar ist es kennzeichnend, dass – nicht zuletzt auf Grund der Präferenzen der Medien für Konfliktthemen und Zuspitzungen – umfangreiche zeitgeschichtliche Aktivitäten nur selten eine eigenständige mediale Würdigung erfahren. Allerdings können solche Würdigungen dann durchaus erfolgen, wenn positive Beispiele als Kontrast und kritischer Maßstab der Skandalisierung von Ereignissen an anderen Hochschulen benötigt werden.

So fanden etwa die Arbeitsergebnisse der Jenaer Senatskommission *»Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert«* in der breiteren Öffentlichkeit erstmals größere Beachtung, als im Umfeld der Debatte um die DDR-Qualifikationsarbeiten des seinerzeit designierten Präsidenten der Humboldt-Universität 2010 nach positiven Kontrastbeispielen gefahndet wurde.¹⁰ In solchen Kontexten lassen sich die hochschulzeitgeschichtlichen Aktivitäten auch wirksam als Alleinstellungsmerkmal vermarkten.

Es bleibt festzuhalten: Hochschulleitungen sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sehen sich wesentlich der Funktionserfüllung der Hochschule verpflichtet. In diesem Kontext wird der eigenen Geschichte als Traditionsquelle in unterschiedlichem Ausmaß ein unterstützendes Potenzial zugesprochen. Im Gegensatz dazu eignet sich die universitäre Zeitgeschichte kaum als Reservoir für Legitimationsgewinnung oder Identitätsbildung, sondern wird primär als mögliche Quelle von Störungen wahrgenommen. Daraus kann freilich kaum auf eine prinzipiell negative Bewertung zeitgeschichtlicher Selbstbefragung geschlossen werden. Allgemein wird der Befassung mit der eigenen Geschichte ein hoher Wert zugeschrieben – ein Wert freilich, der mit anderen konkurrieren muss.

¹⁰ Claudia van Laak: *Verschlossene Zeitzeugen. Ostdeutsche Hochschulen und ihre DDR-Vergangenheit.* Deutschlandfunk, Studiozeit Aus Kultur- und Sozialwissenschaften, 9.9.2010, 20:10 Uhr

So resümiert ein kritischer Historiker im Hinblick auf seine eigene Hochschule: *»Man kann vielleicht nicht sagen, dass die Hochschulleitung [...hochschulzeitgeschichtliche Aktivitäten...] aktiv bekämpft. Das Problem liegt eher im mangelnden Interesse, auch weil man ungünstige Presse vermeiden möchte, dass man das eben rein funktional betrachtet. Man möchte sich hier im Wettbewerb mit anderen Universitäten nicht in ein ungünstiges Licht stellen.«* (H6)

Deutlich wird damit aber nur, dass Hochschulen in diesem Kontext analog zu anderen Organisationen funktionieren. Diese – an sich triviale – Feststellung gewinnt einen gewissen Überraschungswert lediglich dadurch, dass in der öffentlichen Erwartungshaltung oftmals die Logik der Wissenschaften und die der Hochschulorganisation identifiziert werden. Die Spannung zwischen beiden Logiken durchzieht auch die Arbeit jener Historiker, die – zumeist im Vorfeld von Jubiläen – die wissenschaftliche Selbstreflexion der Hochschule mit ihren Forschungen betreiben.

2. Binnenverhältnisse: Forschung, Lehre, Organisation

Historiker als Geschichtsexperten bilden innerhalb der Universitäten¹¹ die natürliche Anlaufstation, wenn es darum geht, geschichtliches Wissen über die eigene Einrichtung zu generieren. Sie treten dabei in ihrer Doppelfunktion als Lehrende und als Forschende in Erscheinung. Als erstere bilden sie nicht nur Studierende aus, sondern prägen auch wissenschaftliche Interessen des Nachwuchses. Dazu kann auch das Interesse an der Hochschulzeitgeschichte gehören. Dieses setzt allerdings eine gewisse Anschlussfähigkeit des Themenfeldes seitens der Studierenden voraus – und die wird durchaus unterschiedlich beschrieben.

So variiert bereits die Einschätzung des studentischen Interesses an der SBZ/DDR-Geschichte beträchtlich. Im Einklang mit etlichen Studien zu den Wissensbeständen über die DDR-Geschichte unter Jugendlichen vermuten die meisten Interviewpartner bei den Studierenden eine Mischung aus Unkenntnis und gedämpftem Interesse hinsichtlich der DDR-Geschichte. Hingegen konstatieren die befragten Historiker übereinstimmend ein – teilweise besonders ausgeprägtes – Interesse an DDR-Themen unter den Studierenden der Geschichts- oder der Politikwissenschaft: *»Also ich mache viele Seminare zur DDR-Geschichte, das interessiert sie [die Studierenden] wahnsinnig.«* (H4)

Deutlich ambivalenter fallen die Prognosen aus, wie sich das studentische Interesse bei fehlendem biografischen DDR-Bezug entwickeln wird.

¹¹ Da Fachhochschulen nur in Ausnahmefällen über Historiker verfügen, fokussiert dieser Abschnitt wesentlich auf Universitäten.

Einige Historiker erwarten ein abnehmendes Interesse der Studierenden, so es nicht gelinge, Vergleichsaspekte oder Anknüpfungspunkte für gegenwärtige Problemlagen zu erschließen. Dagegen hoffen andere auch künftig auf eine bleibende, wenn nicht gar steigende Resonanz bei Studierenden für die SBZ/DDR-Geschichte. Diese Einschätzung speist sich zumeist aus dem Vergleich mit dem kommunikativen Beschweigen des Nationalsozialismus in den Nachkriegsjahren. Hier gilt die fehlende DDR-Erfahrung als Voraussetzung eines kritischen Umgangs mit der DDR:

»Ich glaube, dass das Interesse an der DDR nochmal wachsen wird. Das ist so ähnlich wie mit dem NS. Natürlich waren die Verbrechen in der DDR nicht so groß, aber junge Leute, die sich selbst politisch positionieren wollen, die werden ihre Eltern befragen – und die Eltern werden diesen Fragen oft nicht gerecht werden können. Da wird es keine 68er Bewegung geben, aber so ein bisschen was...« (H8)

Dieser insgesamt durchwachsenen Einschätzung des allgemeinen studentischen Interesses für die DDR, aber einer weitgehend positiven Bewertung für zumindest einen Teil der geistes- und sozialwissenschaftlichen Studierenden steht eine ambivalente Wertung der Aufmerksamkeit für die Geschichte der eigenen Hochschule gegenüber.

So identifizierten einige Historiker durchaus begeisterungsfähige Studierende, die Hochschulzeitgeschichte *»nicht uninteressanter als andere Dinge auch«* finden (H10). Diese positive Meinung – gelegentlich ist sogar von einer *»gewissen Begeisterung«* (H5) die Rede – ist insbesondere an den Hochschulen zu finden, welche die Erstellung ihrer Jubiläumsbände intensiv mit entsprechenden Lehrangeboten und der Erstellung von Qualifikationsschriften verbanden. Attraktiv wirkte dabei auf die Studierenden nicht nur die gute Erreichbarkeit des Universitätsarchivs oder die lebensweltliche Nähe zum Forschungsgegenstand. Als ebenso anziehend erwies sich die Einbindung in etablierte Forschungs- und Diskussionszusammenhänge sowie die damit einhergehenden Erfahrung der Relevanz der eigenen Forschungen.

Andere Hochschullehrer mussten hingegen zur Kenntnis nehmen, dass zwar DDR-bezogene Fragestellungen eine rege Nachfrage unter den Studierenden erzeugen, sich die Teilnehmerzahlen jedoch deutlich geringer entwickeln, sobald die Seminare auf die eigene Hochschulgeschichte fokussieren. Ähnlich ambivalent fallen Berichte zu hochschulzeitgeschichtlichen Veranstaltungen wie Ringvorlesungen oder Podiumsdiskussionen aus. Auch hier reicht das Erfahrungsspektrum von vollen Hörsälen bis zu leeren Auditorien.

Gemeinsam ist den meisten Interviewten die Meinung zu den Bologna-Reformen: Diese hätten die Ausgangsbedingungen für eine Beschäftigung mit der Hochschulzeitgeschichte im Studium nicht verbessert.¹² Darüber hinaus lassen die Interviewaussagen erkennen, dass die Einschätzungen der Historiker in auffälligem Maße das je eigene Interesse an der Hochschulzeitgeschichte reflektieren.

Während aber Geschichtswissenschaftler (wie auch die Hochschulleitungen oder die Öffentlichkeitsarbeiter) unisono ein zeitgeschichtliches Desinteresse unter der Studierendenschaft insgesamt vermuten, klammern die Historiker ausdrücklich ihre jeweils eigenen Studierenden aus. Bieten sie darüber hinaus Veranstaltungen zur Hochschulzeitgeschichte an und haben intensiv dazu publiziert, so konstatieren sie auch für dieses Feld ein gewisses studentisches Interesse – und umgekehrt: Veranstalten sie zu diesem Thema keine Vorlesungen oder Seminare (oder nur aufgrund von jubiläumsindizierten Zwängen), so dominiert auch hier die Beobachtung von studentischem Desinteresse.

Mithin: Je intensiver das Themenfeld die eigenen Interessen tangiert, umso stärker ist die Interessensunterstellung bei anderen. Unterhalb dieser interessengeleiteten Antworten wird zumindest zweierlei sichtbar: Es drängt Studierende weder aus ihrer biografischen Situation als temporäre Hochschulmitglieder heraus quasinatürlich zur zeitgeschichtlichen Befragung ihrer Bildungseinrichtung, noch ließen sie sich nicht für diese Aspekte interessieren. Hier gilt offenkundig, wie auch in anderen Bereichen des Studiums auch: Die Mobilisierung des wohl durchaus vorhandenen historischen Interesses hängt oft von Angebots- und Anreizstrukturen und nicht zuletzt vom persönlichen Engagement der Lehrenden ab.

Die großen Forschungsprojekte zur Hochschulzeitgeschichte wurden oftmals im Rahmen von Jubiläumsvorbereitungen durch die jeweilige Universität initiiert und zu großen Teilen auch finanziert. In dieser Konstellation existieren für die Universitätshistoriker zwei relevante Bezugspunkte: zum einen die *scientific community*, zum anderen ihre Sitzuniversität als Auftraggeber. Gelegentlich wird die Bindung der hochschulgeschichtlichen Forschungsarbeit an Jubiläen und die daraus resultierende

¹² Allerdings mit sehr unterschiedlichen Begründungen: So sehen einige durch die Umstellung auf die Bologna-Studiengänge den Freiraum für gesellschaftskritisches und politisches Engagement und damit die wesentliche Quelle für eine (durchaus politisierte) zeitgeschichtliche Selbstreflexion unzulässig eingeengt. Andere bemängeln eine Inkompatibilität von Modulstruktur und (z.B.) hochschulzeitgeschichtlichen Themen. Die Standardinhalte der Curricula ließen Lehrveranstaltungen zu Spezialthemen in der Regel nur zu, wenn sie als Zusatzangebote unterbreitet werden, die aber für den Pflichtstudienplan nicht anrechnungsfähig sind.

Auflösung der Forschungszusammenhänge nach Abschluss der darauf ausgerichteten Projekte als schmerzlich erlebt.

So bemängelt ein Historiker: *»Es ist ein bisschen traurig, dass mit dem Jubiläum alles so auseinander gelaufen ist. ... Dahinter stecken ja auch Recherchen, man produziert tonnenweise Papier.«* Die jubiläumsbezogene Forschung zur Universitätsgeschichte im Rahmen von Jubiläen *»ist ja immer als Sache auf Zeit gedacht, obwohl weiterhin wissenschaftlicher Bedarf besteht und man das Produzierte weiter nutzen könnte, um weitere Forschungen anzuregen und Anhaltspunkte zu liefern. ... Zwar wurde das Vorhaben, das Thema zu halten, angedacht, aber das hat letztlich nicht stattgefunden. ... Es wurde explizit gesagt, die Finanzmittel sind nicht da ... Es sind ja noch ein paar Leute dran, ... aber die haben jetzt keine Andockmöglichkeit, es brauchte ja nur ein Rahmen da sein, etwa eine Sekretariat, das dafür zuständig ist, irgendeine Bündelung von solchen Arbeiten. ... Mit dem Jubiläum war das Interesse der Universitätsleitung weg, naja, vielleicht war es noch da, aber es war dann so: ‚Vielen Dank, schön gemacht‘, das war’s.«* (H10)

Mithin wird der – für Auftragsforschung durchaus typische – Umstand kritisiert, dass über die konkreten jubiläumsbezogenen Aktivitäten hinaus keine weiteren Anschlüsse für die universitätsgeschichtliche Forschung geschaffen werden. In diesem Kontext wird gelegentlich auch eine unzureichende Würdigung der Forschungen seitens der Universitäten und ihrer Angehörigen bemängelt.

Die Geschichte einer Hochschule erscheint hier zwar als lohnenswertes Forschungsfeld, wenn auch mit sehr überschaubarem Interessentenkreis. Arbeiten dazu werden allerdings nur anlassbezogen aktiviert und reproduzieren sich wissenschaftlich nicht. Verbunden damit ist die geringe Wahrscheinlichkeit, durch eine Spezialisierung auf dieses Thema eine akademische Karriere begründen zu können. Wie diese Situation wahrgenommen wird, hängt nicht unwesentlich von dem Arrangement zur Erarbeitung der jeweiligen Universitätsgeschichte ab: Wahlweise schaffen Hochschulen Stellen auf Zeit oder greifen auf ihre eigenen Wissenschaftler/innen zurück, die – teils bereits bei der Berufung, teils durch Appelle und Anreize – zur Mitarbeit gewonnen (oder genötigt) werden.

Die befristeten Mitarbeiterstellen implizieren eine hohe Unsicherheit mit Blick auf die individuelle berufliche Zukunft, und zwar aus zwei Gründen: Zum einen ergeben sich nur selten Anschlussprojekte; zum anderen wird durch Projektforschung das Verfassen einer Dissertation oder Habilitationsschrift deutlich erschwert. Daraus resultiert nicht selten eine hohe Fluktuation der Mitarbeiter im Projektverlauf.

Ein Historiker, der speziell für die Erstellung einer Hochschulgeschichte angestellt worden war, rekapituliert diesen Umstand so: *»Natürlich ist es attraktiv, in so einem Team [für die jubiläumsbezogene Universitätsgeschichtsdarstellung] zu arbeiten. Aber der Qualifikationsdruck ist nicht unerheblich. ...*

Das Angebot ist an sich attraktiv, aber es ist klar, dass die Sache mit dem Jubiläum ausläuft, und man weiß nicht, wie es weitergeht. Man hat dann die ganze Zeit Universitätsgeschichte gemacht und hätte vielleicht etwas Anschlussfähigeres machen sollen. Bei mir ist ja alles wunderbar, hat ja alles geklappt. Aber ich kann die Kollegen verstehen, die günstigere Konstellationen suchen. Man sollte Universitätsgeschichte nicht aus Karrieregründen machen.» (H10)

Bei den Professoren hingegen ist die Kritik an mangelnder Würdigung durch die Hochschulleitung und Kollegen insbesondere Ausdruck des Umstands, dass sich die Mitarbeit an einer Universitätsgeschichte nur bedingt in wissenschaftliche Reputation umsetzen lässt. Dieser Malus solle daher durch lokale Wertschätzung ausgeglichen werden. Dieses geschieht freilich auch punktuell, sei es im persönlichen Kontakt, sei es durch Feierlichkeiten.

So berichtet der Herausgeber einer Universitätsgeschichte: *»Inneruniversitär hat das bestimmt dazu beigetragen, dass die Anerkennung für meine Person relativ groß war. ... Das hat damit zu tun, dass man ja dabei auch viele Leute innerhalb der Universität kennenlernt.« (H7)*

Allerdings ist dieser Anerkennung durchaus ambivalent, mischt sich diese doch oftmals mit Mitleid – bekanntermaßen eine Form von, wenn auch milder, Geringschätzung. Umgekehrt steigern derartige Berichte vom Mitleid der Kollegen den Heroismus des Sprechers.

»Ich kann jetzt nirgend mehr vortragen oder mich hinbewegen, ohne dass bei der Vorstellung gesagt wird, ich würde die Geschichte der Universität herausgeben.« Die Erwähnung der umfangreichen Bände und der damit verbundenen Arbeit »ist dann auf der Ebene zwischen Anerkennung und Mitleid.« Manche Kollegen seien da durchaus direkter und fragten: »Machen Sie etwa immer noch den Scheiß? Wie kann man nur so blöd sein.« (H7)

Derartigen – teilweise auch leicht (selbst-)ironischen – Kritiken an der mangelnden Anerkennung durch Kollegen, aber auch an deren geringem Interesse für die Forschungsergebnisse sowie an (Hochschul-)Geschichte allgemein liegt augenscheinlich eine fachkulturelle Selbstüberschätzung der eigenen gesellschaftlichen Relevanz zu Grunde. Implizit wird mit der Kritik der Anspruch erhoben, dass zumindest Kernbestände historischen Wissens um die eigene Einrichtung bei allen Hochschulangehörigen oder auch bei Politikern und Pressevertretern der Sitzregion Teil der Allgemeinbildung sein sollten. Ein ähnlicher Anspruch z.B. von Naturwissenschaftlern hinsichtlich ihrer Forschungsergebnisse hingegen würde mit hoher Wahrscheinlichkeit als Anmaßung empfunden werden.

Insgesamt tragen jubiläumsgebundene Hochschulgeschichtsprojekte deutlich die Charakteristika von Drittmittel- bzw. Auftragsforschung. Sie erfolgen darüber hinaus eher in einem Forschungsfeld als in einer Diszip-

lin. Hochschullehrer, die weiterhin ihre primären Forschungsinteressen verfolgen wollen, greifen daher auf Entlastungsstrategien zurück.¹³ Neben der – im hiesigen Kontext erfreulichen – Initiierung von Qualifikationschriften stehen dafür vor allem die sog. Buchbindersynthesen.

Ein Historiker, der mit der Erstellung eines hochschulzeitgeschichtlichen Bandes beauftragt wurde, ohne dass ihm jedoch nennenswerte zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt wurden, beschreibt sein Vorgehen so: *»Das haben wir nach Feierabend gemacht. ... Ich habe mir da einfach ein paar Mitarbeiter gesucht, von denen ich wusste, die haben da ein paar Themen am Wickel ... Das ordnet sich ja auch überhaupt nicht in meine sonstigen Forschungsinteressen ein ... Das sollte ja eine Institutionengeschichte werden: wer wann was gemacht hat.«* (H4)

Die Arbeit an der Universitätsgeschichte erfolgt dabei, angesichts der Jubiläumsbindung und der anvisierten öffentlichen Wirkung, unter enormen Termindruck seitens der Hochschulleitung. Deren starke Fokussierung auf den repräsentativen Aspekt umfangreicher Universitätsgeschichten – oder anders: ihr wesentliches Desinteresse an der inhaltlichen Ausgestaltung – gewährleistet zugleich eine grundsätzliche Freiheit der Historiker für ihre Untersuchungen.

Die Terminbindung, die sich der Herausgeber einer Universitätsgeschichte zu eigen gemacht hatte, zeitigte dann auch entsprechendes Verhalten: *»Ich bin dann nur noch durch die Uni gerannt und habe die Autoren systematisch bedroht, weil ich den ehrgeizigen Plan hatte, alle ... Bände auf einmal auf den Tisch zu legen. Aber das war aussichtslos, das geht einfach nicht, bei so vielen Autoren ist das unmöglich.«* (H7)

So gelingt es oftmals im Jubiläumsjahr nur, einen ersten Band der Hochschulgeschichte vorzulegen, womit den Bedürfnissen der Hochschulleitung jedoch bereits weitgehend entsprochen ist.

Ein Historiker stellt deutlich den Druck seitens der Hochschulleitung, deren Repräsentationsbedürfnis und die befreiende Wirkung der ersten Publikation gegenüber: Die Veröffentlichung des ersten Bandes der Hochschulgeschichte *»war ein Donnerschlag, denn viele Nörgler, die hier rumliefen, inklusive des Rektors, die hatten gesagt: ‚Ach, die werden doch nie fertig. Was ist denn das für eine Truppe?‘ Da habe ich auch drunter leiden müssen, unter diesem Vorwurf ... Und in dem Moment, als die ersten beiden Bände vorlagen und die das Format auch gesehen haben, also repräsentativ und leinengebunden usw., war der Druck aus dem Kessel raus. ... Das war wie ein Befreiungsschlag.«* (H1)

¹³ Inwieweit dieses geschieht, ist zum einen abhängig von den verfügbaren Ressourcen, zum anderen von dem Verpflichtungsgrad, der gegenüber dem hochschulgeschichtlichen Projekt empfunden wird. Hier reicht das Spektrum von der *»Ehrenpflicht«* (H2) bis zur lästigen Pflichtaufgabe.

Auch jenseits der Hochschulleitung sind die Bedürfnisse der Hochschulmitglieder hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung relativ gering, was zur grundsätzlichen Freiheit der wissenschaftlichen Arbeit beiträgt.

So berichtet ein Historiker, die Hochschulleitung und die früheren und heutigen Kollegen »wollten gewürdigt wissen, dass sie also jetzt an einer bedeutenden Universität Hochschullehrer sind. Das soll auch der Sinn der Sache von Jubelschriften sein.« (H4) Ein anderer ergänzt: »Auch wenn nur ein erster Band zum Jubiläum vorgelegt werden konnte: Die Universität war im Grunde, ... stolz darauf, dass sie sich sieht in dem Buch.« (H7)

Wesentlich entlasteter erfolgt dann die Veröffentlichung der restlichen Bände im forschungsbestimmten Rhythmus ihrer Fertigstellung. Die Orientierung der Hochschulleitung am termingerechten Erscheinen eines repräsentativen Werkes und die grundlegende Freiheit der Wissenschaftler im Hinblick auf die inhaltliche Ausgestaltung wird lediglich im Stadium der konzeptionellen Arbeit durchbrochen: Übereinstimmend berichten die Historiker, dass die Hochschulleitungen sich zumeist auf die Kenntnisnahme der Grundkonzeption beschränkten.

Durchgängig wird Hochschulgeschichte von den Historikern als ein Forschungsfeld begriffen, dass als »schöner Fokus für viele wissenschaftliche Felder« differenzierte Zugänge und Fragestellungen erlaubt: »Disziplin als Praxis, Universität als Organisation und politisch-gesellschaftliche Struktur, Hochschullehrer als Sozialmilieu und politische Akteure, Studierende von der Rekrutierung bis zur Einbindung in Beruf und Universität in Politik, Gesellschaft und Kultur etc.« (H7)

Entsprechend sei es gleichermaßen legitim, Hochschulen ebenso als wissenschaftliche wie auch als zeitgeschichtliche Einrichtungen zu thematisieren. Wissenschaftlich lasse sich weder eine zeitliche Fokussierung noch die Privilegierung eines spezifischen Zugangs begründen, etwa eine Priorisierung der Wissenschafts- oder Repressionsgeschichte. Zugleich seien »Gedenklücken nicht zwangsläufig Forschungslücken« (H10).

Dennoch könne es sinnvoll sein, etwa geschichtspolitisch relevanten Fragestellungen einen gewissen Vorrang zu geben. Allerdings müsse dieses von der Hochschulleitung so gewünscht, also politisch entschieden und finanziell abgesichert sein.

Es bleibt festzuhalten: Die Erstellung der Hochschulgeschichten steht nur bedingt im Einklang mit den Karriereerfordernissen der beteiligten Wissenschaftler/innen. Die eigentliche Forschungsarbeit erfolgt trotz der starken Abhängigkeit von der Hochschule weitgehend frei. Entsprechend dominiert die wissenschaftliche Ausrichtung des historischen Narrativs, die zugleich dafür sorgt, dass ein wesentlich geschichtspolitischer Zugang nirgends als zentraler Bezugspunkt zu identifizieren ist. Dafür bedürfte es, so es gewünscht wird, spezifischer Teilprojekte, die von der Hochschulleitung initiiert und finanziert werden.

3. Resümee

Die Interviews machen zunächst eines deutlich: Weder die Hochschulleitungen noch die Öffentlichkeitsarbeit, weder die Lehrenden noch die Studierenden drängt es quasi-natürlich zur zeitgeschichtlichen Befragung ihrer Bildungseinrichtung.¹⁴ Zugleich ist damit jedoch keineswegs ausgeschlossen, dass sie sich dafür interessieren ließen. Die Bedingungen, unter denen dieses geschieht, sind freilich unterschiedlich.

Für die Hochschulleitung und Öffentlichkeitsarbeit kann die Zeitgeschichte der eigenen Hochschule nur einen untergeordneten Aspekt im Rahmen ihres weitgefächerten Aufgabenspektrums darstellen. Im Zentrum steht vielmehr, die aktuelle Funktionserfüllung der Institution zu sichern. Dabei wird Zeitgeschichte nur dann relevant, wenn sie Störungen oder Probleme erzeugt – oder sich als deren Lösung anbietet. Das gilt vor allem für dreierlei:

- Jubiläen, die mit Darstellungschancen, aber auch -zwängen verbunden sind;
- Skandalisierungen bzw. Konflikte, die neben Imageschäden vor allem Opportunitätskosten verursachen;
- traditionsbezogene Imagebildung der Hochschule.

Deutlich schlagen in der hochschulzeitgeschichtlichen Selbstreflexion die Spezifika einer Expertenorganisation durch.¹⁵ Als solche zeichnen sich Hochschulen durch eine relative Autonomie ihres wissenschaftlichen Personals aus. Weil Hochschulen um ihrer Expertise willen existieren, stellt das Wissen das wichtigste Produktionsmittel der Organisation Hochschule dar. Dieses befindet sich in der Hand der Experten. Die wesentliche sachliche Bedingung, um die Expertentätigkeit ausüben zu können, ist hohe individuelle Autonomie. Verbunden mit dieser relativen Autonomie ist eine gewisse Illoyalität der Wissenschaftler/innen gegenüber ihrer je-

¹⁴ anders etwa Kowalczyk: »Wir reden ja hier nicht über einen Gartenzüchterverein oder eine Gruppe von Leuten, die sich irgendwie mit Aquaristik beschäftigen. Wir reden über eine Universität, da sollte man doch davon ausgehen, dass da gerade in der Gruppe der Hochschullehrer nicht nur ein hohes intellektuelles Niveau vorhanden ist, sondern eben natürlich auch ein kritisches Reflexionsniveau gegenüber Vergangenheit«, in: Claudia van Laak: Verschlussene Zeitzeugen. Ostdeutsche Hochschulen und ihre DDR-Vergangenheit. Deutschlandfunk, Studiozeit Aus Kultur- und Sozialwissenschaften, 9.9.2010, 20:10 Uhr

¹⁵ siehe Ralph Grossmann/Ada Pellert/Victor Gotwald: Krankenhaus, Schule, Universität: Charakteristika und Optimierungspotentiale, in: Ralph Grossmann (Hg.), Besser Billiger Mehr. Zur Reform der Expertenorganisationen Krankenhaus, Schule, Universität, Wien/New York 1997, S. 24–35

weiligen Hochschule. Die Experten an Hochschulen müssen permanent die Ansprüche zweier ungleichgewichtiger Loyalitäten ausbalancieren: einer Loyalität gegenüber der eigenen Profession, »die auf Identifikation beruht, und einer Loyalität, die interessensbasiert ist, wobei das Interesse sich oftmals darauf reduziert, seinen Lebensunterhalt zu verdienen«. ¹⁶

Basiert die Bindung an die Hochschule weitgehend auf deren Rolle als aktuellem Arbeitgeber, so sind die Normen der relevanten wissenschaftlichen Gemeinschaft stärker mit dem Selbstkonzept der Wissenschaftler verbunden. Überdies entscheidet die wissenschaftliche Gemeinschaft der prinzipiell Gleichen über die Vergabe von fachlicher Reputation. Während die Community überlokale Reputation verteilt, kann das Engagement in der Hochschule meist allenfalls lokalen Reputationsgewinn bringen. Die Orientierung an einer disziplinären Fachgemeinschaft bestimmt – über die Historiker hinaus – auch die geschichtliche Perspektive der Akademiker, d.h. historische Reflexionen beziehen sich zumeist auf die Geschichte der eigenen Disziplin. Kenntnis und Reflexion der eigenen Disziplinengeschichte ist häufig fester Bestandteil des professionellen Selbstverständnisses und dann auch entsprechend in die Ausbildung der Studierenden integriert.

Die binäre Struktur – hier die *scientific community*, dort die Sitzhochschule – macht es notwendig, dass für die Bearbeitung der Zeitgeschichte der eigenen Hochschule spezifische Kontexte geschaffen werden. Diese müssen – von den Historikern in den Interviews immer wieder thematisierte – drei zentrale Probleme bewältigen:

■ Die meist nur im Kontext von Jubiläen mobilisierbaren Ressourcen zur Schaffung eines solchen Kontextes sind zeitlich limitiert und weisen entsprechend alle Aspekte von Auftragsforschung auf. Folglich ist der Zerfall des geschaffenen Forschungszusammenhangs mit dem Ende des Jubiläums wahrscheinlich. Damit verschwindet ein Kontext, in dem Studierende für die Hochschulzeitgeschichte sensibilisiert werden konnten, bereits aktive (Nachwuchs-)Wissenschaftler/innen verlieren ihre Anschlussmöglichkeiten, und das künftige Unterschreiten des bereits erreichten Kenntnisniveaus wird wahrscheinlich.

■ Die lediglich anlassbezogene Aktivierung der Hochschulzeitgeschichte impliziert, dass eine Spezialisierung auf dieses Thema kaum eine akademische Karriere zu begründen vermag. Insbesondere die für Universi-

¹⁶ Uwe Schimank: Die akademische Profession und die Universität. »New Public Management« und eine drohende Entprofessionalisierung, in: Thomas Klatetzki/Veronika Tacke (Hg.), Organisation und Profession, Wiesbaden 2005, S. 143–163, S. 145

tätsgeschichten üblichen befristeten Stellen erzeugen eine hohe Unsicherheit mit Blick auf die individuelle berufliche Zukunft, und zwar aus zwei Gründen: Zum einen ergeben sich nur selten Anschlussprojekte, zum anderen wird durch Projektforschung das Verfassen einer Dissertation oder Habilitationsschrift deutlich erschwert. Daraus resultiert auch eine hohe Fluktuation der Mitarbeiter/innen.

■ Obendrein lässt sich die Mitarbeit an einer Universitätsgeschichte nur bedingt in wissenschaftliche Reputation umsetzen. Herausgeberin oder Organisator einer Universitätsgeschichte zu sein, kann im wesentlichen nur eine Steigerung des individuellen lokalen Renommees mit sich bringen. Der Verzicht auf überlokale Reputation muss entweder eine gewisse Kompensation erfahren oder aber erzeugt Frustration und entsprechende Ausweichstrategien.

Verstärkt wird dies dadurch, dass die meisten Akademiker nur temporär Mitglieder einer Hochschule sind. Mit dem beständigen Ausscheiden der Zeitzeugen – sei es durch das Studieneende oder infolge des Hausberufungsverbots – geht der beständige Abriss des kommunikativen Gedächtnisses einher. Damit ist nicht nur der Verlust des bislang präsenten zeitgeschichtlichen Wissens verbunden, sondern auch das zentrale *Movens* zeitgeschichtlicher Selbstbefragung deutlich limitiert: die aus lebensgeschichtlicher Betroffenheit resultierende »Erinnerungsenergie«.¹⁷

¹⁷ Peter Reichel: Politik mit Erinnerung. Gedächtnisorte mit Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, Frankfurt a.M. 1999, S. 289

Über die Grenzen des traditionellen Hochschulverständnisses

Plädoyer für einen „erweiterten Hochschulbegriff“

Ulrich Müller
Lukas Bischof
Gütersloh/Berlin

Deutsche Hochschulen schöpfen bei der Erstellung ihrer Leitbildformulierungen aus einem sehr überschaubaren Fundus in Betracht kommender Phrasen. In ihrer weitgehenden Austauschbarkeit sind die so entstehenden Leitbilder „Dokumente der mangelnden Differenzierung

des deutschen Hochschulwesens“ (Meyer-Guckel/Mägdefessel 2010).

Setzt sich auch zunehmend die Erkenntnis durch, dass die breit gefächerten gesellschaftlichen Anforderungen an das deutsche Hochschulsystem nur durch eine analog aufgefächerte und vielfältige Hochschullandschaft bedient werden können (Wissenschaftsrat 2010a), so existiert mit dem Ideal der „World Class Research University“ weiterhin nur eine wirkungsmächtige Vorstellung von „Hochschule“ (Hazelkorn 2012). Auch im Reputationsgefüge wird Exzellenz immer noch enggeführt als Forschungsexzellenz definiert.

Das erscheint problematisch: Weder die sich wandelnden Bedürfnisse des Arbeitsmarktes bzw. der Wirtschaft noch die Wünsche der (potenziellen) Studierenden können allein durch Universitäten befriedigt werden, die sich über international renommierte Forschung definieren – ganz abgesehen davon, dass längst nicht alle Hochschulen, die dieses Ideal verfolgen, es auch tatsächlich erreichen (können).

Ein internationaler Vergleich verdeutlicht, dass in manchen anderen Ländern das Spektrum der Hochschullandschaft deutlich bunter und breiter als in Deutschland ist. Besonders an den „Rändern“ des Hochschulsystems, am Übergang von der Schule zu tertiärer Bildung, an der Über-

schneidung von beruflicher und tertiärer Bildung und an den Übergängen zwischen akademischer Weiterbildung und Arbeitsmarkt differenzieren sich in vielen Ländern weitere Formen der Hochschulbildung aus. Die anbietenden Institutionen konzentrieren sich auf spezielle Zielgruppen, sind als Netzwerke organisiert, nutzen innovative Lehrformen und/oder pflegen ein inhaltlich oder methodisch sehr spezialisiertes Profil. Sie dehnen oder überschreiten dabei oftmals die Grenzen des traditionellen deutschen Hochschulverständnisses.

Der folgende Beitrag portraitiert acht außergewöhnliche internationale Hochschulen, analysiert die Bedingungen, unter denen innovative Profile erfolgreich sein können und diskutiert die Sinnhaftigkeit der rechtlichen und kulturellen Hürden, die in Deutschland ähnlichen Entwicklungen entgegenstehen.

Monokultur der Forschungsexzellenz in Deutschland

Die Ausdifferenzierung der Hochschulprofile erfolgt in Deutschland bislang sehr zurückhaltend. „Die Kompassnadel zeigt immer nach Norden. Norden – das steht im akademischen Bereich für Forschung und Nachwuchsausbildung“ (Behrenbeck 2013: 51). Nicht zuletzt die Anreize der Exzellenzinitiative verstetigten und verstärkten das traditionelle akademische Wertesystem in Richtung der etablierten Monokultur: Fördermittel fließen und fließen im Rahmen der Exzellenzinitiative nur für Forschungsexzellenz – Hochschulpakt und Qualitätspakt Lehre entfalten keine vergleichbare Reputations-Dynamik in komplementären Aufgabenfeldern. Entsprechend kann es nicht überraschen, dass eine konsequente strategische Ausrichtung einzelner Hochschulen auf alternative Schwerpunkte im staatlichen Hochschulsektor kaum zu beobachten ist.

Statt den in der Exzellenzinitiative nicht erfolgreichen Hochschulen eine „Profilbildung *jenseits* der Exzellenz“ zu empfehlen (Borgwardt 2013, Herv. UM/LB), wäre es naheliegender, Exzellenz nicht länger eindimensional über die Forschungsleistung zu definieren. Hochschulen können und sollen eben nicht nur im Bereich der Forschung Exzellenz entwickeln, sondern genauso gut in alternativen Richtungen, etwa der Internationalität, der sozialen Verantwortung und der Weiterbildung Spitzenleistungen erzielen.

Selbstverständlich können auch die regionale Verankerung einer Hochschule, die Fokussierung auf Forschungstransfer oder die Lehre legitime und unterstützenswerte Profilierungen darstellen, in der Exzellenz erreicht werden kann. Neben einer Unterscheidung hinsichtlich der *vertikalen Diversität* (Einordnung der Performance einer Hochschule in Be-

zug auf die Qualität) sollte entsprechend auch nach *horizontaler Diversität* (also hinsichtlich des jeweiligen Aufgabengebiets und der spezifischen Profilierung einer Hochschule) differenziert werden (Zechlin 2012).

Die Logik der bestehenden Anreizsysteme – neben der Exzellenzinitiative sind etwa auch die Kriterien der leistungsorientierten Mittelvergabe oder die Praxis der Zielvereinbarungen in den Ländern zu nennen – ist jedoch derzeit nicht darauf ausgerichtet, historische Vorfestlegungen in Richtung Forschungsuniversitäten aufzubrechen. Auch wenn die Idee der „vielfältigen Exzellenz“ und eine größere Vielfalt der Hochschulprofile grundsätzlich als sinnvoll und notwendig angesehen werden, sind alternative Profilierungsfelder häufig noch nicht ausreichend mit konkreten Vorstellungen assoziiert.

Während die etablierten staatlichen Hochschulen kaum die eingetretenen Pfade verlassen, weisen private Bildungsanbieter mitunter eine ausgeprägtere Bedarforientierung auf: Sie führen nicht selten Zielgruppen, die sonst gar nicht studieren würden, an Hochschulbildung heran (Frank et al. 2010). Zudem sind es häufig die privaten Hochschulen, welche Berufsausbildungen akademisieren, strikt praxisorientiert vorgehen oder flexibel agieren, was interdisziplinäres, Teilzeit-, Fern- oder berufsbegleitendes Studium betrifft. Gerade solche Hochschulen, die neue Wege der Hochschulbildung beschreiten, werden vom etablierten Wissenschaftsbetrieb jedoch in aller Regel skeptisch beäugt und nicht selten im Handlungsspielraum begrenzt.

Vielfältige Profilierungsrichtungen im Ausland

Anregungen zu einer differenzierten Weiterentwicklung der Hochschulprofile können aus deutscher Sicht mutige Ansätze ausländischer Hochschulen bieten. Acht ausgewählte Beispiele verdeutlichen, welches Spektrum grundsätzlich vorstellbar ist:¹

1. Wie alternative Zugangswege zur Hochschulbildung realisiert werden können, zeigt das *South Essex College of Further and Higher Education* (SEC) in Großbritannien. Es bietet Studienprogramme, Kurse und Lehrgänge auf verschiedenen Qualifikationsniveaus an und macht praxisbezogene Studienangebote für Lernende von 14 bis 99 Jahren. Studierfähigkeit wird nicht vorausgesetzt (etwa als Hochschulzu-

¹ Für eine detaillierte Beschreibung der Beispiele siehe Bischof/Müller (2014).

gangsberechtigung durch einen Schulabschluss), sondern bei Bedarf gemeinsam mit den Lernern entwickelt.

2. Einen innovativen Umgang mit regionalen Herausforderungen illustriert die *University of the Highlands and Islands* (UHI) mit Hauptsitz in Inverness (Schottland). Sie besteht aus einem Netzwerk von 13 Colleges und Forschungszentren sowie aus über 50 Lernzentren, die über die gesamte Region verteilt sind. All diese Einrichtungen tragen ihren Teil zur Forschung und Lehre der Hochschule bei und versorgen eine ländliche Region mit Hochschulbildung.
3. Wie es möglich ist, auf die sich ändernden Anforderungen des Arbeitsmarkts zu reagieren, zeigt die *University of Phoenix*, eine profitorientierte Hochschule in Arizona. Die Hochschule ist in der Lage, relativ kurzfristig neue, innovative Studiengänge für neue, auch für sehr kleine Zielgruppen anzubieten. Hierzu nutzt sie ein Komponenten-Prinzip. Viele Studiengänge greifen auf einheitliche Basiselemente zurück, die durch spezialisierte Module zu profilierten Studiengängen ergänzt werden.
4. Die *National Hispanics University* (NHU) in San Jose, USA, spezialisiert sich auf eine ethnische Minderheit (spanischsprachige Einwanderer) und richtet alle ihre Angebote auf deren Lernbedürfnisse und soziokulturellen Besonderheiten und Stärken (z.B. die Zweisprachigkeit) aus.
5. Die isländische *Hochschule Hólar* (Háskólan á Hólum) ist als Kleinsthochschule mit nur 290 Studierenden, sieben Professoren und 14 Lehrbeauftragten im Profil und der Studienorganisation auf den regionalen Arbeitsmarkt des dünn besiedelten Skagafjords im Norden Islands ausgerichtet. Ihre drei Departments Wasserbiologie, Pferdekunde und ländlicher Tourismus kooperieren eng mit örtlichen Unternehmen, werden von diesen teilweise finanziert und schaffen damit eine wichtige Grundlage für das wirtschaftliche und kulturelle Leben der Region.
6. Die *University of the People* ist die erste in den USA voll akkreditierte Online-Hochschule, welche keine Studiengebühren nimmt. Dies wird möglich durch die Nutzung von Open Educational Resources (OER) sowie einen großen Anteil ehrenamtlich lehrender Professor(inn)en. Letzteres wäre in Deutschland derzeit aufgrund der Akkreditierungsanforderungen nicht möglich.
7. Anbieter von *Massive Open Online Courses* (MOOCs) wie Udacity, EdX oder Coursera erproben neue Technologien als Vehikel einer hochgradig skalierbaren Hochschullehre. Derzeit kooperieren diese Anbieter mit Hochschulen (z.B. Udacity) oder werden von Hochschulkonsortien getragen (EdX). Sollten die Zertifikate eines Tages

breite Anerkennung finden, könnte dies ein Ansatz sein, Hochschullehre kostengünstig weltweit anzubieten.

8. Die *Università di Scienze Gastronomiche* (Italien) ist eine sehr kleine und ländlich gelegene private Hochschule, welche nicht entlang einer Disziplin, sondern entlang eines Themas, eben der Gastronomie, organisiert ist und damit einen für die Region relevanten internationalen Anziehungspunkt darstellt.

Die genannten Hochschulen haben Profile entwickelt, die aus deutscher Sicht teilweise (noch) undenkbar sind, da sie die (aufgrund der Orientierung an der traditionellen Universität) festgelegten Grenzen des Hochschulverständnisses dehnen bzw. überdehnen.

Nimmt man die Entstehungsgeschichte der aus deutscher Sicht außergewöhnlichen Hochschulbeispiele in den Blick, lassen sich vereinfacht drei Bedingungen für die Entwicklung eines innovativen Hochschulprofils identifizieren: Zunächst muss eine Marktnische im Bereich tertiärer Bildung existieren, also ein Bedarf, dem aber bislang kein hinreichendes Angebot gegenübersteht. Zweitens muss ein Akteur diese Nische erkennen und (in Form einer Umorientierung oder Neugründung) nutzen. Drittens muss der regulatorische Rahmen das angestrebte Profil zulassen. Es muss also normativ ein für Innovationen offener Hochschulbegriff existieren sowie ein darauf aufbauender rechtlicher Rahmen, der verschiedene Hochschulausprägungen zulässt.

Marktnischen in Deutschland

Entscheidend ist, dass einige Elemente der im Ausland umgesetzten Profilvielfalt auch Lösungsansätze für Herausforderungen des deutschen Bildungssystems darstellen (Bischof/Müller 2014: 9-20):

- Hochschulbildung wird zum Normalfall. Der Drang nach akademischer Bildung ist ungebrochen, immer mehr Menschen nehmen ein Studium auf (Dräger et al. 2014).
- Mit der steigenden Zahl der Studierenden wächst deren Heterogenität: Die Hochschulen müssen angemessene Beratungs- und Lernformate für neue Zielgruppen entwickeln. Hier nur einseitig eine Anpassung neuer Studierendengruppen an althergebrachte universitäre Muster zu erwarten, wäre realitätsfern und kurzsichtig.
- Sinkende Geburtenraten und der Wegzug in Ballungszentren machen es in ländlichen Regionen zunehmend schwieriger, teure Hochschulinfrastruktur zu unterhalten.

- Die Digitalisierung aller Lebensbereiche schafft neue Formen der Arbeit und des Lernens. Hochschulen gehen auf diese Entwicklung bislang noch recht zaghaft ein.
- Der hohe Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften führt zu einer steigenden Nachfrage an berufsfeldnahen akademischen Bildungsangeboten, teilweise auch jenseits der etablierten Disziplinen.
- Die Individualisierung der Bildungsverläufe verstärkt die Bedeutung des lebenslangen Lernens. Hochschulen und Arbeitsmarkt müssen zu neuen Kooperationsformen finden, um diese neuen Bedarfen zu entsprechen.

Die gesellschaftlichen Erwartungen an Hochschulen sind in den letzten 20 Jahren vielfältiger geworden. Naheliegender wäre entsprechend eine Aufgabenteilung innerhalb des Hochschulsystems; keine Hochschule kann alle gesellschaftlichen Anforderungen (gleich gut) bedienen. Nur durch eine Konzentration der Hochschulen auf jeweils spezifische Profile – ausgehend von den jeweiligen Stärken und Einbettungen – kann das Hochschulsystem als Ganzes in seinem Zusammenspiel die gewachsenen und ausdifferenzierten Anforderungen bewältigen.

Da die Hochschulen in Deutschland bislang erst langsam auf die beschriebenen Herausforderungen reagieren, ist zu vermuten, dass hier Marktnischen für innovative Hochschulausrichtungen existieren. Zu klären ist, ob potentielle Akteure Rahmenbedingungen vorfinden, die die Umsetzung außergewöhnlicher Profile ermöglichen und lohnend erscheinen lassen.

Wenig Spielraum für innovative Angebote

In Deutschland definieren die Länder in ihren Hochschulgesetzen, welche Institutionen sich als „Hochschule“ oder „Universität“ bezeichnen dürfen. Sie setzen einen Rahmen für Rechtsform, Aufbau und Organisation sowie bestimmte Prozesse und Verantwortlichkeiten innerhalb der Hochschulen. Weitere potentielle Hürden für die Gründung innovativer Hochschulen und Studienprogramme stellen in Deutschland das Verfassungsrecht, die Kriterien der Programm- und Systemakkreditierung sowie der institutionellen Akkreditierung durch den Wissenschaftsrat (WR) dar.

Die Länder machen eine Akkreditierung durch den Wissenschaftsrat zur Bedingung für die staatliche Anerkennung von Hochschulen in nicht-staatlicher Trägerschaft. Positiv ist zu werten, dass hierdurch in Deutschland ein strukturierter Prozess zur Einrichtung neuer Hochschulen existiert.

tiert. Diese Struktur gewährleistet den Schutz der Studierenden und verhindert die Entstehung von „Titelmühlen“.

Kritisch lässt sich hingegen einwenden, dass die zur Bewertung innovativer Hochschulen herangezogenen Akkreditierungskriterien vorrangig durch die im Wissenschaftsrat vertretenen Repräsentanten des universitär geprägten deutschen Hochschulsystems definiert werden. Damit wird eine Verstetigung bisheriger Denkmuster (die „Humboldtsche Universität“ oder das, was man dafür hält) zumindest nicht unwahrscheinlicher. In der Praxis stehen innovative Angebote unter Druck, sich an den Maßstäben eines restriktiv definierten Hochschulverständnisses zu orientieren, anstatt sich konsequent am gesellschaftlichen Bedarf auszurichten.

Der rechtliche Rahmen lässt in einem gewissen Rahmen innovative Hochschulen und Studienangebote zu. So betreibt etwa die FOM Hochschule mit dem Placet des Wissenschaftsrates² ein der University of Phoenix ähnelndes Franchising-Modell mit standardisierten Curricula an einer Vielzahl von Standorten und ist damit besonders in der Zielgruppe der berufstätigen Studierenden erfolgreich. In Form der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) wurde das duale Studienmodell der Berufsakademien auf eine Ebene mit anderen Hochschultypen gehoben. Eine wachsende Zahl privater Hochschulen bietet zudem nachgefragte Studiengänge mit großer Praxisorientierung in Fächern wie Hotelmanagement, Tourismus, Modedesign, Pflegemanagement, Eventmanagement bis hin zu Komplementärmedizin an.

Zugleich gestaltet sich der Betrieb einer Hochschule aufgrund der bestehenden rechtlichen Auflagen – z.B. Verpflichtung zur Forschung, gesetzte Mindestgröße und notwendige Ausstattung – voraussetzungsreich und ressourcenintensiv. Das traditionelle Bild einer Hochschule findet sich u.a. in folgenden Grenzziehungen verstetigt, die weithin als konstitutive Merkmale einer Hochschule verstanden werden:

- Existenz von angemessenen Gebäude mit Hörsälen,
- Beschäftigung von Lehrenden, die fest angestellt sind und mindestens über einen Abschluss auf Promotionsniveau sowie über einen hohen Autonomiegrad verfügen,
- interne Organisation entlang wissenschaftlicher Disziplinen,
- zeitliche Positionierung in der individuellen Lernbiografie der Lernenden zwischen Schule und Beruf,

² Das Franchising von Studiengängen wird vom WR allerdings nur als temporäre Erprobungsphase geduldet (Wissenschaftsrat 2010c: 13/38).

- im Regelfall Einforderung einer Hochschulzugangsberechtigung bei den Studieninteressierten als Ausweis ausreichender Studierfähigkeit.

An diesen wenig zielorientierten Referenzpunkten orientiert sich der rechtliche Rahmen in Deutschland. Die zur Anwendung kommenden Kriterien des Wissenschaftsrates und der Programm-/Systemakkreditierung verhindern zwar überwiegend das Entstehen minderwertiger Studienangebote, limitieren aber auch die Gründung von Hochschulen mit wenig finanzkräftigen Zielgruppen, in strukturschwachen Räumen oder ohne zahlungsstarke Sponsoren. Entsprechend sind sozial oder regional motivierte Gründungen mit wenig finanzkräftigen Zielgruppen nur mit einem unverhältnismäßig großen Kostenaufwand zu bewältigen. Institutionen wie die Hochschule Hólar wären in Deutschland aufgrund der geforderten Mindestzahl an Professoren derzeit nicht akkreditierbar.

Schlussfolgerung: Notwendigkeit eines „erweiterten Hochschulbegriffs“

Das traditionelle deutsche Hochschulverständnis wird herausgefordert durch mitunter deutlich davon abweichende Hochschulprofile ausländischer Anbieter. International existieren vielfach Mischmodelle aus den in Deutschland klar separierten Bereichen Schulbildung, Berufsbildung, Arbeitsmarkt und tertiärer Bildung. Die Möglichkeiten des E-Learnings erlauben zunehmend neue Lernformen. In einem zunehmend entgrenzten Bildungsmarkt mit einer wachsenden Zahl an Franchisingmodellen (Brandenburg et al. 2013) erodiert das Monopol rein nationaler Steuerung.

Diese Entwicklungen fordern von deutschen Hochschulen eine Positionierung und von den Regulatoren des Bildungssystems eine Reflexion der Definition von „Hochschule“. Die gesellschaftlichen Entwicklungen bedürfen nicht nur veränderter Hochschulprofile und -strategien, Handlungsmuster und Organisationsstrukturen, sondern in Teilen sogar grundsätzlich einer neuen Idee akademischer Bildung (Würmseer 2010; Zechlin 2012).

Das Beispiel des US-amerikanischen Bildungsmarktes zeigt, dass der Verzicht auf enge staatliche Regulierung zu einer großen Vielfalt an Hochschulprofilen führt. Manche Auswüchse des dortigen Marktes verdeutlichen jedoch, dass sich in Deutschland auch künftig nicht jedwede Institution als „Hochschule“ oder „Universität“ bezeichnen dürfen sollte.

Eine gesunde Balance zwischen frei prosperierendem akademischen Markt und regulativen Kräften des Staates ist notwendig. Ein zu restriktiver

und anachronistisch definiertes Hochschulverständnis behindert innovative Angebote, die sich flexibler am Bedarf orientieren und verhindert vielfach von vorne herein manche Hochschulprofile, auch wenn sie die Bedürfnisse einer Region, einer Branche oder einer Bevölkerungsgruppe erfüllen würden.

Für das deutsche Hochschulsystem erscheint größere Offenheit für gesellschaftliche Entwicklungen und Bedarfe unumgänglich. Berechtigte akademische Standards sollen dabei jedoch keineswegs aufgeweicht, wohl aber ausdifferenziert werden. Die traditionelle „deutsche“ Definition einer Hochschule wird angesichts veränderter gesellschaftlicher Bedürfnisse und Anforderungen ihren exklusiven Gültigkeitsanspruch kaum behaupten können. Es reicht nicht aus, nur jenen Hochschulen (und Studiengängen) Realisierungschancen einzuräumen, die weitestgehend bisherigen Modellen entsprechen. Wünschenswert ist daher eine aktualisierte, „offenere“ Hochschuldefinition, die den Anspruch an konstitutive akademische Qualität nicht aufgibt, aber das monolithische Leitmotiv der deutschen Universität erweitert.

In den vergangenen Jahrzehnten hat in Deutschland das Verständnis, was unter einer Hochschule zu verstehen ist, bereits deutliche Erweiterungen erfahren: Über lange Zeit galten ausschließlich Forschungsuniversitäten als einzig denkbare Form einer Hochschule. In den 1960er Jahren wurden – als Reaktion auf veränderte gesellschaftliche Bedarfe und internationale Akademisierungstrends – zahlreiche Höhere Fachschulen und Ingenieurschulen in Fachhochschulen umgewandelt. Damit wurde ein neuer Hochschultyp eingeführt, der mittlerweile unbestritten als etabliert gelten kann und sich großer Nachfrage erfreut. Einige Jahrzehnte später erlebte die Berufsakademie eine ähnliche Aufwertung.

Diese zweifache Erweiterung des Hochschulverständnisses reagierte auf gesellschaftliche Bedarfe und mündete in der Etablierung neuer Hochschultypen. Die bisher gebräuchlichen, abgrenzenden Hochschulbegriffe zielen entsprechend je auf einen spezifischen Typenkern (bei den Universitäten etwa die Forschungsstärke, bei Fachhochschulen die Praxisorientierung – der *academic drift* vieler Fachhochschulen lässt diese Unterscheidung jedoch zunehmend verschwimmen).

Der zunehmend heterogenen Bedarfslage wird man künftig aber kaum durch immer weitere neue Hochschultypen entsprechen können. Ziel sollte daher die Etablierung eines „offenen“ Hochschulbegriffs sein, der sich an einem gemeinsamen, übergeordneten Kern orientiert. Hochschulen sollten ausgehend von diesem gemeinsamen Kern in verschiedene Richtungen agieren und flexibel auf veränderte Anforderungen reagieren können.

Als Vorbild könnte hier die Diskussion um einen „erweiterten Familienbegriff“ dienen: Dieser steht für die zwar im Einzelfall durchaus kontrovers diskutierte, aber doch gemeinhin als unumgänglich empfundene Anpassung des Familienverständnisses an veränderte und vielfältiger gewordene gesellschaftliche Realitäten. Der Kerngedanke, unter einer Familie einen Ort zu verstehen, wo im privaten Umfeld langfristig Verantwortung für andere Menschen übernommen wird, bleibt konstant, wird jedoch flexibel auf nichttraditionelle Lebensformen angewandt.

Ein analog erweiterter „offener Hochschulbegriff“ ermöglicht es, orientiert an outputorientierten Kriterien, den Kern der „Hochschule“ zukunftsfähig und gesellschaftsrelevant zu erhalten und damit ohne fortgesetzte Typenbildung offen für neue institutionelle Ausprägungen und eine insgesamt „bunte Hochschullandschaft“ zu bleiben.

Der „erweiterte Familienbegriff“ vollzieht den Wechsel von einem Konditional- (Wie sollte Familie gelebt werden?) zu einem Zweckprogramm (Was ist das Kernziel einer Familie?). Entsprechend sollte auch der „erweiterte Hochschulbegriff“ zielorientiert formuliert werden. Eine mögliche Kerndefinition könnte sich auf wenige Elemente beschränken, die etwa darauf abzielen, dass eine Hochschule die Fähigkeit vermittelt, selbstständig neue Fragestellungen mit einer nachprüfbaren Methodik zu bearbeiten, und dafür einen Abschluss mindestens auf Bachelor-Niveau verleiht.

Die Minimalstandards für eine Hochschule sollten weniger entlang von Inputfaktoren (etwa die Anzahl der Bücher in der Bibliothek oder die Quadratmeterzahl der Lehrgebäude) bestimmt werden, sondern anhand der Frage, ob eine Institution die Hauptaufgaben einer Hochschule wahrnimmt, also:

- einer konsistenten Bildungsstrategie folgt, in sich geschlossene Curricula aufweist und ein Qualitätssicherungssystem installiert hat, das sicherstellt, dass gesetzte Qualifikationsziele auch erreicht werden,
- individuelle Kompetenzen auf einem Niveau aufbaut, das das Wissen der Sekundarschule überschreitet,
- individuelle Kompetenzen durch Zertifikate transparent macht,
- auf anerkannte Abschlüsse (mindestens auf Bachelor-Niveau) zielt und
- Absolventen einen erfolgreichen Einstieg auf dem Arbeitsmarkt oder im Wissenschaftssektor ermöglicht.

Bund, Länder und Wissenschaftsrat sollten über flexibler und offener gestaltete Rahmenbedingungen bestehende Hochschulen ermutigen, Schwerpunktsetzungen vorzunehmen und vielfältige Exzellenz zu ver-

wirklichen. Alternative Selbstentwürfe von Hochschulen sollten länderseitig gefördert und unterstützt werden.

Insbesondere Neugründungen bieten die Chance, sich auf spezielle Zielgruppen oder Lehrmodelle konzentrieren und neue Zugänge zu höherer Bildung zu ermöglichen. In Bereichen, in denen ein besonderer Bedarf identifiziert wird, sollten Länder den Mut entwickeln, innovative Hochschulprofile selbst voranzutreiben.

Literatur

- Althaus, Marco (2009): Die Anti-Harvards. Wie Bildungskonzerne Amerikas Hochschulwesen revolutionieren. Münster: Lit-Verlag.
- Behrenbeck, Sabine (2013): Profilierung durch exzellente Lehre: institutionelle Strategien von Fachhochschulen, in: Baden-Württemberg Stiftung (Hg.): Gleichartig – aber anderswertig? Zur zukünftigen Rolle der (Fach-)Hochschulen im deutschen Hochschulsystem (Schriftenreihe der Baden-Württemberg-Stiftung, Nr. 72), Stuttgart, S. 51–73.
- Berthold, Christian/Frank Ziegele (2013): „Zukunftsszenarien“ – zur zukünftigen Rolle der Fachhochschulen im deutschen Hochschulsystem, in: Baden-Württemberg Stiftung (Hg.): Gleichartig – aber anderswertig? Zur zukünftigen Rolle der (Fach-)Hochschulen im deutschen Hochschulsystem (Schriftenreihe der Baden-Württemberg-Stiftung, Nr. 72), Stuttgart, S. 117–133.
- Bischof, Lukas/Ulrich Müller (2014): „Auch das ist Hochschule?!“ – Neue Herausforderungen erfordern einen offenen Hochschulbegriff. Gütersloh: CHE; URL: http://www.che.de/downloads/CHE_AP_176_Auch_das_ist_Hochschule.pdf, Zugriff am 09.01.2015.
- Borgwardt, Angela (Hg.) (2013): Profilbildung jenseits der Exzellenz – Neue Leitbilder für Hochschulen. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung; URL <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/09639.pdf>, Zugriff am 19.11.2013.
- Brandenburg, Uwe/Andrew McCoshan/Lukas Bischof/Anne Kreft/Ulrike Storost/Hannah Leichsenring/Frederic Neuss/Britta Morzick/Sabine Noe (2013): Delivering Education across Borders in the European Union. Brüssel: Europäische Union.
- Dräger, Jörg/Frank Ziegele/Jan Thiemann/Ulrich Müller/Melanie Rischke/Samira Khodaei (2014): Hochschulbildung wird zum Normalfall – Ein gesellschaftlicher Wandel und seine Folgen, Gütersloh: CHE; URL: http://www.che.de/downloads/Hochschulbildung_wird_zum_Normalfall_2014.pdf; Zugriff am 12.01.2015.
- Frank, Andrea/Solveigh Hieronimus/Nelson Killius/Volker Meyer-Guckel (2010): Rolle und Zukunft privater Hochschulen in Deutschland. Eine Studie in Kooperation mit McKinsey & Company. Essen: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.
- Hazelkorn, Ellen 2012: „Everyone Wants to Be Like Harvard“ – Or Do They? Cherishing All Missions Equally, in: European Higher Education at the Crossroads: Springer, S. 837–862.
- Meyer-Guckel, Volker/Daniela Mägdefessel (2010): Vielfalt an Akteuren, Einfalt an Profilen. Hochschulleitbilder im Vergleich. Essen: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft; URL: http://stifterverband.info/presse/pressemitteilungen/2010/2010_08_24_hochschulleitbilder/hochschulleitbilder_im_vergleich_zusammenfassung.pdf, Zugriff am 9.1.2015

- Wissenschaftsrat (2010a): Empfehlungen zur Differenzierung der Hochschulen; URL: <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/10387-10.pdf>, Zugriff am 09.1.2015.
- Wissenschaftsrat (2010b): Leitfaden der Institutionellen Akkreditierung; URL: <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/9886-10.pdf>; Zugriff am 12.1.2015.
- Wissenschaftsrat (2010c): Stellungnahme zur Reakkreditierung der „FOM Fachhochschule für Oekonomie & Management, Essen“; URL: <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/10042-10.pdf>; Zugriff 12.1.2015.
- Wurmseer, Grit (2010): Auf dem Weg zu neuen Hochschultypen. Eine organisationssoziologische Analyse vor dem Hintergrund hochschulpolitischer Reformen. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Zechlin, Lothar (2012): „Multiversity“ statt Einheitshochschule. Über horizontale und vertikale Differenzierung im Hochschulsystem, in: Forschung und Lehre 6/2012, S. 472–474; URL: <http://www.forschung-und-lehre.de/wordpress/?p=10955>; Zugriff am 12.1.2015.

Ein günstiges Zeitfenster

Die Gründung der Universität Luxemburg und der Einfluss internationaler Entwicklungen im Hochschulbereich¹

Gangolf Braband
Luxemburg

Als die Bologna-Erklärung 1999 verabschiedet wurde, war Luxemburg, ohne selbst eine Universität zu haben, einer der Unterzeichnerstaaten. Der daraus entstandene Eindruck einer Anomalie war Resultat einer Entwicklung, deren Wurzeln in die jüngere Geschichte des Landes zurückreichen. In den Jahrzehnten vor der Bologna-Erklärung hatte das Land sich in ein internationales Finanzzentrum sowie in eine politische Schaltstelle und das juristische Zentrum der Europäischen Union (EU) entwickelt. Vor diesem Hintergrund warf die fortdauernde Abwesenheit einer Universität zunehmend Fragen auf. Dies blieb in dem Großherzogtum selbst nicht unbemerkt und so bemerkte bereits 1991 der Luxemburger Autor Roger Manderscheid in einer Rede:

„Warum gibt es immer noch keine Universität in Luxemburg? Um uns herum sind entlang unserer Grenzen eine ganze Reihe Universitäten aus dem Boden geschossen, warum nicht hier? Wollen wir immer noch keine geistige Unruhe bei uns im Land? Es scheint so. Die finanzielle Unruhe stört uns ja weiter nicht. Dabei wären wir ein Ort wie aus dem Bilderbuch um europäische Sprachen zu lernen und zu studieren. Wir bekommen ja ein Museum für Gegenwartskunst hierher. Eine gute Sache. Warum keine Universität? Wir könnten die besten internationalen Professoren hier nach Luxemburg ziehen und Luxemburg so zu einem geistigen Zentrum machen, als Gegengewicht zu dem bombastischen Bankenzentrum.“²

Lange Zeit wurde die geringe Größe des Landes als Erklärung für die Abwesenheit einer Universität herangezogen. Aber diesem Argument mangelte es – auch weil andere kleinere Staaten durchaus Universitäten besaßen (z.B. Island und Malta) und noch besitzen – an Überzeugungskraft.

¹ Der Artikel entstand im Rahmen des von der Universität Luxemburg geförderten Forschungsprojekts „Globalisation and Higher Education Policy: International Governance, Domestic Reform and the Challenges of the Public University“, vgl. http://www.uni.lu/recherche/flshase/institut_de_science_politique/global_uni (Stand Juli 2015).

² zitiert in: forum (1992: 37); eigene Übersetzung aus dem luxemburgischen Original

Wesentlich relevanter hingegen war die Existenz einer Luxemburger Besonderheit: Aufgrund der Abwesenheit einer Universität studierten die Luxemburger traditionell im Ausland, was als Bereicherung für die Bildung einer nationalen Elite angesehen wurde. Von diesem Standpunkt aus betrachtet war eine Universität im Land nicht nur ein teures Unternehmen, sondern erschien kontraproduktiv für die Reproduktion einer gut ausgebildeten Elite und damit nicht notwendig, um das Wohlergehen des Staates sicherzustellen.

In einer solchen Wahrnehmung hatten das internationale Umfeld und die weitergehende Bedeutung einer Universität wenig Platz. Mit dem Wandel zur Wissensgesellschaft sowie der damit verbundenen, von der OECD und anderen internationalen Organisationen protegierten Hinwendung zur Wissensökonomie änderte sich dies. Universitäten erschienen in einem anderen Licht, da sie nun mit wirtschaftlichem Fortschritt assoziiert wurden. Keine Universität zu haben war daher potentiell ein ökonomischer Nachteil und damit von besonderer Relevanz für ein Land wie Luxemburg mit seiner begrenzten wirtschaftlichen Diversität. Nachdem die Bologna-Erklärung und die Lissabon Strategie (2000) der EU die internationale Dimension weiter verfestigten, erschien daher die im Jahr 2003 vollzogene Gründung der Universität Luxemburg eine logische Konsequenz eines sich wandelnden europäischen und internationalen Umfeldes.

Und doch ergibt sich bei näherer Betrachtung ein differenziertes Bild, welches zwar den Einfluss der externen Dimension bestätigt, aber die daraus scheinbar resultierende Zwangsläufigkeit der Entwicklung in Frage stellt. Eine solche Einschätzung lässt sich aus der Diskussion in Luxemburg im Vorfeld der Gründung der Universität selbst ablesen.

Es war eine sehr überschaubare, nur wenige Akteure involvierende und auf die eigenen Zustände fokussierte Diskussion, die letztlich wenig Bewegung in Richtung der Etablierung einer Universität erkennen ließ. In diesem Sinne setzten die Internationalisierung und die Europäisierung im Hochschulbereich nicht ein generelles Umdenken in Luxemburg in Gang, sondern repräsentierten vielmehr Arenen außerhalb der nationalen Hochschulpolitik,³ die den nationalen Akteuren Instrumente zur Durchsetzung ihrer Ziele anboten (Harmsen 2013). Im Fall von Luxemburg wurden diese Arenen und die dargebotenen Instrumente von einem kleinen Kreis

³ Vor Gründung der Universität wurde der Hochschulpolitik keinen grossen Stellenwert eingeräumt. Sie bezog sich primär auf das generelle System des Auslandsstudiums und die existierenden postsekundären Ausbildungseinrichtungen (für nähere Informationen siehe Punkt 2 der Gliederung).

von Akteuren (hauptsächlich im Hochschulministerium) genutzt, um den Widerstand im Land gegen eine Hochschule zu überwinden. Die Dynamik der Arenen und die spezifischen Bedingungen in Luxemburg öffneten dabei ein Zeitfenster, in dem die Gründung einer Universität Luxemburg möglich wurde.

Die folgende Argumentation zur Untermauerung dieser These basiert primär auf Interviews mit neun Schlüsselakteuren aus dem akademischen und politischen Bereich sowie auf der Analyse von Beiträgen in der Zeitschrift ‚forum‘, dem wichtigsten Organ für intellektuelle gesellschaftliche Diskussionen im Luxemburg.

Die Darstellung beginnt mit einer kurzen Zusammenfassung der internationalen und europäischen Entwicklungen in der Hochschulpolitik (1.). Es folgt eine Beschreibung der Entwicklungen im Hochschul- und Forschungsbereich in Luxemburg (2.). Analysiert wird dann die Kontroverse im Vorfeld der Gründung der Universität (3.). Im Anschluss werden die Bedeutung der internationalen Arenen hervorgehoben und die Bedingungen beschrieben, die die Wahrnehmung eines Zeitfensters fördern (4.).

1. Die Europäisierung und Internationalisierung im Hochschulbereich

Die quantitative Expansion im Hochschulbereich transformierte ein Elitentema zu einem Massenphänomen mit gesteigerter politischer Relevanz, deren Bedeutung und Auswirkungen vor nationalen Grenzen nicht Halt machte. Der 1999 gestartete Bologna-Prozess markierte dabei nicht den Anfang der Entwicklung, sondern ist nur eine ihrer sichtbarsten Ausdrucksformen, selbst wenn dies anfänglich noch nicht so zu erkennen war. Dies änderte sich in den folgenden Jahren, u.a. weil die Europäische Kommission 2000 ihre Lissabon-Strategie startete, um die EU an die Spitze der wettbewerbsorientierten und wissensbasierten Wirtschaftsräume zu bringen.

Die Strategie ging dabei weit über Hochschulthemen hinaus, die Parallelen zu Bologna wurden aber in den folgenden Jahren offensichtlich, insbesondere wegen der Doppelrolle der Europäischen Kommission in beiden Initiativen (siehe z.B. Capano/Piattoni 2011; Keeling 2006). Die Hochschulrelevanz der Lissabon-Strategie bezog sich allerdings mehr auf den Forschungsbereich. Im hiesigen Zusammenhang ist dabei von besonderer Bedeutung, dass als Teil der Strategie drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Forschung und Innovation aufgewendet werden sollten (wobei zwei Prozentpunkte durch den Privatbereich und ein Prozentpunkt durch die öffentliche Hand erbracht werden sollten).

Bologna und Lissabon sind als Europäisierungsprozesse eingebettet in die Idee der Internationalisierung im Hochschulbereich. Die damit verbundene Wissensökonomie impliziert eine Marktorientierung im Hochschulbereich und ein Mehr an Wettbewerb bis hin zu den Vorstellungen einer neoliberalen Ideologie. In diesem Sinne wurden Bologna und Lissabon mit einer neoliberal-wissensökonomischen Orientierung assoziiert. Im Fall des Bologna-Prozesses ist dies weniger offensichtlich als bei der Lissabon-Strategie (Brabant i.Ersch.). Lissabon war allerdings letztlich nicht erfolgreich und stellte sich nicht nur in seinen hochschulbezogenen Themen als zu extrem und einseitig dar. Trotz dieser Entwicklung hat die Lissabon-Strategie insbesondere in Luxemburg ihre Spuren hinterlassen, wie sich in der weiteren Argumentation noch zeigen wird. Zuvor ist es zum besseren Verständnis notwendig, noch einen Blick auf die allgemeine Entwicklung im Hochschulbereich in Luxemburg zu werfen.

2. Hintergrund: Entwicklungen im Hochschul- und Forschungsbereich in Luxemburg

Schon im 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts gab es Bemühungen in Luxemburg, eine Universität zu etablieren (Zotz 2002: 3). In beiden Fällen scheiterte das Anliegen an Widerständen im Land. Damit verfestigte sich langfristig eine ablehnende Haltung, die sich primär auf das Argument stützte, dass eine Universität zu teuer sei für das kleine, landwirtschaftlich geprägte Land. Die Folge dieser in den Anfangsjahren des 1839 unabhängig gewordenen Landes durchaus plausiblen Argumentation war notwendigerweise eine Fokussierung der nationalen Eliten auf ein Auslandsstudium. Diese entwickelte eine Eigendynamik, welche die ablehnende Haltung gegenüber einer Universität im Land bis weit in die Zeiten des zunehmenden staatlichen Reichtums hinein verlängerte.

Das System hinter dem Auslandsstudium hatte eine gewisse Komplexität. Für viele Studierende begann das Studium zuerst in Luxemburg (ab 1974 am designierten ‚Centre Universitaire‘) und dauert dort zuerst ein, später zwei Jahre. Erst dann erfolgte der Wechsel ins Ausland, wobei sich die Anerkennung der bisher erbrachten Studienleistungen mal mehr oder – im Falle von existierenden Kooperationsvereinbarungen mit den Institutionen im Ausland – mal weniger schwierig gestaltete. Dieses System trug dazu bei, dass die Bindung der Studierenden an ihr Heimatland erhalten blieb, unterstützt durch eine oft vorhandene geographische Nähe der Gastuniversitäten in den Grenzregionen der Nachbarländer.

Noch wichtiger in diesem Zusammenhang sind aber die luxemburgischen Studierendenverbindungen an den verschiedenen Universitäten, die

traditionell vom Heimatstaat gefördert werden. Sie dienten und dienen nicht nur der Netzworfbildung unter den Studierenden, sondern auch als Verknüpfungspunkt mit der nationalen Elite in Luxemburg, die den Absolventen den Zugang zu Führungspositionen nach deren Rückkehr ins Heimatland erleichterten. Das Auslandsstudium erlangte dadurch den Status einer Art von Zugangsvoraussetzung zur nationalen Elite.

Daraus resultierte ein Kreislauf der Elitereproduktion, der auf eng definierten Kriterien (Zugang zum Auslandsstudium, Religion, politische Position) beruhte und ein ausgeprägtes Element der Exklusion beinhaltete. In solcher Form prägte die Tradition des Auslandsstudiums erheblich die Elitenbildung in Luxemburg mit, gerade weil sie große Gruppen außerhalb des traditionellen, eher konservativ geprägten Milieus ausschloss und zugleich nur wenige alternative Zugangsmöglichkeiten zu diesem Kreis bestanden (Rohstock/Schreiber 2012, 2013).

Insgesamt entsteht so der Eindruck, dass die (historische) Wahrnehmung des Universitätsstudiums als Privileg der Eliten in Luxemburg länger überlebte als dies in den umliegenden Ländern der Fall war. Entsprechend kann es kaum überraschen, dass in dem Land eine verzögerte Anpassung an internationale Entwicklungen im Hochschulbereich stattfand. Überraschend ist jedoch, dass dies auch die Forschung betraf.

1963 kam ein OECD Bericht zu der Einsicht, dass Luxemburg nur ein rudimentäres wissenschaftliches Umfeld besitze (Meyer 2009: 456), und selbst 1980 noch war es der Regierung nicht möglich, den für die wissenschaftliche Forschung aufgewendeten Anteil des BIP zu identifizieren (Meyer 2008: 363). Beeinflusst durch das erste Forschungsrahmenprogramm der EU (1984–1987) begann sich die Situation in Luxemburg zu ändern. Als Folge wurde 1987 ein Rahmengesetz für die Forschung verabschiedet, welches eine, wenn auch wenig sichtbare, Initialzündung für die Diskussionen zur Gründung einer Universität darstellte.⁴

Einen neuen Schub erlebte diese Diskussion im Zuge des Vertrags vom Maastricht von 1992 (durch die Anerkennung einer Kooperationsrolle der EU in Fragen der Bildung) und mit der Etablierung des europäischen Binnenmarktes zum 1. Januar 1993. In diesem Umfeld kam es zu einer kurzfristigen Belebung der Frage einer Universität in Luxemburg, ohne dass dies sich aber in einem Politikwandel äußerte. Daran änderte auch das sich 1996 anschließende erste Hochschulbildungsrahmengesetz wenig, da es sich primär auf die existierenden post-sekundären Institute (wie z.B. das ‚Centre Universitaire‘) bezog.

⁴ Interviews: 16.6.2014, 2.6.2014

Der Status quo eines Staates ohne Universität blieb daher unberührt und wurde im folgenden Jahr auf sehr direkte Art und Weise von Premierminister Jean-Claude Juncker bestätigt, der seine Ablehnung einer solchen Institution folgendermaßen formulierte:

„Weil ich mit einem unbegrenzten Fanatismus gegen eine luxemburgische Universität bin, weil ich Angst habe vor der Betriebsblindheit junger Luxemburger, die nicht mindestens vier Jahre im Ausland studiert haben. Ich fürchte den akademischen Inzest.“ (Juncker 1997: 13)

Die Worte schienen ihre Wirkung nicht zu verfehlen, denn es gab in den nächsten Jahren wenig Bewegung in der Diskussion. Daran schienen die Nationalwahlen von 1999 zunächst nichts zu ändern. Die Christsozialen (CSV) von Juncker blieben die stärkste Kraft im Lande und mussten sich nur mit einem neuen Koalitionspartner arrangieren.⁵ Eine Universität spielte weder im Wahlkampf noch in den Koalitionsverhandlungen eine Rolle.⁶ Dennoch markierte die Wahl einen Wendepunkt. Die frühere Erziehungsministerin Erna Hennicot-Schoepges (CSV) übernahm ein neu geschaffenes Ministerium für Kultur, Hochschulbildung und Forschung.

Da Luxemburg über keine Universität verfügte, verursachte der Name zwar Heiterkeit unter einigen Kommentatoren (forum 1999: 5), ließ aber angesichts der Unterzeichnung der Bologna-Erklärung durch Hennicot-Schoepges zwei Monate vor Bildung der neuen Regierung bereits eine neue Prioritätensetzung erahnen. Als dann noch einige Monate später die Lissabon-Strategie mit ihrer Forderung nach mehr öffentlicher Forschungsförderung lanciert wurde, nahm die Entwicklung an Fahrt auf.

Im Mai 2000 legte das Ministerium ein Weißbuch zur Hochschulbildung vor (Ministère de la Culture, de l'Enseignement Supérieur et de la Recherche 2000), und weniger als zwei Jahre später (März 2002) präsentierte das Hochschulbildungsministerium seine Pläne für eine Universität in einer Veranstaltung mit Interessensvertretern und der Presse. Dieses Seminar markierte jedoch nicht den Beginn einer gesellschaftlichen Debatte über eine Universität, stattdessen wurde das Projekt ohne die entsprechende Beteiligung der Zivilgesellschaft vorangetrieben.

Das Gesetz zur Gründung der Universität Luxemburg wurde im August 2003 verabschiedet und trat zwei Monate später in Kraft. Innerhalb von etwas mehr als vier Jahren wurde aus einem wenig wahrgenommenen Thema eine rechtlich verankerte Realität. Vor dem Hintergrund der traditionellen Opposition gegen eine Universität offenbarte ein solcher-

⁵ Koalitionspartner war nicht länger die Arbeiterpartei (LSAP), sondern die Liberalen (DP).

⁶ Interviews: 26.5.2014, 16.6.2014

maßen beschleunigter Prozess ein Konfliktpotential, welches durch die vorherrschende Komplexität der Situation noch verstärkt wurde.

3. Ein kontroverses Thema: die Gründung einer Universität in Luxemburg

Das Thema einer Universität in Luxemburg wurde zwar schon in den Jahren vor der Ankündigung des Ministeriums kontrovers diskutiert, aber es blieben Diskussionen im kleinen Kreis. Die große Mehrheit der Bevölkerung berührte es wenig, und so entstand keine sichtbare gesellschaftliche Auseinandersetzung um dieses Thema. Ohne eine wie auch immer gartete Erschütterung des existierenden Systems bestand in dem Land kein Bedürfnis, etwas an der Situation zu ändern.

So erinnerten die Befürworter einer Universität fast an Einzelkämpfer, obwohl die traditionellen Argumente gegen eine Universitätsgründung in der Zwischenzeit erheblich an Gewicht verloren hatten. Beispielsweise erlaubte der Verweis auf die hohen Kosten einer Universität angesichts der Entwicklung Luxemburgs zu einem internationalen Finanzzentrum in den Augen eines Beobachters nur eine Bewertung: „Schwachsinn“ (Wehenkel 1992: 25).

Dies wurde wohl in den politischen Kreisen ähnlich gesehen, führte aber nicht zu einer grundsätzlichen Richtungsänderung. Stattdessen wurden einige graduelle Anpassungen vorgenommen, etwa die schon erwähnte Ausweitung des Studiums in Luxemburg von einem Jahr auf zwei Jahre vor Antritt des Auslandsstudiums (Fischbach 1992).

Solch gegensätzliche Reaktionen basieren letztendlich auf den unterschiedlichen Wahrnehmungen der bestehenden Situation. Die einen sahen die Vorteile einer Universität (Forschung als neues Standbein für Luxemburg, Arbeitsplätze, Erhöhung der Attraktivität Luxemburgs als Wirtschaftsstandort etc.), während die anderen die Vorteile des Auslandsstudiums betonten und zugleich fürchteten, dass eine Universität im Land dieses System zunichtemachen würde.

Da aber in der Verfassung das Recht auf ein Studium an einem frei wählbaren Ort verankert ist (Artikel 23) und damit durch die Existenz einer Universität in Luxemburg die Möglichkeiten zur Aufnahme eines Auslandsstudiums keineswegs einschränkt würde, ist zu vermuten, dass es den Gegnern einer Universität nicht nur um das Auslandsstudium an sich ging, sondern ebenso andere Aspekte eine Rolle spielten. Dazu gehörten z.B. Bedenken gegenüber dem ‚Centre Universitaire‘, das wegen interner Leitungsprobleme und dem Qualifikationsstatus seines Lehrpersonals als Keimzelle für eine zukünftige Universität umstritten war, und

Bedenken in Bezug auf das „Luxemburger Modell“, wo jeder jeden kennt und man sich gegenseitig mit Jobs versorgt (Junckers Rede vom „akademischen Inzest“ ging in diese Richtung).

Da diese Bedenken allerdings auch von Befürwortern einer Universität geteilt wurden (so etwa Theis 1992) und damit im Prinzip eine gemeinsame Basis bestand, um solchen Entwicklungen entgegenzuwirken, reichen solche Argumente nicht aus, um damit die Ablehnung einer Universitätsgründung zu erklären. Es lassen sich daher bei den Gegnern einer Luxemburger Universität Motive vermuten, die weniger deutlich artikuliert werden. So wurde die Gründung einer Universität im Land als Bedrohung der existierenden Netzwerke aus Studierenden im Ausland und der gesellschaftlichen und politischen Elite in Luxemburg angesehen. Die Schaffung eines weiteren Akteurs würde das bestehende System der Elitenreproduktion verändern, ohne dass die Konsequenzen daraus absehbar wären. Befürchtet wurde zudem, dass eine Universität sich als eine neue Instanz für die kritische Reflexion zu Fragen der Luxemburger Gesellschaft und Identität etablieren würde.⁷

Beide Aspekte – eine neue Ebene der Elitenreproduktion und eine neue Instanz für einen kritischen gesellschaftlichen Diskurs – hatten das Potential, die traditionelle Elitenbildung im Land zu unterwandern und dabei die Rolle und den Status der existierenden Eliten in Frage zu stellen.

Aus dieser Analyse ergibt sich schon, dass eine Einteilung der Gegner und Befürworter einer Universität entlang einer Konfliktlinie Ausbildungsorientierung (Studium im Ausland) versus Forschungsorientierung (wirtschaftlicher Faktor) nur ein unzureichendes Bild ergibt. Die Situation war wesentlich komplexer und hat mehrere, durch unterschiedliche Interessen gekennzeichnete Spannungsfelder produziert, die eine Charakterisierung der Gruppen erschwert.

So mögen etwa die einen in dem Wunsch, eine Universität zu etablieren, vereint gewesen sein, aber sie hatten, obwohl absolut betrachtet nur eine kleine Gruppe, sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie solch eine Universität aussehen sollte. Sie bildeten, wie auch die ‚Gegenseite‘, keine homogene Gruppe. Das Ganze war mehr „diffus“ und keine „Schwarz und Weiß“-Angelegenheit.⁸ Dazu kamen noch die herrschende Indifferenz in großen Teilen der Bevölkerung und das auch daraus resultierende mangelnde Interesse der Politik an dem Thema. Unter solchen

⁷ Das wurde in mehreren Interviews hervorgehoben, siehe dazu auch: Kmec (2013) und Hirsch (2013).

⁸ Interview: 12.6.2014

Umständen – so ein akademischer Beobachter – komme es letztendlich einem „Wunder“ gleich, dass die Universität überhaupt gegründet wurde.⁹

4. Der entscheidende Faktor: der Einfluss der Europäisierung

Es ist kein Zufall, dass die internationale Dimension bei der bisherigen Analyse keine Erwähnung fand – sie hatte einfach keinen sichtbaren Einfluss auf den Diskurs. Bologna und Lissabon blieben – selbst nach der Ankündigung der Universitätsgründung – in den Diskussionen außen vor. Für Außenstehende war es eine primär nationale Debatte innerhalb eines Zirkels von ‚Insidern‘, die von nationalen Themen und Befindlichkeiten dominiert wurde. Selbst rückblickend und mit dem Wissen um den Einfluss z.B. des Bologna Prozesses zeichnen die Interviewpartner ein eher diffuses Bild in Bezug auf die Bedeutung der Internationalisierung bei der Gründung der Universität. Bologna und Lissabon werden von den meisten nicht als treibende Kraft in der Entwicklung angesehen.

Auf der anderen Seite werden eher unspezifische Auswirkungen der Internationalisierung wie ‚Wissensökonomie‘ und ‚Wissensgesellschaft‘ als mehr oder weniger relevante Dimensionen verstanden. Eine Analyse des öffentlichen Diskurses in dem betreffenden Zeitraum anhand ausgewählter Artikel zeigt eine noch größere Abwesenheit der internationalen ‚Einflussgröße‘. Das unterstreicht die Dominanz der nationalen Dimension im Vorfeld der Universitätsgründung. Es ist hier allerdings notwendig, eine qualifizierende Anmerkung einzufügen.

So ist anzunehmen, dass ein Land, welches eine – geographisch und politisch – so zentrale Position innerhalb der EU einnimmt und in welchem die Internationalisierung solch eine Bedeutung hat (Stahlindustrie, Bankensektor) kaum eines expliziten Diskurses über den Einfluss der Internationalisierung auf die Hochschulen bedarf. Die Tradition des Auslandsstudiums ist ein Teil davon und trägt zu der „hyper-diversen“ Gesellschaft (Powell 2014: 125), basierend auf Migration und Mobilität, bei, in der die Internationalisierung von Beginn an ein prägendes Element darstellte. Der internationale Faktor ist daher zumindest unter den nationalen Experten gegenwärtig, ohne explizit genannt zu werden. In diese Richtung deuten auch die Interviews mit zwei Akteuren in leitenden Positionen, die zwar den Einfluss der Internationalisierung bei der Gründung der Universität anerkennen, ihn aber nicht näher definieren (können).¹⁰

⁹ Interview: 9.4.2014

¹⁰ Interviews: 5.6.2014, 2.6.2014

Ein ganz anderes Bild ergibt sich bei Betrachtung des luxemburgischen Hochschulministeriums. Der in Bezug auf den Bologna-Prozess leitende politische Beamte identifizierte sowohl Bologna als auch Lissabon als treibende Kräfte im Gründungsprozess der Universität (Doerner 2013). Die zuständige Ministerin zu diesem Zeitpunkt, Erna Hennicot-Schoepges, bestätigt dies in einem Gespräch. Sie hebt hervor, dass insbesondere die Lissabon-Strategie und die damit verbundene Maßgabe der Investition von einem Prozent des Bruttoinlandprodukts in die öffentliche Forschung ihr ein machtvolles Instrument in die Hände gegeben habe (weil Luxemburg weit von der Investitionsanforderung entfernt war und immer noch ist).¹¹

Legitimiert werden konnte so die Investition in eine Universität, und zugleich ließ sich damit die Opposition des damaligen Premierministers Jean-Claude Juncker überwinden. Letztlich impliziert dies, dass Juncker seine Meinung aufgrund der Lissabon-Strategie änderte.¹²

Für Hennicot-Schoepges öffnete Lissabon ein Zeitfenster für die Etablierung einer Universität, und in ihren Augen bestand die Gefahr, dass die 2004 anstehenden nationalen Wahlen dieses Fenster wieder schließen würden.¹³ Vor diesem Hintergrund entwickelte sich ein Top-Down-Prozess ohne Transparenz und öffentliche Beteiligung. Entsprechend fielen die Reaktionen darauf aus und reichten von einem eher milden Hinweis auf das „Wahnsinnstempo“ der Entwicklung¹⁴ bis hin zur Feststellung, dass das Ministerium öffentliche Debatten meide „wie der Teufel das Weihwasser“ (Pauly 2004: 6).

Das Tempo und die Vorgehensweise diente noch einem weiteren Zweck: das Ziel der Etablierung einer Forschungsuniversität mit geringem Lehrumfang sollte nicht durch öffentliche Diskussionen und durch die daraus resultierenden Kompromissforderungen gefährdet werden. Die Fokussierung auf eine Forschungsuniversität erfolgte wiederum aus drei Gründen:

1. es sollte die Anforderungen an die Forschungsförderungen der Lissabon-Strategie widerspiegeln,
2. die wirtschaftliche Bedeutung der Universität als Beitrag zur Diversifizierung der wirtschaftlichen Basis des Landes sollte so erhöht werden,

¹¹ Interview: 16.6.2014

¹² Interview: 12.3.2014

¹³ Interview: 16.6.2014

¹⁴ Interview: 2.6.2014

3. es wurde damit versucht, die Gegner der Universität zu beruhigen, die die Tradition des Auslandsstudiums in Gefahr sahen.

Während des Gründungsprozesses musste jedoch – trotz der weitgehenden Abwesenheit öffentlicher Diskussionen – bestimmten Rahmenbedingungen und Interessen Rechnung getragen werden, die eine Anpassung der ursprünglichen Planungen notwendig machten.¹⁵ So wurden existierende Hochschulinstitute – und damit eine stärkere Fokussierung auf die Lehre – in die neue Universität integriert. Die Konsequenz war, dass zwar die Internationalisierung eine Universitätsgründung ermöglichte, deren institutionelles Erscheinungsbild aber letztendlich durch nationale Bedingungen und Zwänge geprägt wurde.

Am Ende erreichte Hennicot-Schoepges ihr Ziel, eine Universität vor der nächsten Wahl zu etablieren. Diese Wahl beendete zugleich ihre Karriere als Ministerin, was nochmals den Eindruck verstärkt, dass für die Gründung der Universität Luxemburg ein nur begrenztes Zeitfenster zur Verfügung stand.

5. Schlussbemerkung: ein günstiges Zeitfenster?

Die Gründung der Universität Luxemburg erscheint als ein Beispiel für den prägenden Einfluss der Internationalisierung und der spezifischeren Europäisierung auf die nationale Hochschulpolitik. Es ist schwierig, eine bedeutendere Einflussgrößere zu identifizieren, die es erlaubt hätte, gegen eine in der Elitenreproduktion verankerte Tradition des Auslandsstudiums die Gründung einer Universität in Luxemburg durchzusetzen.

Die internen Kräfte zur Etablierung einer Universität – obwohl unzweifelhaft vorhanden – erschienen nicht stark genug. Aber auch die Internationalisierung/Europäisierung genügte in der nationalen Arena noch nicht als Triebfeder. Es bedurfte zusätzlich eines geeigneten Zugangs – und dieser Zugang erfolgte über die Ministerin und das Hochschulministerium. Ohne den Einsatz dieser Akteure in einer entsprechenden Position wäre die Universität vermutlich nicht realisiert worden.

Als ein Indiz für diese Bewertung mag schon die Zeit nach Hennicot-Schoepges als Ministerin dienen. So wurde die Universität Luxemburg in der Regierungserklärung nach der Wahl 2004 nur noch kurz erwähnt (Graf 2004). Darüber hinaus erwies sich die Lissabon-Strategie als Fehlschlag und büßte an Überzeugungskraft ein. Die internationale Finanzkri-

¹⁵ Die neuen Bedingungen entstanden primär durch ein kritisches Gutachten des Staatsrates und durch den Druck der Mitglieder der bereits existierenden Hochschulinstitute.

se traf zudem auch das Bankenzentrum Luxemburg und ermöglichte eine Renaissance der Argumentation der Universitätsgegner, die vor allem auf die hohen Kosten abstellte. Schließlich mangelt es der Universität in Luxemburg immer noch an Rückhalt in der Gesellschaft, so dass es schwer fällt, sich angesichts der spezifischen Tradition der Luxemburger Hochschulbildung zum jetzigen Zeitpunkt die Durchsetzbarkeit einer Universitätsgründung vorzustellen. Dafür wäre nicht nur ein neues Zeitfenster notwendig, sondern bedürfte auch Akteuren mit der Bereitschaft und der Macht, es zu nutzen. Alternativ könnte eine breite gesellschaftliche und politische Debatte eine substantiellere Legitimierung für die Gründung einer Universität erreichen, ohne dass dafür ein entsprechendes Zeitfenster notwendig wäre. Letzteres würde selbst der bestehenden Universität gut tun und zudem mehr der Natur demokratischer Prozesse entsprechen.

Literatur

- Braband, Gangolf (i.Ersch.): Logics and limits of competition in the European Higher Education Area: A documentary analysis. In: Harmsen, Robert and Kauppi, Niilo (Hg.) *The Europeanisation of Higher Education and Research Policy: The Bologna Process, the Lisbon Agenda and the International Marketplace*. Amsterdam: Editions Rodopi
- Capano, Gilberto und Piattoni, Simona (2011): From Bologna to Lisbon: the political uses of the Lisbon ‘script’ in European higher education policy. In: *Journal of European Public Policy*, Vol. 18, Nr. 4, S. 584–606
- Doerner, Max (2013): 10 Jahre Uni Luxemburg – Wege in die Wissensgesellschaft: In: *woxx*, Nr. 1233, 19. September
- Fischbach, Marc (1992): “Wir müssen pragmatische Lösungen anstreben” – Ein Gespräch mit Unterrichtsminister Marc Fischbach über die Hochschulpolitik in Luxemburg. In: *Luxemburger Wort*, 28.11.
- forum (1992): auszuch aus dem roger manderscheid sénger ried bei der iwverrechnung vum batty-weber-präis. In: *forum*, Nr. 140, S. 37
- forum (1999): Endliche eine nationale Hochschulpolitik?, In: *forum*, Nr. 195, S. 5–11
- Graf, Richard (2004): K(l)eine Uni, In: *woxx*, Nr. 764, 24. September
- Harmsen, Robert (2013): The Bologna Process and New Modes of Governance: Logics and Limits of Arena-shaping, Vortragspapier für die 13. EUSA Biennial Conference, Baltimore, 9. Mai
- Hirsch, Mario (2013): Plädoyer für mehr gesellschaftliche Relevanz. Sozialwissenschaften an der Uni Luxemburg. In: *forum*, Nr. 333, S. 36–39
- Juncker, Jean-Claude (1997): Mit Sozialklauseln die Globalisierung abfedern. Ein forum-Gespräch mit Premierminister Jean-Claude Juncker, In: *forum*, Nr. 175, S. 5–15
- Keeling, Ruth (2006): The Bologna Process and the Lisbon research Agenda: the European Commission’s expanding role in higher education discourse. In: *European Journal of Education*, Vol. 41, Nr. 2, S. 203–223
- Kmec, Sonja (2013): Wissenschaftliche Freiheit ausgestellt. Ein Nachwort zur Ausstellung iLux und einer Diskussion, die nicht stattgefunden hat. In: *forum*, Nr. 333, S. 30–32

- Meyer, Morgan (2008): The dynamics of science in a small country: the case of Luxembourg. In: *Science and Public Policy*, Vol. 35, Nr. 5, S. 361–371
- Meyer, Morgan (2009): Creativity and its contexts: the emergence, institutionalisation and professionalisation of science and culture in Luxembourg. In: *European Review of History: Revue européenne d'histoire*, Vol. 16, Nr. 4, S. 453–476
- Ministère de la Culture, de l'Enseignement Supérieur et de la Recherche (2000): *Le Livre Blanc de l'Enseignement Supérieur au Grand-Duché de Luxembourg*. Luxembourg: Ministère de la Culture, de l'Enseignement Supérieur et de la Recherche:
- Pauly, Michel und Zotz, Volker (2003): Universität Luxemburg. In: *forum*, Nr. 227, S. 18–20
- Pauly, Michel (2004): uni.lu nach dem Sommergewitter. In: *forum*, Nr. 239, S. 6-10
- Pondelinger [sic!], Germain (1999): Country report: ELA – Luxembourg. In: *European Journal for Education Law and Policy*, Vol. 3, Nr. 2, S. 151–153
- Powell, Justin J.W. (2014): International National Universities: migration and mobility in Luxembourg and Qatar. In: Streitwieser, Bernhard (ed.) *Internationalisation of Higher Education and Global Mobility*. S. 119–133. Oxford: Symposium Books
- Rohstock, Anne (2010): Wider die Gleichmacherei! Luxemburgs langer Weg zur Universität 1848–2003. In: *forum*, Nr. 301, S. 43–46
- Theis, Robert (1992): Eine Universität in Luxembourg? In: *forum*, Nr. 144, S. 35–37
- Wehenkel, Claude (1992): Für eine polizentrische Universität. Ein Gespräch mit Claude Wehenkel. In: *forum*, Nr. 140, S. 22–25
- Zotz, Volker (2002): Université de Luxembourg – Wohin geht die Reise? In: *forum*, Nr. 215, S. 3–9

Jürgen Kaube: Im Reformhaus. Zur Krise des Bildungssystems. Zu Klampen Verlag, Springe 2015, 174 Seiten. € 18,-

Spätestens seit der Moderne weiß man, dass die Welt schlecht sortiert und bei hinreichendem Ressourceneinsatz verbesserungsfähig ist. Entsprechend können dann Macht, Geld, Wahrheit oder die öffentliche Meinung mobilisiert werden, um bisher ungenutzte Potenziale zu erschließen. Wie weitreichend diese Reformvorhaben ausfallen, hängt nicht zuletzt von den zugrundeliegenden Gesellschaftsbeschreibungen ab. Erlauben diese die Isolation von wenigen zentralen Ursachen für ungewollte soziale Erscheinungen und statten zugleich die handelnden Subjekte mit zielgenauen Durchgriffsmöglichkeiten aus, so steht grundlegenden Optimierungsvorhaben wenig entgegen.

Weit zurückhaltender fällt der Reformwille aus, wenn die zugrundeliegenden Gesellschaftsbeschreibungen auf Komplexität setzen: Gewarnt wird hier vor den unabsehbaren Folgen großangelegter Strukturveränderungen, welche die Leistungsfähigkeit der betroffenen Institutionen einschränken können. Entsprechend sollten diese nicht durch allzu viel Reformenthusiasmus gefährdet, sondern höchstens inkrementelle Veränderung angestrebt werden. Dieser Konservatismus aus Komplexität durchzieht auch die Texte Jürgen Kaubes zur Bildung, den Hochschulen und den Geisteswissenschaften, mithin zu populären Gegenständen reformerischen Engagements. Besonders markant wird diese Haltung in der Einleitung des Sammelbandes, die eine kulturkritisch-melancholische Niedergangsgeschichte des Bildungssystems bietet – vermutlich auch, um den versammelten Texten Rahmen und Relevanz zu verleihen.

Diagnostiziert wird zunächst, dass sich das Bildungssystem trotz oder vielmehr gerade wegen einer historisch einmaligen und von allgemeiner politischer Begeisterung getragenen Expansionsgeschichte in einer Krise befindet. Überfrachtet mit instrumentellen Hoffnungen auf Wohlstand, Gerechtigkeit oder Wettbewerbsfähigkeit treibe die Bildungspolitik die Schulen und Hochschulen bereits seit Jahrzehnten durch einen Strom von Reformen und vergesse dabei, „die Schule als Schule und die Universität als Universität wertzuschätzen: ihre Anforderungen, ihren Eigensinn, ihre guten Traditionen“ (14).

Doch die angemessen verstandene Bildung sei – so mahnt der besorgte Essayist – weit mehr als der Motor volkswirtschaftlichen Wachstums und die Erzeugung von Berufsfähigkeit. Sie sei das Vermögen, unter dem Risiko des Scheiterns zur Umwelt auf Distanz zu gehen, sie zu reflektieren und sich in ihr eigensinnig zu bewegen, kurz: das Leben selbstständig zu führen. Ein entsprechender Unterricht würde es Schülern ermöglichen, die eigenen Potenziale zu erkunden und so eine Welt zu entdecken, die weit über die bloße Berufskarriere hinausgeht.

Da eine solche Orientierung in einer Welt voller instrumenteller Inklusionsbemühungen in das Bildungssystem – seien sie nun wirtschaftlich oder sozial motiviert – beständig verfehlt, ja unmöglich gemacht werde, bestehe die Bildungskrise darin, „daß uns unten eine Bevölkerung entsteht, die zu elementarer Selbständigkeit der Lebensführung nicht mehr in der Lage ist. Und sie liegt darin, daß wir, um Schwierigkeiten zu umgehen und Härten zu vermeiden, Bildung als etwas Leichtes, mittels didaktischer Tricks und Prüfungen, durch die man nicht fallen kann, leicht zu Erwerbendes vorstellen“ (18). Perverse Effekte überall: Die Inklusion in das Bildungssystem exkludiert aus dem gelungenen Leben – repressiv entsublimiert herrscht „unten“ heteronomes Lungern und darüber Verweichlichung.

Zur Rettung des Bildungssystems empfiehlt Kaube nun einen Dreischritt: Die kostspielige und beständig zielverfehlende Flut der Reformen und der Reformen der Reformen ist zu beenden. Alsdann wären realistische Erwartungen an die Schulen und Hochschulen zu formulieren, statt von ihnen Unerreichbares zu verlangen. Das Bildungssystem mit utopischen Anliegen zu überfrachten – „die Abschaffung der Unterschicht etwa, die Hervorbringung des ganzen Menschen oder die Kompensation von Ungleichgültigkeit gegen Bildung in ganzen Milieus“ (19) – sei nicht nur kontraproduktiv, es sei auch unnötig, immerhin gäbe es dafür schon zuständige Instanzen: die Sozialpolitik, das Managementtraining und die Familie. Schließlich – und in Konsequenz der erfolgreichen Abwehr von Reformen und überbordenden Erwartungen – sollte ein Begriff von der Leistungsfähigkeit des Bildungssystems erarbeitet und ihm die Funktion zugewiesen werden, „nicht die reichere, die gerechtere, die moralischere oder die medienkompetentere Gesellschaft hervorzubringen, sondern nicht mehr und nicht weniger als wache, wahrnehmungsfähige, kenntnisreiche Bürger“ (20) – mit anderen Worten: allseitig gebildete bürgerliche Persönlichkeiten.

Insgesamt lassen die bildungsbezogenen Texte zunächst den Eindruck aufkommen, der Autor sei – neben dem Rekurs auf wissenschaftliche Argumente – vor allem durch die Erinnerung an frühere, bessere Zei-

ten motiviert: an Zeiten, in den Schulen und Hochschulen noch Institutionen mit allgemein akzeptierten Selbstbeschreibungen waren, die gleichzeitig ihre Distanz zur und ihre Einbettung in die Gesellschaft gewährleisten; an Zeiten, in denen intrinsische Motivation Lehrende und Lernende beflügelte; an Zeiten, in denen sich Bildung als Entwicklungsroman vollzog. Die Texte zu den Geisteswissenschaften und die beiden Essays zur Hochschule als Organisation lassen jedoch ein solches Urteil als vorschnell erscheinen: Mit dem gleichen Enthusiasmus, mit dem er den Wert der Bildung gegen die Überforderung durch einen wachsenden Aufgabenkatalog verteidigt, untergräbt er die lieb gewonnenen Selbstbeschreibungsmuster und Formen des akademischen Betriebs.

Gerade die Essays zur Hochschule als Organisation stellen den größten Gewinn für die Hochschulforscherin dar. Während der Text zur Exzellenzinitiative die bekannte Argumentationsfigur erkennen lässt – politischer Enthusiasmus zeitigt kontraproduktive Resultate –, zielt der zweite Text eher auf die Vermeidung von Aufregungsschäden: Hier werden die oftmals empört zur Kenntnis genommene Versuche, Unternehmen als Leitbild für Hochschulen zu verankern, weniger als Kommerzialisierung denn als notwendige Auseinandersetzung mit Organisationsfragen gedeutet. Mobilisiert werden in beiden Texten mit sprachlicher Leichtigkeit die vertrauten organisationssoziologischen Erkenntnisse zu den Spezifika von Hochschulen, was sie zu einer hervorragenden Einstiegslektüre für hochschulbezogene Seminare macht.

Das größte Vergnügen bereiten jedoch die Essays zu den Geisteswissenschaften, die neben der kunstvollen Form der Zuspitzung vor allem durch ihre originelle Fragestellung und Argumentation gefallen. So fragt Kaube ausgehend von der Feststellung, dass die Vorträge von Geisteswissenschaftlern – im Gegensatz zu naturwissenschaftlichen Referaten – zu meist eine Zumutung für das Publikum darstellen, da sie sich kaum von der Verlesung von Aufsätzen unterscheiden, nach der Funktion von Essays. Man erfährt darüber hinaus, dass Geisteswissenschaft – nicht zuletzt aufgrund der Schwierigkeiten, plausibel auf ihre Nützlichkeit zu verweisen – Aufmerksamkeit durch die beständige Initiierung neuer Moden erzeugen. Den Grund für diese Anfälligkeit für nichtwissenschaftliche Motive entdeckt Kaube in dem Bedürfnis, Themen und Perspektiven in Form sozialer Bewegungen zu organisieren, um so „Drittmittel, Umbruchgefühle, Kollektivbewußsein“ zu generieren (143).

Hochgradig polemisch widmet sich Kaube der von ihm beobachteten Indifferenz der Geisteswissenschaften gegen Ausbildungs- und Niveaufragen des Studiums. Statt ihre Studierenden denkbar schlecht ausgebildet ins Leben zu entlassen, sollten die Geisteswissenschaften ihnen mehr

Aufmerksamkeit zukommen lassen, etwa durch eine zugänglichere Lehre oder die klare Definition und das Abprüfung von Studienerfolg. Schließlich stellt Kaube mit einem gewissen Bedauern fest, dass in den Geistes- und Sozialwissenschaften kaum noch heftige Streits um größere wissenschaftliche Zusammenhänge ausgetragen werden. Als Ursachen dafür identifiziert er die zunehmende Spezialisierung der Forschung und die hohe wechselseitige Abhängigkeit der Wissenschaftler bei der Ressourcenverteilung, die bei Gutachten oder simulierter Gruppenforschung immer wieder aufeinander angewiesen seien.

Neben der hohen literarischen Qualität der Texte verdient der Sammelband vor allem deshalb Interesse, da seine Texte die Komplexität der vertrauten Problembeschreibungen steigern – sei es die einfache Zurechnung ungleicher Bildungschancen auf das Bildungssystem oder unternehmerischer Leitbilder auf den Neoliberalismus. Vor diesem Hintergrund enthält sich Kaube zumeist auch weiterreichender Lösungsvorschläge. Allerdings kann Aufklärung darüber, welche produktiven Aspekte bestimmte gesellschaftliche Einrichtungen trotz aller berechtigter Kritik auf ihrer Seite haben und welche nichtintendierten Nebenfolgen wünschenswerte Entwicklungen zeitigen, Hinweise darauf geben, was nicht oder nur zum Preis deutlicher Leistungsverluste geht – und vermutlich ist es genau das, was man von Wissenschaft erwarten kann. Kaube zeigt hier, dass dieses entgegen seiner eigenen Erwartung auch in der Form des Essays möglich ist.

Daniel Hechler (Halle-Wittenberg)

Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen in Ostdeutschland seit 1945¹

Peer Pasternack
Daniel Hechler
Tim Hutschenreuter
Halle-Wittenberg

1. Publikationen

Decker, Gunnar: *1965. Der kurze Sommer der DDR*, Hanser Verlag, München 2015, 493 S. € 26,-. Im Buchhandel.

Das 11. Plenum der SED, auch Kahlschlagsplenum genannt, beendete im Dezember 1965 eine kurze Ausbruchstimmung im wirtschaftspolitischen, kulturellen und wissenschaftlichen Bereich. Dieser Abschnitt der DDR-Geschichte wird hier detailliert rekonstruiert.

Deutscher Hochschulverband (Hg.): *25 Jahre Wiedervereinigung* (Forum H. 85), Bonn 2015, 138 S. € 11,80. Bezug bei: Deutscher Hochschulverband, Rheinallee 18-2, 53173 Bonn.

Der Sammelband vereint vornehmlich Reflexionen zur Entwicklung der ostdeutschen Hochschulen seit der deutschen Vereinigung, zumeist aus der Feder damals hochschulpolitisch aktiver Akteure.

Berthold, Christian / Markus F. Langer / Thimo von Stuckrad: *Stärken-Schwächen-Analysen für die ostdeutschen Hochschulsysteme. Entwicklung der Studiennachfrage und Sonderauswertungen aus dem Demographieatlas für das deutsche Hochschulsystem*, CHE Consult, o.O. [Berlin?], o.J. [2008], 22 S. Voll-

¹ Die Bibliografie erfasst ausschließlich *selbstständige* Publikationen: Monografien, Sammelbände, Broschüren, Zeitschriften-Ausgaben, sofern diese einen hier interessierenden thematischen Schwerpunkt haben, auch ausführlichere Internetveröffentlichungen und auf elektronischen Datenträgern publizierte Texte oder Filme. Aufgenommen werden Veröffentlichungen, die nach 1989 publiziert wurden. Soweit die hier verzeichneten Publikationen bis 2005 erschienen sind, stellen sie Nachträge zu folgender CD-ROM-Veröffentlichung dar, die an dieser Stelle fortlaufend ergänzt wird: Peer Pasternack: *Wissenschafts- und Hochschulgeschichte der SBZ, DDR und Ostdeutschlands 1945–2000. Annotierte Bibliografie der Buchveröffentlichungen 1990–2005*, unt. Mitarb. v. Daniel Hechler, HoF Wittenberg/Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Wittenberg/Berlin 2006, ISBN 3-937573-08-9, 10,- €, im Buchhandel oder über institut @hof.uni-halle.de

text unter <http://www.hochschulkampagne-ost.de/dateien/CHE-Demografie-Regionalanalysen.pdf>

Hermard, Jost: ***Vorbilder. Partisanenprofessoren im geteilten Deutschland***, Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2014, 310 S. € 34,90. Im Buchhandel.

Das Werk enthält Porträts von gesellschaftlich engagierten Professoren während des Kalten Krieges: u.a. des Kunsthistorikers Richard Hamann, des Romanisten Werner Krauss, des Wirtschaftshistorikers Jürgen Kuczynski, des Juristen und Politikwissenschaftlers Wolfgang Abendroth, des Musikwissenschaftlers Georg Knepler, des Literaturwissenschaftlers Hans Mayer und des Literaturhistorikers Werner Mittenzwei.

Herfurth, Dietrich: ***Der Nationalpreis der DDR. Zur Geschichte einer deutschen Auszeichnung. Mit allen Preisträgern, ihren Namen und Tätigkeitsgebieten***. Selbstverlag, Berlin 2006, 139 S. Bezug bei: Dr. Dietrich Herfurth, Kollwitzstraße 79, 10435 Berlin.

Mit dem Nationalpreis der DDR waren von 1949 bis 1989 5.101 Personen ausgezeichnet worden. Sie wurden in den Kategorien „Für Kunst und Literatur“ und „Für Wissenschaft und Technik“, in drei Klassen und an Einzelpersonen oder im Kollektiv vergeben. Mit Personenregister.

Hubrich, Dirk (Bearb.): ***Verleihungsliste zum Ehrentitel „Verdienter Hochschullehrer der DDR“ von 1975 bis 1989***, Deutsche Gesellschaft für Ordenskunde, o.O. 2013, 7 S.; URL <http://www.deutsche-gesellschaft-fuer-ordenskunde.de/DGOWP/wp-content/uploads/2013/06/VL-VHL-1975-1989.pdf>

Der Titel wurde 161mal verliehen. Die Liste führt Verleihungsdaten, Namen und Wirkungsstätten auf.

Hubrich, Dirk (Bearb.): ***Verleihungsliste zum Ehrentitel „Hervorragender Wissenschaftler des Volkes“ von 1952 bis 1989***, Deutsche Gesellschaft für Ordenskunde, o.O. 2014, 9 S.; URL <http://www.deutsche-gesellschaft-fuer-ordenskunde.de/DGOWP/wp-content/uploads/2013/06/VL-VHL-1975-1989.pdf>

Der Titel wurde 112mal verliehen. Die Liste führt Verleihungsdaten, Namen, Wirkungsstätten und Verleihungsbegründungen auf.

Hubrich, Dirk (Bearb.): ***Verleihungsliste zur „Humboldt-Medaille“ in Gold von 1975 bis 1989***, Deutsche Gesellschaft für Ordenskunde, o.O. 2013, 13 S.; URL <http://www.deutsche-gesellschaft-fuer-ordenskunde.de/DGOWP/wp-content/uploads/2013/06/268-VL-HM-G-1975-1989.pdf>

Die „Humboldt-Medaille“ wurde durch den Ministerrat der DDR 1975 in den Stufen Bronze, Silber und Gold gestiftet. Sie konnte für hervorragende Leistungen und langjährige treue Dienste bei der Erfüllung der Aufgaben des sozialistischen Hoch- und Fachschulwesens verliehen werden, insbesondere bei der sozialistischen Erziehung, Aus- und Weiterbildung und bei der Schaffung wissenschaftlicher, wissenschaftlich-organisatorischer und materiell-technischer Voraussetzungen für Lehre und Forschung. Die Verleihung erfolgte an Einzelpersonen und Kollektive bis zu sechs Mitgliedern, die an Hoch- oder Fachschulen tätig waren.

Bernhardt, Hannelore: *Eingefangene Vergangenheit. Streiflichter aus der Berliner Wissenschaftsgeschichte. Akademie und Universität* (Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften Bd. 38), trafo Wissenschaftsverlag, Berlin 2015, 308 S. € 34,80. Im Buchhandel.

Die Autorin war 1985–1991 Leiterin der Forschungsstelle Universitätsgeschichte der Humboldt-Universität. Der Band versammelt Aufsätze aus den Jahren 1989 bis 2013, die sich vor allem mit dem Zusammenwirken von Akademie und Universität vom Kaiserreich bis in die DDR auseinandersetzen. Im hiesigen Kontext interessieren – neben dem Vorwort „Erforshtes und Erlebtes“ von Herbert Hörz – besonders die folgenden Beiträge: „Gerhard Harig (1902–1966) – Leben und Werk in bewegter Zeit“, „In memoriam Josef Naas (1906–1993)“, „Kurt Schröder (1909–1978): Akademiemitglied und Universitätsrektor. Eine biographische Skizze“, „Über das wissenschaftliche Werk Friedrich Hernecks“, „Jubiläum im Schatten des Kalten Krieges. Der Beitrag der Mathematischen Institute zur 150-Jahrfeier der Humboldt-Universität im Jahre 1960“, „Universitätsgeschichtsschreibung an der Humboldt-Universität zu Berlin – Friedrich Herneck zum 100. Geburtstag“, „Streiflichter aus der Geschichte der Berliner Universität Unter den Linden. Jubiläen und Rektoratsantrittsreden“, „Über die Mathematische Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Fachsektion Geschichte, Philosophie und Grundlagen der Mathematik“ sowie „Robert Havemann (11.3.1910–9.4.1982) und die Deutsche Akademie der Wissenschaften“.

Ploenus, Michael: „... so wichtig wie das tägliche Brot“. *Das Jenaer Institut für Marxismus-Leninismus 1945–1990* (Europäische Diktaturen und ihre Überwindung. Schriften der Stiftung Ettersberg Bd. 10), Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2007, 355 S. Im Buchhandel.

Mit der „2. Hochschulreform“ von 1951 wurden an allen Hochschulen der DDR Institute gegründet, die ein gesellschaftswissenschaftliches Grundlagenstudium für Studierende sämtlicher Fachrichtungen verantworten sollten. Später zum „Marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium“ gewandelt, war dieses für die politisch-ideologische Durchdringung des Studiums zuständig. Die Untersuchung rekonstruiert die Geschichte der institutionellen Vorläufer, des Instituts für Gesellschaftswissenschaften und der Sektion Marxismus-Leninismus an der Universität Jena.

Duncker, Hermann: *Texte*, in: Marxistische Bibliothek, hrsg. von Mark Bär, Mainz o.J., URL https://web.archive.org/web/20051227200735/http://www.marxistische-bibliothek.de/_duncker.html

Duncker (1874–1960) war nach seiner Rückkehr aus dem US-amerikanischen Exil im Jahre 1947 Professor und Dekan der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock und von 1949 bis zu seinem Tod 1960 Direktor der Gewerkschaftshochschule „Fritz Heckert“ in Bernala bei Berlin. Er war als Herausgeber und Kommentator marxistischer Vordenker tätig und veröffentlichte stark zeitgebundene Schriften zu politiktheoretischen Fragen der kommunistischen Bewegungspraxis. Die Online-Dokumentation enthält u.a. zahlreiche Schriften aus der Nachkriegszeit, u.a. „Neuaufgabe des Marxschen ‚Kapitals‘“, „Zum Neudruck von Engels‘ ‚Anti-Dühring‘“, „Willensfreiheit? Ein Kapitel marxistischer Bewußtseinslehre“, „Marxismus und Aktivismus“, „Vorbemerkung zu Edward Bellamy“, „Zu Basis und Überbau“, „Der Marxsche Leitfaden zum Geschichtsstudium“, „Friedrich Engels über das Endziel der Arbeiterbewegung“, „Zum Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus“ und „Gewerkschaften und Weltanschauung“.

Kofler, Leo: *Vom Vagabunden zu Professor*, Regie: Thomas Grimm/Maik Roth, Zeitzeugen TV, Berlin 1992. 55 min.

Leo Kofler ging 1947 nach Halle/Saale, und lehrte dort als Professor Mittlere und Neuere Geschichte. Nach politischen Auseinandersetzungen trat er Anfang 1950 aus der SED aus und ging Ende des Jahres nach Köln.

Thompson, Peter / Slavoj Žižek (eds.): *The Privatization of Hope. Ernst Bloch and the Future of Utopia* (SIC Bd. 8), Duke University Press, Durham 2013, 336 S. ISBN 978-0-8223-5589-2. \$ 25.95 (Paperback). Im internationalen Buchhandel.

Das in seinem Hauptwerk „Das Prinzip Hoffnung“ (1959) entfaltete Konzept steht im Mittelpunkt des Werkes von Ernst Bloch (1885–1977). Hier, in „Die Privatisierung der Hoffnung“, werden Blochs Ideen auf ihre Verstehenspotenziale hin untersucht. In den Exzessen der zeitgenössischen kapitalistischen Gesellschaft sei Hoffnung im Blochschen Sinne zerstäubt, entsozialisiert und privatisiert worden. Autoren sind Roland Boer, Frances Daly, Henk de Berg, Vincent Geoghegan, Wayne Hudson, Ruth Levitas, David Miller, Catherine Moir, Caitríona Ní Dhúill, Welf Schröter, Johan Siebers, Peter Thompson, Francesca Vidal, Rainer Ernst Zimmermann und Slavoj Žižek.

Gutjahr-Löser, Peter / Dieter Schulz / Heinz-Werner Wollersheim (Hg.): *Theodor-Litt-Jahrbuches 2001/2002*, Leipziger Universitätsverlag 2002, 197 S. € 15,-. Im Buchhandel.

Im hiesigen Kontext interessieren die folgenden Beiträge: „Philosophie gegen Zeitgeist. Theodor Litts Behauptung der Philosophie als ‚Hüterin der Wahrheit‘ gegenüber dem Hegemonieanspruch von ‚Weltanschauung‘“ (Heinz-Werner Wollersheim), „Wissenschaft als das wache Gewissen der Nation. Theodor Litts Auseinandersetzung mit dem Marxismus“ (Rudolf Lassahn), „Theodor Litt und die Gründung der Pädagogischen Fakultät an der Universität Leipzig 1946“ (Konrad Krause) und „Die Rolle der Religion in Theodor Litts Pädagogik und Philosophie in seiner Leipziger Zeit“ (Georg-Siegfried Schmutzler).

Gaukel, Karen / Peter Gutjahr-Löser / Dieter Schulz: *Theodor Litt. Pädagoge und Philosoph. Sein Ringen um die Freiheit in Forschung und Lehre*, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2012, 68 S. € 14,-. Im Buchhandel.

Biografischer Abriss sowie Berichterstattung zu den Aktivitäten der Theodor-Litt-Gesellschaft und der Theodor-Litt-Forschungsstelle an der Universität Leipzig.

Heyer, Andreas (Hg.): *Wolfgang Harichs politische Philosophie* (Utopie und Alternative, Interdisziplinäre Ansätze der Forschung Bd. 5), Verlag Dr. Kovač, Hamburg 2012, 87 S. € 54,80. Im Buchhandel.

Mit Beiträgen von Andreas Heyer zum Staatsbegriff bei Wolfgang Harich und zur Position Harichs beim Streit um Brecht, Siegfried Prokops Rede anlässlich des zweiten Todestages Harichs und zur Alternativen Enquête-Kommission sowie von Alexander Amberg zum Spannungsfeld Bahro-Harich-Havemann.

Harich, Wolfgang: *Schriften aus dem Nachlass Wolfgang Harichs. Mit weiteren Dokumenten und Materialien*. 11 Bde. Hrsg. von Andreas Heyer, Tectum Verlag, Marburg 2013ff.

Bereits erschienen: Bd. 2: Logik, Dialektik und Erkenntnistheorie, 748 S.; Bd. 3: Widerspruch und Widerstreit. Studien zu Kant, 572 S.; Bd. 4: Herder und das Ende der Aufklärung, 638 S.; Bd. 5: An der ideologischen Front. Hegel zwischen Feuerbach und Marx, 816 S.; Bd. 7: Schriften zur Anarchie. Zur Kritik der revolutionären Ungeduld und Die Baader-

Meinhof-Gruppe, 484 S. Erscheinen geplant: Bd. 1: Frühe Schriften; Bd. 6: Vorlesungen zur Philosophiegeschichte; Bd. 8: Kunst, Kultur und Anthropologie; Bd. 9: Marxismus und Philosophie; Bd. 10: Pläne, Gutachten und Reformschriften; Bd. 10: Register, Biographie und Autobiographie.

Amberger, Alexander: *Bahro – Harich – Havemann. Marxistische Systemkritik und politische Utopie in der DDR*, Ferdinand Schöningh, Paderborn 2014, 329 S. € 39,90. Im Buchhandel.

Die Grenzen des ungebremsen Wirtschaftswachstums und Fragen der Ökologie wurden auch durch die DDR-Opposition diskutiert. In Reaktion auf diese Fragen entwickelten Bahro („Die Alternative“), Harich („Kommunismus ohne Wachstum?“) und Havemann („Morgen“) Utopien, die Sozialismus und Ökologie miteinander verbinden sollten.

Crome, Erhard / Udo Tietz (Hg.): *Dialektik. Arbeit. Gesellschaft. Festschrift für Peter Ruben*, WeltTrends Verlag, Potsdam 2013, 237 S. € 39,90. Im Buchhandel.

Der Philosoph Peter Ruben (*1933) war ab 1975 am Zentralinstitut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR im Bereich „Dialektischer Materialismus“ tätig. 1981 wurde Ruben aus der SED ausgeschlossen und mit Lehr- und Publikationsverbot belegt. Nach dem Umbruch 1989 war er Direktor des Zentralinstituts für Philosophie und dann wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Europa-Universität Frankfurt/Oder. U.a. mit folgenden Beiträgen: „Analytik und Dialektik. Anmerkungen zu Peter Rubens Philosophiekonzeption“ (Camilla Warnke), „Der im Irr-Garten des Socialismus herumtaumelnde Spinoziste. Blätter und Steine aus dem Nachlaß zu Lebzeiten“ (Manfred Lauermann), „Belebungsversuche einer philosophischen Dialektik-Debatte in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie 1978–1982“ (Hans-Christoph Rauh), „Warum objektiver Idealismus? Eine Anmerkung zu Peter Ruben als philosophischem Wissenschaftshistoriograph und seiner aktuellen Bedeutung“ (Oliver Schlaudt), „Wie erkennen wir echte physikalische Größen? Zu den Anregungen Peter Rubens zum Programm der physikalischen Selbstbegründung“ (Bruno Hartmann), „Wachstum oder Entwicklung? Straffas ‚Warenproduktion mittels Waren‘ und der berüchtigte Artikel von Peter Ruben und Hans Wagner“ (Rainer Land) sowie „Mit Peter Ruben über Gesellschaft nachdenken“ (Erhard Crome). Dem Hermann-Ley-Lehrstuhl an der Humboldt-Universität widmet sich der Beitrag „Der beherrschte Widerspruch. Ein offenes Forschungsprogramm“ (Rainer Schwarz).

Kopf, Eike: *Erinnerungen an die Hochschul- und MEGA-Stadt Mühlhausen in Thüringen 1959–1983*, Verlag Rockstuhl, Bad Langensalza 2013, 145 S. € 17,95. Im Buchhandel.

Kopf, Eike: *Erinnerungen eines Bollstedter Mühlhäusers an MEGA-Arbeiten in Erfurt und China 1983–2014*, Verlag Rockstuhl, Bad Langensalza 2014, 152 S. € 17,95. Im Buchhandel.

Eike Kopf war von 1967 bis 1991 als Hochschullehrer an der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen, wurde 1982 zum Professor für Philosophie berufen und arbeitete seit 1978 an der internationalen Marx-Engels-Gesamtausgabe mit.

Witte, Verena: *Wandel mit System? Eine Denkstilanalyse der Kybernetik in der DDR, ca. 1956 bis 1971*. Dissertation, Fakultät für Geschichtswissenschaft, Philosophie und Theologie an der Universität Bielefeld, Bielefeld 2011, 378 S. Volltext unter <https://pub.uni-bielefeld.de/download/2606800/2606801> und <http://dnb.info/1036974537/34>

Ausgehend von theoretisch-methodischen Überlegungen Ludwig Flecks wird die Rezeption von Kybernetik und Systemtheorie in der DDR beleuchtet. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Wechselspiel von Wissenschaft und Politik. Gezeigt wird dabei, wie sich die Etablierung und Institutionalisierung von Systemtheorie und Kybernetik vollzog und dieser anfangs geschmähte wissenschaftliche Ansatz in den 60er Jahren deutliche politische Relevanz gewann.

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, der Rektor (Hg.): *Alfred Jepsen – Forscher, Lehrer, Theologe. „Alfred Jepsen und sein Werk im Rückblick und Ausblick“* (Greifswalder Universitätsreden N.F. 101), Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Greifswald 2001, 39 S. Bezug bei: Universität Greifswald, Pressestelle, Domstraße 11, 17489 Greifswald; eMail: pressestelle@uni-greifswald.de

Der lutherische Theologe und Religionshistoriker Alfred Jepsen war von 1946 bis 1965 ordentlicher Professor an der Universität Greifswald. In den Jahren 1950/51 und 1961/62 war er Dekan der Theologischen Fakultät. Dokumentiert werden hier drei Reden zu Jepsens Werk, die aus Anlass seines 100. Geburtstages gehalten wurden.

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, der Rektor (Hg.): *In memoriam Ernst Lohmeyer (8. Juli 1890–19. September 1946). Gedenkveranstaltung am 19. September 1990 anlässlich des 100. Geburtstages und der Wiederkehr des Todestages* (Greifswalder Universitätsreden N.F. Nr. 59). Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Greifswald 1991, 16 S.

Der Theologe Ernst Lohmeyer (1890–1946) wurde 1946 seines Lehrstuhls für Theologie an der Universität Greifswald enthoben und von der Sowjetischen Geheimpolizei verhaftet und ermordet.

Krötke, Wolf: *Karl Barth und der „Kommunismus“. Erfahrungen mit einer Theologie der Freiheit in der DDR*, Theologischer Verlag, Zürich, Zürich 2013, 85 S. € 19,20. Im Buchhandel.

Wolf Krötke (*1938) nahm 1957 sein Studium der Theologie an der Karl-Marx-Universität Leipzig auf, wurde 1958 aus politischen Gründen zu fast zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Anschließend setzte er sein Studium am Katechetischen Oberseminar in Naumburg (Saale) und am Sprachenkonvikt Berlin fort. Nach seiner Promotion 1967 war Krötke u.a. ab 1970 als Studentenfarrer in Halle (Saale) und ab 1973 Dozent des kirchlichen Lehramts am Sprachenkonvikt in Berlin. Von 1991 bis zu seiner Emeritierung 2004 lehrte Krötke als Professor für systematische Theologie an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin. In den Beiträgen des Bandes rekonstruiert der Autor die Beziehung der evangelischen Theologie in der DDR zu Karl Barth als einer prägenden Figur.

Hein, Markus / Helmar Junghans (Hg.): *Die Professoren und Dozenten der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig von 1409 bis 2009* (Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte Reihe A Bd. 8), Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2009, 363 S. € 58,-. Im Buchhandel.

Im hiesigen Kontext interessieren vor allem die Ausführungen zu Anstellungen und Promotionen der Professoren und Dozenten der Theologischen Fakultät Leipzig sowie die chronologische Tabelle der Fächerbesetzung seit 1945. Darüber hinaus finden sich Biogramme der Professoren und Dozenten an der evangelisch-lutherischen Theologischen Fakultät sowie der Lektoren für Hebräisch, Latein und Griechisch seit 1951.

Hoenen, Raimund / Peter Lehmann / Konrad von Rabenau / Ulrich Schröter (Hg.): ***Katechetisches Oberseminar Kirchliche Hochschule Naumburg (Saale) (1949–1993). Erinnerungszusammenkunft in Naumburg und Schulpforte 3.–5. Juli 2009. Dokumente und Berichte***, o.O. [Wernigerode] o.J. [2009], 59 S. Im antiquarischen Buchhandel.

Die Kirchliche Hochschule in Naumburg (Saale) wurde 1949 unter der Bezeichnung Katechetisches Oberseminar gegründet und diente zur Ausbildung von Pfarrern und Katecheten für die evangelischen Kirchen der DDR. 1990 erhielt sie den Hochschulstatus. 1993 wurde sie auf Beschluss der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen aufgelöst. Das Heft dokumentiert neben Zeitzeugenerinnerungen auch Auszüge aus bereits veröffentlichten Texten, die vornehmlich Inhalte und Organisation der Lehre reflektieren.

Heitkamp, Sven: ***Walter Markov. Ein DDR-Historiker zwischen Parteidoktrin und Profession*** (Hochschulschriften Bd. 5), Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2003, 250 S. € 12,50. Im Buchhandel.

Nicht nur seine fachliche Exzeptionalität, sondern auch sein 1951 erfolgter Parteiausschluss drängten Markov in eine Sonderrolle innerhalb der DDR-Geschichtswissenschaft. Das Spannungsverhältnis von Parteidoktrin und Professionalität steht im Mittelpunkt der Beschreibung dieser ungewöhnlichen wissenschaftlichen Vita.

Nakath, Detlef (Hg.): ***DDR-Geschichte. Bilder & Zerrbilder. Siegfried Prokop zum 70. Geburtstag***, Karl Dietz Verlag, Berlin 2010, 340 S. Im Buchhandel.

In der Jubiläumsschrift werden aktuelle Forschungsergebnisse zur Geschichte der DDR und ihrer Verarbeitung in unterschiedlichen Kontexten vorgestellt. Siegfried Prokop (*1940) war Hochschullehrer an der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin.

Maron, Monika: ***Stille Zeile Sechs. Roman***, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1991, 219 S. € 8,95. Im Buchhandel.

Eine 42jährige Historikerin beschließt in der DDR der 80er Jahre, ihren Kopf von der Erwerbsarbeit zu befreien, um ihre intellektuellen Fähigkeiten nur noch für ihre eigenen Interessen zu nutzen. Gelegenheitsarbeiten müssen aber übernommen werden. So auch die eines ehemals mächtigen Funktionärs und Professors, dessen gelähmte rechte Hand sie ersetzen und seine Memoiren aufschreiben soll. Ihr Vorsatz, dabei ihren Kopf auszuschalten, lässt sich nur schwer umsetzen. Es kommt zu einem Kampf um das Stück Geschichte, das beider Leben ausmacht.

Ruge, Wolfgang: ***Zur Geschichtsschreibung der DDR: Der Umgang mit dem Nationalsozialismus***, Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft, Jena 1993, 16 S.

Kim, Sang Mu: ***Transformation und Lerninhalte. Eine vergleichende Analyse der DDR-Darstellung in den Lehrplänen und Schulbüchern in Ostdeutschland vor und nach der Vereinigung***. Dissertation, Universität Heidelberg, Heidelberg 2003, 296 S. Volltext unter <http://d-nb.info/979908051/34>

Die Studie untersucht den Wandel der DDR-Darstellung in den Lehrplänen und Schulbüchern Ostdeutschlands vor und nach der deutschen Vereinigung anhand der Unterrichtsfächer Geschichte und Staatsbürgerkunde/Politische Bildung. Die Untersuchung bezieht sich auf den Zeitraum 1949 bis 2002.

Peter, Hartmut Rüdiger: *Osteuropakunde in Halle: Arbeitsschwerpunkte und Lehrangebote*, Institut für Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle (Saale) 1999. 22 S. Bezug bei: Martin-Luther-Universität, Philosophische Fakultät I, Institut für Geschichte, 06099 Halle.

Die Broschüre umfasst Angaben über Institutionen, Forschungsschwerpunkte, beteiligte Wissenschaftler, aktuelle Projekte und jüngere Publikationen zur Osteuropa-Forschung in Halle.

Beck, Friedrich / Wolfgang Hempel / Eckart Henning (Hg.): *Archivistica docet. Beiträge zur Archivwissenschaft und ihres interdisziplinären Umfelds* (Potsdamer Studien Bd. 9), Verlag für Berlin-Brandenburg, Potsdam 1999, 788 S. € 97,-. Im Buchhandel.

Im hiesigen Kontext interessieren vor allem die folgenden Beiträge: „Im Dienste gesamtdeutscher Archivarbeit und Literaturforschung. Willy Flachs Direktorat im Goethe- und Schiller-Archiv Weimar 1954 bis 1958“ (Volker Wahl), „Interrelation und Disparität – Probleme eines Archivs der Künste. Ein Diskussionsangebot“ (Volker Kahl), „Vom Zentralen Archiv der Akademie der Wissenschaften der DDR zum Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften“ (Wolfgang Knobloch), „Das Archivwesen der Volkswirtschaft der DDR“ (Heike Schroll), „‘Auf jeden Fall soll die Qualität des Archivstandes gewahrt werden‘. Eine Denkschrift von 1948 zur künftigen Ausbildung des wissenschaftlichen Archivarnachwuchses in Potsdam und Berlin in der Sowjetischen Besatzungszone“ (Volker Wahl), „‘De me ipso!’ Heinrich Otto Meisner und die Ausbildung archivarisches Nachwuchses in Potsdam und Berlin“ (Botho Brachmann/Klaus Klauß), „Zur Situation des archivarisches Aus- und Fortbildung. Ein Diskussionsbeitrag aus der Sicht der kommunalen Archivpflege“ (Norbert Reimann), „Vom Lehrinstitut Frankfurt/Main zum Institut für Information und Dokumentation Potsdam“ (Wolfgang Hempel), „Anmerkungen zur neueren Geschichte der Archivarsausbildung in Potsdam“ (Helmut Knüppel), „Das Potsdamer Modell. Die Wissenschaftliche Hochschulausbildung für Archivare in Potsdam“ (Peter-Johannes Schuler), „Die Ausbildungsangebote der Fachhochschule Potsdam für den Archiv-, Bibliotheks- und Dokumentationsbereich“ (Eleonore Poetzsch), „Die ‚Brückenkurse‘ im Studiengang Archiv der Fachhochschule Potsdam 1992–1997“ (Hartwig Walberg), „Wissenschaftliche Dokumentare‘: Eine neue Berufschance für arbeitslose Akademiker? Zur Entwicklung einer Maßnahme der beruflichen Weiterbildung von 1986 bis 1997“ (Axel Holst) und „Trends und Perspektiven. Die Fortbildung zum/zur Wissenschaftlichen Dokumentar/in am Institut für Information und Dokumentation Potsdam“ (Christiana Thomas/Stefan Winneke). Dokumentiert wird zudem ein Verzeichnis der Diplomarbeiten und Dissertationen am Studiengang Archivwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

Velásquez Cuadros, Antje / Laurin Baumgardt / Lorenz Gosch / Johanna Uhrich (Hg.): *Vom Glück Ethnologie zu studieren. Zeitzeugenprojekt des Instituts für Ethnologie der Universität Leipzig*, Institut für Ethnologie an der Universität Leipzig, Leipzig 2014, 52 S. Bezug bei: Institut für Ethnologie an der Universität Leipzig, Schillerstraße 6, 04109 Leipzig.

Anlässlich des 100jährigen Bestehens des Instituts für Ethnologie an der Universität Leipzig wurden WissenschaftlerInnen und ehemaligen Studierenden zwei Fragen gestellt: „Wie kommt man dazu, Ethnologie zu studieren?“ und „Wie hat man in Leipzig Ethnologie studiert?“. Die Broschüre präsentiert die Interviews. Ein weiteres Kapitel widmet sich den Reiseerfahrungen der Interviewten.

Geisenhainer, Katja / Lothar Bohrmann / Bernhard Streck (Hg.): *100 Jahre Institut für Ethnologie der Universität Leipzig. Eine Anthologie seiner Vertreter*, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2014, 337 S. € 22,-. Im Buchhandel.

1914 wurde mit dem „Sächsischen Forschungsinstitut für Völkerkunde“ und dem „Ethnographischen Seminar“ in Leipzig die erste universitäre ethnologische Einrichtung im deutschsprachigen Raum gegründet. Sie diente als Vorbild für weitere Einrichtungen an anderen Universitäten und förderte die allmähliche Etablierung des Faches in der Weimarer Republik. Der Sammelband dokumentiert anlässlich des 100jährigen Bestehens des Instituts zeitgenössische Originaltexte von 13 Autoren, die mit dem Leipziger Institut in leitender Position verbunden waren oder zu seiner Profilierung beitrugen. Diese Beiträge werden jeweils (werk-)biografisch eingeführt durch heute am Institut tätige Wissenschaftler/innen. Im hiesigen Kontext interessieren: Eva Lips („Vorwort zu Julius Lips ‚Vom Ursprung der Dinge‘“ [1951]), Dietrich Treide („Die verschiedenen Seien der Kultur“ [1965]), Wolfgang Liedtke („Zum Studium sozialökonomischer Prozesse in afrikanischen und arabischen Ländern. Bericht über ethnographische Feldforschungen und über die Auswertung historischer Quellen“ [1980]), Helmut Reim („Kommentar zu Joseph-François Lafitau ‚Die Sitten der amerikanischen Wilden im Vergleich zu den Sitten der Frühzeit‘ [1724]“ [1987]), Reinhard Escher („Zum Stand der ethnischen Entwicklung und Nationbildung in Äthiopien vor der nationaldemokratischen Revolution von 1974“ [1987]).

Deimel, Claus / Sebastian Lentz / Bernhard Streck (Hg.): *Auf der Suche nach Vielfalt. Ethnographie und Geographie in Leipzig*, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig 2009, 508 S., € 19,90. Bezug bei: Leibniz-Institut für Länderkunde, Schongauerstraße 9, 04328 Leipzig.

Begleitbuch zu einer gemeinsam von Institut für Ethnologie und dem Leibniz-Institut für Länderkunde anlässlich des 600jährigen Gründungsjubiläums der Leipziger Universität initiierten Ausstellung im Grassi-Museum für Völkerkunde. Einen signifikanten Bezug zum Zeitraum 1945–1989 stellen die folgenden Beiträge her: „Afrikanische Sprachen und Literaturen an der Universität Leipzig“ (Thomas Geider), „Das Museum für Völkerkunde 1869–2009 – eine Chronik“ (Giselher Blesse), „Rundgänge in einer Welt. Geschichte der ständigen ethnographischen Ausstellung“ (Claus Deimel) sowie „‘Vom Reiten und Jagen, Fischen und Fangen.’ Über die Museumspädagogik am Leipziger Völkerkundemuseum“ (Carola Krebs/Katja Müller/Rainer Wagenknecht).

Reichenbach, Anke / Christine Seige / Bernhard Streck (Hg.): *Wirtschaften. Festschrift zum 65. Geburtstag von Wolfgang Liedtke* (Veröffentlichungen des Instituts für Ethnologie der Universität Leipzig, Reihe: Ethnographie Bd. 2), Escher Verlag, Gehren 2002, 310 S. € 49,80. Im Buchhandel

Wolfgang Liedtke (1937–2012) war seit 1955 Wissenschaftler am Institut für Ethnologie der Universität Leipzig. Die Festschrift umfasst neben einer biografischen Würdigung auch ein Schriftenverzeichnis des Ethnologen, der vornehmlich im Bereich der Wirtschaftsethnologie sowie der Ethnologie und Geschichte ehemaliger deutscher Kolonien arbeitete.

70 Jahre Goethe-Gesellschaft Dresden (1926–1996), Dresden 1996. 95 S. Im Antiquariatsbuchhandel.

Die Festschrift widmet sich der Geschichte der Dresdner Ortsvereinigung der Goethe-Gesellschaft, die 1945 aufgelöst worden war, 1962 als Untergliederung des Kulturbundes der DDR wieder auflebte und fortan in der „charakteristische[n] Spannung aus listiger Anpassung, Vorsicht und umsichtiger Nutzung jener Freiräume, die im Laufe der Jahre

größer wurden“, arbeitete. Mit Beiträgen von Wolfgang Bunzel, Günter Jäckel, Werner Keller, Werner Lippmann, Christoph Perels und Brigitte Umbreit.

Lux, Anna: **Räume des Möglichen. Germanistik und Politik in Leipzig, Berlin und Jena (1918–1961)** (Pallas Athene Bd. 50), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014, 506 S. € 76,-. Im Buchhandel.

Angelegt als eine Strukturgeschichte der Germanistik und als Beitrag zur systematischen Wissenschaftsgeschichte der Geisteswissenschaften, rekonstruiert die Arbeit das Verhältnis von Wissenschaft und Politik am Beispiel der Germanistik in Leipzig, Berlin und Jena über politische Zäsuren hinweg. Beleuchtet werden dabei die institutionellen Strukturen, wissenschaftlichen Diskurse wie die wissenschaftliche Praxis der Akteure. Im Zentrum steht die Leipziger Germanistik, die nicht zuletzt durch das zäsurübergreifende Wirken von Theodor Frings und Hermann August Korff von bemerkenswerter Kontinuität geprägt gewesen sei.

Gerlach, Rainer / Jürgen Schutte (Hg.): **Diesseits und jenseits der Grenze. Peter Weiss – Manfred Haiduk. Der Briefwechsel 1965 – 1982**, Röhrig Universitätsverlag, St. Ingbert 2010, 297 S. € 38,-. Im Buchhandel.

Bis zu seinem Tod stand der Schriftsteller und Maler Peter Weiss (1916–1982) mit dem DDR-Literaturwissenschaftler Manfred Haiduk (*1929) in regem Briefkontakt. Der Band dokumentiert auch drei Texte von Haiduk zu Peter Weiss in der DDR.

Geburtig, Gerd (Hg.): **Instandsetzungspraxis an der Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar**, Fraunhofer IRB Verlag, Stuttgart 2009, 168 S. € 39,-. Im Buchhandel.

Neben einer Einführung zur Baugeschichte der Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek widmet sich die Publikation vor allem dem Brand der Bibliothek und den daraus resultierenden Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen. Resümiert werden der Wiederaufbau der Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek.

Wissenschaftsrat: **Stellungnahme zur Klassik Stiftung Weimar** (Drs. 1242-11), Jena, 27.5.2011, 92 S.; URL <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/1242-11.pdf>

Der Wissenschaftsrat hatte in seiner ersten Stellungnahme zu der damals noch „Stiftung Weimarer Klassik und Kunstsammlungen“ genannten Institution 2004 empfohlen, eine Strukturkommission einzusetzen, die ein Konzept für die Neustrukturierung der Stiftung entwickeln sollte. In einer weiteren Stellungnahme von 2005 stimmte der Wissenschaftsrat den Empfehlungen im Gutachten dieser Strukturkommission zu. Er empfahl, zur Überprüfung der Umsetzung im Jahr 2010 eine erneute externe Evaluierung der Stiftung durchzuführen. Deren Ergebnisse liegen hier vor.

Schlott, Michael (Hg.): **Wege der Aufklärung in Deutschland. Die Forschungsgeschichte von Empfindsamkeit und Jakobinismus zwischen 1965 und 1990 in Experteninterviews** (Abhandlungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Philologisch-historische Klasse, Bd. 83), Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, in Kommission bei S. Hirzel Verlag, Stuttgart/Leipzig 2012, 842 S. € 96,-. Im Buchhandel.

Basierend auf 21 dokumentierten Interviews mit Literaturwissenschaftlern und Historikern, die sich in den Forschungsbereichen „Jakobinismus“ und „Empfindsamkeit“ mit wegweisenden Beiträgen ausgewiesen hatten, wird die Forschungsgeschichte dieses Themengebie-

tes rekonstruiert. Sichtbar werden durch diese exemplarische Rekonstruktion eines Kapitels der Wissenschaftsgeschichte nicht nur die Fachinteressen und interdisziplinären Konstellationen. Beleuchtet finden sich auch die Fachentwicklungen in Ost- und Westdeutschland im Bezugspunkt politischer und ideologischer Perspektiven. In einer 200seitigen Einleitung führt der Herausgeber umfassend in die Geschichte des Forschungsgebietes von Empfindsamkeit und Jakobinismus ein. Im hiesigen Kontext interessieren vor allem die Interviews mit den in der DDR tätig gewesenen Wissenschaftlern: Hans-Dietrich Dahnke, Martin Fontius, Walter Müller-Seidel, Claus Träger, Peter Müller, Peter Weber, Klaus-Georg Popp und Heinrich Scheel.

Zieske, Lothar: *Schreibend überleben, über Leben schreiben. Aufsätze zu Victor Klemperers Tagebüchern der Jahre 1933 bis 1959*, Hentrich & Hentrich Verlag, Berlin 2013, 227 S. € 17,90. Im Buchhandel.

Im hiesigen Kontext interessieren vor allem die Aufsätze „'Zwischen allen Stühlen' ‚Zeugnis ablegen bis zum Letzten‘ – Dynamiken in Klemperers Biographie“ und „Victor Klemperers ‚Humanismus‘-Essay (1953) und seine Bemühungen um den Erhalt der Alten Sprachen als Schulfächer in der SBZ und in der DDR (1949–1953)“.

Nowojski, Walter: *Victor Klemperer (1881–1960). Romanist – Chronist der Vorhölle* (Jüdische Miniaturen Bd. 9). Hentrich und Hentrich, Teetz 2004, 64 S. € 5,90.

Die kurze Biografie Victor Klemperers fokussiert auf die Zeit bis 1945, informiert jedoch in einem abschließenden Kapitel auch über die letzten Lebensjahre des Romanisten in der SBZ/DDR.

Rüttinger, Denise: *Schreiben ein Leben lang. Die Tagebücher des Victor Klemperer*, transcript Verlag, Bielefeld 2011, 474 S. € 35,80. Im Buchhandel.

Im hiesigen Kontext interessiert vor allem die kursorische Darstellung der späten Karriere Klemperers in der DDR zwischen 1945 und 1960 sowie die Aufarbeitung der Rezeptionsgeschichte von Klemperers Tagebüchern.

Suhling, Ursula: *Rebellische Literatur – Quelle moralischer Kraft. Hedwig Voegt (1903 bis 1988). Erinnerungen und Biographisches*, Willy-Bredel-Gesellschaft – Geschichtswerkstatt, Hamburg 2007, 81 S. € 4,80. Bezug bei: Willy-Bredel-Gesellschaft, Im Grünen Grunde 1c, 22337 Hamburg.

Hedwig Voegt wurde 1948 – im Alter von 45 Jahren – von der KPD zum Studium in der Sowjetischen Besatzungszone delegiert und studierte Literaturwissenschaft und Publizistik in Leipzig. 1952 promovierte sie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. 1955 wechselte sie an die Fakultät für Journalistik der Universität Leipzig und wurde 1959 Professorin für literarische Publizistik und Stilistik. Zugleich leitete sie das Institut für literarische Publizistik und Stilistik. Wissenschaftlich befasste sie sich mit deutscher jakobinischer Literatur und gab Werke von Georg Friedrich Rebmann, Johann Heinrich Voß sowie Knigge heraus.

Wilms, Günter: *Aus- und Weiterbildung der Schuldirektoren in der DDR. Das Institut für Leitung und Organisation des Volksbildungswesens – ein Institut der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR* (nexus:schule Bd. 2), Verlag Wiljo Heinen, Berlin/Böklund 2013, 127 S. € 12,-. Im Buchhandel.

Das Institut für Leitung und Organisation des Volksbildungswesens (ILO) wurde 1961 gegründet. Der Autor war von 1961 bis 1966 als Abteilungsleiter im Ministerium für Volks-

bildung für die Gründung und Entwicklung des Instituts verantwortlich, wirkte von 1967 bis 1970 sowie von 1980 bis 1990 als sein Direktor und war zwischen 1970 und 1979 als Vizepräsident der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR ebenfalls für die Arbeit des Instituts zuständig.

Kalb, Lothar: *Sendboten Olympias. Die Geschichte des Ausländerstudiums an der DHfK Leipzig*, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2008, 311 S. € 29,-. Im Buchhandel.

Der Autor, selbst 28 Jahre an der Deutschen Hochschule für Körperkultur Leipzig für das Studium ausländischer Studierender zuständig, beleuchtet Inhalte und Formen des Studiums sowie der Kooperationen mit den beteiligten Entwicklungsländern.

Viereck, Gunther: *Johann Heinrich von Thünen. Ein Klassiker der Nationalökonomie im Spiegel der Forschung*, Krämer Verlag, Hamburg 2006, 300 S. € 34,80. Im Buchhandel

Im hiesigen Kontext interessiert vor allem das Kapitel zur Thünen-Forschung zwischen 1945 und 1960 in der DDR.

Meuser, Philipp: *Schlossplatz Eins. European School of Management and Technology*, DOM Publishers, Berlin 2009, 158 S. € 38,-. Im Buchhandel.

Das ehemalige Staatsratsgebäude wird seit 2006 von der privaten Wirtschaftshochschule European School of Management and Technology (ESMT) als Campus genutzt. Das Gebäude, das als Prototyp der DDR-Moderne gilt, steht seit 1993 unter Denkmalschutz und wurde aufwendig saniert. Primär unter architektonischen Gesichtspunkten wird hier seine Geschichte sowie der zeitgenössische Umgang mit dem baulichen Erbe rekonstruiert.

Voigt, Matthias: *Staats- und rechtswissenschaftliche Forschungsplanung zwischen II. und III. sozialistischer Hochschulreform. Anspruch und Wirklichkeit am Beispiel der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin* (Rechtsgeschichtliche Studien Bd. 64), Verlag Dr. Kovač, Hamburg 2013, 297 S. € 89,80. Im Buchhandel.

Die Arbeit rekonstruiert die Geschichte der ostdeutschen Planungs- und Leitungsstrukturen der rechtswissenschaftlichen Forschung nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Überführung der Berliner Juristischen Fakultät in die Sektion für Rechtswissenschaft und Kriminalistik 1968.

Seiffert, Wolfgang: *Selbstbestimmt. Ein Leben im Spannungsfeld von geteiltem Deutschland und russischer Politik*, Ares Verlag, Graz 2006, 216 S. € 19,90. Im Buchhandel.

Wolfgang Seiffert (1926–2009) besuchte als Kriegsgefangener von 1947 bis 1948 die Antifaschistische Frontschule Nr. 2041 in der Nähe von Gorki. Nach seiner Entlassung aus der Gefangenschaft betätigte er sich in der Bundesrepublik ab 1950 als hauptamtlicher Funktionär der FDJ. Nach deren Verbot 1951 hatte er eine Position als Funktionär der KPD inne. Aufgrund fortgesetzter Kontakte zum Zentralrat der FDJ in Ost-Berlin wurde er 1953 verhaftet und nach zweijähriger Untersuchungshaft zu einer vierjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. 1956 floh er aus dem Gefängnis in die DDR. Von 1956 bis 1959 studierte er an der Humboldt-Universität Rechtswissenschaften und wurde dort nach seiner Promotion wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Erfinder- und Urheberrecht. Er habilitierte sich 1967 und wurde zum Professor an das Institut für ausländisches Recht und Rechtsvergleiche an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft in Potsdam-Babelsberg beru-

fen. Nicht zuletzt aufgrund früherer persönlicher Bekanntschaft wurde er Honeckers Berater und wirkte zudem in der Juristischen Kommission des RGW, als Richter am Schiedsgericht an der Kammer für Außenhandel der DDR und Vizepräsident der Gesellschaft für Völkerrecht der DDR. Im Rahmen einer Gastprofessur siedelte er mit Erlaubnis Honeckers im Februar 1978 nach Kiel um. Dort wurde er Leiter des Instituts für Osteuropäisches Recht.

Mitglieder der Juristenfakultät der Universität Leipzig (Hg.): ***Festschrift der Juristenfakultät zum 600jährigen Bestehen der Universität Leipzig***, Duncker & Humblot, Berlin, 710 S. € 98,-. Im Buchhandel.

Im hiesigen Kontext interessieren vor allem die folgenden Beiträge: „Arbeits- und Sozialrecht in Forschung und Lehre an der Leipziger Juristenfakultät“ (Wolfgang Gitter), „Pluralistische und sozialistische Rechtstheorie des subjektiven Rechts. Vom marxistisch-leninistischen Pflichtrecht als Aufgabennorm zum demokratischen Teilhaberecht“ (Karl-Heinz Fezer) und „Jahre des Wiederaufbaus – Leipzig 1993 bis 1998“ (Walter Gropp).

Simon-Ritz, Frank / Klaus-Jürgen Winkler / Gerd Zimmermann (Hg.): ***aber wir sind! wir wollen! und wir schaffen! Von der Großherzoglichen Kunstschule zur Bauhaus-Universität Weimar 1860–2010***, Bd. 2: 1945/46–2010, Bauhaus-Universität, Weimar 2012, 504 S.

Der Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg stand zunächst im Zeichen einer Anknüpfung an die Bauhaus-Tradition. Doch spätestens mit der Formalismusedebatte und der Schließung der Abteilung bildende Kunst Anfang der 50er Jahre war die Neuausrichtung der Hochschule auf die Fächer Architektur und Bauwesen besiegelt. Im hiesigen Kontext interessieren dabei folgende Beiträge: Ulrich Wieler: „Die Weimarer Hochschule von 1945 bis 1954“; Anne Hoormann: „Von der Bauhaus-Idee zur Formalismus-Debatte. Kunstausbildung an der Staatlichen Hochschule für Baukunst und bildende Künste“; Norbert Korrek: „Zur Bauhaus-Rezeption an der Weimarer Hochschule von 1945 bis 1979“; Michael Eckardt: „Die dritte Hochschulreform an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar“; Steffen de Rudder: „Die Architekturausbildung an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar von 1968 bis zur Wende“; Max Welch Guerra: „Räumliche Planung und Reformpolitik an der HAB Weimar“; Ekkehard Schönherr: „Die Umstrukturierung der HAB Weimar zur Bauhaus-Universität, 1988–1996“; Karl Schawelka: „Die Fakultät Gestaltung“; Lorenz Engell: „Die Fakultät Medien“; Egon Schirmbeck: „Die Fakultät Architektur nach der Wende“; Gerd Zimmermann: „Bauhaus-Universität Weimar – Zur Genesis einer Vision“; Klaus-Jürgen Winkler: „Die Hochschulgeschichte in einer Übersicht“.

Stadt- und Kreissparkasse Leipzig (Hg.): ***Die Leipziger Schule. blick in die sammlung***, 7 Bände, Leipzig, 2001–2006, je 128 S. Je € 10,-. Bezug bei: Kunsthalle der Sparkasse Leipzig, Constanze Treuner, Otto-Schill-Straße 4a, 04109 Leipzig; eMail: Constanze.Treuner@Sparkasse-Leipzig.de

Die Leipziger Schule war dadurch, dass ihre wesentlichen Vertreter verschiedener Generationen, überwiegend auch Hochschullehrer an der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig waren, eng mit der HGB-Entwicklung verflochten. Die Ausstellungskataloge enthalten neben einem umfangreichen Bildteil stets auch einen einführenden Text von Claus Baumann: „Die Leipziger Schule. Neun Kapitel für einen noch umstrittenen Begriff“ (Band 1), „Die Leipziger Schule. Weitere sechs Kapitel zum Begriff der Leipziger Schule“ (Band 2), „Rückblick und Vorschau anbeacht der Leipziger Schule“ (Band 3), „Die Leipziger Schule. Die Leipziger Schule und ihr Mythos“ (Band 4), „Die Leipziger Schule. Die Leipziger Schule in der Historie“ (Band 5); „Die Leipziger Schule. Die Leipziger Schule – Die Neue und die Alte?“ (Band 6) und „Die Leipziger Schule. Zur Konzeption der Sammlung“ (Band 7).

Poppe, Birgit: *Freizeit und Privatleben in der Malerei der DDR: Formen und Funktionen neuer Motive der Leipziger Schule nach 1970* (Europäische Hochschulschriften Reihe 28, Bd. 355), Peter Lang Verlag, Frankfurt a.M. 2000, 312 S. € 44,50. Im Buchhandel.

Im hiesigen Kontext interessieren vor allem die Erläuterungen zu den Begriffen Leipziger Malerei und „Leipziger Schule“ sowie die Beleuchtung der in der DDR diskutierten Begriffe und Kategorien „Dialogbild“, „Konfliktbild“, „Zeitgenosse“, „Milieuporträt“ und „Sozialistisches Genre“.

Blume, Julia (Red.): *Über das Vergnügen, Bücher zu machen. 1955–1995. Vierzig Jahre Institut für Buchkunst an der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig. Mit einer Bibliografie der Drucke der Hochschule seit 1945*, Hochschule für Grafik und Buchkunst, Leipzig o.J. [1995], 215 S. Bezug bei: Pressestelle, Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig, Wächterstr. 11, 04107 Leipzig; eMail: presse@hgb-leipzig.de

Im hiesigen Kontext interessieren die folgenden Beiträge: „Zur Geschichte der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig zwischen 1945 und 1955“ (Anneliese Hübscher), „Zur Geschichte des Instituts für Buchgestaltung zwischen 1955 und 1989“ (Julia Blume), „Bücher und Mappenwerke der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig“ (Julia Blume), „Seit 1990: Institut für Buchkunst“ (Günter Jacobi) sowie die Dokumentationen „Institutsdrucke von Lehrern, Meisterschülern und Absolventen der Hochschule“ und „Bibliografie der Drucke der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig mit Abbildungen von Studienarbeiten seit 1945“.

Litt, Dorit (Hg.): *Ulrich Knispel. Der Fall Ahrenshoop. Eine Dokumentation*, Staatliche Galerie Moritzburg Halle/Burg Giebichenstein – Hochschule für Kunst und Design/Hochschule der Künste Berlin, Berlin/Halle 1994, 39 S. € 1,-. Bezug bei: Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle, Hochschulbibliothek, Seebener Str. 193, 06108 Halle; eMail: frauendo@burg-halle.de

Ein Studienaufenthalt des Grundsemesters der Burg Giebichenstein in Ahrenshoop unter Leitung von Ulrich Knispel bot 1951 den Anlass für eine exemplarische Aktion gegen den vermeintlichen Formalismus an der haleschen Kunsthochschule. Dokumentiert wird hier eine Auswahl von Archivquellen und Pressemitteilungen, die im Kontext der Diskussion um das Ahrenshooper Ereignis entstanden.

Wissenschaftsrat (Hg.): *Stellungnahmen zu Instituten der Blauen Liste. Band VIII: Raumwissenschaftliche Institute der Blauen Liste*, Köln 2000, 180 S. Bezug bei: Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Brohler Straße 11, 50968 Köln; eMail: post@wissenschaftsrat.de

Im hiesigen Kontext interessieren die Stellungnahmen zum Institut für Länderkunde Leipzig, zum Institut für ökologische Raumentwicklung Dresden und zum Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner. Sie dokumentieren die Neustrukturierungen der Institute, die in den 90er Jahren aus vormaligen DDR-Instituten geformt worden waren.

Langer, Inghard (Hg.): *Menschlichkeit und Wissenschaft. Festschrift zum 80. Geburtstag von Reinhard Tausch*, GwG-Verlag, Köln 2001, 568 S. € 29,-. Im Buchhandel.

Der Hamburger Psychologe Reinhard Tausch gilt als Pionier der klientenzentrierten Psychotherapie, insbesondere der Gesprächspsychotherapie, in der Bundesrepublik. Vor allem

in den 1970er und 1980er Jahren fand die Gesprächspsychotherapie auch in der DDR weite Verbreitung. Im hiesigen Kontext interessieren die Beiträge, die aus autobiografischer Perspektive diese Rezeption in der DDR reflektieren: „Das Selbst zu sein, das man in Wahrheit ist... Persönliche Reflexionen über die Ausbildungsanfänge der Gesprächspsychotherapie in der DDR“ (Henriette Petersen) und „Mein virtueller Fahrlehrer“ (Helga Schubert). Im in engem wissenschaftlichem Kontakt mit Reinhard Tausch stand auch Johannes Helm, der als Professor für Klinische Psychologie an der Humboldt-Universität zu Berlin maßgeblich zur Entwicklung der wissenschaftlichen Gesprächspsychotherapie in DDR beigetragen. Er ist hier mit eigenen Bildern und Gedichten vertreten.

Hanrath, Sabine: *Zwischen ‚Euthanasie‘ und Psychiatriereform. Anstaltspsychiatrie in Westfalen und Brandenburg: Ein deutsch-deutscher Vergleich (1945–1964)* (Forschungen zur Regionalgeschichte Bd. 41). Hrg. vom Westfälischen Institut für Regionalgeschichte/Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Schöningh Verlag, Paderborn/München/Wien/Zürich 2002, 509 S.

Neben dem anstaltspsychiatrischen Alltag in der Nachkriegszeit werden auch die wissenschaftlichen Paradigmen, die dieser Alltagsgestaltung zugrunde lagen, verhandelt: „Ideologische Säuberung“: Studienpläne, Lehrbücher und medizinische Fachzeitschriften“; „Pawlow in der Psychiatrie“; „Der ‚Fachausschuss für Psychiatrie‘ beim Ministerium für Gesundheitswesen“; „Reformbeginn: Die ‚Rodewischer Thesen‘ (1963)“.

Bundesminister für Gesundheit (Hg.): *Zur Lage der Psychiatrie in der ehemaligen DDR. Bestandsaufnahme und Empfehlungen*, o.O. [Bonn] 1991, 201 S.; URL <http://www.apk-ev.de/publikationen/BMG-Bestandsaufnahme%20und%20Empfehlungen.pdf>; <http://www.thelabelfinder.com/berlin/lunor/shops/DE/164669/0/2950159>

Der Bericht befasst sich vorrangig mit der Anstaltspsychiatrie und behandelt die universitäre/universitätsklinische Psychiatrie nur am Rande. In die Bestandsaufnahme der Kliniken sind aber auch die psychiatrischen Universitätskliniken einbezogen. Zudem dokumentiert der Bericht, dass die vornehmlich aus den Universitäten heraus initiierten Reforminitiativen, wie sie in den Rodewischer oder den Brandenburger Thesen formuliert worden waren, hinsichtlich ihrer flächendeckenden Umsetzung in den Anfängen stecken geblieben waren. Sie hatten nur in wenigen nichtuniversitären Einrichtungen zu dauerhaften und tiefgreifenden Verbesserungen der Lage der psychisch Kranken geführt. Zugleich wird konstatiert, dass sich die Polikliniken als Hauptträger der ambulanten Versorgung entwickelt und sich damit die Möglichkeit der Entwicklung multiprofessioneller ambulanter Behandlungszentren ergeben haben, die die Einheit von medizinischer Behandlung und psychosozialer Betreuung realisieren konnten.

Spaar, Horst (Hg.): *Dokumentation zur Geschichte des Gesundheitswesens der DDR. Teil V: Das Gesundheitswesen der DDR in der Periode der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und unter dem Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik (1971–1981). Teil A und B* (Veröffentlichungen der Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft H. 37/38). Berlin 2002. 136 S + 178 S. € 16,80 + € 18,80. Im Buchhandel.

Im hiesigen Kontext interessieren vor allem die folgenden Beiträge: „Medizinische Wissenschaft und Forschung“ (Heinz David), „Medizinisch-wissenschaftliche Gesellschaft“ (Lothar Roland), „Aus- und Weiterbildung“ (Bodo Mros/Anita Rausch) und „Pharmazie, Apothekenwesen und Medizintechnik“ (Hans Probst/Dietmar Funke).

Bettin, Hartmut / Mariacarla Gadebusch Bondio (Hg.): **Medizinische Ethik in der DDR. Erfahrungswert oder Altlast?** Pabst Science Publishers, Lengerich/Berlin 2010. 160 S. € 20,-. Im Buchhandel.

Der Band widmet sich vor allem folgenden Fragen: Was kennzeichnete die medizinische Ethik in der DDR, und welche Besonderheiten gab es? Wie gestalteten sich die Ethikdiskussionen und das Arzt-Schwester-Patient-Verhältnis unter dem Einfluss des Staates und seiner Ideologie? Wie wurden in der Praxis unter den Bedingungen permanenten ökonomischen Mangels medizinische Probleme gelöst? Mit folgenden Beiträgen: Hartmut Bettin/Mariacarla Gadebusch Bondio: DDR-Medizin – Eine eigene Ethik?; Ernst Luther: Abriss zur Geschichte der medizinischen Ethik in der DDR; Stephan Tanneberger: Ethik in der medizinischen Forschung der DDR; Richard Toellner: Medizinische Ethik in der DDR aus Sicht des Arbeitskreises Medizinischer Ethik-Kommissionen in der BRD einschließlich Berlin (West); Susanne Hahn: Ethische Fragen und Problemlösungen des Schwesternberufes im DDR-Gesundheitswesen; Ernst Günther: Das Arztrecht in der DDR und seine Beziehung zur ärztlichen Ethik. Erfahrungen aus dem Umgang mit ärztlichen Fehlleistungen; Otto-Andreas Festge: Ethische Positionen bei der medizinischen Versorgung behinderter und kranker Kinder in der DDR; Herbert Meyer: Zur Entwicklung der Diskussion um die ärztliche Bewahrungspflicht in der DDR; Viola Schubert-Lehnhardt: Christlich-marxistischer Dialog – Rückblick auf Standpunkte zu medizinethischen Fragestellungen in der DDR; Günter Baust: Ethische Problemsituationen in der Intensivmedizin der DDR und heute; Hannelore Körner/Uwe Körner: In-vitro-Fertilisation, Embryotransfer und erste „Retortenkinder“ in der DDR; Uwe Körner/Hannelore Körner: Ethische Positionen zum vorgeburtlichen Leben und zur In-vitro-Fertilisation in der DDR

Schumacher, Gert-Horst: **Rückschau auf eine Vita mit 80 Jahren.** Rostock 2005. 90 S.

Schumacher (*1925) war bis zu seiner planmäßigen Emeritierung 1990 langjähriger Direktor des Anatomischen Instituts der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock.

Wulfert, Peter (Red.): **Karlsburg – Ein Dorf und sein Institut. Institut für Diabetes „Gerhardt Karsch“**, Institut für Diabetes „Gerhardt Karsch“, Karlsburg bei Greifswald 1990. 87 S. Im Antiquariatsbuchhandel.

Das Zentralinstitut für Diabetes „Gerhardt Karsch“ war die zentrale Leiteinrichtung der DDR zur Erforschung und Behandlung des Diabetes mellitus. Das Institut entstand zu Beginn der 1950er Jahre und bestand bis Ende 1990. Im hiesigen Kontext interessieren vor allem die folgenden Beiträge: „Der Start für das große Institut – Die Fundamente werden errichtet“ (Egon Brauns/Peter Wulfert), „Glückliche Kombination: Klinik und Forschung unter einem Dach – Ein erstarkendes Institut“ (Egon Brauns/Peter Wulfert), „Forschung im Institut – Aufbauen auf das Geleistete“ (Peter Wulfert/Wolf B. Gronwald) sowie eine Zeittafel.

Modelmog, Dieter: **Todesursachen sowie Häufigkeit pathologisch-anatomischer Befundkomplexe und Diagnosen einer mittelgroßen Stadt bei fast 100prozentiger Obduktionsquote. Eine Obduktionsanalyse unter Einbeziehung histologischer Untersuchungen zum gegenwärtigen Stellenwert der Pathologie** (Görlitzer Studie 1986/1987). Verlag Hänsel-Hohenhausen, Egelsbach/Köln/New York 1993, 170 S. + Anhang.

Auf der Basis einer breiten interdisziplinären Diskussion mit allen Ärzten der Stadt Görlitz waren 1986/1987 fast alle – 96,5 Prozent – innerhalb von zwölf Monaten Verstorbenen mit Wohnsitz Görlitz obduziert worden. Eine solche Studie war und ist bis heute einmalig. Zwi-

schen der Totenscheindiagnose (äußere Leichenschau) und dem Obduktionsbefund (innere Leichenschau) ergab sich im Grundleiden in 45 Prozent keine Übereinstimmung. Die Studie wird bis heute als Argument für die Notwendigkeit einer deutlichen Erhöhung der Sektionsquote angeführt, um zu einer deutlichen Verbesserung der amtlichen Todesursachenstatistik gelangen zu können.

Fachkrankenhaus für Lungenheilkunde und Thoraxchirurgie (Hg.): **50 Jahre FLT – Fachkrankenhaus für Lungenheilkunde und Thoraxchirurgie**, Berlin 2002, nicht pag.

Das FLT ist die klinische Nachfolgeeinrichtung des Forschungsinstituts für Lungenkrankheiten und Tuberkulose in Berlin-Buch, für das der Wissenschaftsrat 1991 die Einstellung der Forschungsarbeit und die Fortführung des klinischen Teils empfohlen hatte.

Gemeinsames Krebsregister (Hg.): **50 Jahre Krebsregistrierung. Das Gemeinsame Krebsregister (GKR) der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und der Freistaaten Sachsen und Thüringen 1953–2003**. Festschrift, Berlin 2003, 48 S. Volltext unter http://www.berlin.de/gkr/_assets/festschrift.pdf

Durch seine historische Dauer – es war 1953 in der DDR begonnen worden – liefert das Register eine in Deutschland andernorts nicht verfügbare Datenbasis. Daher wurde auch seine Fortexistenz nach 1990 gesichert. Die Festschrift widmet sich dem Aufbau der Krebsregistrierung in der DDR sowie der damaligen Organisation der Datenerhebung, -aufbereitung, -haltung und -analyse. Ein zweiter Teil stellt den 1995 begonnenen Neuaufbau als Krebsregister der ostdeutschen Länder dar.

Wolff, Horst-Peter: **Pflegegeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Erfahrungsbericht über fünf Jahre Lehrtätigkeit in der Studienrichtung Pflegepädagogik** (Schriften aus dem Institut für Pflegegeschichte Bd. 11). Qualzow 1998, 60 S.

Der Medizinpädagoge und Historiker Horst-Peter Wolff (*1934) gibt einen Überblick über seine Lehrtätigkeit an der Humboldt-Universität zu Berlin im Fachgebiet Pflegegeschichte. Es werden Studieninhalte und Wissensvermittlung, Studienergebnisse, Diplomarbeiten vorgestellt, daneben findet sich ein Schriftenverzeichnis des Verfassers, der bereits zuvor intensiv zur Geschichte der Pflegeausbildung u.a. in der DDR gearbeitet hat. Letztere bildete auch einen Schwerpunkt seiner Lehrtätigkeit und der von ihm initiierten Diplomarbeiten.

Böttler, Winfried / Brigitte Poek / Alfred Kunz / Monika Gundlach (Red.): **1908–2008. 100 Jahre staatlich anerkannte Krankenpflegeschool, Evangelisches Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge**, Berlin o.J. [2008]. 59 S. Bezug bei: Evangelisches Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Herzbergstraße 79, 10365 Berlin.

Die Broschüre dokumentiert neben einer kurzen Chronik der Evangelischen Krankenpflegeschool unter den Titel „Kirchliche Krankenpflege – Fachschulausbildung am KEH. Ein Beispiel aus der DDR-Zeit“ Erinnerungen von Thomas Passauer, der von 1976 bis 1999 Direktor des Evangelischen Krankenhauses Königin Elisabeth Herzberge war.

Böhm, Boris / Thomas R. Müller: **„Welche Fülle von Elend, aber auch welche Gelegenheit zu helfen und zu dienen!“ 125 Jahre Ausbildung von psychiatri-**

schem Pflegepersonal in Sachsen, Kuratorium Gedenkstätte Sonnenstein, Pirna 2013, 60 S.

Das Königreich Sachsen war im Jahre 1888 das erste Land im Deutschen Reich, das staatlich organisiert eine systematische Ausbildung für psychiatrische Pflege anbot. Die Broschüre entstand als Begleitföfet zu einer gleichnamigen Ausstellung. Die Jahrzehnte nach dem 2. Weltkrieg werden auch, wenn auch kurz (S. 49-56) behandelt.

Nierade, Anne: *Homöopathie in der DDR. Die Geschichte der Homöopathie in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR 1945 bis 1989*, KVC-Verlag, Essen 2012, 320 S. € 34,90. Im Buchhandel.

Die Geschichte der Homöopathie in der DDR ist geprägt vom Engagement weniger Ärzte und Heilpraktiker. Ab Mitte der 1950er Jahre hatte die Homöopathie in der DDR zunehmende Kritik durch die Medizinischen Fakultäten erfahren. Doch tatsächliche Einschränkungen oder gar Verbote der Homöopathie gab es nicht. Auch war durch vier pharmazeutische Betriebe eine kontinuierliche Produktion homöopathischer Arzneimittel gewährleistet. Seit den 80er Jahren wurde die Homöopathie als kostengünstige, gut erforschte „Placebotherapie“ betrachtet, die sich zudem in der Bevölkerung großer Beliebtheit erfreute. Die Haltung des Staates zur Homöopathie blieb ambivalent: Der Umgang mit den Vertretern der Homöopathie war willkürlich, aber sie konnten sich immer Freiräume bewahren.

Wissenschaftsrat (Hg.): *Stellungnahmen zu Instituten der Blauen Liste und zu Aufnahmeanträgen in die Blaue Liste. Band IX*, Köln 2000, 408 S. Bezug bei: Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Brohler Straße 11, 50968 Köln; eMail: post@wissenschaftsrat.de

Im hiesigen Kontext interessieren die Stellungnahmen zum Forschungsinstitut für Molekulare Pharmakologie Berlin, zum Leibniz-Institut für Neurobiologie Magdeburg, zum Institut für Pflanzenbiochemie Halle (Saale), zum Institut für Agrartechnik Bornim und Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Sie dokumentieren die Neustrukturierungen der Institute, die in den 90er Jahren aus vormaligen DDR-Instituten geformt worden waren.

Pasternack, Peer: *Akademische Medizin in der DDR. 25 Jahre Aufarbeitung 1990–2014*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2015, 274 S. € 19,90 Im Buchhandel.

Die Hochschulmedizin spielt immer eine gewisse Sonderrolle im Hochschulwesen, so auch in der DDR und in den Jahren des Umbaus nach 1990. Einschlägige Fragen weckten besonderes Interesse: In welcher Weise waren die medizinische Forschung und Ausbildung politisch kontaminiert worden? Welche Resistenzen hatte die akademische Medizin gegen nichtfachliche Interventionen auszubilden vermocht? Wie gelang es ihr, den hohen politischen Stellenwert, den die sog. Volksgesundheit genoss, für ihre eigenen Anliegen zu instrumentalisieren? Unter solchen Fragen wird seit nunmehr 25 Jahren die akademische Medizin der DDR analysiert, dokumentiert und erinnert. Das geschieht in unterschiedlichen Kontexten: Fakultäten, Kliniken und Forschungsinstitute arbeiten ihre DDR-Geschichte auf, Kommissionen legen Untersuchungsberichte infolge skandalisierender Medienberichte vor, Zeitzeugen schreiben Autobiografien, Promovierende erarbeiten Dissertationsschriften, Zeithistoriker/innen betreiben Forschungs- und Dokumentationsprojekte. Entsprechend vielfältig sind die Zugangsweisen und Textsorten. Die meisten Arbeiten lassen sich einer der beiden typischen Zugangsweisen – Forschung oder Erinnerung – zuordnen. Im Ergebnis sind seit 1990 zur akademischen Medizin in der SBZ und DDR sowie zu ihrem Umbau nach 1989 über 400 selbstständige Publikationen inkl. Grauer Literatur erschienen – etwa 80.000 Druckseiten. Dieses Literaturmassiv wird hier dokumentiert, systematisiert und ausgewertet.

Gerstengarbe, Sybille: **Paula Hertwig. Genetikerin im 20. Jahrhundert. Eine Spurensuche** (Acta Historica Leopoldina Nr. 58), Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Stuttgart 2012, 553 S. € 25,95. Im Buchhandel.

Paula Hertwig (1889–1983) hatte seit 1948 den Lehrstuhl für Allgemeine Biologie und Vererbungslehre an der Martin-Luther-Universität Halle inne und gilt als Mitbegründerin der Strahlengenetik.

Hagemann, Rudolf: **Ein Genetik-Professor in der DDR. Herausforderungen, Engagement und Erfahrungen** (Biologia. Leben und Forschen Bd. I), Basilisken-Presse, Rangsdorf 2012, 248 S. € 29,-. Im Buchhandel.

Der 1931 geborene Rudolf Hagemann war von 1967 bis 1994 Professor für Genetik an der Martin-Luther-Universität in Halle. Im Anhang der Autobiografie wird der Aufsatz „Wie war's in der DDR? Eine exemplarische Beschreibung von Ausbildung und Forschung am Hallenser Institut für Genetik“ seiner früheren Mitarbeiterin Sylvia Pieplow dokumentiert.

Prange, Hartwig: **Veterinärmedizin im gesellschaftspolitischen Spannungsfeld. Der Beruf vor, während und nach der Vereinigung** (Veterinärwesen und Tiermedizin im Sozialismus – eine Dokumentation Bd. 9), Verlag der Deutschen Veterinärmedizinischen Gesellschaft (DVG) Service, Gießen 2011. 580 S. € 30,-. Bezug bei: DVG, Geschäftsstelle, Friedrichstraße 17, 35392 Gießen; eMail: info@dvg.net

Im hiesigen Kontext interessieren insbesondere die Kapitel zu den veterinärmedizinischen Ausbildungsstätten in der DDR (Leipzig/Berlin), zu den Instituten der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften und des Landwirtschaftsministeriums, zum Eberswalder Institut für angewandte Tierhygiene sowie zum veterinärtechnischen Personal vor und nach der deutschen Vereinigung. In den Ausführungen zum Eberswalder Institut für angewandte Tierhygiene verarbeitet der Autor persönliche Erfahrungen.

Stockmann, Ines: **Ein Beitrag zur Geschichte der Veterinärmedizinischen Fakultät in Berlin (Mitte) unter besonderer Berücksichtigung der hochschulpolitischen Situation von der Nachkriegszeit 1945 bis in die 80er Jahre**. Dissertation, Klinik für Klauentiere des Fachbereichs Veterinärmedizin der Freien Universität Berlin, Berlin 2013, 126 S. + Anhang. Volltext unter http://www.diss.fu-berlin.de/diss/servlets/MCRZipServlet;jsessionid=A349DD7B26E046B32DA33FB83A7F1944?id=FUDISSERT_derivate_000000001989

Leipziger Ökonomische Societät e.V. (Hg.): **Otto Rosenkranz. Wegbereiter der modernen Landwirtschaft. Ehrenkolloquium anlässlich seines 100. Geburtstag**, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2011, 296 S. € 24,-. Im Buchhandel.

Der Agrarökonom Otto Rosenkranz (1911–2007) war von 1950–1969 Direktor der Staatlichen Lehr- und Forschungsanstalt für Landarbeit Gundorf, daneben ab 1950 an der Leipziger Universität auf dem Lehrstuhl für landwirtschaftliche Betriebslehre und seit 1964 Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften.

Rübesam, Erich / Hans Wagemann (Hg.): **Erinnerungen von Zeitzeugen an ihr Wirken in der Agrarwissenschaft der DDR**, van Derner Verlag, o.O. [Diekhof] 2011, 544 S. € 33,60. Im Buchhandel.

Bredel, Olga / Herbert Kaltofen: ***Eilhard Alfred Mitscherlich. 1874–1956. Leben und Werk.*** Forschungsgesellschaft Agrarökonomie/Lehr- und Versuchsanstalt für Grünland und Futterwirtschaft Paulinenaue, Berlin/Paulinenaue 1998. 202 S. Bezug bei: Paulinenauer Arbeitskreis Grünland und Futterwirtschaft, Gutshof 7, 14641 Paulinenaue.

Der Pflanzenbauwissenschaftler und Bodenkundler Eilhard Alfred Mitscherlich wurde 1946 zum Professor für Kulturtechnik an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin berufen und leitete von 1950 bis zu seinem Tod 1956 das Institut zur Steigerung der Pflanzenerträge der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Paulinenaue.

Stutz, Reno: ***Forschung zum Wohle von Mensch und Tier. 75 Jahre Nutztierbiologie in Dummerstorf***, Hinstorff Verlag, Rostock 2014, 151 S. € 34,99. Im Buchhandel.

Das Leibniz-Institut für Nutztierbiologie Dummerstorf gibt anlässlich des Jubiläums einen umfangreichen und reichlich bebilderten Einblick in seine Geschichte: angefangen bei der Gründung als Kaiser-Wilhelm-Institut für Tierzuchtforschung (1939–1945) über die Zeit als Zentralforschungsanstalt für Tierzucht (1946–1969) und als Forschungszentrum für Tierproduktion (1970–1990) bis hin zum heutigen Leibniz-Institut für Nutztierbiologie (seit 1993).

Sächsische Landesanstalt für Landwirtschaft (Hg.): ***Sonderheft zum 150-jährigen Jubiläum der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Leipzig-Möckern*** (Schriftenreihe der Sächsischen Landesanstalt für Landwirtschaft H. 5, 7. Jg.), Dresden 2002, 56 S. Bezug bei: Sächsische Landesanstalt für Landwirtschaft, Öffentlichkeitsarbeit, August-Böckstiegel-Straße 1, 01326 Dresden; Volltext unter <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/14004/documents/16450>.

1852 wurde in Leipzig-Möckern die erste landwirtschaftliche Versuchsanstalt in Deutschland gegründet. Sie zielte vor allem darauf ab, die Erkenntnisse zu Mineralstoffernährung der Pflanzen unter Praxisbedingungen zu prüfen und in der Landwirtschaft nutzbar zu machen. Nach dem 2. Weltkrieg entwickelte sich der Standort unter dem Dach der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu einem Kompetenzzentrum für Düngungsforschung. Von hier aus wurde die Forschung zur Mineraldüngung in den Mitgliedsstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) koordiniert.

Reichhoff, Lutz / Uwe Wegener: ***ILN – Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle. Forschungsgeschichte des ersten deutschen Naturschutzinstituts***, hrsg. vom Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung (IUGR) an der Hochschule Neubrandenburg, Steffen-Verlag, Friedland 2011, 461 S. € 17,80. Im Buchhandel.

Das Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle wurde 1953 unter dem Dach der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften gegründet. Es hatte Zweigstellen in Dresden, Jena, Halle bzw. Dessau, Potsdam und Greifswald, die jeweils für die Gebiete der 1952 aufgelösten Länder zuständig waren. 1991 wurde das Institut abgewickelt. Im hiesigen Kontext interessieren vor allem die folgenden Kapitel: „Kurze Geschichte der strukturellen Entwicklung des Instituts für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle“ (Lutz Reichhoff), „Entwicklung der Forschungsstruktur und der Forschungsziele des Instituts für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle“ (Hugo Weinitschke), „Internationale Zusammenarbeit in der Forschung des Instituts für Landschaftsforschung und Naturschutz

Halle“ (Uwe Wegener) sowie „Übersicht über die Forschungsberichte des Instituts für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle“ (Lutz Reichhoff).

MLADEK, Jürgen: **Professor Dathe und seine Tiere. Biografie**, Verlag Das Neue Leben Berlin, Berlin 2010, 173 S. € 14,95. Im Buchhandel.

Heinrich Dathe (1910–1991) war neben seiner Tätigkeit als Berliner Tierparkdirektor seit 1958 Leiter der „Zoologischen Forschungsstelle im Berliner Tierpark“ der AdW, von 1973 bis 1990 „Forschungsstelle für Wirbeltierforschung“, gab diverse Fachzeitschriften heraus, nahm seit 1951 an der Universität Leipzig und ab 1964 an der Humboldt-Universität Lehraufträge wahr und wurde 1974 zum Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina gewählt. Ende 1990 entzog der Berliner Senat dem 80jährigen Dathe das Wohnrecht in seiner Dienstwohnung im Tierpark. Im Januar 1991 starb er.

NEHRING, Dietwart: **Auf Forschungsfahrt in der Ostsee und im Atlantik. Erinnerungen eines Ozeanographen**, Klatschmohn Verlag, Rostock/Bentwisch 2002, 311 S. € 17,80. Im Buchhandel; Volltext unter <http://shop.klatschmohn.de/downloads/files/ostseeforscher.pdf>

Dietwart Nehring, Meereschemiker, war seit 1965 am Institut für Meereskunde der Deutschen Akademie der Wissenschaften (heute Institut für Ostseeforschung) tätig und legt hier die Erinnerungen an sein Arbeitsleben vor.

LUTZ, Wolfgang: **Leicht abseits. Bericht über einen parteilosen Wissenschaftler aus dem Osten**, Bäßler Verlag, Berlin 2012, 168 S. € 14,80. Im Buchhandel.

Bei der – als fiktiv deklarierten – Erzählung um den Chemiker Peter Holt handelt es sich vermutlich um die Erinnerungen Wolfgang Lutz', in der die realen Schauplätze und Personen wohl nur für Eingeweihte erkennbar sind.

PRÖGER, Hansjürgen: **Mikrostrukturen. Erinnerungen an ein Arbeitsleben bei Carl Zeiss Jena** (Schriften des Thüringer Forums für Bildung und Wissenschaft Bd. 3), Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft, Jena 2003, 302 S. € 10,-. Bezug bei: Rosa Luxemburg Stiftung Thüringen, Käthe-Kollwitz-Str. 6, 07743 Jena.

Hansjürgen Pröger war von 1961 bis 1991 Leiter der Entwicklungsabteilung „Mikrostrukturenzeugung“ beim VEB Carl Zeiss Jena.

MERKEL, Gerhard: **Zusammenarbeit / Kooperation zu Informatik und Rechen-technik zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages**, Forum für Informatik- und Informationstechnik GmbH, Dresden 1994. 73 + 60 + 18 S.

HELMBOLD, Bernd: **Kernphysik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 1946 bis 1968** (Jenaer Beiträge zur Geschichte der Physik Bd. 1), Verlag für Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik, Diepholz/Stuttgart/Berlin 2010, 109 S. € 15,-. Im Buchhandel.

STOYAN, Dietrich: **In zwei Zeiten. Ein Altrector der TU Bergakademie Freiberg erzählt**, Jacobs Verlag, Lage 2013, 220 S. € 17,90. Im Buchhandel.

Der 1940 geborene Autor studierte von 1959 bis 1964 Mathematik an der Technischen Hochschule Dresden. Anschließend wirkte er bis 1975 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am

Deutschen Brennstoffinstitut in Freiberg. Er promovierte 1967 an der Bergakademie Freiberg und wurde dort 1975 habilitiert. Ab 1976 war er an der Bergakademie als Dozent tätig und hatte von 1990 bis 2006 die Professur für Angewandte Stochastik inne. Von 1991 bis 1997 fungierte er als Rektor der Hochschule.

Braun, Gerald / Eva Voigt (Hg.): **Regionale Innovationspotentiale von Universitäten** (Rostocker Studien zur Regional- und Strukturforchung H. 15), Universität Rostock, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Rostock 2000, 207 S. Bezug bei: HIE-RO Institut, Ulmenstraße 69, 18051 Rostock; eMail: info@hie-ro.de

Anhand mehrerer Fallbeispiele werden die regionalen Innovationspotenziale von Universitäten untersucht. Im hiesigen Kontext interessieren die folgenden Beiträge: „Zum endogenen Potential regionaler Wirtschaftsentwicklung anhand der Technischen Universität Ilmenau“ (Eva Voigt), „Innovationspotentiale in der Region – Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Universität Greifswald“ (Martin Hecht) und „Wissenschaft, Forschung und Hochschule im strukturschwachen Mecklenburg-Vorpommern“ (Jost Bandelin/Gerald Braun).

Krätzner, Anita: **Verraten. Verhaftet. Vermisst. Das Schicksal der Rostocker Studentin Lilli und Peter Gruner nach dem Mauerbau** (Diktaturen in Deutschland Bd. 8), ß Verlag & Medien, Rostock 2011, 125 S. € 9,90. Im Buchhandel.

Der Medizinstudent Peter Gruner und seine Schwester Lilli Gruner, Lehramtstudentin der Fächer Deutsch und Körpererziehung, ertranken 1962 beim Versuch, mittels eines Schlauchbootes über die Ostsee die DDR zu verlassen.

Schlütter, Bernd (Red.): **60 Jahre Ingenieurausbildung in Wildau. Eine Chronik in Bildern**, hrsg. von der Technischen Hochschule Wildau und der Gemeinde Wildau, Wildau 2009, 32 S. Bezug bei: Hochschulbibliothek – Fernleihe/Schriftentausch, TH Wildau, Hochschulring 1, 15745 Wildau; Volltext unter http://www.th-wildau.de/fileadmin/dokumente/marketing/dokumente/Chronik60Jahre_Endfassung_Lesequalitaet.pdf

Dietrich, Christopher: **Schild, Schwert und Satire. Das Kabarett ROhrSTOCK und die Staatssicherheit** (Diktaturen in Deutschland Bd. 2), KSZ Verlag & Medien, Rostock 2006, 170 S. € 9,90. Im Buchhandel.

Rekonstruiert wird die Geschichte des Rostocker FDJ-Studentenkabarets ROhrSTOCK zwischen 1969 und 1990 und dessen Überwachung durch die Staatssicherheit.

Schott, Dorothea / Thomas Bornath (Bearb.): **50 Jahre Universitätschor Rostock 1953–2003** (Beiträge zur Geschichte der Universität Rostock H. 26), Universität Rostock, Rostock 2003, 105 S. Bezug bei: Universität Rostock, Universitätsbibliothek, Schriftentausch, 18051 Rostock; Volltext unter http://rosdok.uni-rostock.de/file/rosdok_document_0000000168/rosdok_derivate_0000004288/Beitraege_26.pdf

Witter, Barbara: **Die Bibliotheken der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Magdeburg. Vier wissenschaftliche OPLs im Vergleich** (Berliner Handreichungen zur Bibliotheks- und Informationswissenschaft H. 217), Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft der Humboldt-Universität zu Ber-

lin, Berlin 2008, 62 S., Volltext unter <http://www.ib.hu-berlin.de/~kumlau/handreichungen/h217/h217.pdf>

Porträtiert werden die Bibliotheken des Max-Planck-Instituts für Dynamik komplexer technischer Systeme, des Fraunhofer-Instituts für Fabrikbetrieb und -automatisierung, des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung UFZ (Standort Magdeburg) sowie des Leibniz-Instituts für Neurobiologie.

Trautwein, Peggy: *Heterogenität als Qualitätsherausforderung für Studium und Lehre. Ergebnisse der Studierendenbefragung 2013 an den Hochschulen Sachsen-Anhalts* (HoF-Arbeitsbericht 1'2015), unt. Mitarb. v. Jens Gillissen, Christoph Schubert, Peer Pasternack und Sebastian Bonk, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2015, 116 S.; auch unter <http://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/HoF-AB-15-1.pdf>

Lienert, Matthias: *Zwischen Widerstand und Repression. Studenten der TU Dresden 1946–1989*, Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2011, 242 S. € 29,90. Im Buchhandel.

Beier, Michael/ Norbert Korrek: *Hochschul- und Forschungsbauten Thüringen*, Stiftung Baukultur Thüringen, Erfurt 2003, 120 S. Bezug bei: Stiftung Baukultur Thüringen, Am Schloss 1, 99439 Ettersburg.

Hoff, Benjamin-Immanuel / Christian Schaft: »*Campus Thüringen*«. *Perspektive durch Kooperation*, unt. Mitarb. v. Sebastian Reinfeldt, MehrWertConsult, Berlin o.J. [2014], 235 S. Volltext unter <http://www.die-linke-thl.de/fileadmin/lv/dokumente/presse/sonstiges/Campus-Thueringen.pdf>

2. Unveröffentlichte Graduierungsarbeiten

Enke, Vera: *Sonderregistratorien an der Akademie der Wissenschaften der DDR 1945–1991. Untersuchungen und Analysen zur Überlieferungslage*, Dissertation, Institut für Geschichtswissenschaften, Philosophische Fakultät I, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 2000. 223 S.

Im hiesigen Kontext interessieren vor allem die Abschnitte zur Geschichte des Akademiearchivs, zur Organisation des Verschlusssachenwesens in der DDR und an der Akademie sowie zu den Sonderregistratorien für das Parteischriftgut der SED und für einzelne Abteilungen der Akademie.

Schröter, Katja Annelie: *Zwischen Selbstbehauptung und staatlicher Bindung. Die Entwicklung der kunstpädagogischen Forschung und Lehre an der Universität Leipzig zwischen 1945 und 1971*, Dissertation, Fakultät für Geschichte, Kunst- und Orientwissenschaften der Universität Leipzig, Leipzig 2009, 311 S. + Anlageband (56 Anlagen, n. pag.).

Rekonstruiert wird die Geschichte des Instituts für Kunstpädagogik an der Universität Leipzig.

Gansera, Juliane: *Die Deutsche Hochschule für Körperkultur in Leipzig. Entstehungskontext und Entwicklung des Bebauungskonzepts*, Magisterarbeit, Institut für Kunstgeschichte, Fakultät für Geschichte-, Kunst- und Orientalwissenschaften an der Universität Leipzig, Leipzig 2008, 97 S. + Abbildungen

Neben der Frage nach der Rolle der repräsentativen Gestaltung und der Sportpolitik in den 1950er Jahren für die Entwicklung des Bebauungskonzepts der Deutschen Hochschule für Körperkultur in Leipzig wird die These verfolgt, dass der geplante repräsentative Neubau eine Reaktion auf die Gründung der Deutschen Sporthochschule Köln darstellte.

Schmidt, Ralf-Rainer: *Die Entwicklung der Phlebologie in Ostdeutschland*, Dissertation, Medizinische Fakultät Carl Gustav Carus, Technische Universität Dresden, Dresden 2006, 215 S.

Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Etablierung der Phlebologie als eigenständiger Sektion (gegr. 1978) innerhalb der DDR-Gesellschaft für Dermatologie.

Schwarzer, Anke: *Aufbau und Entwicklung der Firma ISIS-CHEMIE in Zwickau zu einem bedeutenden DDR-Arzneimittelproduzenten – insbesondere auf dem Gebiet der Herz-Kreislauf-Präparate – unter Dr. Helmut Frömmel (1915–1997)*. Dissertation, Medizinische Fakultät Carl Gustav Carus der Technischen Universität Dresden, Dresden 2010, 553 S.

Zwei Drittel der Arbeit befassen sich mit der Firmenentwicklung nach 1945 (bis in die Gegenwart). Neben den Produktionsaspekten wird durchgehend die firmeneigene Forschung – Nitratsynthese, Glyceroltrinitrat, Herz-Kreislauf-Präparate, Nootropika, Sedativa und Hypnotica sind hier die wesentlichen Stichworte – behandelt.

Göhler, Matthias: *Die Entwicklung der Funktionskieferorthopädie in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Beitrages des Zwickauer Kieferorthopäden Rolf Fränkel (geb. 1908)*, Dissertation, Medizinische Fakultät Carl Gustav Carus der TU Dresden, Dresden 2000. 130 S. + 30 S. Anhang.

Fränkel war seit Ende der 60er Jahre Professor an der Medizinischen Akademie Erfurt und Erfinder des Funktionsreglers, einem kieferorthopädischen Gerät zur Behandlung von Kieferlage-Anomalien.

Stenzel, Kathrin: *Der erste Dresdener Ordinarius für Zahnheilkunde Karl Jarmer (1898–1983). Leben und Wirken unter besonderer Berücksichtigung seiner Verdienste um die Klinik und Poliklinik für Stomatologie der Carus-Akademie sowie seiner stomatologie- und medizinhistorischen Interessen*. Dissertation, Medizinische Akademie „Carl Gustav Carus“ Dresden, Dresden 1992, 143 S.

Jarmer, zuvor an der Universität Greifswald, war von 1954 bis 1963 am Aufbau der Medizinischen Akademie Dresden beteiligt, aber auch nach seiner Emeritierung wissenschaftlich aktiv. Behandelt werden vor allem seine Beiträge zur vergleichenden Anatomie und Psychologie im Bezug zur Zahnheilkunde sowie zur Geschichte der Zahnheilkunde.

Autorinnen & Autoren

Lukas Bischof, Dipl. Psych., Projektleiter bei der CHE Consult GmbH, Berlin.
eMail: lukas.bischof@che-consult.de.

Gangolf Braband, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Forschungseinheit „Identités. Politiques, Sociétés, Espaces“ (IPSE) an der Universität Luxemburg. eMail: gangolf.braband@uni.lu

Elise Catrain, Dr. phil., Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin. eMail: Elise.Catrain@bstu.bund.de

Daniel Hechler M.A., Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Tim Hutschenreuter M.A., Soziologe, Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: tim.hutschenreuter@hof.uni-halle.de

Anita Krätzner-Ebert, Dr. phil., Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Bildung und Forschung“ des BStU. eMail: anita.kraetzner-ebert@bstu.bund.de

Johannes Keil, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: johannes.keil@hof.uni-halle.de

Thomas Klemm, Dr. phil., freiberuflicher Kunstwissenschaftler und Ausstellungsmacher in Leipzig. eMail: post@thomasklemm.com

Ekkehardt Kumbier, PD Dr. med. habil., Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Universitätsmedizin Rostock. eMail: ekkehardt.kumbier@uni-rostock.de

Ulrich Müller M.A., Erziehungswissenschaftler, Leiter politische Analysen im Centrum für Hochschulentwicklung, Gütersloh. eMail: ulrich.mueller@che.de.

Peer Pasternack, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; <http://www.peer-pasternack.de>

Marie Teitge, Dr. med., Universitätsmedizin Rostock. eMail: marie_teitge@web.de

Krijn Thijs, Dr. phil., Historiker, Duitsland Instituut Amsterdam, Universiteit van Amsterdam, Leibniz Summer Fellow 2015 am Zentrum für Zeithistorische Forschungen Potsdam. eMail: k.thijs@uva.nl

Ulrich Wobus, Prof. Dr. rer. nat. habil., 1992–2007 Geschäftsführender Direktor des Leibniz-Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung Gatersleben. eMail: ulrich.wobus@googlemail.com

Lieferbare Themenhefte

- Susen Seidel / Franziska Wielepp (Hg.): *Diverses. Heterogenität an der Hochschule* (2014, 216 S., € 17,50)
- Peer Pasternack (Hg.): *Hochschulforschung von innen und seitwärts. Sichtachsen durch ein Forschungsfeld* (2014, 226 S., € 17,50)
- Jens Gillessen / Johannes Keil / Peer Pasternack (Hg.): *Berufsfelder im Professionalisierungsprozess. Geschlechtsspezifische Chancen und Risiken* (2013, 198 S., € 17,50)
- Martin Winter / Carsten Würmann (Hg.): *Wettbewerb und Hochschulen. 6. Jahrestagung der Gesellschaft für Hochschulforschung in Wittenberg* (2012; € 17,50).
- Karsten König / Rico Rokitte: *Weltoffen von innen? Wissenschaft mit Migrationshintergrund* (2012, 210 S.; € 17,50)
- Edith Braun / Katharina Kloke / Christian Schneiderberg (Hg.): *Disziplinäre Zugänge zur Hochschulforschung* (2011, 212 S.; € 17,50)
- Peer Pasternack (Hg.): *Hochschulföderalismus* (2011, 217 S.; € 17,50)
- Carsten Würmann / Karin Zimmermann (Hg.): *Hochschulkapazitäten – historisch, juristisch, praktisch* (2010, 216 S.; € 17,50)
- Georg Krücken / Gerd Grözinger (Hg.): *Innovation und Kreativität an Hochschulen* (2010, 211 S.; € 17,50)
- Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hg.): *Zwischen Intervention und Eigensinn. Sonderaspekte der Bologna-Reform* (2009, 215 S.; € 17,50)
- Peer Pasternack (Hg.): *Hochschulen in kritischen Kontexten. Forschung und Lehre in den ostdeutschen Regionen* (2009, 203 S.; € 17,50)
- Robert D. Reisz / Manfred Stock (Hg.): *Private Hochschulen – Private Higher Education* (2008, 166 S.; € 17,50)
- Martin Winter: *Reform des Studiensystems. Analysen zum Bologna-Prozess* (2007, 218 S.; € 17,50)
- Peer Pasternack: *Forschungslandkarte Ostdeutschland*, unt. Mitarb. v. Daniel Hechler (Sonderband 2007, 299 S., € 17,50)
- Reinhard Kreckel / Peer Pasternack (Hg.): *10 Jahre HoF* (2007, 197 S., € 17,50)
- Karsten König (Hg.): *Verwandlung durch Verhandlung? Kontraktsteuerung im Hochschulsektor* (2006, 201 S.; € 17,50)
- Georg Krücken (Hg.): *Universitäre Forschung im Wandel* (2006, 224 S.; € 17,50)
- Konjunkturen und Krisen. Das Studium der Natur- und Technikwissenschaften in Europa* (2005, 246 S.; € 17,50)
- Peer Pasternack (Hg.): *Konditionen des Studierens* (2004, 244 S.; € 17,50)
- Martin Winter (Hg.): *Gestaltung von Hochschulorganisation. Über Möglichkeiten und Unmöglichkeiten, Hochschulen zu steuern* (2004, 254 S.; € 17,50)
- Anke Burkhardt / Uta Schlegel (Hg.): *Warten auf Gender Mainstreaming. Gleichstellungspolitik im Hochschulbereich* (2003, 282 S.; € 17,50)

Bestellungen unter: institut@hof.uni-halle.de

<http://www.die-hochschule.de>

Schutzgebühren: Einzelheft € 17,50. Jahresabonnement € 34,-. Privatabon-
nentInnen € 19,- (Abogebühren inklusive Versandkosten)

Kündigungen: Jeweils bis vier Wochen vor Ablauf des Jahres für den folgen-
den Jahrgang.

Gemäß § 33 Bundesdatenschutzgesetz weisen wir unsere AbonnentInnen da-
rauf hin, dass wir Namen und Anschrift ausschließlich zum Zweck der
Abonnementverwaltung maschinell gespeichert haben.

Kopiervorlage:

Bestellung	
Ich/wir bestelle/n:	
1. Einzelheft Nr.	€ 17,50
2. mal <i>die hochschule</i> im Jahresabonnement à	€ 34,-
3. mal <i>die hochschule</i> im PrivatabonmentInnen-Abo à	€ 19,-
Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft. Ich erkläre mich damit einverstanden, dass sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist (Jahresende) kündige.	
.....	
Name	
.....	
Adresse	
.....	
eMail.....	
Ort, Datum	Unterschrift

Einzusenden an:

Institut für Hochschulforschung, Vertrieb „die hochschule“,
Collegienstr. 62, 06886 Wittenberg, oder institut@hof.uni-halle.de

HoF-Handreichungen

Online unter <http://www.hof.uni-halle.de/journal/handreichungen.htm>

Justus Henke / Romy Höhne / Peer Pasternack / Sebastian Schneider (2014): *Mission possible – Gesellschaftliche Verantwortung ostdeutscher Hochschulen: Entwicklungschance im demografischen Wandel*, Halle-Wittenberg 2014, 118 S.

Jens Gillessen / Isabell Maue (Hg.): *Knowledge Europe. EU-Strukturfondsfinanzierung für wissenschaftliche Einrichtungen*, unt. Mitarb. v. Peer Pasternack und Bernhard von Wendland, Halle-Wittenberg 2014, 127 S.

Peer Pasternack / Steffen Zierold: *Überregional basierte Regionalität. Hochschulbeiträge zur Entwicklung demografisch herausgeforderter Regionen. Kommentierte Thesen*, unt. Mitarb. v. Thomas Erdmenger, Jens Gillessen, Daniel Hechler, Justus Henke und Romy Höhne, Halle-Wittenberg 2014, 120 S.

Peer Pasternack / Johannes Keil: *Vom ‚mütterlichen‘ Beruf zur differenzierten Professionalisierung. Ausbildungen für die frühkindliche Pädagogik*, Halle-Wittenberg 2013, 107 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Regional gekoppelte Hochschulen. Die Potenziale von Forschung und Lehre für demografisch herausgeforderte Regionen*, Halle-Wittenberg 2013, 99 S.

Peer Pasternack / Daniel Hechler: *Hochschulzeitgeschichte. Handlungsoptionen für einen souveränen Umgang*, Halle-Wittenberg 2013, 99 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Hochschulorganisationsanalyse zwischen Forschung und Beratung*, Halle-Wittenberg 2012, 99 S.

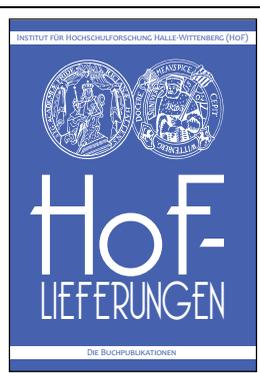
Peer Pasternack / Tim Hutschenreuter (Red.)

HoF-Lieferungen

**Die Buchpublikationen des
Instituts für Hochschulforschung
Halle-Wittenberg (HoF)**

Halle-Wittenberg 2013, 88 S.
ISBN 978-3-937573-41-0

Auch unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/01_hof_buecher_katalog_2013.pdf



Schriftenreihe „Hochschulforschung Halle-Wittenberg“

Justus Henke, Peer Pasternack, Steffen Zierold (Hg.): *Schaltzentralen der Regionalentwicklung: Hochschulen in Schrumpfsregionen*, unt. Mitarb. v. Thomas Erdmenger, Romy Höhne, Tim Hutschenreuter, Benjamin Köhler, Isabell Maue, Sarah Schmid und Sebastian Schneider, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2015, 330 S.

Peer Pasternack: *Akademische Medizin in der DDR. 25 Jahre Aufarbeitung 1990–2014*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2015, 274 S.

Roland Bloch / Monique Lathan / Alexander Mitterle / Doreen Trümppler / Carsten Würmann: *Wer lehrt warum? Strukturen und Akteure der akademischen Lehre an deutschen Hochschulen*, Leipzig 2014, 274 S.

Johannes Keil: *Und der Zukunft zugewandt? Die Weiterbildung an der Humboldt-Universität zu Berlin 1945-1989*, Leipzig 2014, 358 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Wissensregion Sachsen-Anhalt. Hochschule, Bildung und Wissenschaft: Die Expertisen aus Wittenberg*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 225 S.

Romy Hilbrich / Karin Hildebrandt / Robert Schuster (Hg.): *Aufwertung von Lehre oder Abwertung der Professur? Die Lehrprofessur im Spannungsfeld von Lehre, Forschung und Geschlecht*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 330 S.

Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Die Bildungs-IBA. Bildung als Ressource im demografischen Wandel: Die Internationale Bauausstellung „Stadumbau Sachsen-Anhalt 2010“*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 504 S.

Reinhard Kreckel / Karin Zimmermann: *Hasard oder Laufbahn. Akademische Karrierestrukturen im internationalen Vergleich*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 277 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Jenseits der Metropolen. Hochschulen in demografisch herausgeforderten Regionen*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2013, 571 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Traditionsbildung, Forschung und Arbeit am Image. Die ostdeutschen Hochschulen im Umgang mit ihrer Zeitgeschichte*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2013, 505 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Hochschulen nach der Föderalismusreform*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2011, 368 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Relativ prosperierend. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen: Die mitteldeutsche Region und ihre Hochschulen*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2010, 547 S.

Eva Bosbach: *Von Bologna nach Boston? Perspektiven und Reformansätze in der Doktorandenausbildung anhand eines Vergleichs zwischen Deutschland und den USA*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2009, 182 S.

Roland Bloch: *Flexible Studierende? Studienreform und studentische Praxis*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2009, 336 S.

Reinhard Kreckel (Hg.): *Zwischen Promotion und Professur. Das wissenschaftliche Personal in Deutschland im Vergleich mit Frankreich, Großbritannien, USA*,

Schweden, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2008, 400 S.

Anke Burkhardt (Hg.): *Wagnis Wissenschaft. Akademische Karrierewege und das Fördersystem in Deutschland*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2008, 691 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Stabilisierungsfaktoren und Innovationsagenturen. Die ostdeutschen Hochschulen und die zweite Phase des Aufbau Ost*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2007, 471 S.

Robert D. Reisz / Manfred Stock: *Inklusion in Hochschulen. Beteiligung an der Hochschulbildung und gesellschaftlichen Entwicklung in Europa und in den USA (1950-2000)*. Lemmens Verlag, Bonn 2007, 148 S.

Peer Pasternack: *Qualität als Hochschulpolitik? Leistungsfähigkeit und Grenzen eines Policy-Ansatzes*. Lemmens Verlag, Bonn 2006, 558 S.

Anke Burkhardt / Karsten König (Hg.): *Zweckbündnis statt Zwangsehe: Gender Mainstreaming und Hochschulreform*. Lemmens Verlag, Bonn 2005, 264 S.

Reinhard Kreckel: *Vielfalt als Stärke. Anstöße zur Hochschulpolitik und Hochschulforschung*. Lemmens Verlag, Bonn 2004, 203 S.

Irene Lischka / Andrá Wolter (Hg.): *Hochschulzugang im Wandel? Entwicklungen, Reformperspektiven und Alternativen*. Beltz Verlag, Weinheim/Basel 2001, 302 S.

Jan-Hendrik Olbertz / Peer Pasternack / Reinhard Kreckel (Hg.): *Qualität – Schlüsselfrage der Hochschulreform*. Beltz Verlag, Weinheim/Basel 2001, 341 S.

Barbara M. Kehm / Peer Pasternack: *Hochschulentwicklung als Komplexitätsproblem. Fallstudien des Wandels*, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2001, 254 S.

Peer Pasternack (Hg.): *DDR-bezogene Hochschulforschung. Eine thematische Eröffnungsbilanz aus dem HoF Wittenberg*. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2001, 315 S.

Peter Altmiks (Hg.): *Gleichstellung im Spannungsfeld der Hochschulfinanzierung*. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2000, 107 S.

Peer Pasternack: *Hochschule & Wissenschaft in SBZ/DDR/Ostdeutschland 1945-1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990-1998*. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1999, 567 S.

Jan-Hendrik Olbertz / Peer Pasternack (Hg.): *Profilbildung – Standards – Selbststeuerung. Ein Dialog zwischen Hochschulforschung und Reformpraxis*, hrsg. unt. Mitarb. v. Gertraude Buck-Bechler und Heidrun Jahn. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1999, 291 S.

Peer Pasternack: *Demokratische Erneuerung. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989-1995. Mit zwei Fallstudien: Universität Leipzig und Humboldt-Universität zu Berlin*. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1999, 427 S.

Heidrun Jahn / Jan-Hendrik Olbertz (Hg.): *Neue Stufen – alte Hürden? Flexible Hochschulabschlüsse in der Studienreformdebatte*. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1998, 120 S.

HoF-Arbeitsberichte 2011-2015

Online unter: http://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof_arbeitsberichte.htm

- 3'15: Peggy Trautwein: *Lehrpersonal und Lehrqualität. Personalstruktur und Weiterbildungschancen an den Hochschulen Sachsen-Anhalts*, unter Mitarbeit von Thomas Berg, Sabine Gabriel, Peer Pasternack, Annika Rathmann und Claudia Wendt, 44 S.
- 2'15: Justus Henke / Peer Pasternack / Sarah Schmid: *Viele Stimmen, kein Kanon. Konzept und Kommunikation der Third Mission von Hochschulen*, 107 S.
- 1'15: Peggy Trautwein: *Heterogenität als Qualitäts herausforderung für Studium und Lehre. Ergebnisse der Studierendenbefragung 2013 an den Hochschulen Sachsen-Anhalts*, unter Mitarbeit von Jens Gillessen, Christoph Schubert, Peer Pasternack und Sebastian Bonk, 116 S.
- 4'13: Gunter Quaißer / Anke Burkhardt: *Beschäftigungsbedingungen als Gegenstand von Hochschulsteuerung. Studie im Auftrag der Hamburger Behörde für Wissenschaft und Forschung*. 89 S.
- 3'13: Jens Gillessen / Peer Pasternack: *Zweckfrei nützlich: Wie die Geistes- und Sozialwissenschaften regional wirksam werden. Fallstudie Sachsen-Anhalt*, 127 S.
- 2'13: Thomas Erdmenger / Peer Pasternack: *Eingänge und Ausgänge. Die Schnittstellen der Hochschulbildung in Sachsen-Anhalt*, 99 S.
- 1'13: Sarah Schmid / Justus Henke / Peer Pasternack: *Studieren mit und ohne Abschluss. Studienerfolg und Studienabbruch in Sachsen-Anhalt*, 75 S.
- 7'12: Martin Winter / Annika Rathmann / Doreen Trümpler / Teresa Falkenhagen: *Entwicklungen im deutschen Studiensystem. Analysen zu Studienangebot, Studienplatzvergabe, Studienwerbung und Studienkapazität*, 177 S.
- 6'12: Karin Zimmermann: *Bericht zur Evaluation des „Professorinnenprogramm des Bundes und der Länder“*, 53 S.
- 5'12: Romy Höhne / Peer Pasternack / Steffen Zierold: *Ein Jahrzehnt Hochschule-und-Region-Gutachten für den Aufbau Ost (2000-2010). Erträge einer Meta-Analyse*, 91 S.
- 4'12: Peer Pasternack (Hg.): *Hochschul- und Wissensgeschichte in zeithistorischer Perspektive. 15 Jahre zeitgeschichtliche Forschung am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF)*, 135 S.
- 3'12: Karsten König / Gesa Koglin / Jens Preische / Gunter Quaißer: *Transfer steuern – Eine Analyse wissenschaftspolitischer Instrumente in sechzehn Bundesländern*, 107 S.
- 2'12: Johannes Keil / Peer Pasternack / Nurdin Thielemann: *Männer und Frauen in der Frühpädagogik. Genderbezogene Bestandsaufnahme*, 50 S.
- 1'12: Zierold, Steffen: *Stadtentwicklung durch geplante Kreativität? Kreativwirtschaftliche Entwicklung in ostdeutschen Stadtquartieren*, 63 S.
- 7'11: Peer Pasternack / Henning Schulze: *Wissenschaftliche Wissenschaftspolitikberatung. Fallstudie Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat (SWTR)*. 96 S.
- 6'11: Robert D. Reisz / Manfred Stock: *Wandel der Hochschulbildung in Deutschland und Professionalisierung*. 45 S.
- 5'11: Peer Pasternack: *HoF-Report 2006 – 2010. Forschung, Nachwuchsförderung und Wissenstransfer am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg*. Unter Mitarbeit von Anke Burkhardt und Barbara Schnalzger. 90 S.
- 4'11: Anja Franz / Monique Lathan / Robert Schuster: *Skalenhandbuch für Untersuchungen der Lehrpraxis und der Lehrbedingungen an deutschen Hochschulen. Dokumentation des Erhebungsinstrumentes*. 79 S.

Peer Pasternack

Akademische Medizin in der DDR

25 Jahre Aufarbeitung 1990–2014

Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 273 S.

ISBN 978-3-931982-92-8. € 19,90

Die Hochschulmedizin spielt immer eine gewisse Sonderrolle im Hochschulwesen, so auch in der DDR und in den Jahren des Umbaus nach 1990. Einschlägige Fragen weckten besonderes Interesse: In welcher Weise waren die medizinische Forschung und Ausbildung politisch kontaminiert worden? Welche Resistenzen hatte die akademische Medizin gegen nichtfachliche Interventionen auszubilden vermocht? Wie gelang es ihr, den hohen politischen Stellenwert, den die sog. Volksgesundheit genoss, für ihre eigenen Anliegen zu instrumentalisieren?

Unter solchen Fragen wird seit nunmehr 25 Jahren die akademische Medizin der DDR analysiert, dokumentiert und erinnert. Das geschieht in unterschiedlichen Kontexten: Fakultäten, Kliniken und Forschungsinstitute arbeiten ihre DDR-Geschichte auf, Kommissionen legen Untersuchungsberichte infolge skandalisierender Medienberichte vor, Zeitzeugen schreiben Autobiografien, Promovierende erarbeiten Dissertationsschriften, Zeithistoriker/innen betreiben Forschungs- und Dokumentationsprojekte. Entsprechend vielfältig sind die Zugangsweisen und Textsorten. Die meisten Arbeiten lassen sich einer der beiden typischen Zugangsweisen – Forschung oder Erinnerung – zuordnen. Im Ergebnis sind seit 1990 zur akademischen Medizin in der SBZ und DDR sowie zu ihrem Umbau nach 1989 über 400 selbstständige Publikationen inkl. Grauer Literatur erschienen – etwa 80.000 Druckseiten. Dieses Literaturmassiv wurde nun dokumentiert, systematisiert und ausgewertet.



Johannes Keil

Und der Zukunft zugewandt?

Die Weiterbildung an der Humboldt-Universität zu Berlin 1945–1989

Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 358 S.
ISBN 978-3-931982-89-8. € 25,00

Weiterbildung und lebenslanges Lernen haben sich zu bildungspolitischen Schlüsselwörtern entwickelt. Allerdings schlägt sich dies im Hochschulbereich bislang nicht in wirklich zapackenden Angeboten nieder.

Einen Kontrastfall stellte diesbezüglich das DDR-Hochschulwesen dar: Zeitweise war dort in Wissenschaftszweigen wie zum Beispiel den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften mehr als die Hälfte aller Studierenden in Weiterbildungsstudienformen immatrikuliert. Insbesondere mit der so genannten III. Hochschulreform Ende der sechziger Jahre war die Weiterbildung im tertiären Bildungsbereich völlig neu gestaltet worden. Deren Funktionen, Abläufe und Schwierigkeiten werden in diesem Band anhand des Weiterbildungsangebots der Humboldt-Universität zu Zeiten der DDR beschrieben und analysiert. Die Humboldt-Universität galt dabei als ‚Schrittmacher‘ im Hochschulwesen: Dort wurden neue Weiterbildungsangebote ausprobiert, bevor sie auch an anderen Hochschulen Anwendung fanden.



Justus Henke / Peer Pasternack / Steffen Zierold (Hrsg.)

Schaltzentralen der Regionalentwicklung

Hochschulen in Schrumpfsregionen

Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 315 S.

ISBN 978-3-931982-93-5. € 23,00

Verfolgen Hochschulen explizite oder implizite Strategien, mit denen sie regional wirksam werden?

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels interessiert dies vor allem in Schrumpfsregionen, da dort die Regionalentwicklung besonders kritisch ist. Entsprechend hoch sind in den demografisch herausgeforderten Regionen auch die Erwartungen, die sich an die Hochschulen richten. Aktivitäten und Strategien der ostdeutschen Hochschulen wurden recherchiert, systematisiert und ausgewertet. Für sechs Fallregionen, drei ost- und drei westdeutsche, sind zudem vergleichende Tiefensondierungen durchgeführt worden. Im Ergebnis können Hindernisse und Risikofaktoren sowie Lösungsansätze und Erfolgsfaktoren herausgearbeitet werden. Abschließend wird ein Modell regionalen Hochschulhandelns präsentiert.

